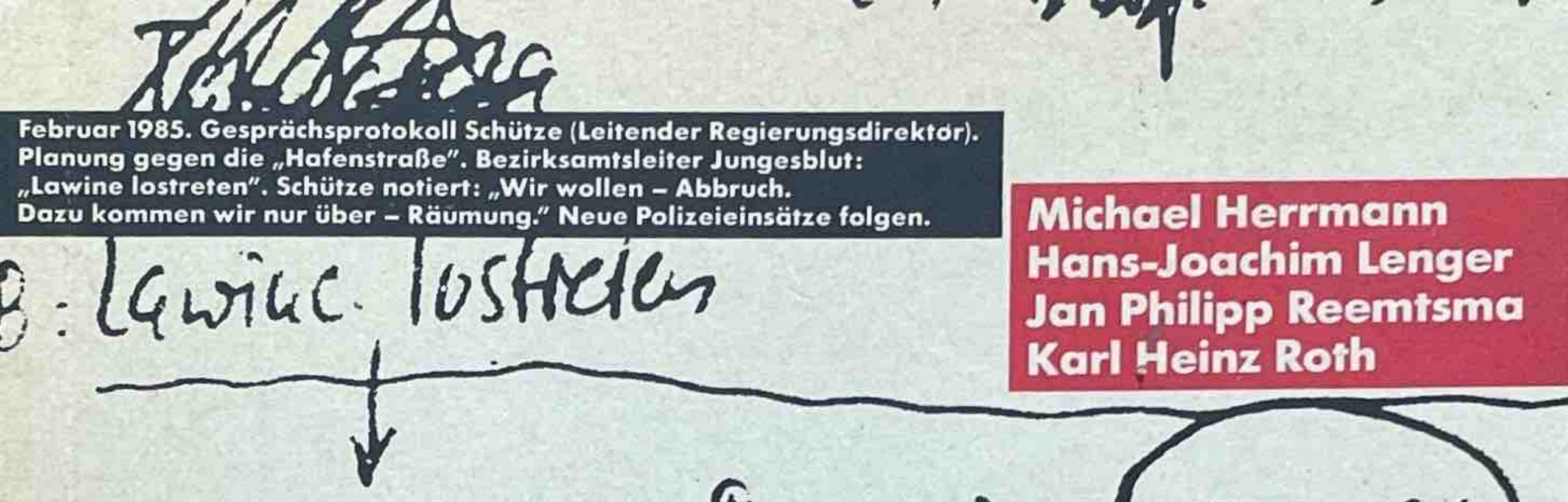
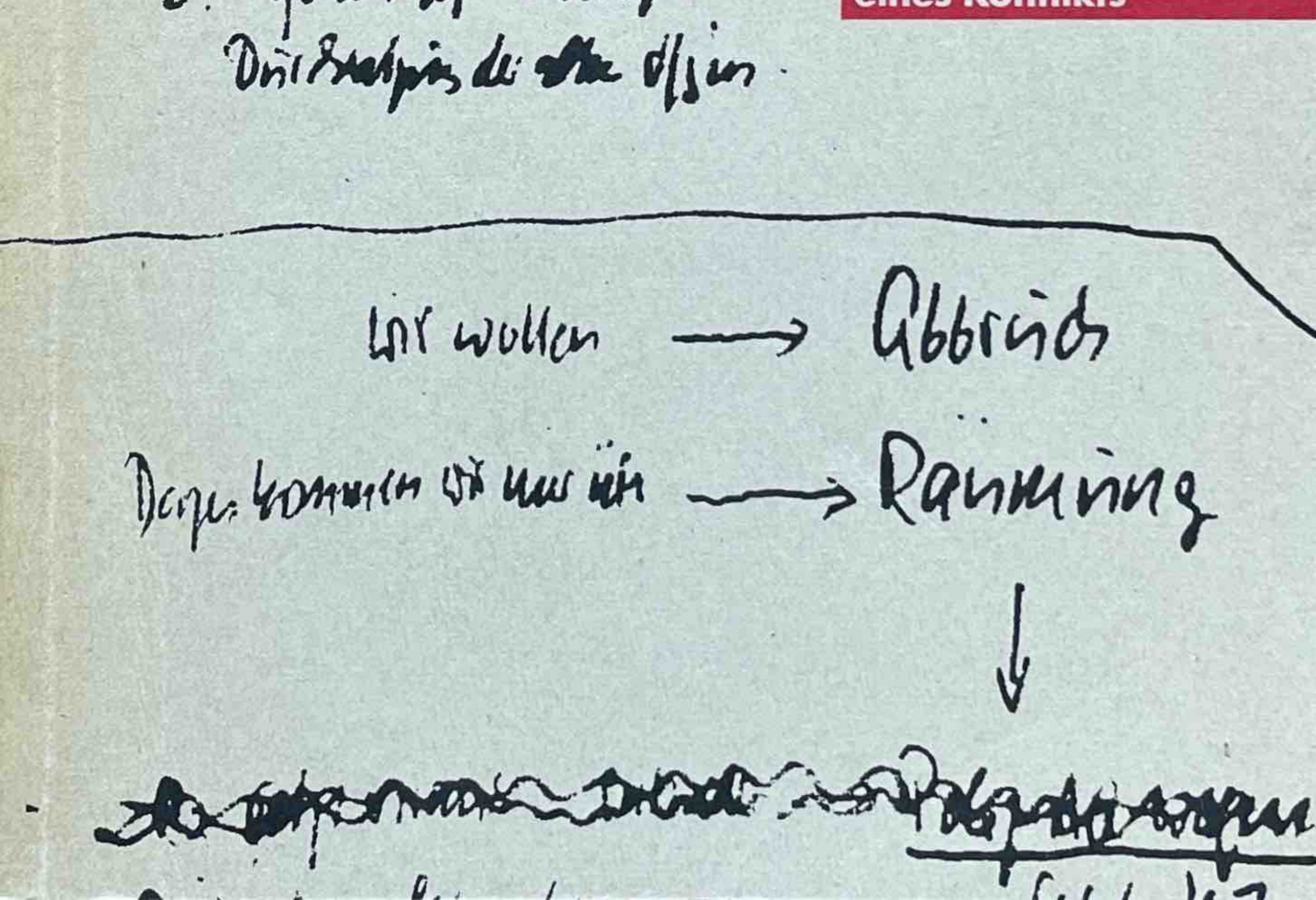


Februar 1985. Gesprächsprotokoll Schütze (Leitender Regierungsdirektor).
Planung gegen die „Hafenstraße". Bezirksamtsleiter Jungesblut:
„Lawine lostreten". Schütze notiert: „Wir wollen – Abbruch.
Dazu kommen wir nur über – Räumung." Neue Polizeieinsätze folgen.

Michael Herrmann
Hans-Joachim Lenger
Jan Philipp Reemtsma
Karl Heinz Roth

„Hafenstraße"

Chronik und Analysen eines Konflikts



Michael Herrmann
Hans-Joachim Lenger
Jan Philipp Reemtsma
Karl Heinz Roth

"Hafenstraße"

Chronik und Analysen eines Konflikts

Verlag am Galgenberg, Hamburg

Hamburger Rundschau, Hamburg

Copyright 1987 by
Michael Herrmann, Hamburg
Hans-Joachim Lenger, Hamburg
Jan Philipp Reemtsma, Hamburg
Karl Heinz Roth, Hamburg

Druck: Hein & Co.
Bindung: S.Beck, Hamburg

ISBN 3-925387-34-X

Erste Auflage Oktober 1987

Für Harald Rosenberg
gestorben am 17. Februar 1987

Inhalt

Einleitung 9

Michael Herrmann / Hans-Joachim Lenger /Jan Philipp Reemtsma

Tabula rasa in mehreren Versuchen
Zur Geschichte des "städtebaulichen Konzepts" 15

Karl Heinz Roth

Städtesanierung und "ausmerzende Soziologie"
Der Fall Andreas Walther und die "Notarbeit 51" der "Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft 1934-1935 in Hamburg ... 39

Michael Herrmann

Die Blitzlichtaktion
Hintergründe eines Polizeieinsatzes 61

Hans-Joachim Lenger

Die Quelle des Chaos
Ein Pressespiegel 76

Jan Philipp Reemtsma

Das Maul der Stadt 104

Chronik der Ereignisse 129

Fotonachweis 258

Einleitung

Zu den besonders nichtsnutzigen Fragen gehört die, warum einer tue, was er tut. Sie dient nämlich nur dazu, den Frager aus dem Spiel zu halten. Möge der doch selber sagen, was er von der Sache denkt. Denn denkt er das gleiche, wird man sich beim Warum nicht aufhalten, denkt er anderes, kann man sich streiten. Und in diesem Streite kommt alles zur Sprache, was der auf das Warum Erpichte ernsthafterweise erwarten darf, vor die Ohren zu bekommen. - "Achso, aber warum engagieren Sie sich ausgerechnet in Sachen Hafenstraße?" - Wir weisen auf die nun folgenden Seiten. Darum.

Die auf diesen Seiten beschriebenen und analysierten Vorgänge kritisieren die Politik des Senates der Freien und Hansestadt Hamburg, der zu der in Rede stehenden Zeit von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, seit kurzem zusammen mit der Freien Demokratischen Partei, gestellt wird. Auch die oppositionelle Christlich Demokratische Union hat diese Politik mehrfach kritisiert und fordert nun in Gestalt ihres Fraktionsvorsitzenden Hartmut Perschau einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß. Wir begrüßen, obwohl wir uns keine Illusionen über das Wirken parlamentarischer Untersuchungsausschüsse machen, diesen Schritt. Wesentlich länger aber dürfte die Liste diesbezüglicher Gemeinsamkeiten nicht sein. - Die Positionen der Christlich Demokratischen Union "in Sachen Hafenstraße" lassen sich im Großen und Ganzen mit jener Presse identifizieren, deren Psychologie im Kapitel "Die Quelle des Chaos" analysiert ist, und bedürfen so der weiteren Kommentierung eigentlich nicht. Aus gegebenem Anlaß sei in der Einleitung eine Ausnahme gemacht. Am 6.Oktober dieses Jahres hat Hartmut Perschau im HAMBURGER ABENDBLATT begründet, warum er dagegen sei, "einen Vertrag mit den Bewohnern der Hafenstraße" zu schließen, "der ihnen das weitere Wohnen in der Hafenstraße erlaubt".

Hartmut Perschau betont: "Solange die Bewohner dort wohnen, kann es keinen Frieden geben (...) Wer wirklich Frieden in der Hafenstraße will, der muß die Häuser räumen." Das sind klare Sätze, aber nur das ist an ihnen zu begrüßen. "Die Häuser", fährt er fort, "waren immer wieder der Ausgangspunkt für schwerste Straftaten. Autos wurden aufgebrochen, Radios gestohlen, Menschen überfallen und brutal zusammengeschlagen, Arbeiter beschossen und die Stadt mit Gewalt und Terror überzogen. Zahllose Male mußten Polizei und Feuerwehr anrücken. (...) Wer mit den Bewohnern der

Hafenstraße einen neuen Vertrag schließt, der verzichtet auf die Verfolgung und Ahndung von Rechtsbrüchen und Gewalttätigkeiten." Dieses Argument zeigt eine beunruhigende Verwirrung von Logik und Rechtsbewußtsein.

Es hat das Schließen oder Nicht-Schließen von Mietverträgen mit der Ahndung von Straftaten weder logisch noch rechtlich etwas zu tun. Das Räumen von Häusern ist auch im Strafgesetz nicht vorgesehen. Wären die Sätze Hartmut Perschaus eine Anregung, dies zu ändern? Wie könnte eine gesetzliche Regel aussehen, die die Räumung der Häuser als ihren - dann aber doch wohl gerichtlich zu erstreitenden - Anwendungsfall ausweisen könnte? Es fällt schwer, sich eine solche Regel vorzustellen. Es ist unmöglich, sich eine vorzustellen, die nicht sofort zur teilweisen Entvölkerung St.Paulis führen würde, denn wenn sie bedeutete, daß ein Straftäter seiner Wohnung verwiesen werden soll, so ist darauf hinzuweisen, daß in diesem Stadtviertel ja noch erheblich andere Straftaten die Regel sind als die von Hartmut Perschau aufgeführten. Und eine ganze Reihe - nämlich die mit der verbotenen Zuhälterei zusammenhängen - mit staatlicher Duldung.

Wenn es aber so nicht gemeint ist, ist Schlimmeres gesagt als nur ein untauglicher Vorschlag zur Gesetzesänderung gemacht. Dann wäre die Räumung der Häuser wirklich die Herstellung dessen, was als "rechtsfreier Raum" beschrieen wurde und dann wirklich so lange beschrieen worden wäre, bis man ihn endlich hergestellt hat. Es würde mit der Räumung nämlich keine rechtmäßige, d.h. Gesetzen folgende Handlung vollzogen, sondern eine für einen bestimmten Punkt erlassene Verordnung exekutiert. Ein Gemeinwesen über derartige Verordnungen zu regieren bezeichnet Hannah Arendt als Kennzeichen totalitärer Herrschaft, die sich in und über Bürokraten vollzieht: "In einer bürokratischen Herrschaft, wo an die Stelle des Gesetzes die Verordnung getreten ist, wird dauernd gehandelt, bevor Recht gesprochen worden ist, werden dauernd vollendete Tatsachen geschaffen, gegen die es dann einen Einspruch entweder überhaupt nicht gibt oder nur auf einem so komplizierten, eben 'bürokratisierten' Wege, daß ihm praktisch keine Bedeutung mehr zukommt. Es liegt in der Natur der Sache, daß man auf dem Verordnungswege immer außerordentlich schnell, auf dem Rechtswege dagegen immer nur verhältnismäßig langsam Resultate zeitigen kann. Es ist daher immer ein Zeichen bürokratischer Herrschaft, wenn der Rechtsweg nur noch für die Beherrschten und ihre Proteste offengelassen ist, alles eigentlich politische Handeln sich aber auf dem Verordnungswege vollzieht. (...) Willkür und Zufall werden zum Kennzeichen des Wirklichen selbst." - Jene Einblicke in das Wirken hansestädtischer Behörden, die unsere Doku-

mentation zeigt, mögen den Leser darüber nachdenken lassen, wie weit in jene Richtung auf den rechtsfreien Raum schon gegangen worden ist.

Es ist nämlich für die Frage, was in Sachen Hafenstraße zu geschehen habe, und zwar unabhängig davon, welcher politischen Richtung sich der Leser verbunden fühlen mag, gänzlich gleichgültig, wie die Liste der wirklich oder vorgeblich begangenen Straftaten aussieht. Aus diesem Grunde verzichten wir auch darauf, auf einige Ungereimtheiten in der vom HAMBURGER ABENDBLATT veröffentlichten Liste hinzuweisen. - Die "Logik des Problems" ist vielmehr die: gibt es einen vernünftigen Grund, die umstrittenen Häuser abzureißen? Sind die Häuser baufällig? Nein, wie man aus einem vom Senat in Auftrag gegebenen Gutachten weiß. Gibt es einen anderen vernünftigen Grund, sie abzureißen? Etwa ein a) vorhandenes b) einsichtig zu machendes städtebauliches Konzept, das den Abriß zwingend vorsieht? Nein. (Hierzu besonders die Kapitel "Das Maul der Stadt" und "Tabula rasa in mehreren Versuchen").

Wenn die Häuser stehen bleiben, sollten auch Menschen in ihnen wohnen. Aber *diese* nicht? Dies ist eine Frage, die die Stadt nur insofern rechtswirksam etwas angeht, als sie Eigentümerin der Häuser ist. Und wie hinlänglich bekannt, gibt es umfängliche Gesetzeswerke, die den Umgang von Mietern und Vermietern regeln. Wir sagen mit diesem Hinweis nichts darüber aus, für wie gut wir dieses Regelsystem halten. Wir weisen nur auf sein Vorhandensein hin und damit darauf, daß es kein weiteres Problem gibt. Wenn man dagegen einwendet, es sei der Stadt als Eigentümerin aber nicht gelungen, ihre Probleme mit diesem Regelsystem auf sie befriedigende Weise zu lösen, halten wir dagegen, daß dies kein Einwand ist. Es würde sogar *für* dieses Regelsystem sprechen, daß es dem objektiv Stärkeren nicht gelingt, in ihm seine Überlegenheit zum Ausdruck zu bringen; und es würde für ein Gemeinwesen sprechen, wenn seine Regierung fähig wäre, nicht zu obsiegen. Nur mit dieser Fähigkeit kann nämlich ein Staat seinen Bürgern demonstrieren, daß er nicht im Kriegszustand mit ihnen lebt.

Gerade aber jenes Mittel der Räumung und des Häuserabrisses gegen Mitbürger und Mitbürgerinnen einzusetzen, die aus was für Gründen auch immer im Konflikt mit der staatlichen Verfassung des Gemeinwesens leben, ist im Grunde ein kriegerisches Unterfangen. Man vertreibt einen Feind und zerstört seine Operationsbasis. Zumindest ein Teil der Polizeieinsätze vor Ort in der Hafenstraße sind daher objektiv, ganz gleich, ob so intendiert oder nicht, Bürgerkriegshandlungen, genau so wie der "Hamburger Kessel", dessen Rechtswidrigkeit glücklicherweise festgestellt werden konnte. Das Mar-

tialische des Vokabulars, wie etwa Hartmut Perschaus Gerede von der "Bildung eines Stützpunktes bzw. eines Brückenkopfes", ist insofern auch keine bloß schlechte Angewohnheit derer, die es im Munde führen. Es hat etwas Sachgemäßes.

Hartmut Perschau, wie auch jene Behördenvertreter, die in ihren Aktenvermerken in Vorstellungen der "tabula rasa" schwelgen, würden diese Deutung ihrer Worte sicherlich zurückweisen. Das läßt sich aus einem weiteren Zitat Hartmut Perschaus lesen: "Ich füge hinzu: Wenn Klaus von Dohnanyi als Privatmann in seinem eigenen Haus und damit zu seinen persönlichen Lasten Wohnungen vermieten würde, wäre dies sein Problem. Er müßte ja dann auch den entstehenden Schaden selbst tragen und bezahlen. Aber hier geht es nicht um das Eigentum des Klaus von Dohnanyi. Hier geht es um die Stadt. Die Stadt muß letztlich die Kosten dafür tragen. Genau das darf der Bürgermeister der Stadt und ihren Bürgern nicht zumuten."

Dies wirkt wie ein etwas hämischer Rekurs auf die verschiedenen Vorschläge, die wir zur Entstaatlichung des "Problems Hafenstraße" vortrugen, als wir noch glaubten, vermittelnd tätig sein zu können. Es möge doch der Bürgermeister dem Bürger Klaus von Dohnanyi Eigentum und mit ihm verbundene Kosten überantworten. Nur ist die Pointe dieser Häme seltsam schief. Denn jene Kosten, die ein Privatmann mit der Immobilie hätte - Erhaltungs- und Instandsetzungskosten - kommen in der sonstigen Argumentation Hartmut Perschaus nicht vor, und die Kosten, die er eigentlich meint - jene der "inneren Sicherheit" - fallen für Privatleute gemeinhin nicht an. Aber vielleicht ist in diesem Fehler die Logik des Gedankens zu sehen. Vergleichbar sind die "Kosten des Privatmanns" mit den "Kosten der Stadt" nur dann, wenn man eigentlich sagen will, der Staat solle mit einem Teil "seiner" Bevölkerung umgehen wie mit Privateigentum, d.h. eigenen, in der Regel beweglichen Sachen. Dann sind die Kosten der "inneren Sicherheit" mit denen eines Privatmanns, der seinen Hinterhof sauber hält, vergleichbar, und nur dann.

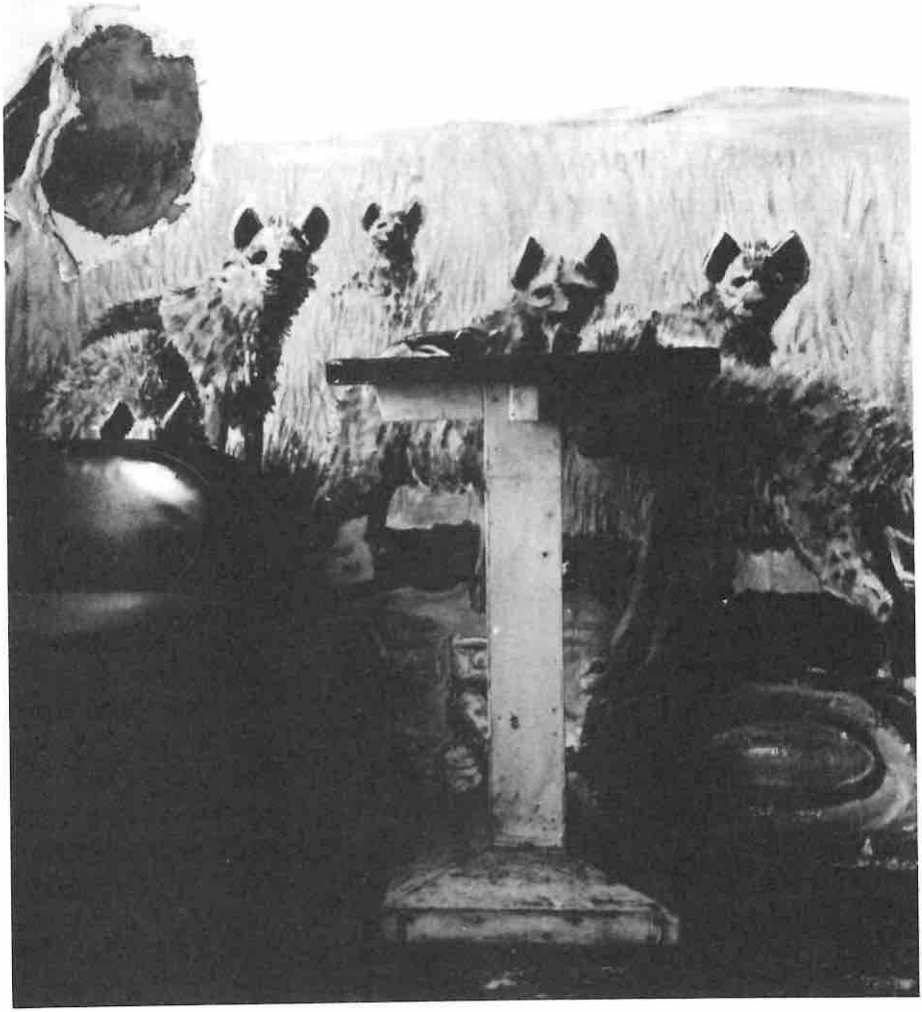
Die Bewohner der Hafenstraße haben sämtlichen tonangebenden Politikern und Ämtervertretern längst unterstellt, daß sie so denken bzw. daß ihre Politik und ihr persönliches Handeln Ausdruck gesellschaftlicher Zustände seien, zu denen es gehöre, so mit Menschen zu verfahren. Den Bewohnern wurde wiederum diese Meinung als besonders ächtens- und ahndenswerte Gesinnung angekreidet. Wir rechnen uns zwar einerseits zu jenen, die nach einem möglichst illusionslosen Umgang mit der Wirklichkeit streben, müssen aber andererseits auch zugeben, daß uns die Vorstellung, es sei doch al-

les nicht so schlimm, wie es zu sein scheine, zuweilen das Leben erleichtert. Im hier zur Diskussion stehenden Falle hat allerdings Aktenstudium uns jene dem britischen Historiker Edward Gibbon zugeschriebene Maxime als taugliche Arbeitshypothese erwiesen: never give credit to a good motive when a base one can be found.

Aus gesellschaftlichen und politischen Zusammenhängen kommend, die unterschiedlich genug sind, um, jenseits bloßer Gewohnheit, aus Überlegung gemeinsame Sache machen zu können, stellen wir unsere an Hand des Materials "in Sachen Hafenstraße" gewonnenen Einsichten zur Diskussion. Wir halten es allerdings nicht für notwendig, daß die Leser in allen Punkten mit uns übereinstimmen, um an Hand des nicht diskutierbaren in diesem Bande präsentierten Materials gegen die bisherige Politik gegen die Bewohner und Bewohnerinnen der Hafenstraße radikale Opposition anzumelden. Es ist für einen solchen Minimalkonsens nur die moralische Einsicht nötig, daß das Humanitätsniveau einer Gesellschaft exakt in der Art und Weise liegt, wie in ihr mit zu Minderheiten erklärten Menschengruppen umgegangen wird. Wir verweisen zudem auf historische Erfahrungen, die zeigen, daß jene gegen kleine Minderheiten angewandten Maßnahmen ein Verhalten einübten, das sich gegen Majoritäten später effektiv richten konnte. Wieder machen wir keine Aussagen über Intentionen, sondern über Sachverhalte. Daß diese sich allerdings nur manchmal aus der Kurzsichtigkeit der Beteiligten erklären lassen und daß vieles in klarem Bewußtsein der Handlungsfolgen unternommen wurde, muß festgehalten werden.

Hamburg, im Oktober 1987

Michael Herrmann
Hans-Joachim Lenger
Jan Philipp Reemtsma



Michael Herrmann / Hans-Joachim Lenger / Jan Philipp Reemtsma

Tabula rasa in mehreren Versuchen

Zur Geschichte des "städtebaulichen Konzepts"

Faschistisches Vorspiel

Immer schon war der Hafenrand exponierte Lage in Hamburg, hat er die Phantasien von Städteplanern und Machthabern entzündet. "Es bedarf einer übergeordneten Bauidee", schrieb der Architekt Hillebrecht Ende der dreißiger Jahre zu seinem Entwurf, "deren Inhalt noch über der politischen Stadtgemeinschaft steht."

Derart sollte am Hafen stets schon ins Symbolische gebaut werden: der Konflikt in der Hafenstraße hat auch städtebaulich seine Vorgeschichte. Wenn er heute so traumatische Formen annahm, dann nicht nur, weil er mit politischen Intentionen, sondern stets auch mit einer Symbolik aufgeladen war, die nicht politischen, sondern letztlich mythischen Ursprungs ist, wie man sehen wird: es geht um die Präsentation des "Tors zur Welt", den Mythos der Hamburger Handelsbourgeoisie.

Solche suggestiven Wendungen nahm Adolf Hitler wörtlich; dieses Tor sollte wirklich entstehen. "Der Führer", erklärt Konstanty Gutschow 1942 die Absichten seines Auftraggebers, wolle die Elbhochbrücke "nicht nur als Verkehrsinstrument, sondern darüber hinaus als sinnbildliches Bauwerk". Hitler lehnt deshalb einen Tunnel ab und verlangt, wie er 1939 vor Truppenkommandeuren erläutert, die Brücke, "um dem Deutschen, der vom Ausland kommt oder in das Ausland geht, oder der die Möglichkeit hat, das Ausland mit Deutschland zu vergleichen, das Bewußtsein zu geben: Was heißt Amerika mit seinen Brücken?" Zweckmäßigkeit und Propaganda sollen verschmolzen werden, mythische Strukturen diktieren die Planung. Der schon erwähnte Hillebrecht etwa bezeichnet die Elbe als Nabelschnur, die Deutschland mit Hamburg verbinde: "Machen wir den Anfang! Werden wir uns unserer Bindung an Deutschland bewußt: die Nabelschnur, durch die Mutter Deutschland Hamburg von Anbeginn genährt hat und ewig nähren wird, ist die Elbe. Von der Elbe her muß Hamburg alle seine Beziehungen sehen und ordnen." Von dem also, was mit der großen Mutter verbindet; je-

der Durchgang durch das "Tor zur Welt" käme so einem Geburtsvorgang gleich, der nie abgeschlossen sein wird. "Wir denken in Räumen. Tor ist nur ein Teil von einem größeren Ganzen, Hamburg ist für einen großen deutschen Raum, den Elbraum, Mittler zum Meer, Torwächter, es dient Deutschland" (Hillebrecht). Deshalb soll das "Tor zur Welt" auch mit Gautürmen besetzt werden, die allerdings nicht, wie ursprünglich vorgeschlagen, "Adolf-Hitler-Türme" heißen sollen: "Der Mann stirbt, das Werk ist ewig. An den Mann kann nur *ein* überragendes Bauwerk erinnern, für ganz Deutschland sein Grabmal, für die Stadt Hamburg das Gauhaus-Hochhaus. Doch seine Idee, die 'Religion', muß sich anders manifestieren, in Bauwerken, in denen täglich das Glaubensbekenntnis für ihn abgelegt wird, eben in 'Kirchen'. Die Gautürme und Gauburgen sind Bauwerke, in denen neues deutsches Denken lebt" (Hillebrecht).

Die große Mutter und ihre Besetzung durch phallische Kultstätten, in denen dem einen Despoten gehuldigt wird: früh zeichnet sich ab, daß psychoanalytische Kategorien eingeführt werden müßten, um zu verstehen, was eigentlich vorgeht. "Die Gauburgen und Gautürme stehen inhaltlich und baulich über der Stadtgemeinschaft Hamburg", erläutert Hillebrecht, "sie sind für die Stadtgemeinschaft Hamburg unrentabel, denn sie dienen nur der geistigen Vorstellung Deutschland, die vom Nützlichkeitsstandpunkt aus ein Phantom ist." Gutschow, der von seinem Führer als "Architekt des Elbufers" eingesetzt wird, erläutert Hitlers Vorstellungen: "1. Für das hamburgische Elbufer ist der Steilabfall der Geest charakteristisch. Deshalb steile Stützmauern und keine sanft geneigten Böschungen und Terrassierungen. 2. Der ankommende Ausländer wie der deutsche K.d.F.-Urlauber erwarten mit Recht an der Stelle, wo die Hansestadt an ihren lebensspendenden Strom rückt, keine Grün- und Parkanlagen mehr, sondern die steinernen Verkörperungen von Handel und Wandel."

In dieser Metapher versteinerter Verkörperungen von Wandel und Handel ist ein Konflikt vorgezeichnet, der bis heute nicht gelöst worden ist. Die Agonie, in der er sich knapp fünfzig Jahre später bewegen wird, nämlich heute, hängt mit mythischen Besetzungen zusammen.

Anschlußplanungen

Der Hamburger Architekt Dirk Schubert hat, wenn auch nicht ohne apologetische Absicht, auf die Aktualität der nationalsozialistischen Hafenrandplanung für die heutigen Vorhaben des Senats hingewiesen. "Die Hervorhebung der Elbuferplanung in diesem Artikel impliziert nicht, daß diese Bauten und Planungen als typisch für den Nationalsozialismus in Hamburg interpretiert werden, eher das Gegenteil (...) Immerhin beweist der städtebauliche Wettbewerb 'Hafenrand' der Freien und Hansestadt von 1983 die Aktualität und Relevanz dieses Ortes für Hamburger Planungen." Und in der Tat: bis heute wird über die Städteplanung am Hafenrand diskutiert, als habe es weder die Zäsur der faschistischen Niederlage noch den Niedergang des Hafen- und Werftkapitals gegeben. Die politische Kontinuität bleibt ungebrochen: jene städtischen Bereiche, aus denen soziale Revolten drohen, sollen einer reglementierten Urbanität weichen; und der "Hafenrand" hat zu "repräsentieren".

Doch was da repräsentiert werden soll, wird im Verlauf der 70er Jahre immer unklarer; denn unklar wird, wie Hamburg auf den Niedergang des Hafen- und Werftkapitals antworten soll. Was die künftige ökonomische Identität der Stadt angeht, fehlt jede überzeugende Konzeption, wie herrschaftlich auch immer sie geprägt sein mag, und so stellt sich auch die planerische Geste der Baubehörde in den kommenden Jahren unausgesetzt als Entschiedenheit dar, die nur nicht weiß, wozu sie sich eigentlich entscheiden soll. Klar war stets nur: für den Abriß der Häuser.

Der Bebauungsplan Altona Altstadt 27/St.Pauli 21, in dem die Vorstellungen der Zuständigen aus den 70er Jahren zum Ausdruck kam, sah vor, Bürohochhäuser für Tchibo zu bauen - Türme oder Hochhäuser schienen in diesem Bereich unverzichtbar zu sein. Wo heute die umstrittenen Häuser stehen, sollte eine gigantische Bürostadt entstehen: 16 bis 20 Geschosse hoch und teilweise in die Elbe gebaut. Tchibo jedoch entschied sich anders. Auch das zweite Vorhaben, Gruner+Jahr hier eine Bürostadt errichten zu lassen, scheiterte, als der Großverlag sich dafür entschied, sich am Baumwall zu etablieren.

Anfang der 80er Jahre sind damit sämtliche Pläne des Senats gescheitert, dem von See anlaufenden Hamburg-Besucher mit "steinernen Verkörperungen von Handel und Wandel" zu imponieren. Eine gewisse Ratlosigkeit ist eingezogen, und man scheint sich für einen Augenblick des Nächstliegenden zu entsinnen: nämlich die Bausubstanz der heute umstrittenen Häuser auf

ihre Erhaltbarkeit zu untersuchen und die Instandsetzungskosten zu berechnen. Zu diesem Zeitpunkt sind bereits Besetzer eingezogen, nicht nur, wie sie schreiben, um ein Dach über dem Kopf zu haben, sondern auch, um die Reste eines traditionsreichen Stadtteils vor dem Abbruch zu bewahren. Und als am 28.Juli das vom Senat in Auftrag gegebene Gutachten des Architektenbüros Gibbins+Partner vorliegt, können sie sich völlig bestätigt sehen: Die Instandsetzungskosten aller Häuser liegen weit unter denen von Neubauten.

Im einzelnen führt das Gutachten folgende Zahlen an: Die durchschnittlichen Kosten für eine Instandsetzung über einen Zeitraum von fünf Jahren liegen bei den 5er-Häusern bei 328 DM/qm, bei den 6er-Häusern bei 456 DM. Für einen Zeitraum von fünf bis fünfzehn Jahren hat das Büro Gibbins für die 5er-Häuser Kosten in Höhe von 386 DM/qm errechnet, bei den 6er-Häusern liegen sie bei 503 DM/qm. Rechnet man mit einer Instandsetzung, die über fünfzehn Jahre hinausgehen soll, so liegen die durchschnittlichen Kosten der 5er-Häuser bei 632 DM/qm, der 6er-Häuser bei 740 DM/qm. Neubaukosten dagegen werden auf rund 1.800 DM/qm veranschlagt, die Abrißkosten nicht mitgerechnet. Setzt man nun die Instandsetzungskosten in Relation zu den Neubaukosten, so ergibt sich die einfache Rechnung: auch wenn die Sanierungskosten der 6er-Häuser höher als die der 5er-Häuser sind, so doch deutlich niedriger als Abriß- und Neubaukosten zusammen. Es bleibt eine Differenz von etwa 1.000 DM/qm, die bei einer Instandsetzung eingespart würde - eine gewaltige Summe.

Aber nicht einmal diese Zahlen bleiben unwidersprochen; nach anderen Berechnungen liegen sie noch zu hoch. In einer Sitzung des Stadtplanungsausschusses bemerkt ein Vertreter des Einwohneramts am 4.Oktober 1982 laut Protokoll zu den veranschlagten Kosten, "daß darin außer der Mehrwertsteuer ein Anteil von 23 % für Nebenkosten und Unvorhergesehenes enthalten ist. Ohne diese Aufschläge lägen die Kosten zum Teil erheblich unter den Obergrenzen. Die Baubehörde gehe jedoch noch einen Schritt weiter und habe die Gutachterkosten einvernehmlich mit SAGA und Liegenschaftsverwaltung für eine Betrachtung 1982 um weitere 12 % für Nebenkosten und Unvorhergesehenes erhöht, obwohl der Bearbeitungszeitraum des Gutachtens in den Monaten Mai - Juni 1982 liege. Damit wären einschl. der Mehrwertsteuer 48 % der ursprünglich ermittelten Kosten durch prozentuale Aufschläge für nicht näher erläuterte Arbeiten errechnet. Es seien Zweifel

erlaubt, ob eine derartige 'Preisbildung' gerechtfertigt und der Sache dienlich ist."

Doch das alles bleibt ohne Wirkung - am 19.Oktober beschließt der Senat, nicht nur diesen Einwänden, sondern auch seinem eigenen Gutachten zu widersprechen: in drei Häusern sei "die Bausubstanz so mangelhaft, daß auch eine übergangsweise Instandsetzung mit noch vertretbarem Aufwand nicht möglich ist. Sie würde zudem eine bauliche Neugestaltung erheblich erschweren", läßt die Staatliche Pressestelle verlauten, also nachweislich die Unwahrheit. Um jeden Preis soll abgerissen werden. Aber man wagt es nicht, diese Entscheidung ebenso offen zu begründen, wie sie architektonisch haltlos ist. Weder politisch, werbestrategisch noch mythologisch ist seither je zu erfahren gewesen, was eine Politik aulöste, die viel Geld in Neubauten anstatt wenig in eine Instandsetzung investieren will. Die Baubehörde hat ihre Akten nie zugänglich gemacht, und so wird man, will man ihre skandalträchtige Politik zu erklären suchen, doch seine Zuflucht zu jener Vermutung nehmen müssen, die Kurt Grobecker dann in einer Sendung von HAMBURG AKTUELL am 21.Juli 1983 folgendermaßen formulieren wird: "Wenn es überhaupt so etwas wie eine Visitenkarte Hamburgs gibt, die dem von See, also elbaufwärts kommenden Besucher von der Hansestadt überreicht wird, dann ist es zweifellos das Stückchen Elbufer zwischen Landungsbrücken und Altonaer Fischmarkt." Dieser Mythos vom "elbaufwärts kommenden Besucher" schließt jedenfalls deutlich an die eingangs erwähnten Überlegungen Adolf Hitlers an.

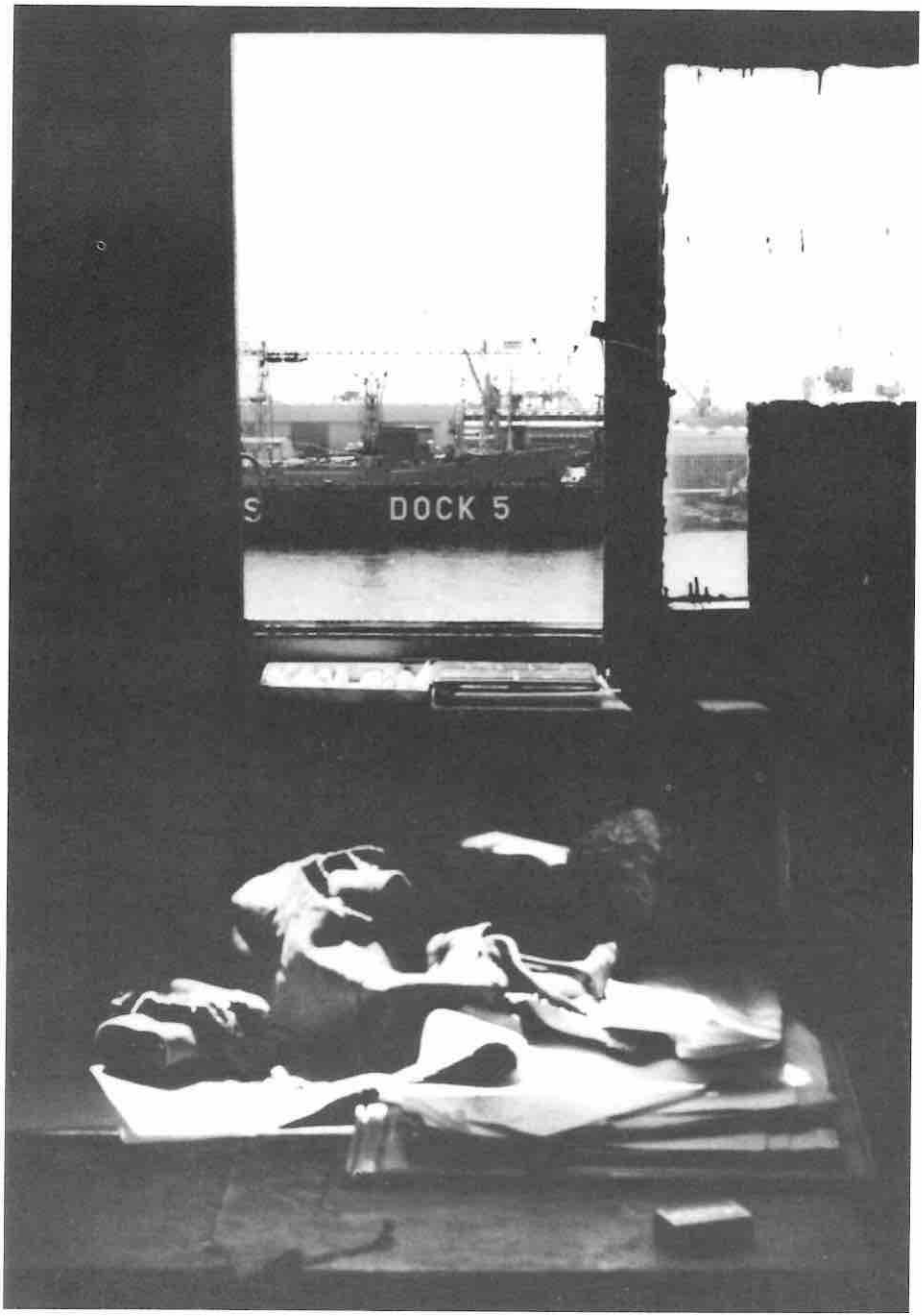
Abriß um jeden Preis

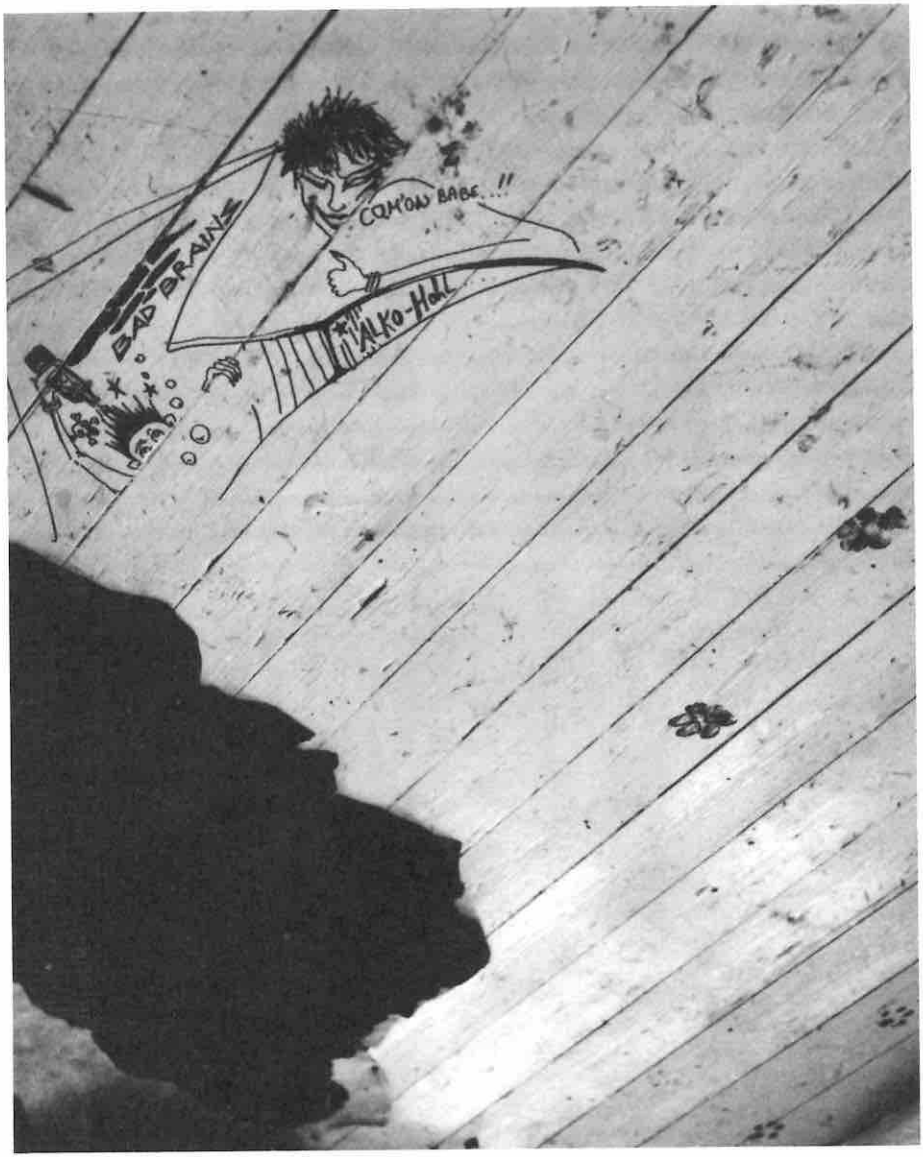
Hier liegt also der eigentlich neuralgische Punkt. Das sogenannte städtebauliche Konzept, mit dem der Senat in den folgenden Jahren seine Politik eines Abrisses der Häuser begründen wird, ist eine politische, werbestrategische oder mythologische Entscheidung, die sich als bautechnische Entscheidung nur maskiert: politisches Kalkül in der Staffage von Stadtplanung. Nicht einmal diese Staffage aber ist sorgfältig ausgestaltet: ein "städtebauliches Konzept", das diesen Namen verdienen könnte, ist nämlich überdies nie formuliert worden und daher auch in keiner Akte zu finden; alle Fragen an die Verantwortlichen nach diesem Konzept wurden stets mit dem Hinweis beantwortet, es gebe das städtebauliche Konzept, und damit basta.

Unablässig wird dies nun alle ihre Äußerungen beherrschen, einem Phantom gleich, das jede Nachfrage verhindern soll und keiner Nachfrage standhält. So sehr aber konnte diese Politik der Täuschung öffentlich wirken, daß sie sogar unter denen, die Widerspruch artikulierten, erfolgreich war - etwa in einigen Veröffentlichungen der TAGESZEITUNG, in denen vom Gibbins-Gutachten ebenfalls als von einem "Abrißgutachten" die Rede war. Am 18.9.1986 sieht sich der Architekt Gibbins daher gezwungen, eine Gegendarstellung zu veröffentlichen: "Unwahr ist die Behauptung, drei der acht Häuser in der Hafenstraße seien 1983 in einem umstrittenen Gutachten des Architektenbüros Gibbins für 'nicht erhaltenswürdig' erklärt worden. Dadurch wird der Eindruck erweckt, daß die Häuser aufgrund dieses Gutachtens abgerissen werden sollen. Wahr ist vielmehr, daß das Architektenbüro Gibbins im Jahr 1982 im Auftrag der SAGA bei den fraglichen Häusern nur die Instandsetzungskosten ermittelt hat. Das Architektenbüro Gibbins hat zu keinem der Häuser eine Abrißempfehlung abgegeben. Bei den heute zum Abriß vorgesehenen Häusern lagen die Instandsetzungskosten teilweise niedriger als bei den zum Erhalt vorgesehenen Häusern. gez. Gibbins".

Jede Unwahrheit, die der Öffentlichkeit von seiten des Senats seither gesagt worden ist, geht auf seine politische Entscheidung vom Oktober 1982 zurück, das eigene Gutachten zu mißachten. Die politischen Gründe dieser Entscheidung mögen liegen, wo sie wollen. Städtebaulich aber tat sich seither eine konzeptionelle Leere auf. Auch die Verantwortlichen werden sie empfunden haben; sie gehen nunmehr nämlich daran, sie zu füllen. Das dauert zwar noch acht Monate; aber dann, am 21.Juli 1983, eröffnen Bausenator Eugen Wagner und sein Oberbaudirektor Kossak der Öffentlichkeit, daß man einen Wettbewerb zur Neugestaltung des Hafenrands ausgeschrieben habe. Nachdem eine Entscheidung längst getroffen worden war, geht man also nunmehr daran, auch die Gründe zu schaffen, die sie rechtfertigen sollen. Kossak setzt sich in einem Rundfunkinterview von der bisherigen Planung ab, "hier eine sehr repräsentative Bürohausbebauung mit sehr großem Volumen entstehen zu lassen (...) Heute wollen wir nur noch die Hälfte realisieren und eben kein Bürohochhäusermeer" (HAMBURG AKTUELL, 21.7.83), was im nachhinein wenigstens offenbart, was von vornherein geplant worden wäre, wäre denn geplant worden. Nunmehr sollen es Wohnungen werden "und zu einem Drittel Kleingewerbe, das Hafenbezug haben soll" (Kossak).

Weshalb jedoch eine Instandsetzung der bestehenden Häuser nicht in Frage kommt, wird auch zu diesem Zeitpunkt nicht begründet. In den näch-


DOCK 5


BAD BRAINS
COM'ON BABE...!!
ALKO-HOL

sten Monaten wird es darüber sogar zu einem Konflikt zwischen der Wohnungsbaugesellschaft SAGA und ihrem Alleinaktionär, der Stadt Hamburg in Gestalt ihres Bausenators Wagner, kommen. Denn auch die SAGA war mittlerweile zu der Erkenntnis gelangt, wenigstens "zwei Bauten, an der St.Pauli Hafenstraße 126 und an der Bernhard-Nocht-Straße 16, könnten erhalten und 'mit vertretbaren Mitteln instand gesetzt' werden" (WELT, 22.10.83). Die SAGA hatte am 20.Oktober an die Mieter geschrieben: "...bei der nochmaligen Besichtigung der Häuser St.Pauli Hafenstr. 126 und Bernhard-Nocht-Str. am 17.Oktober 1983 mit Vertretern der Bauprüfabteilung des Bezirksamtes Mitte ist festgestellt worden, daß erhebliche Schäden und Sicherheitsmängel an diesen beiden Gebäuden und in den Wohnungen bestehen. Trotzdem sind die Häuser noch für eine gewisse Zeit zu erhalten... Für das Haus St.Pauli Hafenstr. 116 konnte noch keine Entscheidung getroffen werden, da die Nutzer eine Besichtigung der Wohnungen verhinderten." Senator Wagner dagegen erklärte kategorisch, keine weiteren Mittel mehr bewilligen zu wollen (ABENDBLATT, 21.10.83); offenbar sollten auf dem Weg des Verfalls der Häuser also Tatsachen geschaffen werden, die jede weitere Diskussion erübrigt hätten.

Widerstand der Bewohner

Die Beurteilung der Bewohner dürfte also nicht verfehlt gewesen sein, als sie schon Anfang Mai 1983 in einem rhetorisch an Senator Wagner gerichteten Flugblatt schrieben: "Für uns ist keines der Häuser abbruchreif, während Sie meinen, einige Häuser seien zu teuer für eine Grundinstandsetzung. Ein vorgeschobenes Argument! Ihnen geht es darum, die Lücken zwischen den Häusern zu vergrößern, wobei die Häuser B.N.-Str. 16 sowie Hafenstraße 116 und 126 einer zukünftigen Tiefgaragen-Einkaufszentren-Video-Einzimmerwohn-klo-Bebauung im Weg stehen. Auch dieses schöne Viertel soll betonverwüstet werden." (nach TAGESZEITUNG, 6.5.83).

Im Juli 1983 schreibt die Baubehörde ihren Wettbewerb zur Neugestaltung des Hafenrandgebiets aus, der ein Jahr später, am 6.Juni 1984, mit der Verkündung von Preisträgern und Preisen enden wird. In dieser Zeit bereits verstärken die Behörden ihren Druck auf die Bewohner in ebenso systematischer wie dramatischer Weise. Schon Ende Juli 1983 droht der Senat ultimativ mit Räumung, wenn bis zum Jahresende keine "eindeutigen Rechtsverhältnisse" geschaffen sein sollten, und verlangt von den Bewohnern als

Vorleistung von Gesprächen über diese Rechtsverhältnisse, eine komplette Namensliste und ein Nutzungskonzept vorzulegen. Von vornherein also sollen einem Wohnprojekt unüberwindliche Hindernisse in den Weg gelegt werden, das sich gerade nicht individualisieren lassen will: die Bewohner haben sich in der Sozialpädagogischen Forschungsgemeinschaft (SoFoG) organisiert und wollen Verhandlungen mit staatlichen Stellen nur über diesen Zusammenschluß führen. Sie verlangen einen Generalnutzungsvertrag - die SAGA besteht auf Einzelmietverträgen. Die Politik der Ultimaten gegen die Bewohner beginnt: sollten sie die Namenslisten nicht bis zum 15.September 1983 eingereicht haben, will die SAGA keine Gespräche mehr aufnehmen. Als einige Bewohner am 14.September bei Bausenator Wagner dagegen protestieren, lehnt der direkte Gespräche ab, erklärt allein die SAGA für zuständig und ruft die Polizei.

Die Situation wird zusehends unklarer. Am 24.Oktober finden doch noch Gespräche mit der SAGA statt. Deren Bauprüfer waren, wie schon erwähnt, in der Zwischenzeit zu dem Ergebnis gekommen, daß wenigstens zwei der zum Abriß bestimmten Häuser erhalten werden könnten; über das dritte habe man sich noch kein Urteil bilden können. Aber wie um von vornherein zu verhindern, daß auf diesem Weg die Diskussion um einen Erhalt der drei Häuser neu entsteht, hat Senator Wagner der SAGA um den 20.Oktober mitgeteilt, keine weiteren Gelder in die Instandhaltung der Häuser investieren zu wollen. "Der größte Hammer:", berichteten Bewohner von ihren Verhandlungen mit der SAGA vom 24.Oktober, "SAGA-Vertreter Voßbein erklärte, sie müßten ihre schriftliche Zusage von der letzten Woche, daß kein Haus abgerissen wird und alle in abzuschließende Verträge einzubeziehen sind, zurücknehmen" (veröffentlicht in HAMBURGER RUNDSCHAU, 3.11.).

Man wird unschwer feststellen können, daß die Bewohner von Anfang an betrogen worden sind: Ultimaten und Forderungen, die jede Einigung verhindern sollen, Zusagen, die durch Eingreifen höchster Politiker zurückgenommen werden, und schließlich, wenig später, Unbewohnbarkeitserklärungen, die einer Überprüfung nicht standhalten, weil sie - wie aus internen Akten bekanntwerden wird - politisch motiviert sind. Am 25.Oktober scheint dieses Kalkül mit Hilfe der Forderung, nur Einzelmietverträge zuzulassen, zunächst aufgegangen zu sein, denn die Staatliche Pressestelle kann mitteilen, daß die Verhandlungen mit den Bewohnern gescheitert sind. Wenig

später fordert die SAGA sie ultimativ auf, bis zum 22.November auszuziehen.

Spätestens an diesem Punkt läßt sich aber auch zeigen, welche politischen Absichten Senat und SAGA gegen die Bewohner verfolgen und was diese dem entgegensetzen: der staatliche Wille, ein Wohnkollektiv nur zu dulden, wenn es sich restlos individualisieren läßt und strengen, staatlich genehmigten Nutzungskonzeptionen folgt, reagiert mit bald verdeckter, bald offener Gewalt, sobald sich Lebenszusammenhänge herstellen wollen, die zwar vertragliche Bindungen, nicht aber staatliche Einmischung in die eigenen Angelegenheiten wünschen. Alle städtebaulichen Argumente, die der Senat ins Feld führt, haben in der folgenden Zeit nur untergeordnete, dienende Funktion. Deshalb haben sie auch nie Autorität gewinnen können und weichen in den kommenden Jahren schließlich einer Rhetorik von Kriegserklärungen, mit der die "Hafenstraße" zum öffentlichen Feind einer ganzen Stadt gemacht wurde. Mit innerer Notwendigkeit, aus genuiner Erfahrung und überlegter Einsicht radikalisierten sich auch die Bewohner: ihre Analyse der Vorgänge hält jeder Überprüfung stand.

Das Angebot eines Kompromisses aber ging auch im Herbst 1983 von ihnen aus. Zwei Tage vor Ablauf des Ultimatums der SAGA, am 19.November, erklären sie sich mit Einzelmietverträgen unter der Bedingung einverstanden, daß die Sozialpädagogische Forschungsgemeinschaft (SoFoG) als Verwalterin der Häuser akzeptiert wird. Daraufhin läßt Senator Wagner weitere Gespräche zu, als habe eine Verbeugung der Bewohner vor dem Geßler-Hut stattgefunden; laut Mitteilung der Staatlichen Pressestelle vom 30.November führen die Gespräche zum Abschluß von Einzelmietverträgen für drei Jahre, also bis Ende 1986.

Tabula rasa, erster Versuch

In den folgenden Monaten gehen die Bewohner daran, die Häuser im Rahmen ihrer Möglichkeiten instandzusetzen, wenigstens instandzuhalten. Enge Grenzen sind ihnen dabei gesetzt: die notwendigen Gelder fehlen, weil der Vertrag ihnen jede angemessene Unterstützung versagt; die Stadt zahlt lediglich 2,80 Dm/qm, was nicht einmal ausreicht, das Nötigste zu finanzieren.

Am 6.Juni 1984 teilt die Staatliche Pressestelle mit, daß der Städtebauliche Wettbewerb um die Neugestaltung des Hafenrandgebiets nunmehr entschieden sei. Die mit dem 1.Preis bedachte Arbeit der Architekten Fer-

dinand/Schäfer sehe "eine vier- bis fünfgeschossige straßenparallele Bebauung des Geesthangs entlang dem Pinnasberg und der Bernhard-Nocht-Straße vor. Die dort vorhandenen Altbauten werden zu einem großen Teil in das Konzept einbezogen". Was die Erklärung verschwieg und dem Senat erst Anfang 1986 erhebliches Kopfzerbrechen bereiten sollte: nicht nur ein "großer Teil", sondern alle alten Häuser will der Entwurf erhalten, doch davon später. Außerdem aber enthält die Mitteilung ein magisches Datum: "Zum 800.Hafengeburtstag 1989 soll das Gesamtprojekt realisiert sein."

Dieser Hinweis wäre sicherlich einer eigenen Untersuchung wert: was eigentlich treibt die Verantwortlichen, die Belange einer Stadt und ihrer Bewohner derart dem Kult der eigenen Vorgeschichte zu unterwerfen? Im gleichen Maß, wie die reale Bedeutung des Hafens sinkt, scheint die einer Simulation seiner Geschichtlichkeit zu wachsen: als habe die Hamburger Handelsbourgeoisie damit entdeckt, was sie nunmehr zu repräsentieren habe, nachdem sie ihren eigenen Tod überlebt hat, nämlich die Phantasmagorie ihrer einstigen Gestalt, die in Hafen- und Wasserspielen wiederkehren soll, orientiert sie auf geschichtliche Daten; und als habe sie damit zugleich an neuem Selbstbewußtsein gewonnen, gewinnt ihr Vorgehen gegen die Bewohner der Häuser auch an neuer Härte.

Kurz nach der Sommerpause, am 7.September 1984, fordert die SAGA die Bewohner der Häuser auf, bis zum 18.Oktober Quittungen über ausgeführte Renovierungsarbeiten vorzulegen; andernfalls werde die Zahlung von Geldern zur Instandhaltung eingestellt. Damit wird in einem Akt der Willkür rückgängig gemacht, was das Bezirksamt Mitte noch am 9.April über die Zahlungsbedingungen gesagt hatte: "Die Aufwendungen für den Materialkauf für 1984 sind der Sozialabteilung der Ortsdienststelle St.Pauli durch Vorlage der Originalbelege gesammelt bis spätestens zum 15.1.1985 vorzulegen." Jetzt wird den Bewohnern gar nicht erst Gelegenheit gegeben, ausgeführte Arbeiten nachzuweisen; selbst die minimalen Gelder für eine Instandhaltung bleiben seit Oktober 1984, also mit dem Ultimatum, aus. Kaum ist der "Städtebauliche Wettbewerb" entschieden, soll der Verfallsprozeß der Häuser offenbar auch wieder beschleunigt werden.

Anhand von Akten des Bezirksamts Mitte läßt sich dies detailliert rekonstruieren; aus ihnen wissen wir, welche Planungen dieser Politik zugrunde gelegen haben. Im August 1984 behauptet Bezirksamtsleiter Hubert Jungesblut gegenüber seinen Mitarbeitern, wenig später auch in Gesprächen mit Bausenator Wagner über die sogenannten 6er-Häuser (mit "6" endende Hausnummern), "daß in diesen Häusern nichts getan wird. Für diesen Fall

muß für die Häuser eine politische Lösung gesucht und gefunden werden, notfalls muß im Senat entschieden werden, was dann geschehen soll." Jungesblut, kurze Zeit darauf auch Senator Wagner, behauptet damit die Unwahrheit, wie auch Sozialsenator Ehlers am 11.Oktober in einem Brief an Bürgermeister v.Dohnanyi geltend macht: das Vorgehen der SAGA gegen die Bewohner, so Ehlers damals, halte er für "untragbar". Und Bezirksamtsleiter Jungesblut wird von Ehlers schriftlich ermahnt, "die vertraglich vereinbarte Rechnungsbelegung über die Zahlungen zum 15.1.1985 abzuwarten." Doch Jungesblut und Wagner haben zu diesem Zeitpunkt längst beschlossen, das Mietverhältnis auf "politischem" Weg aufzulösen.

Wie das aussehen soll, erläutert Jungesblut, der das dienstliche Kürzel "B" führt, am 29.Januar 1985 in einer internen Besprechung. "-B- vertritt die Auffassung der tabula rasa -> Abbruch und übernimmt die Verantwortung (bis zur endgültigen Entscheidung bzw. Abbruch?)", notiert der Gesprächsteilnehmer Lindau, und der Leitende Regierungsdirektor Schütze: "Die Polizei weigert sich, 'kleine' Lösungen zu unterstützen. deshalb kann wegen der Treppe allein nichts veranlaßt werden. Angestrebt wird die 'große' Lösung, d.h. eine notfalls mit Zwang durchgesetzte Besichtigung mit dem Ziel, aufgrund der dabei gewonnenen Erkenntnisse das Haus Nr.116 kurzfristig abzureißen. Mit Senator Wagner ist telefonisch Kontakt aufgenommen worden, BA30 soll ein Papier erarbeiten, wie die einzelnen Schritte zur Erreichung dieses Ziels aussehen können (SOG? Unbewohnbarkeitserklärung? Unterbringung der Bewohner?) In 14 Tagen/3 Wochen sei eine Entscheidung des Senats/Senators zu erwarten. Für ein weiteres Abwarten bis zu diesem Zeitpunkt übernehme er -B- die Verantwortung."

Bei all dem muß man sich vergegenwärtigen, daß die Bewohner zu diesem Zeitpunkt längst ordentliche Mietverträge haben, d.h.: offensichtlich werden sie zum Opfer staatlicher Willkür gemacht. Hinter der Abkürzung "SOG" etwa verbirgt sich ein Gesetz zum Schutz von Sicherheit und Ordnung, das u.a. den Gebrauch von Schußwaffen gegen eine Menschenmenge regelt. Wir wissen nicht, wie weit die Phantasien des Bezirksamts in ihren Planspielen gingen - sie müssen an einem bestimmten Punkt sogar Senator Wagner zu weit gegangen sein. In einem Schreiben weist der den Bezirksamtsleiter am 7.Februar darauf hin, er müsse "für sich" "alle Bestrebungen ablehnen, die auf eine Beugung des Rechts hinausliefen." Eine zweischneidige Formulierung: sollte sie andeuten, der Senator müsse eben nur *für sich* solche Bestrebungen ablehnen? Wie dem auch sei - der Brief scheint die Vertreter des Bezirksamts zunächst davon abgebracht zu haben, auf polizei-

rechtlichem Weg zu räumen. Sie beschließen am 22.Oktober, zunächst einmal herauszufinden, "was wir über die 6er-Häuser wissen. Dann wohl Telefonat B (Jungesblut) <-> Bausenator."

Tabula rasa, zweiter Versuch

Von nun an ändert sich die Strategie des Bezirksamts grundlegend. Ging es zunächst um die Behauptung, die Bewohner hielten bewohnbare Häuser nicht instand, soll nun der Nachweis geführt werden, daß dieselben Häuser ohnehin unbewohnbar seien, eine Gefahr für Leib und Leben darstellten und *deshalb* geräumt werden müssen. "Wir wollen Abbruch. Dazu kommen wir nur über Räumung. Räumungsverfügung kann begründet werden mit Gefahr für Leib & Leben oder Unbewohnbarkeit", notiert der Leiter des Bezirksrechtsamts Schütze am 1.Februar 1985 im Aktenvermerk über eine Besprechung.

Um sie zu begründen, dringen am 28.März 1985 Bauprüfer der SAGA und ein Gerichtsvollzieher im Rahmen eines massiven Polizeieinsatzes in die Häuser ein, um das Erwartete, wenn nicht Gewünschte zu notieren: "Der Zustand der 1982 zum Abbruch vorgesehenen Häuser ist in der Zwischenzeit nicht besser geworden" (ABENDBLATT, 29.3.). Und wie um sicherzustllen, daß sich an einem solchen Befund nichts ändern kann, wird ein Baugerüst der Bewohner von Arbeitern, die das unter Polizeischutz wagen, demontiert: "Unter der 'Amtshilfe' eines riesigen Polizeiaufgebots wurden gestern in der Hafen- und Bernhard-Nocht-Straße drei Häuser von der Bauprüfungsabteilung besichtigt, das Gerüst um einen Teil des Gebäudes abgebaut, zwölf Stromzähler entfernt und eine Wohnung geräumt. Zurück blieben zahlreiche Bewohner, Zerstörungen in den Wohnungen und die Frage, ob der Einsatz Auftakt für eine Teil-Räumung sein soll", formuliert die TAGESZEITUNG am 29.März.

Das offensichtlich zerstörerische Vorgehen der SAGA veranlaßt auch die für mit Instandhaltungsarbeiten befaßten Architekten, ihre Arbeit aus Protest einzustellen. Der SAGA offiziell verantwortlich und von ihr beauftragt, weigern sie sich, weiterhin Erfüllungsgehilfe einer Abrißpolitik zu sein, die sich verwaltungstechnisch maskiert: "Allem Anschein nach", schreibt der Architekt Günter Trommer, "geht es der SAGA hier nicht mehr um die Instandsetzung, sondern um eine Vorbereitung des Abrisses dieser Gebäude durch die Vernachlässigung von notwendigen Instandsetzungsarbeiten. Hieran wollen

wir uns als Architekten nicht beteiligen." (Leserbrief, TAGESZEITUNG 2.April).

Trotzdem hat die "gewaltsame Besichtigung", ein Terminus, der sich in den Behördenakten häufiger findet, nicht das erwünschte politische Ziel erreicht: im Bezirksamt gesteht man sich im nachhinein und intern ein, daß "die Mängel nicht zu einer akuten Gefahr und damit Räumungsanordnung führen können."

Die Lage spitzt sich zu, denn die Bewohner protestieren mittlerweile ebenfalls in deutlicher Weise: am 15.April dringen sie in das Bezirksamt Hamburg-Mitte ein, um rückwirkend eine Zahlung der ihnen zustehenden Instandhaltungsgelder von 2,80 DM/qm zu verlangen, die ihnen seit Oktober 1984 verweigert worden war.

In aller Eile wird das Bezirksamt tätig, um die Unbewohnbarkeitserklärung auf anderem Wege durchzusetzen. Zunächst fordert es die SAGA auf, die baulichen Mängel der Häuser zu beseitigen. Aber was hier wie ein Einlenken aussieht, ist nur Teil eines Planspiels, das man im Bezirksamt am 12.April 1985 durchexerziert hatte und in dem auch diese Aufforderung einen präzisen Stellenwert einnimmt: "1.Schritt: Schreiben Einwohneramt -> SAGA Mängelbeseitigen (...) Kosten 400000.-. 2.Schritt: SAGA -> Bezirksamt Unverhältnismäßigkeit Vereinbarung nicht eingehalten. 3.Schritt: B (Jungesblut) -> Senator Planverfahren? 4.Schritt: Antwort Senator: Kein Erhalt. 5.Schritt: Unbewohnbarkeit mit Räumfrist 2 Monate. 6.Schritt: Widerspruch. 7.Schritt: Sofortiger Vollzug." Als Bezirksamtsleiter Jungesblut vom NORDDEUTSCHEN RUNDFUNK über diese Aufforderung an die SAGA inverviewt wird, erklärt er auch freimütig: "Sie wird vielleicht die Sachen machen, was ich allerdings nicht glaube. Der Aufwand, der hier getrieben werden müßte, steht, so meine ich, in keinem Verhältnis zu dem, was die Häuser überhaupt wert sind" (HAMBURG AKTUELL, 17.4.). Wenn die SAGA der amtlichen Aufforderung nicht nachkommt, heißt das, wird er dafür volles Verständnis haben: "Es gäbe auch die Möglichkeit, die Wohnungen für unbewohnbar zu erklären", wofür die "gewaltsame Besichtigung" am 28.März ja schon Handhabe hatte bieten sollen. Die Aufforderung an die SAGA ist also in Wahrheit ein gezielter Eskalationsversuch.

Am 18.April greifen Beamte des Sozialamts St.Pauli ein und sagen eine rückwirkende Zahlung der Instandhaltungsgelder an die Bewohner zu, nachdem diese Quittungen und Fotodokumente über ausgeführte Arbeiten vorgelegt haben. Aber die Politik des Bezirksamts hat kurz darauf doch einen Erfolg zu verbuchen: am 9.Mai erklärt der Wohnungsausschuß die Häuser

für unbewohnbar, obwohl sich wenig später, am 23.Mai, Beamte der Bauprüfabteilung Hamburg-Mitte davon überzeugen, daß die schwersten Mängel in den Häusern durch Eigenarbeit der Bewohner beseitigt worden seien (TAGESZEITUNG, 24.5.).

Tabula rasa, dritter Versuch

Alles in allem bekommt man also einen lebhaften Eindruck von den Techniken Hamburger Städteplaner, und man beginnt zu verstehen, was Eberhard Pohlandt vom Amt für Stadterneuerung (ASE) gemeint haben wird, als er 1981 schrieb: "Hamburgische Stadterneuerungspolitik besteht seit Beginn der siebziger Jahre auch darin, verschiedene Instrumente der Planung und Investition koordiniert einzusetzen. Dabei ist bewußt, daß niemals allein durch hoheitliches Planen eine Stadt positiv entwickelt werden kann, sondern daß ein Vollzug ohne differenziertes, koordiniertes staatliches Handeln, ohne eine Koordinationstätigkeit für privatwirtschaftliches Handeln nicht erfolgreich sein kann. Die Möglichkeiten staatlichen Handelns sind jedoch in einem weitgehend privatwirtschaftlich geordneten Umfeld eng begrenzt. Sie müssen sich gegenwärtig - schätzt man die Situation realistisch ein - auf 'Impulse geben' und - Hilfe zur Selbsthilfe - beschränken. Wenn auch die entscheidende Voraussetzung für ein koordiniertes Handeln Planungssicherheit ist, das heißt hier klar, nicht ständig wechselnde Planungsvorgaben, so muß aber andererseits gerade die in den innerstädtischen Althauswohnquartieren verbreitete Investitionsabneigung durch ein unverzügliches und gezieltes Handeln abgebaut werden. Dies wird in Hamburg insbesondere dann betrieben, wenn sich in Teilbereichen der innerstädtischen Althausquartiere eine Verschlechterung der technischen und ökonomischen und besonders auch der sozialen Bedingungen abzeichnet. Die komplexen Maßnahmen der Stadterneuerung verlaufen sachlich und zeitlich koordiniert." (Neue Heimat Monatshefte 9/81)

Am 14.Oktober 1985 leitet der Senat das formelle Bebauungsplanverfahren St.Pauli 35 ein, und zwar sachlich und zeitlich derart gut koordiniert, daß es in einem geradezu dramatischem Tempo abgewickelt werden kann; bereits am 16.Dezember des kommenden Jahres wird abgeschlossen sein, wofür Experten sonst drei Jahre veranschlagen. Etwa vierzehn Tage vor Einleitung des Verfahrens, am 26.September, war man im Bezirksamt jedoch zu der niederschmetternden Einsicht gelangt, daß die juristische Strategie einer

Unbewohnbarkeitserklärung gegen die Häuser wohl doch nicht zum Erfolg führe "und Entscheidungszeitpunkt sowie das Ergebnis derzeit nicht absehbar sind. Unter der Voraussetzung, daß die politische Entscheidung für den Abbruch getroffen wird, ist deshalb folgender Weg angedacht worden: Der SAGA sind Zweckentfremdungsgenehmigung und Abbruchgenehmigung zu erteilen. Nach der Rechtsprechung haben die Bewohner hiergegen keine Abwehrrechte".

Damit wird eine dritte Strategie gegen die Bewohner eröffnet, die wieder, wie schon 1984, offen politisch und polizeilich motiviert werden wird. Es wird deshalb auch kein Zufall sein, daß es die Polizei ist, die jetzt die neue Eskalation der Auseinandersetzung sachlich und zeitlich zu koordinieren beginnt. Am 16.Oktober, also nur zwei Tage nach Einleitung des Bebauungsplanverfahrens, prüft das Bezirksamt erneut die Möglichkeit, die Bewohner polizeirechtlich, auf Grundlage des SOG, zu räumen. Am gleichen Tag nämlich hat ein hoher Beamter der Innenbehörde, Herr Rürup, im Bezirksamt angerufen und von einer Senatssitzung berichtet, deren Tenor gewesen sei: "So geht es nicht mehr weiter. Es muß koordiniert werden." Auf Initiative der Polizei wird eine Planungsgruppe eingesetzt, die alle Behörden koordinieren soll, und der Leiter des Verfassungsschutzes, Christian Lochte, behauptet am gleichen 16.Oktober in der TAGESZEITUNG, also zwei Tage nach Einleitung des Bauverfahrens, die RAF habe Kader in die Häuser entsandt, und jetzt komme "überhaupt erstmals eine Struktur von Gewalt" in die Häuser. In aller Deutlichkeit ist das städtebauliche Konzept endgültig in die Regie der Polizei übergegangen. Wohl auch nicht zufällig wird am 18.Oktober in der Presse bekanntgemacht, daß Fachleute der SAGA derzeit die rechtlichen Möglichkeiten einer vorzeitigen Kündigung der Mietverträge sachlich und zeitlich koordiniert prüften (ABENDBLATT), wobei hierzu mit Sicherheit zuvor Kontakte mit dem Verfassungsschutz aufgenommen worden waren. Und alle Behörden ziehen mit, wie folgende Verfügung erkennen läßt: "In Anbetracht des erheblichen öffentlichen Interesses, das für o.a. Objekt besteht, sind ab sofort Neuanträge auf Leistungen nach dem BSHG (Bundessozialhilfegesetz) - insbesondere KdU (Kosten der Unterkunft) - nicht mehr entgegenzunehmen. In Zweifelsfällen ist der Unterzeichner zu verständigen. - Beeken -".

Wie um den Verdacht nicht aufkommen zu lassen, hier werde an einem neuen, diesmal groß angelegten Unternehmen "Tabula rasa" gearbeitet, versichert Senator Ehlers zwar am 31.Oktober in der HAMBURGER RUNDSCHAU, "daß die Rechtsposition der Hafenstraßenbewohner so sicher ist,

wie sie kaum sicherer sein kann. Also für irgendwelche Nacht- und Nebelaktionen ist da kein Raum" - und man bedenke, welche Assoziationen allein das Gerede von "Nacht- und Nebelaktionen" heraufbeschwört noch da, wo es aus Dementis besteht.

Im Dezember aber wird schon eine solche massive Polizeiaktion vorbereitet, nachdem die SAGA sich entschlossen hatte, drei Wohnungen räumen zu lassen. Der vormalige baupolitische Sprecher der SPD-Fraktion und Bürgerschaftsabgeordnete Michael Sachs beurteilte die Situation folgendermaßen: "Die rechte Sozialdemokratie probt ein Jahr vor den Wahlen den Eklat, weil man ihn nicht zu den Bürgerschaftswahlen im Dezember 1986, wenn die Mietverträge auslaufen, haben will" (TAGESZEITUNG, 4.12.). Und dieser Eklat soll laut Protokoll der Planungssitzung, das der TAGESZEITUNG zugespielt wird, folgendermaßen aussehen: man rechnet mit dem Widerstand der Bewohner, "der sodann zum Anlaß für den Beginn des massiven Polizeieinsatzes genommen werden soll, wenn sich zuvor kein anderer Anlaß bietet." Senatspressesprecher Mirow bestreitet die Authentizität dieser Stelle, aber nicht die anderen Zitate aus demselben Protokoll. Am selben Tag seines Dementis, einen Tag vor der geplanten Räumung, erscheint dann der Rechtsanwalt der Bewohner Rainer Blohm auf einer laufenden Pressekonferenz und gibt eine Verfügung des Amtsgerichts bekannt, mit der die Räumungen untersagt werden (laut ABENDBLATT, 5.12.). Gleichgültig also, ob das Protokoll authentisch gewesen ist oder nicht - die Rechtsgrundlage der gesamten Aktion war es jedenfalls nicht. Als SPD und CDU am 16.Dezember den Bebauungsplan St.Pauli 35 beschließen, sind alle Versuche einer Räumung der Häuser am praktischen und juristischen Widerstand der Bewohner vorerst gescheitert.

Tabula rasa, vierter Versuch

Am 3.Februar 1986 stellt Bausenator Wagner erneut vor, was in den vorangegangenen und noch folgenden Monaten als "städtebauliches Konzept des Senats" kursiert. Das Bebauungsplanverfahren verfolge das Ziel, "hier Wohnungen zu bauen und auch zu erhalten sowie den Bau von Gewerbebauten zu sichern. Der Bausenator erinnerte daran, daß die Baubehörde seit längerem konsequent an neuen Ideen für die Gestaltung des nördlichen Elbufes arbeitet. (...) 'Hamburg hat an dieser Stelle eine hervorragende Chance, dem Stadtteil St.Pauli zur Elbe hin ein neues und schönes Gesicht zu geben. Der

Entwurf zeigt, daß hier ein neuer Erlebnisraum an der Elbe entstehen wird - mit Ausblick- und Ruheplätzen zum Beispiel im neuen Schauermanns Park'." (Mitteilung der Staatlichen Pressestelle vom 3.Februar).

Aber nicht nur über einen "neuen Erlebnisraum", der den Bürgen neben Erlebnissen im Umfeld der Reeperbahn auch Ausblick und Ruhe verheißen sollte, hatten sich die Politiker den Kopf zerbrochen, sondern auch über die juristischen Voraussetzungen einer vorherigen Räumung dieses neuen Erlebnisraums. Der von ihnen am 6.Juni 1984 prämierte Entwurf der Architekten Ferdinand/Schäfer nämlich hatte noch vorgesehen, 200 Neubauwohnungen um sämtliche alten Häuser zu gruppieren, verzichtete also auf jeden Abriß. Und das stellte sich nun als verhängnisvoll heraus. Da eine juristisch abgesicherte Räumung nur möglich sein würde, wenn ein Abriß der Häuser feststand, mußten Ferdinand/Schäfer ihre prämierten Pläne eben noch einmal ändern, die deren Erhalt vorgesehen hatten. Und so holte die Baubehörde an diesem 3.Februar "andere Pläne von Ferdinand/Schäfer hervor - ohne Sechser-Häuser. Tassilo Braune, Leiter des Landesplanungsamtes, sprach von einer 'Vorweggenehmigung aus dem Bebauungsplanverfahren'" (MORGENPOST, 4.2.). Die ihrerseits geriet wieder in Schwierigkeiten, weil sie der Zustimmung der Grün-Alternativen Liste (GAL) bedurfte - kurz, auch hier erfährt man, was Ebernhard Pohlandt gemeint haben könnte, als er in seinem oben schon erwähnten Aufsatz darauf bestanden hatte, daß "die entscheidende Voraussetzung für ein koordiniertes Handeln Planungssicherheit ist, das heißt hier klar, nicht ständig wechselnde Planungsvorgaben". Die Planungen müssen doch andererseits ständig wechseln, sobald die Politik etwas will, was das Mietrecht verbieten würde. Als jedenfalls am 2.Juni etwa zehn Vertreter des Bezirksamts und der SAGA die drei Häuser besuchen und wenig später ihre *Bewohnbarkeit* schriftlich feststellten, ist Bezirksamtsleiter Jungesblut ungebrochen zuversichtlich: "Für den Abriß der Häuser hat das alles keine Bedeutung" (TAGESZEITUNG, 3.6.).

Nach den Sommerferien nämlich nehmen die Polizeiaktionen gegen die Bewohner an Häufigkeit und Stärke in einer Weise zu, die sich nur mit den bevorstehenden Wahlen im November und dem Umstand erklären lassen, daß mittlerweile fast alle von den Städteplanern vorgesehenen Termine zweifelhaft zu werden beginnen. Am 12.August vernagelt ein Bautrupp der SAGA mit massivem Polizeiaufgebot Fenster und mauert eine Eingangstür zu, angeblich, um das Gebäude zu sichern (so die WELT am 13.8.). Am 20.August wird ein Baugerüst demontiert, das die Bewohner für dringende Instandsetzungsarbeiten aufgebaut hatten - angeblich, weil die Eignerfirma

eine Strafanzeige gestellt hatte, von der dessen Geschäftsführer allerdings gar nichts weiß (nach TAGESZEITUNG, 21.8.). Am 27.August dringen 150 Polizisten in die Häuser ein, um Handwerkern Beistand zu leisten, die "in 'Schmaals Hotel' die Renovierungsarbeiten fortsetzen wollen" (ABENDBLATT, 27.8.). Am 20.Oktober stürmen vier bis fünf Hundertschaften und Einheiten des Mobilen Einsatzkommandos die Häuser und richten schwere Verwüstungen an, und Innensenator Pawelczyk "zeigte sich befriedigt über die gelungene Aktion. Er plant offenbar noch vor dem Wahltermin am 9.November die Räumung der Häuser an der St.Pauli Hafenstraße" (ABENDBLATT, 21.10.). Am 24.Oktober entfernt ein starkes Polizeiaufgebot Transparente an den Häusern, am 28.Oktober gehen 450 Beamte daran, 13 Räumungstitel zu vollstrecken; und das bleibt dann Erkennungszeichen sozialdemokratischer Politik bis zur Novemberwahl. Der offene Versuch, die Polizei endlich "Tabula rasa" machen zu lassen, beherrscht das gesamte Jahr 1986 und ist ebenso endgültig wie offensichtlich an den Ort getreten, den das "städtebauliche Konzept" nur schlecht vertreten hatte: der rasende Wunsch, das Unreglementierte endlich zu reglementieren, hat sich aller Rücksichten entledigt.

Eine Aufstellung der Bewohner über die Verwüstungen des Polizeieinsatzes vom 21.November 1986, hier beispielhaft zitiert, gibt Auskunft über das letzte Stadium, in dem sich das "städtebauliche Konzepts" des Senats schließlich realisieren will: "Klarschiff in der Hafenstraße", schreibt das SONNTAGSBLATT am 9.November, und das sieht dann so aus:

"116 waren sie nicht drin

120 Erdgesch. Feuertür geklaut + umliegendes Mauerwerk rausgerissen / eine Treppenstufe rausgetreten

1.Stock Küchenwand (Holz) rausgerissen / Pfeffer ins Bett gestreut / Lautsprecherbox zertreten / Angel zerbrochen / Teller, Tassen, Anrichte zerdroschen / Murmeln ins Klo (Verstopfungsgefahr) / Pyros in Ofen (Explosionsgefahr)

2.Stock Wasserleitungen rausgerissen / Türschloß weggetreten / Scheiben beschmiert / alle Zimmertüren geklaut

Dachboden Bodenfeuertür geklaut / Holzwand rausgetreten

122 Keller Fahrradventile geklaut

Erdgesch. durchsucht / Wohnungstürfüllungen weggedroschen (Holz, Glas) / Vietnamsticker geklaut / Ledersachen zerrissen / Türspion weggetre-

ten / Motorradunterlagen geklaut

1.Stock li. CS-Gas in Baccardi / Mandarinen schwarz besprüht

3.Stock re. CS-Gas in 2 Betten gesprüht (Harald: Hautausschlag) / Kompaktanlage zerschlagen / Radiokassettenrecorder zerdroschen / CS-Gas in Tabak gesprüht / kleine Bäume rausgerissen

3.Stock li. Türglasfüllung zerstört

Dachboden Ofenglasscheibe zertrümmert / Pfeffer ins Bett / Anlage zerhauen / Katzenklo im Zimmer verstreut / Aschenbecher ins Bett

22 Erdgesch. Feuerschutztür rausgerissen / Stromkastenabdeckung zerstört

1.Stock re. Gläser vollgepisst / Klo zerschlagen / Lampe und überhaupt alle persönlichen Sachen zerstört / CS-Gas in Wodka gesprüht

1.Stock li. Wasser-, E-, Gasleitungen rausgerissen / Wohnungsdurchbruch m. Platten zugenagelt / Öfen gestohlen / Scheiben eingedroschen / alles geklaut / Klo zerstört / Zimmertüren geklaut

3.Stock li. Pflanze rausgerupft

3.Stock re. Vorhang runtergerissen

Dachboden einer Katze den Unterkiefer zertreten und die oberen Zähne rausgehauen / Stuhl zertrümmert / Pflanzen rausgerupft und zertreten

16 Erdgesch. Feuerschutztür samt umliegender Wand rausgerissen

1.Stock re. sämtliches provis. Mobiliar mitgenommen / Ringe vom Küchenofen mitgenommen (unbrauchbar)

3.Stock li. alles mitgenommen / Wasserleitungen zerstört

3.Stock re alles rausgeräumt

Dachboden Trennwand weggerissen / Reservedachziegel zerstört / Bett geklaut /fast sämtliche dort lagernden beim ersten Überfall beschlagnahmten Sachen wurden wieder gestohlen / Rotkreuzkasten + Medikamente entwendet / Feuerlöscher geklaut

126 Erdgesch. Feuerschutztür samt umliegender Wand rausgerissen / Stromkastenabdeckung zerstört

1.Stock re. Wohnungstürschloß zerstört

3.Stock li. 2 Öfen geklaut / Wasser-, Stromleitungen herausgerissen / Fenster zerdroschen / sämtliche Sachen weg / Klo zerschlagen / Zähler geklaut

Dachboden Klofenster zerstört

Trecker Scheibenwischerkabel rausgerissen

16 Ingo Als er in seine Wohnung wollte, Personalien festgestellt + An-

zeige wegen Körperverletzung, weil sein Hund sauer wurde
vielen Dank, erlauchte Gesetzeshüter!"

Strategien des Musealen

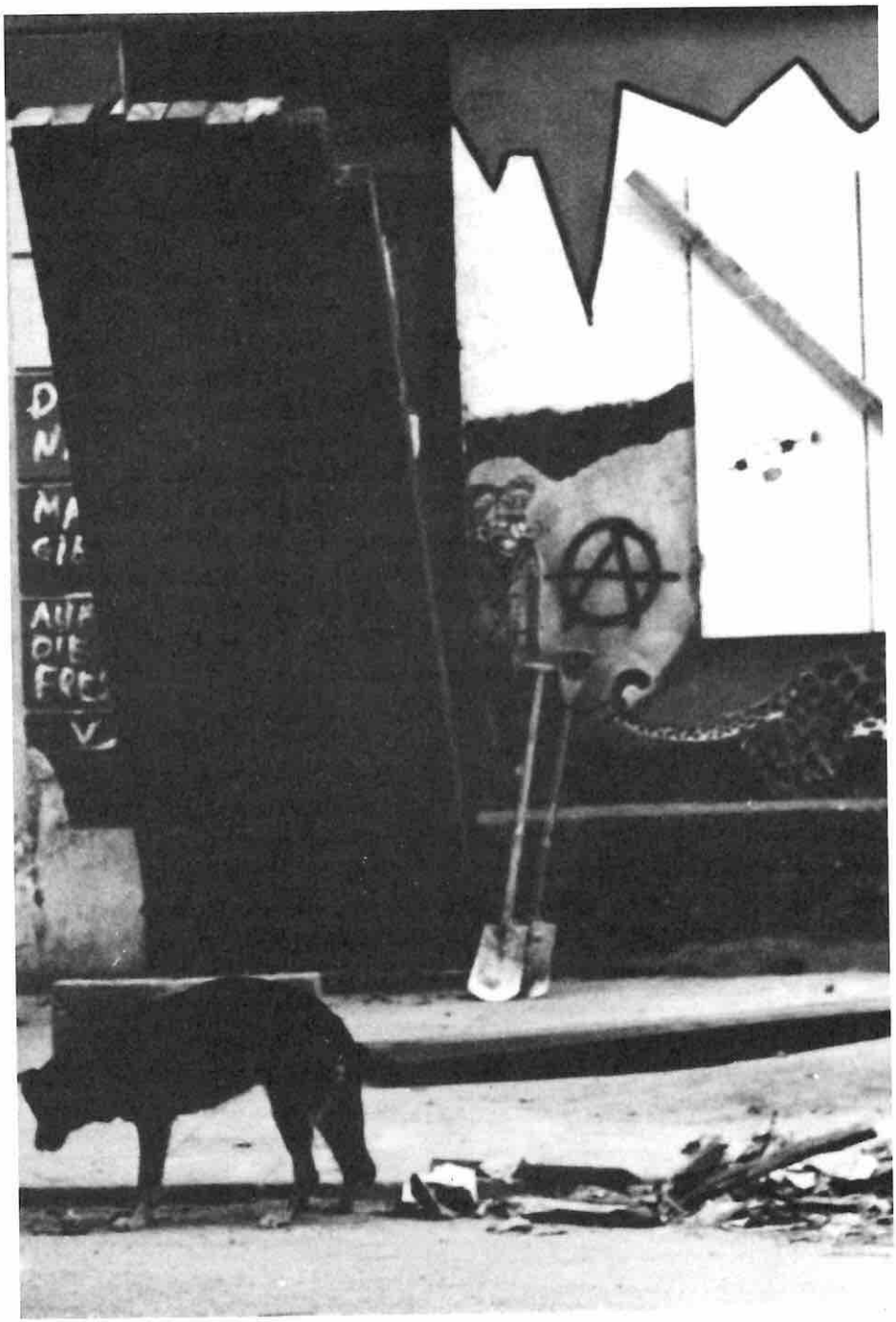
Einen langen Weg haben Hamburgs Stadtplaner von 1938 bis 1987 zurückgelegt. Von den Gauhochhäusern über Büro- und Medienhochhäusern bis hin zum "Erlebnisraum", der die Stadt in Information und Dienstleistung und die Bürger in Touristen ihres eigenen Lebensraums verwandelt: so als sollten sich unablässig die Metamorphosen der sie beherrschenden Kapitalstrukturen im Raum des Hafens verkörpern, stehen die Stadtplaner seit fünfzig Jahren unter einem magischen Bann. Über einer Herrschaftstechnik, die unreglementierte städtische Bereiche als potentiellen Ausgangsort von Revolten fürchtet und gefügig macht, erhebt sich der Repräsentationswahn einer Handelsbourgeoisie, die selbst noch nicht weiß, auf welchem Weg sie ihren eigenen Tod eigentlich überlebt hat.

Die Geschichte des "städtebaulichen Konzepts" seit 1980 zeigt, wie sehr die wechselnden Konzeptionen und Strategien nur einem Gesichtspunkt folgen: das Unreglementierte zu reglementieren, rebellische Bewohner zu räumen und ihre Häuser abzureißen. Nichts, was als "Entwurf" darüber hinaus Bestand hätte: nicht zufällig ist es die Polizei, die zusehends die Regie übernimmt.

Und der Hafen? Die Schiffahrt, die Werften? Die abgelebte Identität Hamburgs? Die Träume nationalsozialistischer Architekten? All das wird in Strategien einer Musealisierung überführt: vom Schiffahrtsmuseum über die San Diego, vom Albers-Denkmal Immendorfs bis zur alten Speicherstadt werden die abgelebten Zeichen der Vergangenheit zum Gegenstand einer architektonischen Dauerausstellung, die nur noch sich selbst ausstellen kann. Nichts, was sich ihrem Diktat soll entziehen können; über der Totenstille des Betons soll sich der Lärm eines Amüsierbetriebs erheben, der selbst nicht mehr weiß, worüber er sich amüsieren soll, und daher auch der ständigen Polizeipräsenz bedarf, wenn die Armen Totenstille nicht wünschen.

"Wir schlagen zwar im Hamburger Hafen viel mehr um als in den großen Zeiten von Hans Albers" (Klaus v.Dohnanyi in der Erläuterung seines "Hafenrandkonzepts") - in jenem Film über die "Große Freiheit Nr.7", den der Erste Bürgermeister zur Untermauerung seines "städtebaulichen Konzepts" heranzog, spielt Hans Albers, der selbst nie zur See fuhr, wohl nicht zufällig

einen Seemann, der nicht mehr zur See fährt, sondern von einem Amüsierbetrieb lebt, der seinerseits von der kulturindustriellen Ausbeutung einer Seefahrt lebt, die auch bessere Tage gesehen hat. Die Eingangssequenz des Films enthält, lakonisch und schlagend, das gesamte Programm: sie zeigt zwei Seeleute, die auf dem Weg zu Albers sind; von weitem sehen sie an jenem Lokal, in dem er auftritt, eine maschinell betriebene Puppe, die hoch über den Köpfen der Reeperbahn-Touristen die Ziehharmonika bewegt, und halten sie für Albers selbst, den singenden Seemann, der im Film nicht mehr zur See fährt, in seinem ganzen Leben auch nicht zur See fuhr und im Film nur zum Umschlag des Bordells, außerhalb des Films nur zum Umschlag der Filmindustrie beitrug. Erst beim Nähertreten entdecken sie diesen gespenstischen Irrtum: der echte Albers spielt noch im Lokal und ahmt dort, wovon sich der Zuschauer sofort überzeugen kann, die Bewegungen seiner Puppe draußen tatsächlich täuschend ähnlich nach.



Karl Heinz Roth

Städtesanierung und "ausmerzende" Soziologie

Der Fall Andreas Walther und die "Notarbeit 51" der "Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft" 1934-1935 in Hamburg

Über den Beitrag, den die Stadtsoziologie zur Stabilisierung der nationalsozialistischen Innenpolitik leistete, war bis vor kurzem nur sehr wenig bekannt. Stand er überhaupt zur Diskussion, so wurde er oft recht pauschal abgehandelt. Er galt zumindest als wissenschaftsgeschichtlich und wissenschaftstheoretisch bedeutungslos, weil die voraussetzenden großstadtfeindlichen Werturteile konzeptionelle und analytische Genauigkeit auszuschließen schienen; die Frage seiner praktischen Relevanz wurde nicht einmal kursorisch gestreift. Ebensowenig wurde ein irgendwie ins Gewicht fallender Zusammenhang mit dem internationalen Kontext von Stadtsoziologie und Stadtgeschichte der zwanziger und dreißiger Jahre wahrgenommen, die nationalsozialistische Komponente fehlt in den einschlägigen vergleichenden Untersuchungen (1). Abwegig erschienen solche Fragestellungen wohl vor allem wegen des "rassenhygienischen" Einschlags der nationalsozialistischen Stadtsoziologie, für deren Verdikt oft der Verweis auf die sie antreibende völkische Großstadtfeindschaft und auf die in diesem Zusammenhang etwa von einem Hans F.K. Günther oder Otmar von Verschuer zu Papier gebrachten anthropologischen Monstrositäten genügte (2).

Hinter diesem benign neglect steckt zweifellos ein Körnchen Wahrheit. Zumindest im offiziellen Selbstverständnis von damals finden sich viele der heute in kritischer Ablehnung formulierten topoi wieder (3). Dennoch sollten einige merkwürdige Aspekte zu denken geben, die so gar nicht mit den gängigen Auffassungen übereinstimmen. An erster Stelle möchte ich auf die Tatsache verweisen, daß die nationalsozialistisch beherrschte Gesellschaftsformation im Zusammenhang von Rüstungsboom und autarkistischem "deficit spending" in einigen neuen Ballungszentren einen enormen Urbanisierungsschub und in alten Industrieregionen ausgedehnte Sanierungsmaßnahmen erlebte - die Tatsachen strafen die für vorherrschend gehaltene Theorie Lügen. Hinzu kommt, daß dieser Urbanisierungs- und Sanierungsschub seit den schon 1934 gescheiterten Versuchen Feders, über das Vehikel Baubodenrente eine "organische" Bodenreform durchzusetzen (4), altbekannten

Spekulationsmechanismen unterworfen war - mit all den sozialen Folgen, welche dann eine obrigkeitlich gesteuerte Stadtsoziologie zu einem erstrangigen Desiderat hinterherhinkender Befriedungspolitik zu machen pflegen. Wenn man eine auch nur annähernd effiziente NS-Sozialtechnik voraussetzt - woran nicht zu zweifeln sein dürfte -, dann muß dieser Praxisdruck Folgen für die Theoriebildung gehabt haben. Schließlich gibt es eine Reihe nationalsozialistischer stadt- und bevölkerungssoziologischer Projekte, die, wie beispielsweise die aus der Migrationsforschung herkommenden Untersuchungen Wilhelm Brepohls über die Industriestädte des Ruhrgebiets, sich weder ins herrschende Bild fügen noch etwa nach der Befreiung vom Nationalsozialismus inhaltlich verändert oder gar eingestellt worden sind (5).

Inzwischen wird die vorherrschende Auffassung von einer ideologiebedingt betriebsblinden nationalsozialistischen Stadtsoziologie durch neue Regionalstudien zum Verhältnis von großstädtischer Sozialgeschichte, Stadtsoziologie und Stadtplanung grundsätzlich in Frage gestellt. Sie hat sich beispielsweise für einige interdisziplinäre Arbeitsgruppen, die seit einigen Jahren über die Hamburger Regionalgeschichte arbeiten (6), als unwiderruflich kontraproduktiv erwiesen. Bis zum Greifen des Vierjahresplans 1937/38 war Hamburg ein ausgeprägtes Depressions- und Notstandsgebiet mit überdurchschnittlich hoher chronischer Arbeitslosigkeit und einer sich kontinuierlich verschärfenden innerstädtischen Slumbildung (7). Als Rüstungsboom und kolonialistische Weltmachtstrategien praktisch wie konzeptionell die Wende herbeiführten, leiteten die rigorosen Sanierungs- und Säuberungsmaßnahmen der Krisenjahre zu einer gigantomanischen Ausbauplanung über (8), die erst mit dem Scheitern der Blitzkriegsoffensive vor Moskau zum Stillstand kam. Aber auch während des "totalen Kriegs" ging es in makabrer Weise weiter; nicht Spitzhacke und Abbruchbagger, sondern britische Bomberflotten pflügten die alten proletarischen Viertel und Slums um, so daß die Pläne zur Neugestaltung der "Führerstadt Hamburg", welche Hitler, Speer und die regionalen Statthalter zu einem "Manhattan an der Elbe" umzugestalten trachteten, nur modifiziert zu werden brauchten. Der Zusammenhang von Flächensanierung und großangelegter Neubauplanung blieb weit über das Jahr 1945 erhalten, er hat das Denken und Handeln der regionalen Stadtplaner bis in die siebziger Jahre beeinflußt (9). Im Verlauf der Rekonstruktion dieser bemerkenswerten Kontinuität tauchte immer wieder der Name eines Soziologen auf, der, während der Depressionsjahre aktiv an den Sanierungsplanungen beteiligt, heute weitgehend vergessen ist. Eine kleine Schrift gibt darüber Auskunft, wie von ihm und seinen Mitstreitern in den ersten Jahren

der NS-Herrschaft in Hamburg versucht wurde, das zerstörerische Werk der Spitzhacke durch vorbereitende soziologische Untersuchungen zu präzisieren:

"Jede echte Sanierung (...), die nicht nur schlechte Häuser durch bessere ersetzen will, sondern auf die Menschen sieht, bedarf einer Vorbereitung auch durch soziologische Untersuchungen. Diese Erhebungen müssen schließlich dahin kommen, daß, ehe die Spitzhacke ihre Arbeit beginnt, bestimmt werden kann, wie man mit den einzelnen Menschen und Familien des Abbruchgebiets verfahren soll (...) Die Forderung, daß keine Sanierung im alten Stil, mit der Folge unkontrollierbarer Zerstreuung der Ausgewiesenen, durchgeführt werden darf, wird sehr eindringlich, wenn man der Frage nachgeht, wie der Zusammenhang von Asozialität aller Art in bestimmten Stadtregionen zu erklären sei." (10)

Der Wissenschaftler, der hier den alten Traum der Stadtplaner des Industriezeitalters weiterspann, arbeitende und "gefährliche" Klassen säuberlich voneinander zu scheiden, heißt Andreas Walther. Woher kommen seine Ideen? Hatte er Erfolg mit seinem Vorschlag, Stadtsanierung und Sozialhygiene in einer neuen empirischen Stadtsoziologie zusammenzubinden? Wie weit ist er gegangen?

1. Biographisch-wissenschaftstheoretische Skizze

Andreas Walther wurde 1879 in Cuxhaven geboren (11). Nach Studien in Theologie und Geschichte promovierte er 1907 mit einem historischen Thema. 1911 wurde er Privatdozent in Berlin, kurz vor dem ersten Weltkrieg brach er zu ausgedehnten Studienreisen nach Ostasien und in die USA auf. Während des Ersten Weltkriegs war er als Kriegsmetereologe im Nahen Osten aktiv. Danach erhielt er eine Professur für Geschichte in Göttingen, die er 1920 mit einem Lehrauftrag für Soziologie verband. 1924 wurde seine Professur auf die beiden Fächer Soziologie und Geschichte umgewidmet. 1927 krönte eine von Ferdinand Tönnies, dem Nestor der deutschen Soziologie, geförderte Berufung auf einen Hamburger Lehrstuhl für Soziologie die formelle Laufbahn. Für eine zunehmende Praxisorientierung an den Schwerpunkten pädagogische, Völker- und Großstadtsoziologie sorgte ein zweiter Nordamerika-Aufenthalt.

Walther, der gern und regelmäßig über Geschichte und aktuellen Stand der Sozialphilosophie las, präsentiert uns eine klar ausgewiesene Wissen-

schaftstheorie. Die Soziologie stelle als Sozialwissenschaft den Kern aller Wissenschaft dar, weil sie allein über einen zusammenfassenden Zugriff auf die "regelhaften gesellschaftlichen Zusammenhänge" verfüge (12). Dabei weise das Regelhafte des Sozialprozesses seinen Zusammenhang mit dem Naturprozeß aus. Um ihn zu durchdringen, müsse die Soziologie ihre bisherige Konzentration auf reine "Systemskizzen" verlassen und quasi naturwissenschaftlich beschreibend, vergleichend und typisierend zur "Komplexstruktur" des gesellschaftlichen Lebens vordringen. Ihr letztes Ziel sei ein aus den verschiedenen erschlossenen Funktionselementen "vollständig und vollkommen" zusammengesetztes "Strukturbild" der Gesellschaft. Insgesamt haben wir die Formulierung eines quasi vor-kybernetischen Strukturmodells vor uns, in dem Elemente des Denkens von Herbert Spencer, Max Weber und der Chicago-Schule zusammengefaßt sind.

Bei dieser Strukturtheorie blieb Walther nicht stehen: ging er doch davon aus, daß sich das Objekt der soziologischen Durchdringung immer "unnatürlicher" entwickelte und "entartete" Unordnung und ein zunehmendes "Chaos der Werte" die Gesellschaft beherrschten. Aufgabe der Soziologie sei es deshalb, den Primat der natürlichen Regelhaftigkeit von sozialen Prozessen mit Hilfe von gegensteuernden Eingriffen gegen ein sich gefährlich zuspitzendes gesellschaftliches Ungleichgewicht wieder durchzusetzen. Hieraus ergab sich ein bemerkenswerter Drang nach praktischen Bezügen. In immer präziser und empirischer erfaßten "soziologischen Regionen" sollten "soziale Strukturbilder" geschaffen werden, um das Chaos zu eliminieren und die natürlichen Wertelemente des Regelhaften wieder zu installieren. Instrumente dafür seien sowohl im internationalen kultursoziologischen Vergleich wie auch unmittelbar vor Ort, an den Schwerpunkten von unnatürlichen sozialen Verhaltensweisen zu entwickeln. In Anlehnung an die zeitgenössische Entwicklung der nordamerikanischen Soziologie forderte Walther in diesem Zusammenhang die "sorgfältigste Präzisierung der soziologischen Begriffe", um die Sozialstatistik zu verbessern; er führte neue Darstellungsverfahren ein, vor allem die "Sozialkartographie"; er theoretisierte die Rolle von spezialisierten empirischen Erhebungen bei der Erstellung von "Komplexstrukturen" gestörter sozialer Regelhaftigkeit. In unserem Zusammenhang bedeutsam sind dabei die Versuche Walthers, die Sozialstatistik der Großstädte zu reorganisieren. Ein Jahr vor der NS-Machtübernahme schlug er vor, für alle sozialpolitisch aktiven Behörden gleichermaßen verbindliche "kleine und geschlossene Zählbezirke" einzurichten, wobei gleichzeitig den Soziologen eine koordinierende Funktion zuzugestehen sei. Dies war übergreifend ge-

meint, bezog sich aber schon vor 1933 explizit wertend - in Anlehnung an den "social survey" von London und die Feldforschungen der Chicago School - auf die subproletarischen Slumgebiete. Im damaligen Konflikt zwischen der großstädtischen Aufsässigkeit der Unterschichten und der Stadtsoziologie nahm Walther für die eugenischen und sozialhygienischen Selektionskonzepte der letzteren Partei.

Unter diesen Voraussetzungen fällt es schwer, die nachträgliche Verwunderung der damaligen Fachkollegen über die "völlig hemmungslose Gleichschaltung" (René König) Walthers im Jahr 1933 zu teilen. Im Verlauf der Weltwirtschaftskrise waren mehrere Anläufe des Hamburger Soziologischen Seminars zur Bestandsaufnahme der städtischen "Kümmergebiete" durch finanzielle und politische Restriktionen beeinträchtigt worden (13). Nach 1933 war der Weg dafür frei, weil, wie kürzlich nachgewiesen wurde, die Behörden der Hansestadt die "nationale Erhebung" vorrangig als Vehikel zu einer verschärften "Lösung der sozialen Frage" verstanden haben (14). Walther beschritt ihn, aber nicht, weil er ein hemmungsloser Karrierist war - nach glaubwürdigen Zeugnissen war er ein zurückhaltender und liebenswürdiger Wissenschaftler -, sondern weil ihn seine strukturSoziologische Theorie schon lange vorher zu "Praxisnähe" verführt hatte. Dafür war die Zeit jetzt endlich reif.

Diesem Tatbestand widerspricht es keineswegs, daß sich Walther darüber hinaus an führender Stelle an der "Gleichschaltung" der Deutschen Gesellschaft für Soziologie beteiligte, eine aktive Rolle in der "Politischen Fachgemeinschaft der Fakultäten der Hansischen Universität" spielte und sich ansonsten nach Kräften der nazistischen "Ausmerze"-Terminologie bediente. Nicht wegen dieser unzweideutigen Parteinahme ist Walther wichtig, sondern wegen der Tatsache, daß hinter ihm die moderne soziologische Strukturtheorie in Deutschland zum Durchbruch kam. Das Hamburger Soziologische Institut expandierte während der NS-Zeit außerordentlich, es bediente, abgesehen von seinen regionalen Aktivitäten, eine Reihe von Spitzenbehörden mit seinen Sozialkartographien. Interessant erscheint mir dies nur deshalb, weil es dabei immer konzeptionell und praktisch "angelsächsisch" orientiert blieb. Zumindest bis zum Vorabend des zweiten Weltkriegs unternahm es Walther immer wieder, offen auf die seinen Intentionen analogen soziologischen Bestrebungen in England und vor allem in den USA hinzuweisen (15). Daß die NS-Behörden dabei radikaler als sonstwo auf die gesellschaftssanitären Untersuchungen und Vorschläge des vorkybernetischen Strukturtheoretikers zurückgriffen, steht auf einem anderen Blatt. Dieser

Tatbestand sollte uns aber nicht daran hindern, die beklemmende Modernität ihrer wissenschaftlichen Voraussetzungen aufzuarbeiten.

2. Der sozialpolitische und sozialgeschichtliche Kontext

Walter war keineswegs der erste, der sich wissenschaftlich-soziologisch um die Hamburger East Londons bemühte. Schon im Jahr 1905 hatte ein in Hamburg tagender Kongreß für Kriminal-Anthropologie ausgiebig jene Viertel in Augenschein genommen, in denen sich die arbeitenden und die "gefährlichen" Klassen so demonstrativ vermischten. Im Jahr 1927 hatte die ebenfalls in Hamburg tagende Konferenz der "Gesellschaft für soziale Reform" ausführlich über den Zusammenhang zwischen den ungesicherten Arbeitsbedingungen des unständigen Hafenproletariats und den sozialen Entwicklungen in den von ihm dominierten Quartieren diskutiert (16). Dennoch gab es bis zur NS-Zeit nichts, was wir heute als permanente Begleitforschung zu sozialpolitischen Maßnahmen gegen soziale Brennpunkte bezeichnen würden.

So waren bis zur NS-Ära die beiden Hauptkontrahenten des sich immer wieder auf einige innerstädtische Zentren konzentrierenden Klassenkonflikts unmittelbar unter sich. Es war ein Kampf mit harten Bandagen, der sich seit den neunziger Jahren in den Arbeitervierteln in der Nähe von Hafen und Werften abspielte (17). Seit die letzten Hindernisse einer maximalen Erhöhung der Grundrente verschwunden waren und einer ausufernden Hinterhausbebauung Platz gemacht hatten, war in den Arbeitervierteln der Innenstadt ein fortschreitender Verslumungsprozeß eingetreten. Trotz Wohnungsnot und Mietendrucks (die Mieten waren um die Hälfte höher als in den Außenbezirken), ließen sich die Bewohner nicht vertreiben, weil sie wegen der unsicheren Arbeitsmöglichkeiten im und um den Hafen auf die unmittelbare Nähe ihrer Behausungen zu den Vermittlungsstellen angewiesen waren. Wohnelend und unsichere Lebensperspektive erzeugten stattdessen spezifische Maßnahmen zum Überleben und zur Selbsthilfe, wie sie aus der klassischen Stadtsoziologie bekannt sind: Aufnahme von Einlogierern und Schlafgängern, die Sicherung "alternativer" Erwerbsquellen usw., was sich mit vielfältigen anderen Formen von kleiner Delinquenz und Prostitution verquickte. Verbindet man das alles mit der Existenz einer Arbeiterschaft, die überwiegend auf ihre Muskelkraft angewiesen war, so wird erklärlich, daß Bürgertum und Verwaltung auf diesen sozialen Kondensationsprozeß all-

mählich in Panik reagierten. Es kam zu einer zunehmenden Konfrontation mit der Obrigkeit, die bei allen großen Arbeitskonflikten in oft tagelangen Straßenkämpfen innerhalb der hafennahen Viertel endete. Die Slums von Altstadt, Neustadt, St. Pauli und Altona-Altstadt entwickelten sich wegen ihrer baulichen Unübersichtlichkeit und des homogenen sozialen Widerstands zu Zonen eines latenten Bürgerkriegs. Die Behörden reagierten schließlich mit einer Art ultima ratio, die sich immer an den besonderen Brennpunkten der Aufsässigkeit orientierte: der Flächensanierung. Diese zentrale Maßnahme sozialer Befriedung und Kontrolle war seit den neunziger Jahren mit neuen Techniken der Erfassung, des Meldezwangs und der behördlichen Sozialstatistik verknüpft (18). Wissenschaftlich-soziologische Verallgemeinerungen wurden dabei nicht versucht, die Sozialstatistik war als unmittelbares behördliches Interventionsinstrumment in die tagespolitischen Konflikte eingebaut.

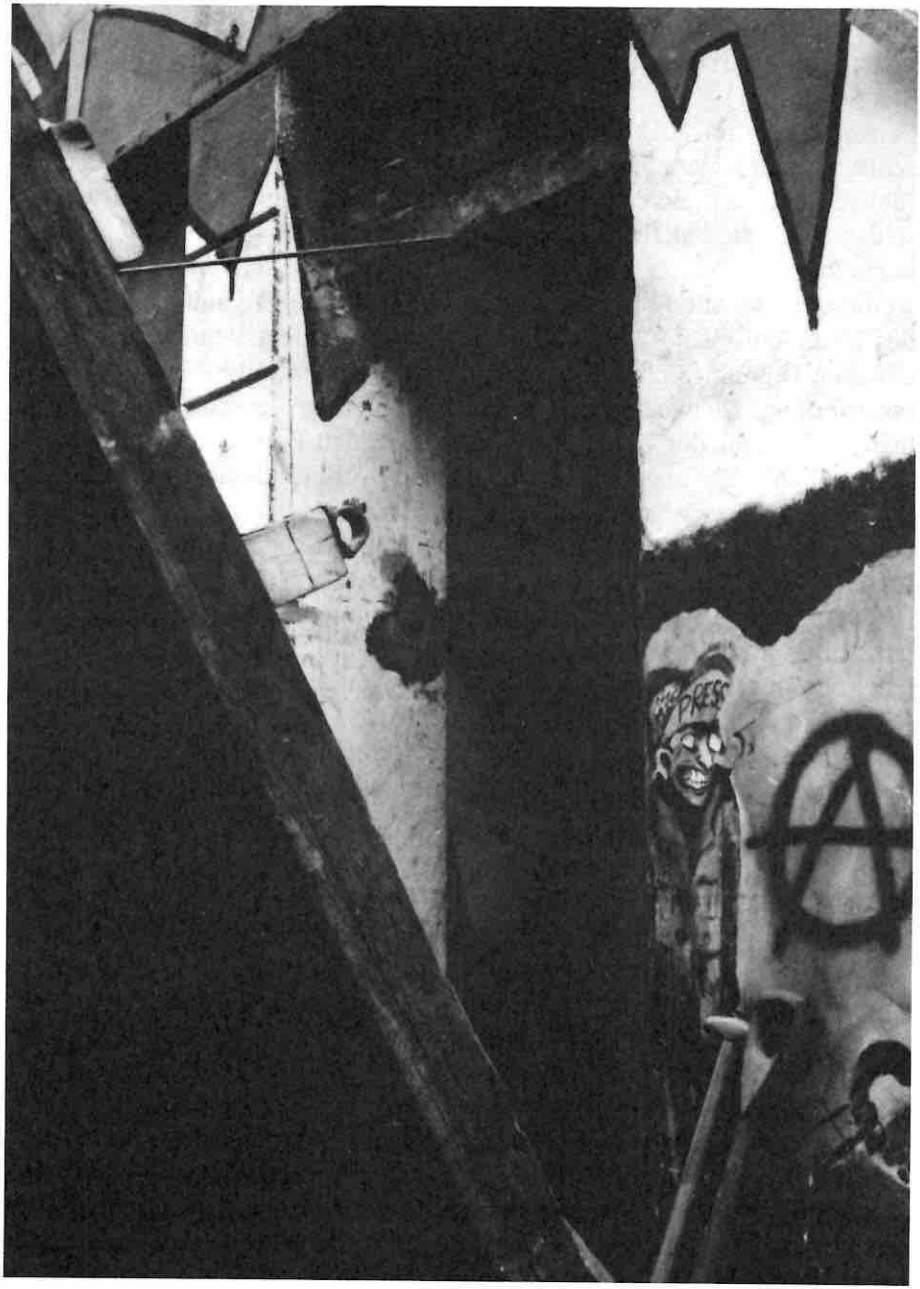
Der unmittelbare Zusammenhang zwischen "gefährlichen" Revolten und großflächigen Viertelabbrüchen ist inzwischen sozialgeschichtlich erwiesen. Nach ersten, rasch wieder versandeten Initiativen anläßlich der Cholera-Epidemie von 1892 wurde 1987 - eine unmittelbare Antwort auf den Hafenarbeiterstreik von 1896/97, der das wirtschaftliche Herzstück Hamburgs elf Wochen lang lahmgelegt hatte -, eine Senats- und Bürgerschaftskommisison gegründet. Sie sollte ein Programm des langfristigen Abrisses und Neubaus der hafennahen Viertel entwerfen, um so die Wurzeln sozialer, politischer und sittlicher "Entartung" innerhalb der Arbeiterschaft zu beseitigen. Dabei kam es zu einem klassischen Herrschaftskonflikt zwischen Grundeigentümern und Wirtschaft: die einen wollten profitabel spekulieren, die Wirtschaftsverbände insistierten auf billigen, von Schlafgängerwesen und Aufsässigkeit gereinigten Neubauwohnungen. Der erste Abriß, der 1901 im Südteil der Neustadt begann, erfolgte noch im Zeichen des bürgerlichen Kompromisses. Es gab zwar nicht die von den Hafenunternehmen geforderte Mietobergrenze, dafür aber ein begrenztes Kontingent von Wohnungsneubauten. Der erhoffte Effekt blieb freilich aus. Die Mieten hatten sich verdoppelt, die alten Bewohner wichen in die benachbarten Innenstadtviertel aus, wodurch sich der Verdichtungs- und Verslumungsprozeß zusätzlich verstärkte. Nach einer neuerlichen Revolte, bei der vor allem die Bewohner der Altstadt mit sozialen Aneignungsaktionen den "Wahlrechtsraub" von 1906 auf ihre Art kommentiert hatten, wurde die Altstadt-Ost, der zweite Sanierungsschwerpunkt der Senatskommission, abgerissen. Diesmal gab es keinerlei flankierende Neubaumaßnahmen im Abrißgebiet, die angehäuften Ab-

riß-Grundstücke wurden als Spekulationsobjekte an die Meistbietenden verkauft. Die Bewohner leisteten sich erstmals breiteren Widerstand und wichen schließlich in die nächstgelegenen Slumgebiete aus, ein Phänomen, das sich bei der dritten großangelegten Abrißaktion, die auf die gescheiterte Novemberrevolte folgte und sich bis 1925/26 hinzog, wiederholte.

Vor dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise war nur noch ein Sanierungsprojekt der Senats- und Bürgerschaftskommission übriggeblieben, der nördliche Teil der Neustadt. Zu Beginn des Jahrhunderts hatte er noch als das am besten erhaltene Sanierungsgebiet gegolten. Davon konnte jetzt aufgrund der neuerlichen Verdichtung durch den Zuzug der benachbarten Sanierungsopfer keine Rede mehr sein. Dieses Gängeviertel war nicht nur - neben Altona-Altstadt, dem vor 1938 nicht zu Hamburg gehörenden "Abruzzenviertel" - zum letzten proletarischen Rückzugsgebiet, sondern auch zum Symbol des politischen Radikalismus, der Delinquenz und der Prostitution in Hamburg geworden. Was die hier zusammengepferchten Arbeiter, erwerbslosen Jugendlichen, Kleinkriminellen und Prostituierten "miteinander verband, war vor allem eine ausgeprägte Abneigung gegen die Vertreter der Staatsgewalt" (19). Seit 1930 kam es hier und in Altona-Altstadt erneut zu schweren Unruhen, denen die Polizei zuletzt hilflos gegenüberstand. Alle politischen Vermittlungen waren ausgefallen, seit die Sozialdemokratie in den Jahren nach 1919 die behördliche Sanierungsstrategie unzweideutig mitgetragen hatte. Erinnerungen an den Hafenarbeiterstreik, die Novemberrevolte und den kommunistischen Aufstandsversuch von 1923 - der seine Schwerpunkte nicht in den Hafenvierteln gehabt hatte -, wurden wach. Der Chef der Hamburger Ordnungspolizei faßte die explosive Situation 1930 folgendermaßen zusammen:

"Die wirkliche Beherrschung des Gängeviertels durch die Polizei verlangt einen so großen Einsatz von Kräften, wie er auf die Dauer nicht gestellt werden kann. Es liegt auf der Hand, daß das Gängeviertel bei seiner heutigen Gestalt (...) zu einer außerordentlich ernsten Gefahr für die Sicherheit des Staates und der gesamten Bevölkerung wird, wenn es dort zu wirklichem, bewaffneten Aufruhr kommt." (20)

Trotz dieser dramatischen Sätze kam jedoch die geplante "polizeilich, hygienisch und sozial erwünschte Auflockerung des Häusergewirrs" vor 1933 nicht mehr zustande. Um so rascher handelten dann die Nazis, die durch einen fast geschlossenen Streik der Hafen- und Werftarbeiter gegen die Machtübernahme schockiert waren. Zwischen Herbst 1933 und Frühjahr 1934 wurde das letzte Hamburger Gängeviertel abgerissen. Von den 12.000


PRESS

Bewohnern wichen etwa 10.000 wie in den Abrißperioden zuvor auf die umliegenden Arbeiterviertel aus, der Rest verteilte sich auf die äußeren Stadtviertel (21).

Auf diese im "Altreich" des NS-Staats immerhin einmalige Kahlschlagaktion reagierten die Sozialpolitiker des Regimes mit gemischten Gefühlen. Sie teilten die einseitige Genugtuung über den kurzfristigen Gegenschlag nicht, die innerhalb der Hamburger Machtelite zumindest kurzfristig vorzuherrschen schien. Daß auf exemplarische Weise "ein Schlupfwinkel für Verbrechen, Prostitution und lichtscheues Gesindel und damit eine Brutstätte des Kommunismus" (22) in Schutt und Asche gelegt worden war, wurde einhellig begrüßt. Sicher sei es nicht erstrebenswert, eine "aus sozial nicht hochwertigen Elementen bestehende Bevölkerung" geschlossen umzusiedeln. Aber, fuhr der Kommentator der "Sozialen Praxis" fort, es sei doch "bedenklich", "ihr zu gestatten, daß sie sich völlig unkontrolliert niederläßt und so möglicherweise an Stelle eines Herdes sozialer Unzuverlässigkeit mehrere Kristallisationspunkte der gleiche Art entstehen. Es ist unbedingt erforderlich, daß hier weiter nach gangbaren Lösungen gesucht wird." (23)

Diese und andere Kriterien an der Hamburger Sanierungsaktion, die tatsächlich nur eine seit 1897 festgelegte Politik zum Abschluß gebracht hatte und insofern nichts genuin Nazistisches aufwies, verfehlten nicht ihre Wirkung auf die Hamburger Machtelite. Forschungen "nach gangbaren Lösungen" bekamen grünes Licht, um für eine neue Etappe von Sanierungsmaßnahmen großen Stils gerüstet zu sein. Das war zugleich der Startschuß für Andreas Walthers Einstieg in eine praxisbezogene Stadtsoziologie.

3. "Notarbeit 51": Vorgeschichte und methodische Prinzipien

Seit seiner Berufung auf dem Hamburger Lehrstuhl hatte Walther versucht, die sich aus seinem strukturtheoretischen Selbstverständnis ableitenden Konsequenzen in praktische Stadtsoziologie zu übersetzen. Schon kurz nach seiner Ernennung hatte er im Januar 1928 Bericht an die Hochschulbehörde erstattet und weitergehende Ziele definiert (24). Es gehe vor allem darum, den sozialstatistisch nebeneinander herarbeitenden Behörden durch ein System vernetzter und kartographisch veranschaulichter Erhebungen zu zeigen, wie sich ihr soziales Terrain in einer "Synoptischen Gesamtschau" darstelle: "Die synoptische Gesamtschau der verschiedenen sozialen Verhältnisse ist der spezifisch 'soziologische' Gesichtspunkt." Zu diesem Zweck müßten alle

behördlichen Erhebungen koordiniert, durch Untersuchungen bislang unbeforschter "sozialer Gruppen, Schichten, Typen, Verhältnisse, Probleme" ergänzt, um Spezialuntersuchungen in einzelnen typischen Stadtteilen vervollständigt und schließlich in der Darstellung der "Gesamtgliederung der Stadt Hamburg (...) nach den 'natürlichen' soziologischen Regionen" zusammengefaßt werden. Das Endziel sei ein den Fluktuationen des Sozialprozesses analoges Bewegungsbild. Ein "Sozialatlas" solle dieses mehrjährige Projekt abschließen, während seine Arbeitsgrundlage, ein "soziales Archiv" der Hansestadt, danach für die praktische Sozialpolitik insbesondere die Lösung der "Groß-Hamburg-Frage" genutzt werden könne.

Ende Februar 1928 wurde Walther ein entsprechender Sonderetat, 3.000,- RM, bewilligt. Ein Jahr später berichtete er, die Seminarübungen zur Soziologie und Kartographie Hamburgs hätten sich erfolgversprechend entwickelt. Er forderte weitere Etatmittel und Räumlichkeiten an, wurde aber abschlägig beschieden. Die Arbeiten stagnierten, bis die Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft ab Januar 1931 Zuschüsse für die "Soziologie der Großstadt und vergleichende Völkersoziologie" bereitstellte. Sie reichten gerade aus, um mit soziologischen Erhebungen über die Wähler der großen Hamburger Massenparteien - SPD, KPD und NSDAP - zu beginnen. Dabei unternahm es Walther, Wahlverhalten und Wählerbewegung mit der Wohndichte zu korrelieren. Diese Studien, die mit den Reichstagswahlen 1930 begannen und dem "Führer- und Reichskanzler"-Plebiszit vom August 1934 endeten, lieferten dem Soziologischen Seminar die von Walther geforderten "kleinen Zähleinheiten", mit denen es dann später die gesamte soziale Datenerfassung kombinierte.

Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme begab sich Walther auf die Suche nach größeren Finanzquellen. Auf noch unbekannten Wegen wurde er schließlich zum Nutznießer eines Arbeitsbeschaffungsprogramms der "Notgemeinschaft", der sogenannten Akademikerhilfe. Für eine "Notarbeit 51", "eine eingehende Untersuchung gemeinschädlicher Regionen (...), um auch an der Gesundung unseres Volkslebens in der Großstadt mitzuarbeiten" (25), wurden sechs ABM-Stellen - sie wurden später auf zwölf erweitert -, bewilligt. Gemessen an dem im Jahr 1928 formulierten Anspruch handelte es sich bei den Konzentration auf "gemeinschädliche Regionen" zweifellos um eine Einschränkung des Erhebungsrahmens, nicht aber des methodischen Ansatzes. Die "social surveys" von damals - und heute - sind fast immer von den sozialen "Krisenherden" der Großstädte ausgegangen.

In einer 1936 erschienenen Monographie hat Walther offenherzig dargetan, nach welchen methodischen Pinzipien er jetzt vorging. Über den Mikrokosmos der "Gemeinschädlichkeit", den er dabei entfaltet, herrscht unerachtet der spezifisch gefärbten Terminologie die soziologische Strukturtheorie, die jetzt freilich nicht mehr nur "Strukturbilder" von abweichendem sozialen Verhalten erstellen, sondern - auf deren Grundlage - selbst steuernd eingreifen will. Oberster Protektion war Walther dabei gewiß. Ende Mai 1934, unmittelbar nach dem Start des Projekts, wandte er sich an den Hamburger Innen- und Polizeisenator Alfred Richter um Hilfe:

"Voraussetzung für die Beseitigung gemeinschädlicher Regionen und für die dauerhafte Heilung völkischer Krankheits- und Verfallserscheinungen der Großstadt ist eine systematischere und einhergehendere Erforschung der ganzen Großstadt, als sie bisher in Deutschland unternommen ist."

Aus praktisch-politischen unnd finanziellen Gründen werde man sich dabei zunächst "darauf beschränken müssen, (...) als Teilaufgabe seine Arbeit zunächst dort anzusetzen, wo sich deutliche Zeichen für die Häufung gemeinschädlicher Erscheinungen zeigen."

Die Arbeit werde nur vorankommen, wenn sie der rückhaltlosen Unterstützung seitens der Behörden, insbesondere ihrer vielfältigen Sozialkataster, sicher sei.

Aus vielfältigen Gründen rannte Walther mit seinem Bittbrief, der kurz danach an den Regierenden Bürgermeister Korgmann weitergereicht und von diesem mit einer Blankovollmacht für Walther gegenüber allen Über- und Mittelbehörden beantwortet wurde, offene Türen ein. Trotz der demoralisierenden Wirkungen des Gängeviertel-Abrisses konnte von einer Stabilisierung des neuen Regimes noch keine Rede sein. Es gab Anzeichen, die für eine gewisse Unterwanderung der "völkischen" Massenbasis der NS-Bewegung sprachen, und die alten Hochburgen der marxistischen Arbeiterbewegung waren zwar politisch, aber noch lange nicht an ihrer sozialen Basis zerstört. Die "Führer-Volksabstimmung", die dann im August auf die Zerschlagung der sogenannten SA-Revolte folgte, zeigte drastisch, daß die Bevölkerung der verarmten Slumgebiete noch keineswegs mundtot gemacht war. Walther konnte durch eine Korrelation der Enthaltungen und Nein-Stimmen der gesamten wahlberechtigten Bevölkerung zeigen, daß der Konsens der "Neinsager" noch mehr als ein Drittel der Slumbewohner betraf (26). Hinzu kam, daß die Hamburger Verwaltungsstellen schon immer ein offenes Ohr für sozialstatistische Erhebungen als Voraussetzungen für gezielte sozialtechnische Maßnahmen gehabt hatten. Als Walther seinen Bittbrief an den

Innensenator schrieb, setzte sich der gerade mit Vehemenz für eine Übernahme der gerade noch einmal verschärften Hamburger Meldebestimmungen durch das Preußische und Reichsinnenministerium ein - was dann erst vier Jahre später mit "Reichsmeldeordung" und "Volkskartei" geschah (27).

Walthers Projektbericht beginnt mit einer aggressiven Einleitung, die den dahinterstehenden Strukturtheoretiker fast unkenntlich macht:

"Um der Zukunft des Volkes willen ist (der Nationalsozialismus) entschlossen, Volksschädigendes nicht länger schwächlich zu dulden, sondern unter Kontrolle zu nehmen und unschädlich zu machen. Das bedeutet eine grundsätzlich neue Einstellung auch zur Großstadtsanierung." (28)

Es sei unverkennbar, daß nach den Halbheiten vergangener Sanierungspolitik die "soziale Gesundung (...) für das Städteplanen in den Vordergrund getreten" sei. Es müsse davon ausgegangen werden, daß sich im Verlauf einer "negativen" Umkehr der Land-Stadt-Migration inzwischen die Mehrheit aller "gemeinschädlichen" Bevölkerungsgruppen in den Slums der Großstädte angesammelt habe. Darin liege eine große Gefahr, aber auch eine große Chance. Bei den künftigen Abbruchaktionen dürfe man diese Menschen nicht mehr wie bisher unbehelligt ausweichen lassen, denn "in den gemeinschädigenden Regionen der Großstädte gibt es gehäuft hoffnungslose Fälle, die wie ein Geschwür am Volkskörper weiterwuchern, wenn sie nicht herausgesucht und am Weitergeben ihrer Krankheitskeime und Defekte verhindert werden. Viele der früheren Bewohner eines Sanierungsgebietes zogen nur um in andere schlimme Quartiere, die dem verlassenen möglichst ähnlich waren. Andere trugen Ansteckung in bisher gesunde Gebiete, so daß man selbst in baulich besten neuen Miethäuserblocks, ja in fast ländlichen Randsiedlungen Nester asozialer Menschen findet, die großenteils aus den Sanierungsgebieten dorthin kamen" (S.4).

Sie dürften deshalb in Zukunft nicht mehr entkommen. Soziologische Untersuchungen sollten ihre Wohngebiete genau lokalisieren und sie zwecks weiterer sozialhygienischer Sortierung noch vor dem Beginn der Abbrucharbeiten klassifizieren:

"(...) die trotz asozialer Umwelt gesund Gebliebenen, also gegen großstädtische Verderbung in besonderem Maße Immunen, fördern zu erfolgreichem Fortkommen in der Stadt; die für Rand- und ländliche Siedlungen Geeigneten, die ebenfalls nicht fehlen, zum Ziel ihrer Wünsche führen; die nur Angesteckten in gesunde Lebenskreise verpflanzen; die nicht Besserungsfä-

higen unter Kontrolle nehmen; das Erbgut der biologisch hoffnungslos Defekten ausmerzen." (ebenda)

Das war der Kern von Walthers Botschaft, verfaßt in einer aus Eugenik und Seuchenmedizin entlehnten Tätersprache. Wie sollte diese Endlösung der "sozialen Frage" ins Werk gesetzt werden? Mit Hilfe der seit 1928 entwickelten Ansätze des Soziologischen Seminars, die der englischen Eugenikbewegung und den "anregenden amerikanischen Arbeitsweisen" (S.9) so viel verdankten. Sobald Walther zur Darstellung seiner Methodik kommt, wandelt sich sein sozialhygienischer Jargon in eine populär verfaßte Soziologensprache.

Als zentrale Zähl- und Auswertungseinheiten benennt Walther zunächst die Wahlbezirke, weil sie seit den politischen Polarisierunggen von 1930 einen direkten Rückschluß auf die sozialen Klasseninteressen zulassen. Das ermöglichte die Hervorhebung von kommunistischen Bezirken "in der charakterisierenden Art von Nestern", die zwischen 1930 und 1934 weitgehend konstant blieben. Mit Hilfe aller verfügbaren statistischen Unterlagen wurde dann versucht, Daten über die Bevölkerungsdichte auf die Karthographie der Wahlbezirke zu übertragen. Hierbei hätten sich enge Wechselbeziehungen zwischen den "kommunistischen Nestern" und den besonders verdichteten Wohngebieten ergeben. Es sei so mit Hilfe dieser beiden Parameter gelungen, die "gemeinschädlichen Regionen" innerhalb des gesamten Stadtgebiets grob zu identifizieren. Da somit die Möglichkeiten der veröffentlichten Statistik erschöpft gewesen seien, habe nun ein zweiter Arbeitsgang begonnen. Man habe sich darangemacht, das vorläufige Resultat mit Hilfe von weiteren paradigmatischen "gemeinschädigenden Funktionstypen" zu präzisieren. Dabei sei mit möglichst vielen "Erscheinungen der Asozialität, Kriminalität und Minderwertigkeit" experimentiert worden. Walther schreibt, seine Mitarbeiter hätten eine Reihe solcher Funktionstypen erfaßt und karthographisch übertrgen: "Wo die Punkte sich besonders stark häuften, handelt es sich um gemeinschädigende Kerngebiete, die (...) unter sozialen Gesichtspunkten vordringlich sanierungsbedürftig sind." (S. 15)

Im weiteren Verlauf hätten sich einige besonders aussagekräftige Komponenten von "Gemeinschädlichkeit" herausgebildet, die es seitdem gestatteten, die Erhebung zu beschleunigen: nämlich neben dem Faktor "Kommunistennest/hohe Wohndichte" die Erfassung und räumliche Zordnung aller 8.000 seit dem Jahr 1918 von der Jugendbehörde überwachten Fürsorgezöglinge, der in den Jahren 1931 und 1933 erfaßten kriminellen Jugendlichen und schließlich die Einbeziehung aller chronisch Arbeitslosen, von denen

durch die Wohlfahrtsbehörde 14.000 als "gemeinschädigend" klassifiziert worden waren. Vor allem der letzte Schritt, die Zuordnung der Hauptunterstützungsempfänger, sei entscheidend gewesen, um das Funktionsbündel von "Gemeinschädlichkeit", das aus moralischen, sozialen und biologischen "Minderwertigkeiten" bestehe, zu komplettieren. Dadurch sei es gelungen, in den Spannungsbogen abweichenden Verhaltens auch das Heer der Behinderten, Erbkranken, Chronischkranken, Psychopathen und Geisteskranken einzubeziehen, was der neuen Auffassung "des Nationalsozialismus von 'Gesundheit'" entspreche, die ja nicht mehr in Abwesenheit von 'Krankheit' besteht, sondern an der Leistung gemessen wird" (S. 20). Zuletzt sei sogar dem Parameter "intellektuelle und konstitutionelle Minderwertigkeit" Rechnung getragen worden, indem auch noch alle Hamburger Hilfsschüler und "konstitutionsschwachen" Schulkinder (die "C-Kinder" der Schulärzte) erfaßt und karthographiert wurden. Aus der NS-Zeit ist mir kein zweites Erhebungsverfahren bekannt, das eine ähnlich durchdachte und in den Funktionsparametern von abweichendem Verhalten derart breit gestreute Zugriffstechnik ausweist. Einmalig war auch die Zuordnung der erschlossenen sozialen Funktionsbündel zum räumlichen Kataster, den "gemeinschädigenden" Vierteln. Damit waren Walther und die Mitarbeiter der "Notarbeit 51" aber keineswegs zufrieden. Sie stellten sich ja die Aufgabe, innerhalb der mittlerweile georteten sozialen Brennpunkte noch einmal von vorn anzufangen, noch einmal zu sortieren. Damit begann die dritte Erhebungsphase für den Sozialatlas der "Gemeinschädlichkeit" in Hamburg.

4. "Notarbeit 51": Feldstudien in den "gemeinschädigenden Regionen"

Mittlerweile hatte sich die Arbeit der Hamburger ABM-Soziologen auf acht "gemeinschädliche Regionen" konzentriert, die nicht mit den Bezirksgrenzen von Veraltung und Behörden übereinstimmten, sondern den aus Wahlbezirksanalysen, Verdichtungskarten und dem Funktionsbündel von "Gemeinschädlichkeit" zusammengerasterten Erhebungsgebieten. Daß sie ziemlich genau "saßen", erkennt jeder, der mit der Hamburger Sozialgeschichte vertraut ist. Es handelte sich hauptsächlich um jene Stadtgebiete, aus denen seit den neunziger Jahren fernab von allen politischen Institutionen und Abgrenzungen die sozialen Revolten ausgegangen sind.

Jetzt galt es also, "die innere Struktur jeder Region herauszuarbeiten: ihre Teilräume, die gemeinschädigenden Kerne und Ansteckungsherde besonderer Bösartigkeit, die eingelagerten Teilbezirke" (S. 25). Jedem der Teilnehmer wurde ein solches Gebiet zur weiteren Bearbeitung zugeteilt. Sie machten sich mit unterschiedlicher Intensität an diese Aufgabe. Zum einen hatten sie alle existierenden quantifizierenden Unterlagen und Veröffentlichungen auf den ihnen zugeteilten Bezirk umzurechnen und zu übertragen, wie dies seit den Serien des "Vereins für Sozialpolitik" und der "Gesellschaft für soziale Reform" üblich geworden war. Die Ausarbeitungen über Sozialstruktur-, Bebauungs-, Wohnverhältnisse, Wohndichte, über Bevölkerungsentwicklung und -mobilität sowie die Beziehungen zum Arbeitsleben wurden zweitens mit einer Schilderung der bei den Begehungen gesammelten Eindrücke verbunden - wobei auch den lokalen Repräsentanten der sozialen Kontrolle von den Sozialpflegerinnen und Polizisten bis zu den Pastoren, Ärzten und NS-Funktionären die gebührende Reverenz zu erweisen war.

Was diese bis hierher durchaus üblichen Vorarbeiten brisant machte, waren zusätzliche, allen Teilnehmern vorgeschriebene Techniken des weiteren Vorgehens. Zunächst war versucht worden, die regionalen Konfliktpunkte mit Hilfe von Justizakten weiter zu erschließen. Dieser Ansatz war aber wieder aufgegeben worden, weil das Raster zu groß war. Den Rechercheuren ging es vorrangig um "eine chronische Halbkriminalität, die oft von den Gerichten nicht erfaßt werden kann, aber gerade in ihrer schleichenden Art, durch sozialen Korpsgeist der Nachbarschaft geschützt, gefährlich ist" (S. 25).

Um in diese abgeschirmte Welt von sozialer Dissidenz und Delinquenz einzudringen, wurden deshalb andere Ansätze gewählt und in den einzelnen Studien unterschiedlich intensiv realisiert: die ABM-Soziologen hefteten sich einmal an die Fersen der in den Slumgebieten besonders aktiven "nachgehenden Alkoholikerfürsorge", zum anderen werteten sie die Meldebücher von 33 Polizeiwachen aus. Walther teilt stolz mit, seine Mitarbeiter hätten 130.000 Meldungen gesichtet und insgesamt 36.000 davon verarbeitet. So entstand auf lokaler Ebene eines der ersten deutschen Projekte zur Kriminalgeographie, und zwar als Mittel zur Feinsortierung innerhalb des weit gesteckten Erhebungsrahmens. Etwa ein Dutzend Merkmale abweichenden Verhaltens (von Miet- und Wirtshausschlägereien über Familienkonflikte und politisch motivierten Schlägereien bis hin zu Sexualdelikten und Diebstahl war alles vertreten) wurde erfaßt und in seinen Beziehungen zu den Tatorten, aber auch den Wohnorten von Opfern und Tätern aufgearbeitet.

Die so gewonnenen Zahlen wurden anschließend in Verhältniszahlen umgewandelt (Delinquenzhäufigkeit pro Region, Straßenzug, Wohnblock und Wohndichte), sie dienten neben den schon in den ersten Arbeitsschritten erhobenen Parametern zur Differenzierung der Regionen in "Kern"-, "Streugebiete" und "gesund gebliebene Teilräume" der "Gemeinschädlichkeit". Den Soziologen wurde schon damals bewußt, daß dadurch eine neue Variante der sozialhygienisch motivierten Stadtteilsanierung möglich geworden war, wenn sich der vollständige Abriß aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen verbot: die "Entkernung" innerhalb der Slumgebiete.

Sechs der insgesamt acht Regionalgebiete wurden kürzlich aufgefunden und stehen zur Auswertung zur Verfügung (29). Sie verhelfen zu einer erregenden Lektüre, sie stellen auch für den Sozialhistoriker eine erstrangige Quelle dar. Im Rahmen dieses Beitrags kann ich auf die in der überwiegenden Mehrzahl trotz der unzweideutig zur Schau getragenen Aussonderungsmentalität präzis gefaßten Berichte nicht näher eingehen. Sie zeigen, daß es bis 1935 in den alten Arbeiter- und Armenvierteln eine fest verankerte soziale Widerstandszone gegen den Nationalsozialismus gab, bei der politische Dissidenz und Delinquenz eng miteinander verflochten waren. Immer wieder wird die besondere Unangepaßtheit der Jugendlichen und der Frauen betont, regelmäßig finden sich Angaben über extrem niedrige Geburtenraten. Vor allem die Sondererhebungen, die in einzelnen "repräsentativen" Regionen durchgeführt wurden - Prostitution und Homosexualität in den Vierteln St. Georg-Nord und St. Pauli, sozial verankerte Lebensmitteldiebstähle großen Stils im Schanzenviertel, die Überlebenskunst der "gemeinschaftlichen Familien" in der Region Hoheluft (30) - förderten Ergebnisse zutage, die eine überraschende Ineffizienz der NS-Innenpolitik zumindest in den ersten Jahren nach der Machtübernahme sichtbar machen.

Für Walther und seine Mitarbeiter gab es bei alledem nichts zu beschönigen. Wenn die aufgedeckte Unangepaßtheit allzu drastisch wirkte, mochten sie manchmal nicht auf die langfristigen Gegenmaßnahmen der Sanierung warten, die von ihren Resultaten ausgehen würde. Sie wußten: der dritte Arbeitsgang vor Ort hatte erst dann "seinen Zweck erfüllt, wenn deutlich wurde, an welchen Stellen der Stadt am vordringlichsten ein durchgreifendes Ausräumen erforderlich ist. Mit diesen Ergebnisse soziologischer Untersuchungen wird dann die Baubehörde die stadtbaulichen und hygienische Erwägungen zusammenbringen und so alle Voraussetzungen für den Entschluß

haben, welche Gebiete zuerst für die radikale Sanierung durch Abbruch zu bestimmen sind" (S. 28).

Manchmal praktizierten sie gleich eigenhändig "ausmerzende" Sozialhygiene - sozusagen im Vorgriff. So schreibt beispielsweise der Berichterstatter über die Region Uhlenhorst-Barmbek:

"Auf Grund unserer umfangreichen Teilbeobachtungen haben wir bereits eine Reihe von besonders krassen Einzelfällen (...) herausfinden können, bei denen teilweise ein Eingreifen bereits erfolgt ist, teilweise aber ein solches unbedingt erfolgten muß." (31)

5. Verbindung von räumlichen und personenbezogenen Merkmalen: auf dem Weg zur restlosen Erfassung

Im Okotber 1935 war die "Notarbeit 51" beendet. Walther verfaßte kurz darauf seine knappe Monographie, die regionalen Arbeitsergebnisse selbst blieben unveröffentlicht. Zum Abschluß möchte ich noch kurz darstellen, wie seine "Gemeinschädlichen"-Karthographie in die sich konsolidierende Sozialtechnik der NS-Eliten eingegangen ist.

Walther wußte, daß seine räumliche Soziographie alles mögliche vermochte, nur eines nicht: den letzen personenbezogenen Zugriff. Ein weiterer, methodisch anders gelagerter Arbeitsgang sei erforderlich, um diese letzte Lücke zu schließen. Nun war es in den sozialen Brennpunkten von damals wegen der offenen Feindschaft zwischen Behörden und Bevölkerung unmöglich, mit Hilfe von repräsentativen Befragungen weiterzukommen. Es mußte ein Umweg gewählt werden, um das Problem zu lösen, "daß über jede Familie oder Einzelperson der zum Abbruch bstimmten Häuserblocks auf einem geeigneten Formular alle Nachrichten eingetragen werden, die zur biologischen, psychologischen, moralischen und sozialen Charakterisierung geeignet sind" (S. 29).

Das Problem würde durch den Aufbau von umfassenden Personenkatastern gelöst werden, dessen war sich Walther gewiß:

"(...) es wachsen zentrale Informationsarchive über die gesamte deutsche Bevölkerung zusammen. Im Hamburg verfügt das Archiv des Gesundheitswesen nach nur zweijähriger Sammlung bereits über Nachrichten (...) über fast die Hälfte der Bevölkerung (...) Das Archiv wird schließlich keinen deutschen Menschen auslassen (...), je vollständiger sich organisieren läßt,

daß alle Behörden ihre anfallenden Personalakten dem Gesundheitsamt anvisieren." (S. 29/30)

Da in den einzelnen Sanierungsgebieten immer nur einige tausend Familien zur Sortierung und Selektion anfielen, werde es ein Leichtes sein, mit Hilfe dieses "Zentralen Gesundheitspaßarchivs" alle relevanten Informationen hinter ihrem Rücken und ohne ihr Wissen zusammenzutragen.

Tatsächlich entwickelte sich das "Zentrale Gesundheitspaßarchiv" zu einem umfassenden Sozialkataster, das dann weit über Hamburg hinaus zu einem Pilotprojekt der sich seit 1938 konsolidierenden Sozialverdatung geworden ist (32). Walther sah hellsichtig voraus, daß ein Erfassungssystem zur Ortung und Ausschaltung sozialer Krisenherde langfristig nur Erfolg versprach, wenn es gelang, die Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten mit einem räumlichen Raster zu verbinden:

"Auch die vollständige Zentralkartei der gesamten Bevölkerung kann (...) Sonderuntersuchungen über die gemeinschädigenden Regionen der Großstädte nicht ersetzen. Ein Zentralarchiv kann neben einer alphabetischen und Altersklassen-Ordnung der Bevölkerung schon eine sachliche Ordnung nur nach einigen besonders wichtigen Merkmalen durchführen, dagegen nicht eine räumliche Ordnung, weil die Mobilität der großstädtischen Bevölkerung zu stark ist." (S. 30)

In der propagierten Verbindung von personenbezogener Erfassung und Wohnungsraster fand die soziale Utopie des sozialen Strukturtheoretikerrs ihren praktischen Abschluß. Sie sollte ein Stück weit Realität werden. Es bleibt weiteren Forschungen vorbehalten aufzuarbeiten, wie dieser von Walther ersehnte "Erfolg der allgemeinen Säuberungs- und Gesundungsarbeit des Nationalsozialismus" (S. 30) erzielt wurde.

Anmerkungen:

(1) vgl. beispielsweise Bruce M. Stave (Hrsg.), Modern Industrial Cities. History, Policy, and Survival. Beverly Hills und London 1981

(2) Vgl. dazu Hans F.K. Günther, Die Verstädterung. Leipzig und Berlin 1936; Otmar v. Verschuer, Anthropologie der Großstadt, in: Bernhard de Rudder, Franz Linke (Hrsg.), Biologie der Großstadt, Dresden und Leipzig 1940, S. 1 ff

(3) Zu diesem Mißverstehen tragen zusätzlich Autoren bei, die die völkische Großstadtfeindschaft vor den Karren einer industriellen Dezentralisierungspraxis zu spannen suchten. Dazu

vor allem Willy Hellpach, Mensch und Volk der Großstadt, Stuttgart 1939

(4) Vgl. Joachim Petsch, Baukunst und Stadtplanung im Dritten Reich, München 1976, S. 192 ff

(5) Dazu Wilhelm Brepohl, Volkswissenschaft und deutsche Industriebevölkerung, in: Archiv für Bevölkerungswissenschaft und Bevölkerungspolitik, 8, 1938, H.5; ders., Zur Charakteristik der Industriestädte, in: B. de Rudder, F. Linke (Anm. 2), S. 31 ff., sowie als kritische Darstellung Johannes Weyer, Die Forschungsstelle für das Volkstum im Ruhrgebiet (1935-41) - ein Beispiel für Soziologie im Faschismus, in: Soziale Welt, 35, H. 1/2, S. 124 ff

(6) Es handelt sich um eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe zur NS-Geschichte der Hamburger Universität, um eine Architektengruppe an der TH Harburg und um ein sozialmedizinisches Forschungsprojekt an der Abteilung für Medizinsoziologie des Universitätskrankenhauses Hamburg-Eppendorf. Die vorliegende Ausführungen verdanken sich einem regen Arbeitskontakt zwischen diesen drei Projekten.

(7) Dazu im einzelnen Birgit Wulff, Arbeitslosigkeit und nationalsozialistische Arbeitsbeschaffungsprogramme in Hamburg 1933/34, in: Arno Herzig, Dieter Langewiesche, Arnold Sywottek (Hrsg.), Arbeiter in Hambuurg, Hamburg 1983, S. 529 ff

(8) Vgl. Dirk Schubert, Ein neues Hamburg entsteht, Planungen in der Führerstadt Hamburg zwischen 1933-1945, Hamburg 1983

(9) Vgl. P. Dyckhoff, Manhattan an der Elbe, in: stern, Regionalbeilage Hamburg, Nr. 36, v. 1.9.1983; sowie Michael Grüttner, Wem die Stadt gehört, Hamburg 1976

(10) Andreas Walther, Neue Wege zur Großstadtsanierung, Stuttgart 1936, S. 4 f

(11) Rainer Waßner, Von der Laufbahn eines deutschen Soziologen, in: uni hh, 14, 1983, Nr. 3, S. 6. R. Waßner, der eine Mongraphie über Walther vorbereitet, danke ich für eine Reihe mündlicher Mitteilungen.

812) A. Walther, Völker-Soziologie, Vortrag von der Hamburgischen Universitätsgesellschaft am 11. Mai 1932 (als Broschüre gedruckt). Die Zitate weiter unten stammen ebenfalls aus diesem Vortrag.

(13) Belege im Staatsarchiv Hamburg, Hochschulwesen II (im folgenden abgekürzt = StAHH, Hw II), A d 36, A d 40.

(14) Vgl. Angelika Ebbinghaus u.a. (Hrsg.), Heilen und Vernichten im Mustergau Hamburg, Hamburg 1984

(15) Vgl. die vielen Querverweise in A. Walther, Neue Wege zur Großstadtsanierung (Anm. 10)

(16) Vgl. dazu: Hamburger Sozialpolitik, Festgabe der Hamburger Ortsgruppe der Gesellschaft für Soziale Reform für die X. Hauptversammlung, Hamburg 1927

(17) Zum neuesten Stand der Forschung vgl. die einschlägigen Aufsätze darüber in: A. Herzig

u.a. (Hrsg.), Arbeiter in Hamburg (Anm. 7), S. 419 ff, 483 ff, 493 ff, 509 ff

(18) Vgl. StAHH, SBVW 25, 26, 27

(19) M. Grüttner, Soziale Hygiene und Soziale Kontrolle. Die Sanierung der Hamburger Gängeviertel 1892-1936, in: A. Herzig u.a. (Hrsg.), Arbeiter in Hamburg (Anm. 7), S. 367

(20) Schreiben der Chefs der Ordnungspolizei an den Polizeipräsidenten vom 7.2.1930, StAHH, Finanzdeputation IV D I B 3b XI A1 Bd. 1

(21) Dokumentationsstelle zur NS-Sozialpoltik, Regionalarchiv Hamburg, W 1, Bericht über die Region Neustadt

(22) Die Sanierung von Elendsquartieren, StAHH, Baudeputation, B 370

(23) Die Altstadtsanierung, in: Soziale Praxis, 44, 1935, H. 10, Sp. 291

(24) Enthalten in: StAHH, Hw II, A d 36

(25) Schreiben Walthers an Innensenator Richter von 4.6.1934, in: StAHH, Sozialbehörde I. GF oo 11. Die folgenden Zitate ebenda

(26) Vgl. die stadteilbezogenen Auswertungen in: Dokumentationsstelle zur NS-Sozialpolitik, Regionalarchiv Hamburg, W 1

(27) Vorgänge darüber finden sich in: Zentrales Staatsarchiv der DDR, Rep 77 (Hauptamt Ordnungspolizei), Tit. 343

(28) A. Walther, Neue Wege zur Großstadtsanierung (Anm. 10), S. 3

(29) Zum Fundort vgl. Anm. 21

(30) Vgl. Dokumentationsstelle zur NS-Sozialpolitik, Regionalarchiv Hamburg, W 1/1, 3, 4, 5

(31) Ebenda, RHH, W 1/6

(32) Vgl. dazu Friedemann Pfäfflin, Das Hamburger Gesundheitspaßarchiv, in: A. Ebbinghaus u.a. (Hrsg.), Heilen und Vernichten im Mustergau Hamburg (Anm. 14), S. 18 ff; sowie Götz Aly, Karl Heinz Roth, Die restlose Erfassung, West-Berlin 1984

KRIEG

Michael Herrmann

Die Blitzlichtaktion

Hintergründe eines Polizeieinsatzes

Am 3.August 1985, einem Montag, informierte die Hamburger Presse ihre Leserinnen und Leser über die Ereignisse vom Wochenende. Die MORGENPOST: "Krawallnacht in der Hafenstraße: Polizei im Steinhagel der Chaoten." Das HAMBURGER ABENDBLATT: "Die Schlacht an der St.Pauli Hafenstraße: 16 Beamte verletzt - zwölf Streifenwagen demoliert" und "Nach Steinhagel gegen Polizei Flucht durch unterirdisches Tunnelsystem". BILD reimte: "Punkerschlacht um Mitternacht".

Der Zusammenhang der Auseinandersetzungen schien für die Leserinnen und Leser klar zu sein, die auf dem laufenden waren. Für das Wochenende vom 1. bis 2.August nämlich waren in Hamburg bundesweit sogenannte Chaos-Tage angekündigt gewesen. Ein Jahr zuvor hatten sie in Hannover stattgefunden, wo es zu schweren Auseinandersetzungen gekommen war; und jetzt also Hamburg. Viele Punx aus der Bundesrepublik gingen wohl davon aus, die Häuser an der Hafenstraße wie einen Stützpunkt nutzen zu können. Und auch die Hamburger Presse hatte im Vorfeld dieses Wochenendes schließlich alles getan, um sie in diesem Glauben zu stärken.

Die Bewohner der Hafenstraße werden diese Gefahr deutlich gespürt haben. Frühzeitig erteilten sie den Punx in einem Flugblatt eine deutliche Absage: "Wir haben aus Hannover gelernt, wir werden uns von einem Haufen besoffener Abziehbilder nichts kaputtmachen lassen. Wer von den auswärtigen DUPUs (Abkürzung für 'Dumm-Punx') trotzdem nach Hamburg kommen will, sei nochmals ausdrücklich gewarnt: Im Hafen kein Konzert, keine Pennplätze, kein Fressi, kein Alk und kein Schutz vor Bullenpogo und Skins."

Diesen unzweideutigen Text einer Distanzierung von den "Chaos-Tagen" veröffentlichte damals allein die TAGESZEITUNG. Alle anderen Blätter Hamburgs bereiteten die Bewohner der Stadt auf das Schlimmste vor. Und als sie dann am Montag über eine "Punkerschlacht um Mitternacht" berichten konnten, schien auch klar zu sein, von wem sie angezettelt worden war.

Ein Blitzgerät

Die Hafenstraße hat viele Polizeieinsätze erlebt, und oft konnte ich Zeuge von Ereignissen werden, die sich dann in den Zeitungen, den Polizeiberichten oder Parlamentsdebatten völlig anders ausnahmen als am Ort des Geschehens. Aber äußerst selten nur ist es gelungen, die verborgene Geschichte solcher Einsätze, ihre verschwiegenen Absichten und Methoden anhand von Dokumenten zu erzählen, die von der Polizei aus verständlichen Gründen geheimgehalten werden.

In dieser Nacht des 1.August 1985 war ich gegen 23.00 Uhr von einem kurzen Urlaub aus Frankreich zurückgekommen. Gerade dabei, mein Auto zu entladen, hörte ich die Sirenen der Polizeifahrzeuge. Wer in St.Pauli lebt, läuft einige Gefahr, sich an ihre Allgegenwart zu gewöhnen und deshalb gelassen zu reagieren. Aber dann klingelte mein Telefon, ein Bewohner der Hafenstraße bat mich, zu den Häusern zu kommen: die Bullen wären gerade dabei, so massiv aufzufahren wie lange nicht mehr.

Wenig später war ich am Ort des Geschehens. Als Bürgerschaftsabgeordneter habe ich eigentlich nie besondere Schwierigkeiten gehabt, Polizeisperren zu passieren. Einfach drauf los, viele der Uniformierten kannten oder erkannten mich, murmelten sich etwas zu oder bedachten mich mit einem meist nicht sehr freundlichen Sinnspruch. Allein daran schon, wie die Behelmten so dastanden, wenn ich auf sie zuging, konnte ich oft erkennen, ob ich durchkommen würde oder nicht. Wo sie ihre Schilde hochnehmen und die Kette dichter schließen, wird's schwierig. Trotzdem, bloß nicht lange rumreden, einen mit einem Funkgerät ansprechen oder einen, der ein paar mehr Sternchen auf dem Revèrs hat, und den Einsatzleiter verlangen. Meist hat das geklappt, auch ohne den Ausweis vorzuzeigen, der 120 Hamburger Abgeordneten ihre Privilegien sichert und mich zwei Jahre lang kostenlos S-Bahn fahren ließ.

Auch an diesem Abend bin ich nach einigen Umwegen, einigen Unhöflichkeiten und Grobheiten staatlich Bediensteter bis zum Einsatzleiter mit den goldenen Sternchen auf der Jacke vorgedrungen. Ich erkundigte mich nach dem Grund des Polizeieinsatzes, und er erzählte mir die Geschichte von einem "Blitzer", einer angeblich verschlossenen Tür, einer Befreiungsaktion für zwei Polizisten und dem Widerstand der Hausbewohner, den es nun zu brechen gelte. Nein, bestätigte er mir auf Nachfrage, den beiden Polizisten, die in das Haus gegangen wären, sei kein Leid zugefügt worden; aber trotzdem...

Der offizielle Polizeibericht stellte den Konflikt, dessen verspäteter Zeuge ich hier geworden war, kurze Zeit darauf folgendermaßen dar:

"Am 1.8.85, gegen 22.25 Uhr wurde von Beamten eines Funkstreifenwagens festgestellt, daß aus einem Haus in der St.Pauli Hafenstraße (Hmb.-St.Pauli) heraus vorüberfahrende Kraftfahrer mit einem starken Blitzlichtgerät geblendet wurden. Eingesetzten Polizeibeamten gelang es wenig später, die Personalien der betreffenden Person festzustellen. Von Bewohnern zweier Nachbarhäuser wurden die Beamten plötzlich mit Steinen, Gehwegplatten und Urinbeuteln beworfen, so daß weitere Polizeikräfte angefordert werden mußten, um diese Straftäter zu ermitteln bzw. ihre Personalien festzustellen. Gegen den Widerstand dieser Hausbewohner drangen Polizeibeamte etwa gegen 01.15 Uhr in die Häuser ein. Insgesamt wurden 17 Personen vorläufig festgenommen bzw. in Gewahrsam genommen. Gegen den 30jährigen N.N. (Name im Polizeibericht ausgeschrieben) bestand ein Haftbefehl. Bei dem Einsatz wurden einige Polizeibeamte verletzt, zwei von ihnen mußten im Krankenhaus ambulant behandelt werden. Eine Reihe von Funkstreifenwagen trug Beschädigungen davon. Die St.Pauli Hafenstraße war während der Zeit des polizeilichen Einsatzes - bis etwa 03.15 Uhr - für den Fußgänger- und Fahrverkehr gesperrt. Die Kriminalpolizei hat die Ermittlungen aufgenommen."

Tatsächlich hatte an diesem Abend ein junger Chilene gegen 22.25 Uhr aus dem ersten Stock des Hauses St.Pauli Hafenstraße 116, vielleicht aus Übermut, ich weiß es nicht, aus dem Fenster geblitzt. Er benutzte ein handelsübliches, auf einen Fotoapparat montiertes Blitzlichtgerät. Das sah der Polizeibeamte Brahms von der Revierwache 15 im Vorbeifahren und meldete es etwa zehn Minuten später seinem Kollegen Eckardt, ebenfalls von der Revierwache 15. In seiner polizeilichen Zeugenvernehmung bei der Staatsschutzabteilung im Polizeipräsidium sagte Eckardt später folgendes aus, und man glaubt, es sei ein anderer Einsatz als der im offiziellen Bericht beschriebene:

"Mein Kollege Brahms von der RW 15 kam am 1.8.85, gegen 22.35 Uhr, an die RW 15 und erklärte mir, daß er bei der Fahrt in der St.Pauli-Hafenstraße 'geblitzt' wurde. Sinngemäß sagte er, daß er kurzfristig 'blind' gefahren sei. Zu diesem Zeitpunkt war ich Reviereinsatzführer der RW 15.

In Absprache mit der Polizeiführung wurde ein Einschreiten gegen den 'Blitzer' angeordnet. Mit dem Kollegen Schröder fuhr ich zum Objekt St.Pauli-Hafenstraße 116. Vor dem Eingang standen so ca. 4-5 Leute. Diese Personen fragten uns, was wir wollten. Der Sachverhalt wurde dem Perso-

nenkreis kurz erklärt. Danach gingen wir in das Haus und begaben uns über die Treppe in das erste Obergeschoß. Zuvor hatten wir festgestellt, daß in der beschriebenen Wohnung kein Licht brannte. Am Fenster stand keine Person. Während wir oben an der Tür zur Wohnung standen, kamen einige Leute von unten uns nach. Mit dem Stab der Taschenlampe schlug ich an die Tür, eine Klingel war nicht vorhanden. Ich klopfte mehrfach und sagte: 'Aufmachen, Polizei'.

Zunächst passierte nichts.

Als wir schon im Begriff waren zu gehen, kam von unten eine männliche und eine weibliche Person hoch. Der Mann fragte, was wir denn wollen.

Der Sachverhalt wurde durch den Koll. Schröder erklärt. Daraufhin teilte er uns mit, daß er derjenige war, der geblitzt habe. Da wir nicht wußten, ob es sich bei dem Gerät um einen Blitz oder aber um eine Lampe gehandelt hatte, wollten wir die Wohnung betreten. Der Mann teilte uns mit, daß wir nicht in die Wohnung reinkommen. Um Weiterungen zu vermeiden, sollten nunmehr nur noch die Personalien des Mannes aufgenommen werden. Dabei wurde ihr erklärt, welche Rechte sie habe, es erfolgte also eine Rechtsmittelbelehrung.

Der Mann gab mir dann einen Führerschein, die Daten habe ich aufgeschrieben. Zwischenzeitlich ging im Flur das Licht aus. Mit meiner Taschenlampe leuchtete ich die Person an. Erkennbar war, daß eine Personengleichheit gegeben war. Es handelte sich um die Person, die ich berichtsmäßig am 2.8.85 unter der Nr. 015 / 5 K / 01461 / 85 niedergeschrieben habe."

Bis jetzt ist also nichts geschehen, was irgendwie ungewöhnlich gewesen wäre, und nichts scheint auf eine "Punkerschlacht um Mitternacht" hinzudeuten. Wirklich nichts Ungewöhnliches? Herr Eckardt ist allerdings Polizeikommissar und Einsatzführer der Revierwache, und Herr Schröder, der den Rang eines Hauptkommissars bekleidet, ist in jener Nacht sogar Direktionseinsatzführer (DEF) der Polizeidirektion Mitte. Nichts Ungewöhnliches also nur, sollte es mittlerweile üblich geworden sein, höchste Polizeioffiziere loszuschicken, um die Personalien eines jungen Mannes festzustellen, der irgendwo "geblitzt" hat.

Der Einsatz der beiden Kommissare erfolgt nach Rücksprache mit der Polizeiführung: was ist da besprochen worden? Welche Absicht verfolgt die Aktion in dem Haus? Warum läßt man es nicht dabei bewenden, die Personalien festzustellen - denn daß nicht weiter "geblitzt" worden ist, geht aus dem Bericht von Kommissar Eckardt eindeutig hervor, der in der betreffen-

den Wohnung niemanden mehr antrifft. Ich zitiere deshalb weiter an dem Punkt seiner Aussage, an dem ich oben aufgehört hatte:

"Irgendwie wurde die Situation jetzt brenzlig. Wir wurden aufgefordert zu gehen. Der Kollege Schröder übergab mir sein Funkgerät mit dem Hinweis, daß weitere Kräfte herangezogen werden sollten."

Man kann sich das gut vorstellen. Die Beamten werden aufgefordert zu gehen, denn ihre Diensthandlung ist offensichtlich abgeschlossen. Und die Situation wird irgendwie brenzlig. Kein Wort darüber, *weshalb*. "Irgendwie" eben. Der offizielle Polizeibericht jedenfalls sagt zweifellos die Unwahrheit. Die Beamten sind weder "plötzlich" mit Steinen noch mit Gehwegplatten oder Urinbeuteln beworfen worden. Die massive Polizeiaktion hatte keinerlei Anlaß, der vor der Öffentlichkeit Bestand gehabt hätte; deshalb greift man gezielt zur entlastenden Lüge.

Doch weiter. Kommissar Eckardt, heißt es in seiner Zeugenaussage, bekam also von Hauptkommissar Schröder dessen Funkgerät, "ging die Treppe bis zum ersten Absatz runter und setzte einen Funkspruch ab". Welchen, verrät er nicht, obwohl der Wortlaut für ein Verständnis der Vorgänge bestimmt wichtig gewesen wäre: wie begründet er eigentlich den Einsatz der Alarmhundertschaft, wenn er nicht von vornherein geplant war? Denn wie er im folgenden bestätigt, ist eben kein Wort davon wahr, die Beamten seien eingeschlossen worden. *Während* er funkte, heißt es in seiner Aussage weiter, konnte er "auf die Tür/Eingangstür, aus Eisen, sehen. Sie war zu, ein Türgriff war nicht da. Da ich nicht wußte, ob es noch weitere Ausgänge gibt, forderte ich den um mich herumstehenden Personenkreis auf, die Tür zu öffnen. Eine männliche Person erklärte mir, daß wir durch eine andere Tür, die wir nicht sehen konnten und auch nicht kannten, das Haus wieder verlassen könnten. Dieses wurde von uns abgelehnt. Gleichzeitig habe ich über Funk die Kräfte draußen aufgefordert, in das Haus einzudringen. Diese Maßnahme war erforderlich, um ein gefahrloses Verlassen des Hauses für uns zu ermöglichen. Nach einiger Zeit sah ich zwei Helme. Mir war klar, daß sich Kollegen jetzt im Haus aufhalten bzw. zu uns vorstoßen. Ich erklärte dem Koll. Schröder, daß ein Ausgang vorhanden sei."

Der gewaltsame Polizeieinsatz wird also angeblich eingeleitet, weil an einer Tür "ein Türgriff nicht da war" und zwei Kommissare eine andere Tür, durch die sie hätten hinausgehen können, nicht kennen und sehen. Kurz, sie lehnen es ab, das Haus zu verlassen, um dem Einsatz einen Vorwand zu verschaffen. Und daß dieser Vorwand, über den selbst unter Polizisten zu diskutieren allzu hirnlos wäre, wirklich nur ein Vorwand ist, geht zusätzlich

aus der Tatsache hervor, daß die Verstärkung bereits aufmarschiert *ist*: ein kurzer Funkspruch, erst *dann* ein ebenso kurzer Wortwechsel über geschlossene, ungesehene und ungekannte Türen, und schon steht die Alarmhundertschaft vor dem Haus und gibt dem Kommissar Eckardt ihr Vorstoßen durch zwei Helme zu erkennen. Worauf dem plötzlich auch einfällt, daß doch ein Ausgang vorhanden sei - der ganze Einsatz *muß* geplant worden sein, bevor die beiden Kommissare das Haus betreten.

Wir verfügen noch über einen zweiten Augenzeugenbericht, nämlich den von Hauptkommissar Schröder, und der bestätigt das: "Im Treppenhaus hatten sich inzwischen mehrere (5-10) Personen angesammelt, die eine drohende Haltung einnahmen. Ein Verlassen des Treppenhauses war uns durch die Eingangstür nicht möglich, da diese zwischenzeitlich verschlossen worden war und angebl. nur von außen geöffnet werden konnte. Der Ausgang für uns sollte nach Angaben der dortigen Personen durch die Volksküche sein. Aus diesem Grunde wurden Polizeikräfte zur Unterstützung über Funk herbeigerufen, um die Tür von außen zu öffnen bzw. uns beim Passieren der Volksküche zu sichern." Auch der Bezirkseinsatzführer also hält das Angebot, das Haus durch die Volksküche zu verlassen, allemal für einen hinreichenden Vorwand, "Polizeikräfte zur Unterstützung" herbeizurufen. Und die öffnen nicht etwa die Tür, die "angebl. nur von außen geöffnet werden konnte" (Schröder), sondern dringen nun von außen in die Volksküche ein, also über denselben Weg, den hinauszugehen die beiden Kommissare sich geweigert hatten.

Parlamentarische Kontrolle

Diese Einzelheiten kannte ich natürlich noch nicht, als ich an diesem Abend zu den Häusern gerufen worden war. Zwar wollte mir nicht in den Kopf, weshalb nun in einem stundenlangen Polizeieinsatz versucht wurde, ein Haus zu stürmen. Denn es gab ja nicht einmal mehr den Vorwand, zwei Polizisten zu befreien; die waren, wie der Einsatzleiter mir bestätigte, längst wieder unverletzt aus dem Haus gekommen. Und doch: obwohl gerade aus Frankreich zurück, hatte ich bereits Plakate an Häuserwänden gesehen, die zu "Chaos-Tagen" in Hamburg aufriefen. Den Rest konnte ich mir zusammenreimen. Einige Machenschaften der Hamburger Polizei kannte ich schon damals.

Meine spontane Vermutung, der Einsatz sei von der Polizei selbst inszeniert worden, wie ein Manöver und im Zusammenhang koordinierter Planungen zwischen Innenbehörde, SAGA, Bezirksamt und Baubehörde, ist in den folgenden Wochen immer mehr bestätigt worden - bis ich schließlich die Aussagen der Kommissare Eckardt und Schröder zu Gesicht bekam. Danach konnte es keinen Zweifel mehr geben.

Zu den Pflichten eines Abgeordneten gehört es nun, die Exekutivgewalt und jene Politiker zu kontrollieren, die sie kommandieren. Meine Pflicht also war es in diesem Fall, den Innensenator und die Polizeiführung zu kontrollieren. Der damalige Innensenator hieß Dr.Lange und muß die Hintergründe des Einsatzes vom 1.August genau gekannt haben; er muß also auch gewußt haben, daß er die Öffentlichkeit belog, als er am 6.August in einer Presseerklärung folgendes verbreiten ließ:

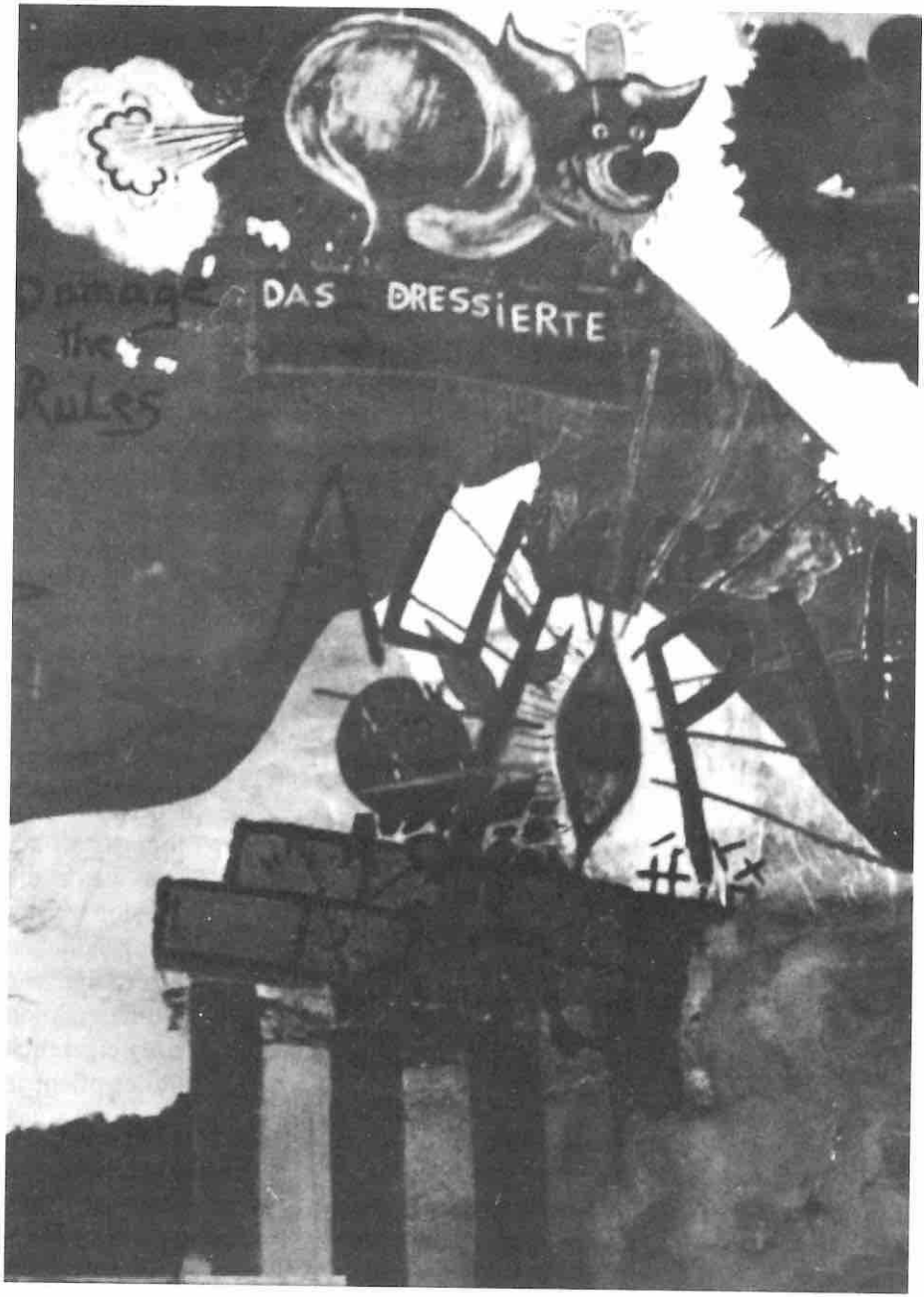
"Senator Rolf Lange hat am 6.August 1985 im Senat über die Vorgänge in der Hafenstraße am 1. und 2.August 1985 berichtet. Der Senat dankt den Polizeibeamten für ihren konsequenten und besonnenen Einsatz, bei dem 16 Beamte verletzt worden waren. Senator Rolf Lange hob hervor, daß wie bisher Straftaten von Bewohnern der Hafenstraße und ihren Sympathisanten mit dem Nachdruck verfolgt werden wie überall in Hamburg. Das gilt auch für Straftaten von scheinbar geringem Gewicht, wie z.B. Diebstahl von Straßenschildern, Baumaterial oder elektrischem Strom. Es gibt keine Sonderrechte für einzelne Gruppen. Die bei der Verfolgung von Straftaten durch falsche Solidarität mit Straftätern hervorgerufene Eskalation hat nicht die Polizei zu vertreten. Die Polizei ihrerseits tut nachweislich alles, um bei notwendigem Einschreiten eine Verschärfung der Situation zu vermeiden."

Es wäre kaum auszudenken, wenn der Innensenator das wirklich so gemeint haben sollte, aber das Entsetzliche ist, *daß* er es so gemeint haben *muß*. Sein Hinweis auf den "konsequenten und besonnenen Einsatz" kann ja nur bedeuten, daß die polizeiliche "Blitzlichtaktion" von Anfang an geplant worden ist; daß es nicht eine kopflose Panikreaktion war, die die Beamten zum Funkgerät greifen ließ; daß die "Absprache mit der Polizeiführung" (Eckardt) darin bestand, eine nächtliche Straßenschlacht zu provozieren. Und wie eine Drohung gegen die gesamte Hamburger Bevölkerung klingt da die Versicherung, daß es "keine Sonderrechte für einzelne Gruppen" gibt - überall also will man so vorgehen und geht man so vor.

Ihre Kontrollfunktion nehmen auch Abgeordnete anderer Parteien wahr; in diesem Fall war es Ingo Kleist (SPD), der den Senat am 6.August in einer "Schriftlichen Kleinen Anfrage" um Aufklärung darüber bat, "wie (...) die

Auseinandersetzung mit der Polizei in der Nacht vom 1. zum 2.August 1985 ausgelöst" wurde. Der Senat antwortete am 13.August erneut mit einer falschen Behauptung: der Fahrer eines Polizeifahrzeuges sei "durch Blitzlicht *mehrfach* geblendet worden" (Hervorhebung von mir; M.H.). Nichts davon steht in dessen eigener Aussage. Ingo Kleist wollte auch wissen, ob es zutreffe, "daß die Polizei mit Schußwaffengebrauch drohte? Wenn ja, was war der Anlaß dazu?" Er erfuhr vom Senat, der Einsatzführer habe beobachtet, "daß eine bestimmte Person Steine vom Dach des Hauses St.Pauli Hafenstraße 120/122 auf die vor den Häusern befindlichen Beamten herabwarf. Da bereits einige Beamte durch Steinwürfe verletzt worden waren und unmittelbare Gefahren für Leib und Leben der Beamten bestand, sah sich der Einsatzführer gezwungen, den Schußwaffengebrauch anzudrohen." Davon steht wiederum nichts in den Aussagen der Einsatzführer; das kann allerdings auch bedeuten, daß ein angedrohter Einsatz von Schußwaffen zu unbedeutend ist, als daß er in Eingangsberichten noch erwähnt wird.

Die Auskünfte des Senats genügten mir nicht. Am 19.August - ich hatte mit den Bewohnern der Häuser gesprochen und auch andere Zeugen gehört - richtete ich eine "Schriftliche Kleine Anfrage" an den Senat, in der ich u.a. wissen wollte, ob "die Beamten in Verfolgung der - wie der Senat ausführt - Straftat das Blitzlichtgerät zum Zwecke der Beweissicherung beschlagnahmt" hätten. Der Senat antwortete am 27.August: "Das Blitzlichtgerät ist den beiden Beamten im Treppenhaus des Gebäudes Hafenstraße 116 gezeigt worden. Es handelte sich um ein handelsübliches Gerät. Der Typ wurde nicht festgestellt. Eine Beschlagnahme zur Beweissicherung oder eine Sicherstellung zur Gefahrenabwehr schien den Beamten nicht erforderlich." Ich wollte wissen, welche Absprachen mit der Polizeiführung es gegeben habe, *bevor* die Kommissare das Haus betreten hatten; weshalb sie es nicht verlassen hätten, nachdem die Feststellung der Personalien nach Senatsauskunft doch "problemlos" verlaufen war; wann die "Verstärkung" alarmiert worden sei, und schließlich: innerhalb welchen Zeitraums sie eingetroffen sei. Der Senat antwortete: "Das Betreten des Hauses Hafenstraße 116 erfolgte aus Gründen der Strafverfolgung und Gefahrenabwehr. Der Zeitpunkt hat sich vornehmlich aus einsatztaktischen Gründen ergeben. Der Senat sieht in diesem Verhalten kein Zögern. Angaben über Absprachen und Maßnahmen der Polizei würden gegen das Staatswohl verstoßen, da sie die Einsatztaktik betreffen." Entsprechende Aufzeichnungen der Polizei über das Staatswohl ihrer Einsatztaktik müssen darüber hinaus auch umgehend vernichtet worden sein, denn als ich am 14.August 1986 den Senat erneut


DAS DRESSIERTE

fragte, welche Dienststelle zu welchem Zeitpunkt welche Einsatzbefehle erteilt habe, erfuhr ich: "Da ein Teil der Einsatzunterlagen inzwischen vernichtet worden ist, können Detailangaben nicht mehr gemacht werden." Und weiter, in allgemeinen Worten: "Angaben über den Standort der herangerufenen Kräfte betreffen die Einsatztaktik, über die der Senat keine Angaben macht".

Dafür hatte mittlerweile die Staatsanwaltschaft Angaben gemacht. Als ich am 30.Juni 1986 wissen wollte, ob die Ermittlungen in der "Blitzlichtaffäre" in der Zwischenzeit tatsächlich eingestellt worden seien, und warum, erfuhr ich am 11.Juli aus einer Antwort des Senats: "Zu 1.: Ja Zu 2.: Das Verfahren ist gemäß §170 Absatz 2 StPO eingestellt worden, weil ein tatbestandliches Verhalten im Sinne des §315 b StGB nicht festgestellt worden ist" (d.h., es hatte keinen "gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr" gegeben).

Ich habe während meiner Tätigkeit als Abgeordneter mehrfach erlebt, wie das sogenannte Staatswohl funktioniert, selten jedoch in so dreister Form. Und selten ist mir auch deutlicher geworden als im Zusammenhang dieser polizeilichen "Blitzlichtaktion", daß von einer parlamentarische Kontrolle der Exekutivorgane nicht gesprochen werden kann. Im gleichen Moment, in dem Auskünfte über eine Polizeitaktik verweigert werden, die bürgerkriegsähnliche Zustände hervorruft, kann von demokratischen Zuständen selbst in ihrem bürgerlichen Sinn nicht mehr die Rede sein. Polizeilicher Willkür sind dann Tür und Tor geöffnet, zu befürchten ist das Schlimmste.

Nicht nur die Reden, sondern auch die Zwischenrufe vieler Parlamentarier sprechen hier eine deutliche Sprache. Ich zitiere aus dem offiziellen Protokoll einer Rede, die ich am 24.September 1986 in der Bürgerschaft gehalten habe, nachdem Senator Wagner erklärt hatte, der Senat werde die Häuser beseitigen: "Ich habe vorhin etwas zur Frage der Diversion gesagt und aus meiner anderen Kleinen Anfrage zur Observation der Jugendlichen in Harburg zitiert. Ich behaupte, daß das, was den Senat dazu befähigt, von dieser Beseitigung zu sprechen, wie Sie, Herr Willich, oder Ihre Fraktion auch (Dr.Roland Salchow CDU: Kann ja auch Entsorgung sein!) eigentlich nur die Hetze bezüglich der dortigen Kriminalität ist. Herr Müller pflegt in seinen Sätzen immer von dem 'Moloch Hafenstraße' zu sprechen und - was sagen Sie immer, Herr Müller? - (Dr.Joachim Christian Becker CDU: 'Gesindel' sagt er!) daß sich in der Hafenstraße die Kriminalität zusammenballe. (Marion Pein GAL: 'Gesindel' ist keine Beleidigung, Herr Präsident?) - Nein, nein, das ist keine Beleidigung des Bürgers. Herr Becker darf das zu jungen Menschen sagen, die nichts weiter gemacht haben, als sich ein Haus

zu nehmen, dieses Haus zu besetzen, versuchen, dieses Haus auch zu erhalten und dann nach ihrer Facon zu leben; nach ihrer Facon, und das braucht nicht die Ihre zu sein, Herr Becker. Es steht nichts davon in der Verfassung, daß die Menschen so leben müssen wie Sie. Was in der Hafenstraße läuft, ist alles mehrfach durch die Verfassung gedeckt. Und wenn Sie jetzt davon reden, daß das Gesindel ist, dann bezeichnet das Ihre Gesinnung. Erinnern Sie sich einmal, was in diesem Land schon einmal geschehen ist, wen man schon einmal als Gesindel, als Abschaum bezeichnet hat. (Ralf-Dieter Fischer CDU: Das müssen Sie uns gerade vorhalten!) - Das halte ich euch gerade vor. (Paul Haarmeyer CDU: So hat Goebbels auch mal geschrien!)".

Die öffentliche Sicherheit

Es ist der gleiche Geist, der diese Sprache führt und Polizeiaktionen wie die oben beschriebene herausfordert, kommandiert und noch verschärfen will. "Wissen Sie, Herr Herrmann", erklärte mir Bausenator Wagner in einer Bürgerschaftssitzung am 12.Februar 1986 laut offiziellem Protokoll, "daß Sie wie ein schlecht bezahlter Rechtsanwalt hier auftreten, die Dinge verdrehen und alles so darstellen, daß Sie von Ihren Leuten in der Hafenstraße auch noch anerkannt werden, dafür habe ich Verständnis, das interessiert mich aber nicht weiter. Von daher können Sie sagen, was Sie wollen, und um das einmal in aller Deutlichkeit zu sagen: Das geht bei mir auf Durchzug. Es ist nicht zu fassen, was sich dieser Bürgerschaftsabgeordnete hier zu sagen erlaubt."

Ich hatte mir nämlich erlaubt, in dieser Sitzung aus den Akten zu zitieren, die im Bezirksamt abhanden gekommen waren, und die Abgeordneten mit jenen Planungen zu konfrontieren, die von der Verwaltung zur vorzeitigen Räumung ohne Rücksicht auf bestehende Mietverträge durchgespielt worden waren. "Es ist nicht zu fassen, was sich dieser Bürgerschaftsabgeordnete hier zu sagen erlaubt" - hätte Senator Wagner von diesen Planungen nichts gewußt, hätten sie seine Billigung nicht gehabt, dann wäre er spätestens hier aufmerksam geworden und hätte die Vorgänge prüfen lassen. Aber eine parlamentarische Kontrolle von Polizei und Verwaltung findet nicht statt. Die Vertreter der großen Parteien waren sich stets einig darin, daß rechtliche Überlegungen keine Rolle spielen, wenn es gegen "Gesindel" und "Abschaum" geht.

"Abendblatt-Reporter haben die heiße Nacht vor den ehemals besetzten Häusern von Anfang an miterlebt", hieß es im ABENDBLATT nach der polizeilichen "Blitzlichtaktion". In der Nacht des 1.August 1985 waren nicht nur die Reporter des ABENDBLATTS, sondern auch die anderer Boulevard-Blätter frühzeitig am Schauplatz des Geschehens. Über zwei Wege können Polizeireporter von derartigen Einsätzen erfahren: über den Polizeifunk, den sie abhören, oder durch direkte Information durch Polizeidienststellen. In diesem Fall dürfte es unwahrscheinlich sein, daß die Polizei ihre Aktion über den "normalen", sozusagen von jedermann abzuhörenden Polizeifunk geleitet hat. Wahrscheinlicher ist, daß sie die ihr bekannten Reporter benachrichtigt und ihnen ein Spektakel in Aussicht gestellt hat. Laut MORGENPOST haben Reporter mich nachts vor Ort gesehen, "leicht schwankenden Schrittes, mit einer Bierflasche in der Hand." Dem Polizeireporter der MORGENPOST, Herrn Hirschbiegel, ließ ich über einen befreundeten Journalisten mitteilen, daß eine Flasche Bier den Herrn Herrmann nicht zum Schwanken bringen könne, jedoch Polizeieinsätze dieser Art und ihre Begleiterscheinungen geeignet seien, die Reste seines Vertrauens in die Funktionsfähigkeit der Demokratie ins Kippen zu bringen. Mein Verhältnis zu jenem Polizeireporter wurde hierdurch nicht besser.

Und das Verhältnis der Hamburger Polizei zu mir bekam in dieser Nacht seinen ersten schweren Knacks, wenn er nicht deshalb schon da war, weil ich als Grün-Alternativer einfach da war und nicht wegging, immer wieder zwischen den Reihen hin- und herlief, damals noch in der Hoffnung oder sogar in dem Glauben, vermitteln zu können. Das trug mir einige Tage nach dem 1.August 1985 auch Kritik seitens der "Hafenstraße" ein; Kritik, die ich damals nur innerlich widerstrebend hinnehmen konnte, von der ich aber heute weiß, daß sie berechtigt war. In einer Situation, in der die Staatsmacht gezielt solche Auseinandersetzungen provoziert, gibt es nichts mehr zu vermitteln.

Noch zu Beginn des Einsatzes schleiften zwei Beamte der Bereitschaftspolizei einen jungen Mann, ihn an den Füßen packend, die Balduintreppe hinunter. Auf jeder Stufe schlug sein ungeschützter Kopf auf den Stufen auf. Wer das ansehen muß, ohnmächtig gegenüber der Übermacht der Polizei, nicht helfend eingreifen kann, und trotzdem keinen Wunsch verspürt, ebenso gewalttätig zu antworten, der hätte auch geschwiegen, als Juden, Zigeuner, Kommunisten, Sozialdemokraten und "Volksschädlinge" abtransportiert wurden.

Etwa zwei Stunden später begleitete ich auf eigenen Wunsch etwa dreißig Beamte des Mobilen Einsatzkommandos, denen befohlen worden war, die Personalien der Personen festzustellen, die sich in dem Haus St.Pauli Hafenstraße 120/122 aufhielten. Zuvor hatte ich dem Einsatzleiter mitgeteilt, daß sich dort niemand mehr aufhalte, eine Durchsuchung folglich sinnlos sei. Er bestätigte mir das: auch nach seiner Vermutung würde man niemanden antreffen. Die Haustür wurde mit Kettensäge und Einbruchswerkzeug geöffnet. Eine der vielen "Begehungen" der Polizei in den Häusern St.Pauli Hafenstraße begann. Obwohl ich mich gegenüber den berüchtigten Beamten vom Mobilen Einsatzkommando um Distanz bemühte, trug ich einige kleine blaue Flecken davon. "Entschuldigung, Herr Herrmann, aber es ist so eng hier." "Da kann sowas schon mal passieren". Es passierte aber auch anderes. Da fegt ein Beamter mit seinem Knüppel mal eben - rein versehentlich - ein Küchenregal leer, Tassen, Gläser und Teller klirren auf den Boden. In einem anderen Zimmer muß der Arm eines Plattenspielers dran glauben. Verschlossene Wohnungstüren waren nach dem Polizeieinsatz nicht mehr zu verwenden. Aufgeschrieben habe ich damals auch die Bemerkung eines der Beamten, der durch die Menge tobte: "Die sollte man alle vergasen!"

Natürlich blieben meine Versuche, die Dienstnummern der Beamten in Erfahrung zu bringen, erfolglos. Kaum war ich mal an einem dran und forderte ihn auf, mir seine Nummer zu geben, drängten sich seine Kollegen dazwischen, und er war verschwunden. Und die Kollegen wiederum kannten den anderen nicht und wußten überhaupt nicht, wen ich denn meinte.

Ich habe da eine Mentalität kennengelernt, die mir ein knappes Jahr später erklärbar machen, wie es zum "Hamburger Kessel" gekommen ist. Der Polizeieinsatz in der Hafenstraße an den "Chaos-Tagen", der "Hamburger Kessel", die Räumung von Wohnungen in der Hafenstraße am 28.10.1986 waren kein Versagen, keine Fehlfunktion des Apparats. Sie gingen vielmehr zwangsläufig aus der Logik des Apparats hervor. Nach einem der Einsätze erzählten mir Bewohner, ihnen seien 200.- DM von einem Polizeibeamten gestohlen worden.

Innensenator Pawelczyk am 22.Oktober 1986 in einer Presseerklärung: "Herr Herrmann, der GAL-Sprecher für Innere Sicherheit, ist eine Gefahr für die Sicherheit der Stadt. Wer Polizeibeamte, die korrekt ihren Dienst ausüben, als Diebe bezeichnet und gleichzeitig potentielle Straftäter in Schutz nimmt, ist für Verantwortung im Parlament nicht qualifiziert."

Doch so sehr es auf einzelne ankommt, so wenig können sie doch ausrichten. Die Sicherheitspolitiker unserer Tage orten den Staatsfeind im soge-

nannten Souverän, also in jenen Bürgern, die von ihren Rechten Gebrauch machen. In den letzten Monaten sind die Gesetze zur Inneren Sicherheit weiter verschärft worden; durch ein Spiel mit juristischen Definitionen ist das Heer potentieller "Terroristen" sprunghaft gewachsen. Große Teile der Gesellschaft werden auf gesetzlichem Weg zum Staatsfeind erklärt.

Auch die "Hafenstraße" stellt aus dieser Perspektive eine erstrangige Bedrohung dar. Nur noch radikaler. Das äußere Bild der Häuser, nicht die bemalte und von Seeleuten fast schon als Wahrzeichen Hamburgs empfundene Fassade an zweien der 6er-Häuser, signalisiert dem Betrachter, dem Touristen, dem Fischmarktbesucher Armut. Armut in einer der reichsten Städte Europas. Und Armut soll versteckt werden, erst recht, wo sie selbstbewußt auftritt. Der Sozialhilfeempfänger soll die Schuld an seiner Lage auf sich nehmen und tragen wie ein Stigma. In Lurup, Wilhelmsburg, in den Betonsilos von Osdorf, Steilshoop oder Kirchdorf-Süd leben wie in St.Pauli arme Menschen. Doch St.Pauli hat als Stadtteil wegen seiner Lage und seiner Geschichte "Standortqualität" für den Bürgermeister, den Erfinder der "Standortpolitik".

Zum Schluß einer Generaldebatte in der Bürgerschaft zum Haushalt war ich, ein Körbchen in der Hand haltend, in die Bütt gestiegen, um den Damen und Herren im Parlament jenen Korb mit Waren zu präsentieren, der dem Empfänger von Sozialhilfe in Hamburg zusteht.

Bill

Hans-Joachim Lenger

Die Quelle des Chaos

Ein Pressespiegel

> *"Chaos ist nicht nur das älteste Geschwätz der Welt, sondern auch das älteste Argument zur Unterdrückung der Armen."*
> *(Joachim Schumacher, 1937)*

Was Demonstrationen, Hausbesetzungen, Blockaden oder andere politische Aktionsformen angeht, in deren Verlauf es auch zu gewaltsamen Konfrontationen mit der Polizei kommt, ist es nur selten erforderlich, Augenzeuge von Ereignissen zu sein, über die in der Tagespresse berichtet wird. Um sie der Unwahrheit überführen zu können, genügt in der Regel schon die genauere Lektüre. Das hängt, neben dem offenkundigen politischen Auftrag dieser Texte, auch mit ihrer Produktionsweise zusammen. Die Hektik, zu der das journalistische Tagesgewerbe zwingt, läßt denen, die ihm nachgehen, kaum ausreichend Zeit, ihre Behauptungen, Wertungen und Metaphern zu einem Gefüge zu verdichten, das auch nur den Anschein von Glaubwürdigkeit hätte.

"Chaoten" hätten, meldete - unter der Schlagzeile "'Hier geht die Saat der Gewalt auf'" - beispielsweise die WELT am 24.4.87, "den privaten Rundfunksender 'Radio Hamburg' besetzt. (...) 'Radio Hamburg' hatte darauf verzichtet, die Polizei zu rufen und bezeichnete die Besetzer als 'Besucher'." Zwei Möglichkeiten bleiben: entweder weiß es die WELT besser als der gastgebende Sender, dessen Redakteure doch wohl Augenmaß bewiesen, oder aber sie dementiert ihre eigene Schlagzeile von einer "Saat der Gewalt" als vorsätzliche Täuschung. Da das Blatt jedoch zusätzlich erwähnt, der Sender habe "Interviews mit zwei Besetzern" gesendet, wird es sich bei ihnen wirklich nur um Besucher und bei dem Pressetext um eine gezielte Irreführung gehandelt haben: "Die 25 Eindringlinge zogen nach rund zweieinhalb Stunden wieder ab." (WELT)

Nichts also, was die Schlagzeile der WELT rechtfertigen könnte, hier sei die "Saat der Gewalt" aufgegangen. Aber diese Technik der Berichterstattung bestimmt eben nicht nur große Teile der öffentlichen Meinung, sondern auch das Handeln der politisch angeblich Verantwortlichen in einer Weise, die der freundlichen Vermutung zu widersprechen scheint, sie dementiere sich doch eigentlich selbst. Wie ist denn zu erklären, daß Texte, die jeden Zeugen vor einem öffentlichen Gericht desavouieren würden, im öffentlichen Raum Fakten schaffen, die "realer als das Reale" sind? Woher rührt die Macht der Presse, ihre eigenen Erzählungen an die Stelle von Ereignissen zu setzen und selbst als Ereignisse zirkulieren zu lassen, die dann unmittelbarer politischer Zwang werden?

Was das erwähnte Beispiel des besetzen Rundfunksenders angeht, ist die Bedeutungsverschiebung leicht zu durchschauen, die eine Assoziation zu gewaltsamen Auseinandersetzungen herstellt. Jeder weiß, auch wenn er sonst nichts weiß, daß es vorzüglich Bahnhöfe, Telegrafenstationen, Kasernen und Rundfunksender sind, die in einem Bürgerkrieg oder einer Revolution zu besetzen sind, und zwar tunlichst im Handstreich. Die Bedeutungsverschiebung trägt der WELT also ein, was man den metaphorischen Mehrwert ihres Berichts nennen könnte: in der Hoffnung, der faktische Widerspruch ihrer Behauptungen bleibe unbemerkt, streicht das Blatt die Assoziation des Bürgerkriegs wie einen Gewinn ein.

Tag X der Presse

Studieren wir diese Technik etwas genauer, und zwar am Beispiel des "Tages X für die Hafenstraße" am 23.4.1987, in dessen Verlauf es auch zu dem Besuch von fünfundzwanzig Demonstranten bei "Radio Hamburg" gekommen war. - "10.30 Uhr. Wohnhaus des Bürgerschaftspräsidenten WILLICH (Hmb.-Sasel). Etwa 8 unbekannte Personen betreten das Grundstück gehen um das Haus und schlagen dabei mit einem Vorschlaghammer diverse Scheiben ein. An der Fassade des Hauses werden Farbschmierereien begangen. Täter entkommen unerkannt." So lautet der knappe polizeiliche Bericht, den Innensenator Pawelczyk, gewiß ein unverdächtiger Zeuge, am Abend des Tages über einen Vorfall an die Presse gibt, der sich in der MORGENPOST dann folgendermaßen ausnimmt: "Willichs Haus von Chaoten verwüstet. Maskierte stürmten das Grundstück, Scheiben zertrümmert, 50 000 Mark Schaden. Vermummt mit schwarzen Motorrad-Schlupfmasken, in den

Händen Zimmermannshämmer und 'Ajax'-Sprühflaschen voll stinkender Buttersäure - so stürmten gestern um 10.15 Uhr etwa 10 Personen auf das Grundstück..." (24.4.87) Während die "Personen" des Polizeiberichts das Grundstück noch "betreten", wird es in der MORGENPOST bereits von "Maskierten gestürmt"; während sie dort noch "unerkannt entkommen", sind sie hier schon mit "Schlupfmasken vermummt"; während sie dort noch Scheiben "einschlagen" und "Farbschmierereien begehen", ist hier "Willichs Haus von Chaoten verwüstet" worden. Es wäre leichtgläubig, nur von einer Übertreibung der MORGENPOST zu sprechen. Nicht zufällig sind Metaphern des "Stürmens" oder der "Wüste" Naturereignissen entlehnt: Bilder, in denen soldatische Männer, wie die Literatur zeigt, ihre Erfahrungen kriegerischer Ereignisse, ihr Feinderlebnis, verarbeiten. Zu gezielt auch suggeriert diese Bedeutungsverschiebung von Ereignissen ins Militärische oder Paramilitärische eine strikte Befehlsstruktur der Aktionisten: "Rollkommando überfiel Haus des Bürgerschaftspräsidenten" (MORGENPOST, 24.4.87).

Immer wieder stößt man in den Presseberichten auf diesen Mechanismus. Kaum eine der literarischen Techniken, die aus "Landser"-Heften bekannt sind, wird ausgelassen: "Sie kamen gegen 10.30 Uhr gestern vormittag: Acht mit dunklen Overalls und Motorradmasken vermummte Männer" (ABENDBLATT, 24.4.87), also fast in apokalyptischer Dramaturgie. In der BILD-Zeitung erscheinen dieselben Männer bereits uniformiert, offen militärisch, und setzen ohne weiteres eine Energie frei, die an Explosivwaffen gemahnt: "10.30 Uhr. Acht Männer in schwarzen Mänteln und Fallschirmjägerstiefeln marschieren mit Vorschlaghämmern auf das Haus von Bürgerschaftspräsident Martin Willich (CDU) in Sasel zu. Sie umstellen das Haus, schlagen alle Scheiben ein, werfen Farbbeutel (rot, gelb, weiß) an die Wände. Angela Willich (39), die Frau des Politikers, alarmiert die Polizei. Sie hat Angst um ihr Leben, Splitter der Scheiben haben sich bis in die Möbel gebohrt." (24.4.87) Schwarze Mäntel also, Fallschirmjägerausrüstung und Splitter, die doch wenigstens von Handgranaten stammen müssen, um sich in Möbel bohren zu können. BILD war Augenzeuge einer militärischen Auseinandersetzung: Anmarsch, Umstellung, Zerstörung, das alles mit acht Kombattanten und, wenn man dem ABENDBLATT glauben darf, "in weniger als einer Minute" (24.4.87). Offenbar verfügten die Angreifer über einen Ausbildungsstand, vor dem sich jener der GSG 9 vor Mogadishu wie der einer Sonntagsgesellschaft ausnehmen dürfte: "Mit Vorschlaghammer Haus gestürmt" (BILD, 24.4.87).

Die Ereignisse auf dem Grundstück Martin Willichs, die BILD zum "Landser"-Erlebnis werden läßt, sind deshalb von besonderer Bedeutung, weil sie den Höhepunkt der Aktionen an diesem "Tag X" darstellten, dem das interessierte Hamburg seit Wochen entgegengefiebert hatte und dann auch wie in Fieberphantasien erlebte. Wen kümmern da Fakten, selbst jene, die der Polizeibericht aufführte? Er meldete noch fünfzehn weitere Ereignisse: vier betreffen das Verteilen von Flugblättern bzw. das Entrollen von Spruchbändern, also ein Grundrecht; in zwei Fällen, wo Demonstranten "Radio Hamburg" bzw. das Gebäude der SAGA betreten, werden Strafanträge gar nicht erst gestellt; im Rathaus Altona werden, neben dem Verteilen von Flugblättern, mit Filzschreibern Parolen an Wände gemalt, in Harburg außerdem Aufkleber hinterlassen und einige Sesselpolster beschädigt; über drei Ampelabschaltungen meldet der Bericht "keine Schäden"; zweimal wird Buttersäure, das Substrat von "Stinkbomben", verspritzt, einmal soll sie mit Schwefelsäure versetzt gewesen sein und zu Verätzungen von Atemwegen geführt haben; im Bezirksamt Altona wird "gegen den Stuhl einer Mitarbeiterin (...) ein Aktenbock geschleudert", was BILD am folgenden Tag dahingehend korrigiert, der Stuhl sei der "körperbehinderten Angestellten Ilse R. (...) in den Rücken" geworfen worden; und über eine CDU-Geschäftsstelle berichtet der Polizeitext: "Ca. 20 Personen betreten die Geschäftsräume, beschmieren die Wände mit Farbe, verstreuen Prospektmaterial auf dem Fußboden und werfen ein Telefon vom Tisch. Täter entfernen sich vor Eintreffen der Polizei. Strafantrag wurde gestellt."

Das also war der "Tag X" im Spiegel des Polizeiberichts, und über diesen Katalog hinaus weiß auch die Presse nichts zu berichten, was ihren Schlagzeilen zusätzliche Plausibilität verleihen könnte. Die aber schreien Mord: "Anschlag auf Martin Willich: Farbe, Säure, Hammer" (ABENDBLATT, 24.4.87). Offenbar ist der Mann also zuerst angemalt, dann mit Säure übergossen und schließlich mit einem Hammer erschlagen worden. Und diese Schreibweise, diese unablässige Ausbeutung von Metaphern des Meuchelmords deckt alle weiteren Parolen ab: "Hafenstraße Neuer Terror" - "Pawelczyk: Wir befürchten noch mehr Terror für Hamburg" (BILD, 24.4.87 - "Die Spur der Gewalt" (WELT, 24.4.87) - "Hier geht die Saat der Gewalt auf" (WELT, 24.4.87) - "8 x Terror für die Hafenstraße" - "Entsetzen über den Verlauf vieler Aktionen am 'Tag X für die Hafenstraße'" (MORGENPOST, 24.4.87). Entsetzen? Zur öffentlichen Tatsache ist das Entsetzen nämlich unwiderruflich geworden, wenn die Presse erst einmal festgestellt hat, es sei eingetreten. Es ist eingetreten, wenn zum Beispiel Ulla Hockerts

im ABENDBLATT feststellt, "die Verletzung und Gefährdung von Menschen (...) war von den Initiatoren sogar gewollt" (24.4.87); wenn die MORGENPOST den Innensenator zitiert, der "Übergriffe von neuer Qualität" konstatiert, oder den Chef des Verfassungsschutzes Lochte mit der sibyllinischen Bemerkung wiedergibt: "Wir gehen davon aus, daß es eine Eskalation geben soll" (24.4.87). Was ihn davon ausgehen läßt, ist selbstverständlich nicht zu erfahren, aber es interessiert auch nicht.

Längst hat nämlich ein aus Bürgerkriegsmetaphern gewobener Mythos die Imagination einer ganzen Stadt besetzt. Längst ist das Politische mit Hilfe der gleichen Textmechanismen, mit denen die Presse schon die Schlacht um das Anwesen Willich geschlagen hatte, in einen fiebrigen Taumel versetzt worden, in dem nach den verschwundenen Tatsachen niemand mehr fragt, schon gar nicht die angeblich verantwortlichen Politiker, wie sich sogleich zeigen soll.

Einen Tag nur hatte die Presse benötigt, um aus dem schlichten Polizeikatalog eine schicksalhafte Erfahrung der gesamten Stadt zu konstruieren, die sich nur mit der Bombardierung Hamburgs durch die Royal Air Force oder der Sturmflut von 1962 vergleichen ließe, wenn man dem Chefredakteur Wolfgang Clement glaubt: "Es gibt Ereignisse, von denen man ahnt, daß sie das geistige und politische Klima einer Gemeinschaft nachhaltig verändern werden. Diese Stunden des 23.April dürften für Hamburg von einer solchen Wirkung gewesen sein." (MORGENPOST, 24.4.87) Und nur eines weiteren Tages bedurfte es, um diesen Schicksalstag unmittelbar in Politik zu übersetzen: "Hafenstraße: Dohnanyi steuert harten Kurs" (ABENDBLATT, 25./26.4.87) - "Dohnanyi: Eine Chance ist vertan worden" (WELT, 25./26.4.87) - "Hafenstraße: Stürzt Polizeichef Heering?" (BILD, 25./26.4.87) - Denn: "Polizeigewerkschaft über Heering: Terror-Warnungen verschlafen" (BILD, 25./26.4.87) - "Jetzt will auch Alfons Pawelczyk ein Landes-Kriminalamt" (ABENDBLATT, 27.4.87).

Die Bewohner

Auf diesem Weg also kommt es schließlich noch zur Gründung von Landeskriminalämtern; die Presse selbst schrieb an der Geburtsurkunde. Unablässig läßt sie imaginäre Welten kursieren, in denen die Ereignisse verschwinden. Das Medium selbst wird zur Botschaft, zur medialen Gewalt, stiftet seinerseits eine Gewalt neuer Ereignisse, die dann, wie ein Rohstoff

weiterer Produktion, von ihr gierig aufgesogen und vervielfältigt wird. Und das wird dann Politik.

Versetzen wir uns an den Beginn dieses Prozesses, ins Jahr 1982. "Drei junge Männer (19, 20, 22 Jahre) besetzten gestern mittag ein leerstehendes SAGA-Haus an der Bernhard-Nocht-Straße (St.Pauli). Die Polizei holte sie raus - Strafantrag von der SAGA." Mit diesen beiden Sätzen aus den Arsenalen ihrer verstümmelten Sprache, jedoch vergleichsweise harmlos noch, eröffnete die BILD-Zeitung am 24.2.1982 eine Berichterstattung, in deren Verlauf die "jungen Männer" von einst eine Reihe bemerkenswerter Wandlungen durchmachten. Bald waren es Besetzer, bald Punks, bald Kriminelle, bald Rocker, bald Chaoten oder Vermummte, schließlich Sympathisanten der RAF, die in den Häusern wohnten. Ganz abhängig von den jeweils aktuellen Chaos-Ängsten, mit denen die Presse ihre Leser außer Atem hielt, veränderte sich auch die Wohnstruktur der Häuser im Spiegel der Presse. Fast genau ein Jahr später, am 28.2.1983, resümierte beispielsweise die gleiche BILD-Zeitung über den bisherigen Gang der Ereignisse: "Seit über einem Jahr wohnen Linksradikale, Chaoten, Punks in den alten Häusern an der St.Pauli Hafenstraße 116 bis 122. Sie sind heimlich eingezogen..." Die WELT hatte darüber hinaus für den gleichen Tag erfahren, daß die "jungen Leute (...) meist aus Heimen stammen" (28.2.83). Im ABENDBLATT schrieb ein Holger Bauer "von Mitgliedern der linksextremen Szene und von Anarcho-Gruppen" (28.2.83), was das gleiche Blatt einen Tag später dahingehend präzisierte, es handle sich um "Anarcho-Rocker".

Was immer sie sich unter solchen Wortverbindungen auch vorstellen mögen - über Mitgliedschaften der Bewohner in "Szenen" oder "Gruppen" zeigten sich diese Berichterstatter allzeit genau unterrichtet, obwohl sie andererseits doch behaupten, stets nur vermummte Gestalten zu Gesicht bekommen zu haben. Dieses Wechselspiel einer vollendeten Anonymisierung und der präzisesten Zurechnung des Chaos zu seinen Agenten, den "Chaoten", ist jedoch nicht der einfachen Ignoranz von Presse-Autoren geschuldet. Es ist der Boden, auf dem alle weiteren Mythen basieren, die von ihnen in Umlauf gesetzt werden. In allen ihren Texten wird er ebenso monoton wie gezielt bereitet: Das Chaos ist namens- und gesichtslos schlechthin; es spottet aller Begrifflichkeit, aller Namensgebung; es ist der Abgrund par excellence, vergleichbar nur der Vagina Dentata, ihren Verlockungen und alles zermalmenden Zähnen; ein schwarzes, verschlingendes Loch, das seine Masken unberechenbar wechselt. Was wir als "Chaoten" zu sehen bekommen, was wir benennen können, ist allein das Unberechenbare, immer

Wechselhafte, das sich in den unberechenbaren Wortverbindungen der Presse folglich treuen Ausdruck verschafft - nehmen wir an einem solchen journalistischen Mummenschanz einmal teil.

Am 5.11.1986 berichtet Michael Pentzien im ABENDBLATT vom Geschick eines Fotoreporters, der in den unheimlichen Abgrund des Chaos leuchten wollte und dem seinerseits spürbar heimgeleuchtet wurde: "Hamburger Journalist an der St.Pauli Hafenstraße lebensgefährlich verletzt. Mißhandelter Reporter: Vermummte wollten mir die Kehle zertreten!" Im Bericht des Herrn Pentzien heißt es dann: "Der Journalist hatte an jenem Abend erfahren, daß nach der Räumung von sechs SAGA-Wohnungen und einer anschließenden Spontandemonstration mit Zusammenstößen zwischen Hafenstraßen-Bewohnern und Polizei zu rechnen sei. Mit seinem Sohn Jens (22), einem Schriftsetzer, fuhr der 'Bild am Sonntag'-Reporter zum Einsatzort. Hier machte er nach eigenen Angaben eine interessante Entdeckung: 'Die Chaoten waren aufgrund der Dunkelheit unmaskiert.'"

Allein dafür schon hätte er eine Tracht Prügel verdient. Mit dem Blick des Zoologen, der eine ebenso unbekannte wie gefährliche Tierart entdeckt und ausforscht, sucht der Mann auf, was er seinen "Einsatzort" nennt, nachdem ihm neue "Zusammenstöße" in Aussicht gestellt worden waren. Von wem, sagt er nicht; die Bewohner waren es kaum, und so bleibt ein weiteres Stück Polizeijournalismus im Dunkeln. In jedem Fall gehört der Reporter wohl zu jenen, die in der Presse mitunter als "Chaoten-Kenner" (BILD, 29.9.86) ausgewiesen werden, einer Art Forschergemeinde, die in Todesverachtung am Rande des Abgrunds operiert. "Die Chaoten waren aufgrund der Dunkelheit unmaskiert!", so der neue Lehrsatz ihrer Wissenschaft, aufgestellt durch Herrn Lütcke. Aber woher kamen denn nun, wenn die Chaoten gerade mal unmaskiert waren, jene "Vermummten", die dem Leser in der Schlagzeile noch in Aussicht gestellt worden waren? Kein Wort über sie im Text. Also muß man annehmen, daß das ABENDBLATT sie aus einem Umkehrschluß des Lütckeschen Lehrsatzes gewonnen hat: Da die Spezies der Chaoten nachts "aufgrund der Dunkelheit" unmaskiert ist, ist sie tagsüber "aufgrund der Helligkeit" immer maskiert respektive vermummt, was es dem Herrn Lütcke auch allein möglich machte, von Vermummten überfallen zu werden, auch wenn sie gar nicht vermummt waren und eben dies zu fotografieren seine Absicht war. Richtig geraten: "Dies wollte Ernst Lütcke dokumentieren", fährt Berichterstatter Pentzien im ABENDBLATT zu unserer Verwirrung fort. Zu unserer Verwirrung, denn so dunkel, wie Lütcke erzählt, kann es folglich auch wieder nicht gewesen sein. Büchsenlicht muß doch

wenigstens geherrscht haben, als er seine Pirsch begann. Vermummt oder unvermummt, hell oder dunkel, wir kennen uns kaum noch aus - da steht uns Lütcke endlich bei und plaudert Interessantes: "Ich erinnerte mich an die Fotos, die vor dreizehn Jahren bei der Hausbesetzung am Eckhoffplatz gemacht wurden. Da waren die Terroristinnen Susanne Albrecht und Sigrid Sternebeck zu erkennen. Laut Hamburger Verfassungsschutz sollen ja auch in der Hafenstraße Personen aus dem terroristischen Umfeld dabeisein." Das ist wenigstens eine Auskunft, an die man sich halten kann. Sie spricht vom Berufsinteresse des Herrn Lütcke, die Hausbewohner in möglichst große Nähe zur RAF zu rücken. Fotos zu schießen, die auch in Jahren noch zu hohen Preisen gehandelt werden, weil sie biografische Stationen auf dem Weg in die Abgründe des Terrors festhalten, ist schließlich der Traum eines jeden, der umso angenehmer lebt, je länger eine solche Einkommensquelle sprudelt. Aber prompt geht es ihm auch an den Kragen, denn es ist schließlich nicht jedermanns Sache, von Herrn Lütcke einfach so fotografiert, und schon gar nicht, von ihm als "Person aus dem terroristischen Umfeld" abgebildet zu werden. Also widerfährt es dem Lütcke: "'Es war eine Sache von vielleicht zwölf Sekunden', sagte Ernst Lütcke gestern dem Abendblatt. 'Sie warfen meine Kamera weg und traten mir ins Gesicht. Ich habe nur die Augen zugemacht. Dann hörte ich einen rufen: Spring ihm auf die Kehle (...) Ich drehte mich vor Schreck zur Seite. Ein Tritt zerbrach mir mein Schlüsselbein. Dann wurde ich die zwanzig Treppenstufen runtergetreten." Er wird mitgezählt haben, aber darüber hinaus läßt Herr Pentzien seine Leser im ABENDBLATT noch wissen, gleichsam sein Beitrag zur Chaos-Medizin, daß Lütcke (57) seither "mit lebensgefährlichen Verletzungen in der Neurologischen Abteilung der Universitätsklinik Eppendorf" liegt, man also keineswegs weiß, ob er überhaupt mit dem Leben davonkommt. Aber doch schon so viel, daß er "mindestens noch zwei Wochen im Krankenhaus bleiben" muß. Die BILD-Zeitung kennt die lebensgefährlichen Verletzungen genauer: "Geschwollenes Gesicht, Gehirnerschütterung, am ganzen Körper schwere Blutergüsse" (30.10.86).

Anders formuliert: Herr Lütcke (57) will Bewohner der Hafenstraße fotografieren, um sie als Terroristen der Zukunft seinen Lesern präsentieren zu können; die potentiellen Opfer dieser Berichterstattung lassen sich das nicht gefallen, greifen ihn an und brechen ihm bei einer Schlägerei das Schlüsselbein. Sollte sich wenigstens das so abgespielt haben, handelt es sich um Körperverletzung, einen Straftatbestand. Aber Michael Pentziens Bericht über Ernst Lütckes Bericht über dessen Versuch eines Berichts hat ja gerade

deshalb exemplarischen Wert, weil er illustriert, wie sehr Presse und Gewalttätigkeit ineinander verstrickt sind: der Krawall-Journalismus schafft sich seine Subjets selbst. Je näher an der RAF, desto unheimlicher die Figuren, die dem Chaos entsteigen; Berufsinteressen zaubern sie herbei.

Überhaupt tat sich Sensationelles, als Verfassungsschutzchef Christian Lochte im Oktober 1985 das Zauberwort einführte, das es der Presse seither erlaubte, sämtliche Chaos-Ängste auf dieses magische Kürzel zu reduzieren: "Hamburg: Die RAF ist in der Hafenstraße dabei" (MORGENPOST, 4.10.85). Auch hier hielt der folgende Text natürlich nicht, was die Schlagzeile versprach, denn - vage Mutmaßung - "nach Erkenntnissen der Sicherheitskräfte sollen sich auch zwei der RAF nahestehende Frauen in der Hafenstraßen-Szene eingenistet haben". Die beständige Verunsicherung aber, der diese Presse ihre Leser aussetzt, ihr Wechselspiel aus Anonymisierung und präziser Zurechnung, läßt schließlich dankbar nach jedem Halt greifen, der verspricht, im Dunkel des Chaos noch lesen zu können: RAF, Superzeichen des Chaos schlechthin, das alle weiteren Zeichen und Anzeichen ordnen wird. Zwar *sollen* sich zwei Frauen eingenistet haben, nichts genaues weiß man; doch in der internen Kommandostruktur der Frauen kennt sich die MORGENPOST dafür aus, als wären sie Mitarbeiterinnen des Blatts: "Ihr Auftrag: Neue Mitglieder aus der Anarcho-Szene für die Rote Armee Fraktion zu werben und gewaltsame Aktionen zu unterstützen."

Solche RAF-Kader also, tauchen sie zu zweit auf wie hier, "nisten sich ein" wie sonst nur das Ungeziefer; anders dagegen, wenn die Bande komplett erscheint. Dann erfährt man durch das ABENDBLATT in militärischer Terminologie von "Lochte: Die RAF setzt sich fest in der Hafenstraße" (17.10.85), also in kompletter Formation, in einem Gemäuer und gleichsam in ausgebauter Stellung, was dann sogar, Chaos von surrealer Potenz, Abgrund als Oberfläche, auch noch in gutbürgerlichen Formen vor sich geht: "Die Rote Armee Fraktion (RAF) ist in die St.Pauli Hafenstraße eingezogen" (ABENDBLATT, 17.10.85) - offiziell, unbehelligt und von nun an mit fester Zustelladresse.

Wie es zu den Einsichten der Dienststelle Lochte kam, worauf sie sich stützten - ob auf V-Leute wie seinerzeit in Westberlin, die vielleicht beim Auspacken halfen, ob auf die Analyse semantischer Tiefenstrukturen einiger Flugblätter oder auf bloßen Augenschein durch geschultes Personal - , die Presse fragte nicht weiter. Sicher ist nur, daß zu Lande und zu Wasser observiert wurde. Irgendwann nämlich unterlief den Beobachtern eine "peinliche Polizeipanne" (ABENDBLATT), die dessen Redaktion auf "laienhafte Ob-

servation" (13.10.86) zurückführte: "Die Gewalttäter kamen dahinter, daß sie von einer Wohnung und von einem Schiff aus observiert wurden." Zu preußisch diszipliniert nämlich hatte sich wochenlang die Ablösung der Wachmannschaften vollzogen, als daß dies im allgemeinen Chaos unbemerkt hätte bleiben können. Daher wurden die Beamten - sie beobachteten gerade "wie gewohnt abends mit Nachtgläsern die Hauseingänge" (ABENDBLATT) - für sie völlig überraschend "von starken Scheinwerfern angestrahlt. Und dann knallten Stahlkugeln gegen die Fensterscheiben" (ABENDBLATT, 13.6.86). Diese Art der Observation zu Lande und zu Wasser wurde seither eingestellt, was im letzteren Fall sicherheitspolitisch auch nur begrenzt ins Gewicht fiel. Denn was die Arbeit auf "Elbe 27" anbelangte, hatte man Gezeitentafeln zu Hilfe nehmen müssen; "bei Ebbe lag ihr Schiff so tief, daß sie über die Kaimauer hinweg nur noch die oberen Stockwerke der Häuser sehen konnten, nicht aber die Eingangstüren..." (ABENDBLATT, 13.10.86).

Wie dem auch gewesen sein mag - und erst recht, wenn sich die Höhepunkte des Schreckens bei Niedrigwasser abgespielt haben und damit der staatlichen Aufmerksamkeit entgangen sein sollten: mit dem Einzug der RAF, so viel stand für die Presse fest, änderte sich alles unter den Bewohnern. Wie eine Offenbarung zitierten fast sämtliche Blätter, was Christian Lochte exklusiv der TAZ anvertraut hatte: bislang hätte sich alles nur um "Kleinkriminalität" (WELT AM SONNTAG, 20.10.85) gehandelt. Jetzt dagegen komme "überhaupt erstmal eine Struktur von Gewalt..." (FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 19.10.85). Hatte die MORGENPOST bis dahin noch vereinzelt Leserbriefe abdrucken können, die beispielsweise versicherten: "Punks sind auch nur Menschen" (6.9.85); hatte die WELT die zu "bedauernswerten Jugendlichen" mit ihrer "verdrehten Weltauffassung" verzerrten Phantome noch als "arme Gechöpfe, diese Pseudo-Opfer der Gesellschaft" (7.8.85) verhöhnen können; gab es bis dahin zwar "Chaos-Mädchen" (BILD, 3.10.85), also weibliches Chaos schlechthin, aber immerhin auch noch "Bewohner", denen ein Henning Voscherau ins Gewissen reden konnte, "sich nicht durch zugereiste Krawallmacher provozieren zu lassen" (WELT, 6.12.85); schien also bis dahin das Chaos zwar schon absolut, so stellte sich nun erst, mit dem Umzug der RAF, heraus, daß es so absolut auch wieder nicht gewesen war: nichts, was sich nicht potenzieren ließe, schreibt man nur für die einschlägige Presse.

Sehen wir von einigen Anfangsschwierigkeiten ab, die die asketisch-disziplinierten RAF-Kader bei ihrem von Christian Lochte enttarnten Versuch

gehabt haben müssen, die "an sich 'richtungslosen Bewohner der Hafenstraße für ihre Zwecke zu gewinnen" (FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 19.10.85); mitunter ging es eben noch zu wie unter Pennern: "Die Chaoten schliefen noch, als gestern früh acht HEW-Arbeiter mit Pickel und Schaufel anrückten" (BILD, 24.7.86), um Stromleitungen zu kappen. Aber das Chaos wucherte doch seit Übersiedlung der RAF spürbar und alles verschlingend weiter, mitunter ins Gespenstische, wenn es etwa seine Agenten schon mal wie vom Erdboden verschluckte: "Nur eine Menge Unrat und Sperrmüll zeugte noch von der Anwesenheit der Hausbesetzer" (ABENDBLATT, 13.8.86). Die unterirdischen Tunnelsysteme werden wir später erst begehen, mit denen die Presse das Erdreich höhlte, um die "Chaoten" entkommen zu lassen; hier nur so viel und um den Verdacht zu zerstreuen, es hätte sich bei denen, die die Presse als Chaoten bevölkerten, doch noch um Menschen gehandelt: "Neben ein paar intakten Tischen und Stühlen lagerten mehrere Lastwagen voll Gerümpel in den verschiedenen Wohnungen, die nach der Beschreibung eines Polizeibeamten 'wie Rattenlöcher stanken und aussahen'. Der Unrat - für die Hafenstraße durchaus nicht ohne Gebrauchswert - wurde durch Fenster auf einen offenen Lastwagen geworfen" (WELT, 29.10.86). Dahin also, wo auch die Bewohner hingehört hätten.

Die Gewalt

Schon das Chaos in den Masken der Bewohner - vermummt, unvermummt oder beides zugleich - ist unberechenbar und unaussprechlich; wie sehr erst die chaotische Gewalt. Oft bricht sie nicht aus, wenn jedermann mit ihr rechnet. Häufiger noch, wenn keiner etwas vermutet. "Chaoten-Häuser: Straßenschlacht mit Polizisten. Neuer Terror in der St.Pauli Hafenstraße: Aus einem Chaos-Haus dröhnte ohrenbetäubende Lautsprecher-Musik. Polizisten kamen mit dem Phon-Meßgerät: 90 dezibel - die Musik war laut wie ein Preßlufthammer. Plötzlich Stille. Dann stürmten 25 linksradikale Chaoten (darunter Punks mit gelben Haaren, zerfetzten Hosen) aus den Häusern" (BILD, 7.4.86). Die Gewalt der "Chaoten", die ausbricht wie der Orkan nach einem Moment der Windstille, wird also mitunter wie in atavistischen Ritualen entfesselt: erst ohrenbetäubende Musik, dann Stille, schließlich der

Sturm jener Irrwische des Chaos, die mit ihren gelben Haaren und zerfetzten Hosen direkt der Hölle entsprungen zu sein scheinen.

In jedem Fall: unvermittelte Gewalt. "Letzter Fall am Sonnabendmorgen um 5.30 Uhr: Zylke hatte gerade seine Kneipe abgeschlossen. Plötzlich knallten vier Pflastersteine durch die Fensterscheiben." (MORGENPOST, 20.2.84) "Plötzlich kam ein junger Mann mit Motorradmaske aus dem Chaos-Haus Nummer 126, stach ein Messer in den linken Hinterreifen des Polizeiwagens und rannte weg." (BILD, 24.3.84) Wie sehr solche Berichte auch differieren mögen, was etwa Hausnummern angeht, im wesentlichen stimmen sie überein: in der Plötzlichkeit der Gewalt. "Plötzlich öffnete sich die Tür zum Haus Hafenstraße Nummer 122, ein junger Mann, maskiert mit einem schwarzen Motorradhelm, sprintet zum Polizeifahrzeug..." (ABENDBLATT, 24.3.86) "'Alles ging ganz schnell, sagt Michael Spieker (35), Filialleiter der Noris-Bank an der Großen Bergstraße, 'wir hörten plötzlich laute Stimmen, dann klirrte es, und schon war alles vorbei.'" (ABENDBLATT, 23.10.86) "Um Mitternacht war die Straße wieder friedlich - es war nur die Ruhe vor dem Sturm. 3.20 Uhr: Plötzlich fliegen wieder Brandsätze aus den Häusern der Chaoten." (BILD, 28.2.83) Plötzlichkeit und Grundlosigkeit der Gewalt fallen nämlich zusammen, denn Brandsätze auf friedliche, vielleicht sogar menschenleere Straßen wirft man nur grundlos, wie von Sinnen, und daher plötzlich. Nur weil diese Gewalt unmotiviert ist, kann sie unversehens auftreten, und weil sie im Spiegel der Presse unversehens auftritt, muß sie auch unmotiviert sein.

Irgendetwas blenden diese Berichte also beständig aus, um solche Effekte erzeugen zu können. Sie sind den Leerstellen einer Erzählweise geschuldet, mit denen die einschlägige Presse die Verkettung von Ereignissen an einer bestimmten Stelle unterbricht, um den Faden der Erzählung ebenso willkürlich wieder aufzunehmen: an dem Punkt, an dem "plötzlich" Gewalt von den Bewohnern ausgeht. Nicht selten aber geschieht es auch, daß dieser Faden dann heillos verwirrt ist und Rückschlüsse zuläßt auf das, was in den verschwiegenen Unterbrechungen geschehen sein mag.

Ein Beispiel: "Am nächsten Tag beobachtete die Polizei, daß die Chaoten erneut große Menge Steine in die Häuser schleppten und vor den Fenstern und auf dem Dach bereitlegten. Daraufhin rückte spätabends wieder ein großes Polizeiaufgebot an, drang mit Brechstangen und Schneidbrennern in die verbarrikadierten Häuser ein und stellte einen Lastwagen voll Wurfgeschosse sicher." (ABENDBLATT, 5.8.85) Der war offenbar im Hausflur oder einer Wohnung abgestellt worden, was in "Chaos-Häusern" schließlich

einleuchtet. Aber auch sonst erlaubt es der Bericht, die Strukturen der chaotischen Gewalt, die sich in den Spalten der Presse austobt, etwas detaillierter als üblich zu rekonstruieren und die Geheimnisse des "Plötzlichen" zu lüften. Denn zuverlässig ging hier die Gewalt ja wohl von der Polizei aus - es sei denn, man hielte das Parken eines Lastwagens im Hausflur oder einer Wohnung schon für einen hinreichenden Grund, amtlich mit Brechstangen und Schneidbrennern einzurücken. "Die Chaoten", heißt es in dem Bericht weiter, "waren über das energische Vorgehen der Polizei derart erstaunt, daß sie kaum Widerstand leisteten." (ABENDBLATT, 5.8.85) Wie denn - so intensiv also hatten sie sich auf die nächste Schlacht vorbereitet, daß sie vor Erstaunen über das Erscheinen des Feindes vergaßen, sie auch zu eröffnen. An solchen Stellen geben die Pressetexte also mitunter ihre eigene Absurdität zu erkennen und damit die eigentliche "Quelle des Chaos".

Ein noch besseres, weil von der Presse besonders ausführlich referiertes Beispiel ist die "Blitzlichtaktion", mit der sich die Polizei ebenfalls im August 1985 hervorgetan hatte, nämlich nur zwei Tage vorher. "Es begann mit einem Blitzlicht, mit dem ein Bewohner der Chaos-Häuser die Autofahrer auf der Hafenstraße blendete", erzählt BILD am 3.8.85 über die "Punkerschlacht um Mitternacht", die sich zuvor in der Schlagzeile gereimt hatte. "Als die Besatzung eines Streifenwagens daraufhin in das Haus ging, kam es zu Rangeleien, da einige Punks versuchten, die Beamten im Haus festzuhalten", berichten am selben Tag auch die HARBURGER ANZEIGEN UND NACHRICHTEN. Aber weshalb wurden die Beamten denn festgehalten, und auf welche Weise? In der WELT wurden sie "beim Hinausgehen (...) von den jungen Leuten festgehalten und in eine Diskussion verwickelt" (3.8.85), was freilich schon Verwicklung ins Chaos genug wäre. Noch ungemütlicher geht es schon in der BILD-Zeitung zu. "22.25 Uhr: Ein Polizist notiert im Treppenhaus die Personalien des 'Blenders'. Da kracht hinter ihm eine Eisentür ins Schloß. Vor ihm versperren Punker den Weg: Gefangen" (3.8.85), ein schauriger Effekt fürwahr, der allen Fernsehbesitzern aus Edgar-Wallace-Filmen bekannt sein dürfte. "Weitere heranrückende Streifenwagen wurden mit Steinen attackiert. 'Dann eskalierte es', sagte ein Polizeisprecher." (HARBURGER..., 3.8.85) Nun gut, aber woher rückten denn die weiteren Streifenwagen heran, und was eskalierte eigentlich wie, wenn nicht schon wieder "plötzlich"? "Bewohner der Nachbarhäuser, die diese Rangeleien bemerkt hatten, begannen zu randalieren..." (WELT, 3.8.85), was auch keine Auskunft ist. Denn an Rangeleien haben wir bislang nur eine Eisentür, die die BILD-Zeitung ins Schloß fallen läßt, und in der WELT die

Verwicklung zweier Polizisten in eine Diskussion, nachdem die die Personalien eines Hausbewohners aufgenommen haben.

Hier helfen glücklicherweise das ABENDBLATT und die MORGENPOST weiter. Denn was in anderen Blättern noch eine "Streifenwagenbesatzung" war, sieht sich hier schon befördert: "Zwei Einsatzführer betraten das Gebäude und baten, damit aufzuhören" (ABENDBLATT, 3.8.85), mit dem Blitzen und Blenden nämlich. Im ABENDBLATT wird also bereits ein ganzer Einsatz geführt, während wir in BILD oder WELT noch der Gefangenschaft zweier versprengter Einzelkämpfer beiwohnten. Das ABENDBLATT über das weitere Schicksal dieser Einsatzführer, die von ihm auch einen klaren Rang erhalten: "Als sie dann wieder gehen wollten, bekamen sie die Tür nicht mehr auf und sahen sich von mehreren jungen Leuten umringt. Die eingesperrten Kommissare forderten über Funk Unterstützung an." (3.8.85) Verstärkung anzufordern, wenn die Tür mal klemmt, scheint unter Kommissaren also usus zu sein, wie auch die MORGENPOST bestätigt: hier ist es "zwei Kommissaren" nicht mehr gelungen, "die Tür zu öffnen. Über Funk riefen sie bereitstehende Verstärkung" (3.8.85). Auch Verstärkung stand also längst bereit, wie wir hier en passant erfahren, und der Einsatz, den die beiden Einsatzführer führten, nimmt langsam Kontur an. Die Bereitstellung a priori nämlich erklärt auch, weshalb "ein massiver Polizeieinsatz mit insgesamt 25 Streifenwagen und Kräften des Mobilen Einsatzkommandos" (HARBURGER..., 3.8.85) augenblicklich stattfinden konnte, nachdem in der BILD-Zeitung gerade eine Eisentür ins Schloß gefallen war. Denn lange saßen die beiden nicht in der Falle. Ging in der MORGENPOST eben noch die Tür nicht auf, tut sie das offenbar gleich darauf doch wieder, denn "die beiden Kommissare konnten flüchten" (MORGENPOST, 3.8.85). BILD weiß sogar, warum und wann: "Nach drei Minuten geben die Punker den Weg frei" (BILD, 3.8.85). Und nach diesen drei kurzen Minuten lastender Gefangenschaft bot sich den beiden Einsatzführern bereits ein wohltuendes, Zuversicht spendendes Panorama, als sie wieder ins Freie traten: "Draußen sind 50 weitere Polizisten angerückt" (BILD, 3.8.85), nämlich die Streifenwagen und das Mobile Einsatzkommando der HARBURGER ANZEIGEN UND NACHRICHTEN.

Damit wäre doch endlich alles erledigt gewesen: die Personalien des Bewohners waren festgestellt worden, die zwei Beamten ihrer Gefangenschaft in chaotischen Diskussionen glücklich entronnen, die Blitzerei und Blenderei hatte ein Ende, und nichts hätte dagegen gesprochen, wieder aufzusitzen und abzurücken. Doch weit gefehlt, der Einsatz beginnt jetzt erst, und man

frage nicht, welche Ziele er eigentlich verfolgt. "Weitere Aktionen der Polizei lösten wiederum Reaktionen der Bewohner aus: Sie verbarrikadierten die Haustüren" (WELT, 3.8.85), was immerhin schon die Frage beantwortet, von wem "weitere Aktionen" ausgingen, wer also dafür sorgte, daß "es eskalierte". Die WELT weiter: "In der vorübergehend abgesperrten Straße" - selbst das also war in den drei Minuten schon erledigt worden - "waren schließlich Besatzungen von insgesamt 25 Streifenwagen im Einsatz, darunter Kräfte des Mobilen Einsatzkommandos, ausgerüstet mit Helmen und Schutzschilden, die sich im Hagel der Wurfgeschosse bemühten, einen Weg in das Nachbarhaus zu bahnen. Nach Angaben des Sprechers gelang es gegen 1.15 Uhr, 'den Sachwiderstand zu überwinden.' Erst gegen 3.15 Uhr konnte 'Einsatzende' gemeldet werden." (WELT, 3.8.85)

Knapp fünf Stunden lang also wird da ein "Sachwiderstand" überwunden, um ein "Einsatzziel" zu erreichen, das niemand mehr kennt. Es sei denn - und nur dies kann die Vorgänge noch erklären - , Aufgabe des Manövers wäre von Anfang gewesen, einfach mal so einen Sachwiderstand zu überwinden, in einige Häuser einzudringen und sie gründlich heimzusuchen, kurz, den Polizeistaat in Aktion vorzuführen. Das gelingt denn auch endgültig im Finale um 1.30 Uhr: "Polizisten versuchen die Tür eines Chaos-Hauses zu knacken. Sie schaffen's nicht. Einer bringt eine Motorsäge, die Kette reißt. Die Chaoten johlen begeistert. (...) 1.35 Uhr: Die Tür ist geknackt, 40 Beamte durchsuchen die Wohnungen. Doch das Haus ist leer. Einziger Fund: ein Blech-Polizist, den Chaoten von einer Kreuzung gestohlen hatten." (BILD, 3.8.85) Der wird, wie ein Foto im ABENDBLATT (3.8.85) zeigt, auch stolz von dannen getragen, als wär's der Krieg der Knöpfe. Nebenbei allerdings gibt es noch sechzehn verletzte Polizisten, um von den verletzten Bewohnern zu schweigen, von denen die Presse natürlich schweigt, außerdem siebzehn Festnahmen und ein befriedigtes Resumé des Staatsrates der Innenbehörde, Herrn Dr.Rabels': "Die Polizei mußte eingreifen, weil der Straßenverkehr durch das Blitzlicht gefährdet wurde. (...) Das Vorgehen der Polizei war richtig" (ABENDBLATT, 3.8.85).

Selbstverständlich. So nämlich wird der Bürgerkrieg geprobt, den die Presse unablässig beschwört. Da werden Lastwagen gestürmt, weil sie in einem Hausflur geparkt sind, oder Blechkameraden befreit, vielleicht weil Geiselnahme verpönt ist: Am 2. und 4.August 1985 finden in Hamburg jedenfalls geplante Polizeiübergriffe großen Ausmaßes statt. Die Presse schreibt's, schreibt es nur nicht, denn auch sie muß in den Polizeiplan von Anfang an einbezogen gewesen sein, wenn man ihr wenigstens in diesem

Punkt trauen könnte: "Abendblatt-Reporter haben die heiße Nacht vor den ehemals besetzten Häusern von Anfang an miterlebt" (ABENDLBATT, 3.8.85). Einen Tag später wird diese Polizeipolitik noch wie selbstverständlich zur Politik des Senats erklärt; der "dankt den Polizeibeamten für ihren konsequenten und besonnenen Einsatz, bei dem 16 Beamte verletzt worden waren", läßt Innensenator Lange in einer Presseerklärung verlauten, denn "es gibt keine Sonderrechte für einzelne Gruppen". Es sei denn, wie hier vielleicht einmal ergänzt werden darf, für die Polizei: die Obristenmentalität, mit der etwas später der "Hamburger Kessel" inszeniert werden sollte, konnte auf erprobte Beispiele zurückgreifen.

Was immer die einschlägige Presse an Polizeieinsätzen herausforderte, welch zynische Polizeigewalt auch immer gegen die Bewohner der Häuser eingesetzt wurde - die Ereignisse münzten sich aus in dem bald latenten, bald offenen Pogrom, der sich in den Spalten der einschlägigen Presse formierte. Da sind die Bewohner einmal, mitten in Vorbereitungen zur Schlacht begriffen, über das Erscheinen der Polizei so überrascht, daß sie vergessen, sich zu wehren; da werden ein andermal willkürlich Wohnungen gestürmt und durchsucht, also das "Chaos" staatlich auch angerichtet, das die Presse unablässig beschwört, um Blechkameraden zu befreien. Aber der Pogrom gewinnt an all dem nur neue Nahrung, und stets tritt die diabolische "Plötzlichkeit" chaotischer Gewalt genau da auf, wo die Presse im dunkeln läßt, was denn nun geschah. "20 Chaoten bedrängten plötzlich zwei Zivilfahnder" (BILD, 28.3.83), so fängt es immer an, und am Ende gibt es - in der Schlagzeile - wieder "Krawalle in St.Pauli - 300 Polizisten beschützten Frühjahrsdom" (BILD, 28.3.83). Diesen Bericht wird zwar auch sein Autor nicht verstanden haben, aber darin besteht schließlich das Chaos: Um 17.30 Uhr "rotten sich Anhänger der Straßengang 'Skin-Heads' im Karolinenviertel zusammen", angeblich, um sich auf dem Dom - und zwar, wie BILD präzise weiß, "an der 'Raupe'" - mit Rockern aus Wilhelmsburg zu prügeln. Die rechtsradikalen Skin-Heads bekommen im weiteren (linksradikale) Verstärkung von "Punks und behelmten Chaoten"; außerdem treten in BILD an der Hafenstraße noch "Radikale" in Erscheinung, also eine dritte Abteilung des Chaos, und die "bereiten offenbar eine Straßenschlacht vor. Es scheint so, als würden sie auf die Chaoten vom Karolinenviertel warten" (BILD), die eben noch aus Skin-Heads bestanden und auf den Dom wollten. Wechselhaftes Chaos also überall, und das stürmt dann alles irgendwie doch auf den Dom und entlädt sich dort hemmungslos: "Sie (...) haben ein kleines Kind umgerempelt, stürmten dann weiter". Mehr ist im ganzen Bericht nicht zu erfah-

ren, was die chaotischen Effekte des Chaos anbelangt, und ebenso plötzlich, wie es erschien, entlädt es sich auch hier wieder in - Nichts: "Das Heiligengeistfeld war inzwischen von Polizei umstellt, überall Blaulicht - die Chaoten gaben auf" (BILD, 28.3.83). Zuverlässig weiß man also nur, daß ein Kind umgerempelt wurde und es wieder einen großen Polizeieinsatz gegeben hat, in dessen Verlauf die Umstellung des Heiligengeistfeldes und seiner "200 000 Besucher" (BILD) vorzüglich klappte.

Um zu verstehen, was hier geschieht, muß der vermeintliche Boden der Tatsachen als längst zur Bedeutungslosigkeit abgesunkenes Terrain verlassen werden. Die Polizeipresse bewegt sich in einer nur noch zeichentheoretisch, semiologisch rekonstruierbaren Welt, die im gleichen Maß, in dem sie sich von den Referenzen der "Wirklichkeit" abkoppelt, die paranoiden Züge des Polizeistaates annimmt. Steine gibt es in dieser Welt niemals zum Bauen, nur zum Werfen; Lederkleidung nie als praktisches oder modisches Accessoire, sondern als genuine Panzerung des Chaos; Halstücher nur zur Vermummung; gefärbte Haare nur als diabolisches Signé und Musik nur als atavistisches Ritual. Wie der Paranoiker jedes Zeichen nur als Zeichen des einen Wahns lesen kann, der ihn tyrannisiert, so der Staat der Polizisten alles, was begegnet, nur als Anzeige des Chaos, das zu tyrannisieren - noch bevor es sich manifestieren kann - ihm daher vornehmste Aufgabe wird. Bereits der Reichtum der Zeichen wird ihm zum Terror, dem mit vorbeugendem Gegenterror zuvorzukommen ist - im Extremfall, bis die Welt der Zeichen restlos eine der Polizei geworden ist. Darin besteht das Geheimnis von Polizei und Presse, dieser Quelle des Chaos, und hierin besteht denn auch die Folgerichtigkeit, mit der der "Hamburger Kessel" im Juni 1986 inszeniert wurde.

Wohl ohne zu wissen, was sie da schrieb, hat die NORDDEUTSCHE RUNDSCHAU dies in vollendeter Klarheit zum Ausdruck gebracht: "Eines haben der 'Kessel' und die Vermietung der Hafenstraßen-Häuser an etwa hundert Leute aus der 'Instandbesetzer'-Szene gemeinsam. Mit beidem wollten diejenigen, die die Entscheidung trafen, Schlimmeres verhüten..." (1.11.86). Treffender könnte das kaum formuliert werden. Um dem Unrecht zuvorzukommen, wird es staatlich von vornherein hergestellt. Alle Praktiken von Polizei und einschlägiger Presse treffen hier zusammen, ganz gleichgültig, wie sie im Einzelfall verlaufen. Löst die präventive Polizeigewalt Gegengewalt aus, dient dies der Bestätigung eines Aprioris, das von Gewalt ja ausging; nicht anders, wenn Gegengewalt ausbleibt: dann war der Polizeieinsatz erst recht notwendig und erfolgreich, konnte er doch "Schlimmeres

verhüten". Präventive Staatsgewalt legitimiert sich derart stets von selbst. Der "Hamburger Kessel" jedenfalls konnte in der Bundesrepublik deshalb zum Symbol einer neuen Stufe eskalierter Polizeipolitik avancieren, weil er das paranoide Stadium des Apparats gleichsam modellhaft referierte: was immer sich in Hamburg um die "Hafenstraße" regte, mußte seither eingekesselt werden, so als handle es sich um einen Virus, der das Soziale tödlich anzustecken in der Lage wäre.

Für den 20.Dezember 1986 meldete die Grün-Alternative Liste (GAL) eine Demonstration zur Unterstützung der Bewohner an: "Polizei will Demonstration 'einschließend begleiten'" (ABENDBLATT; 18.12.86), berichtete die Presse prompt, das heißt, "Polizisten laufen in geschlossener Kette links und rechts mit " (BILD, 18.12.86). Offensichtlich war die Polizei über ihr naß-forsches Vorgehen auf dem Heiligengeistfeld, wo sie im Juni 1986 etwa 800 Menschen bis zu zwölf Stunden eingekesselt hatte, so befriedigt gewesen, daß sie den "Kessel" nunmehr mobilisieren mußte: "Sofern sie einen Block mit gewalttätigen Demonstranten ausmacht, will sie versuchen, ihn von dem übrigen Zug abzutrennen" (ABENDBLATT, 18.12.86). Aber wie schon im Juni, so waren die Gewalttäter auch im Dezember bereits ausgemacht, bevor sie überhaupt die Straße betreten konnten. Denn, so Innensenator Pawelczyk am 17.12. in einer Pressekonferenz, es liege "der Polizei ein Flugblatt vor, in dem überregional massiv dazu aufgerufen wird, sich polizeilichen Anordnungen zu widersetzen. Die Erfahrungen, die in der gesamten Bundesrepublik in den vergangenen Wochen zeigen, daß dieses Flugblatt ernstgenommen werden muß. Es ist mit der Teilnahme einer großen Zahl von zur Gewalt bereiten Personen zu rechnen", oder, wie die Presse das dann in einer Schlagzeile bündelte: "1000 Chaoten rüsten sich" (ABENDBLATT, 18.12.86). Ein Flugblatt und der Verweis auf diffuse "Erfahrungen" genügen in der Polizeisemiologie nämlich bereits, um einen Blick in chaotische Rüstkammern geworfen zu haben und sich auszukennen. Für die HARBURGER ANZEIGEN UND NACHRICHTEN war deshalb "die Ankündigung des Aktionsbündnisses, heute 'geschlossen und friedlich' für die Bewohner in der Hafenstraße demonstrieren zu wollen, (...) nicht mehr als das Streben nach einem Alibi" (20.12.86). Polizeisemiologisch gesehen haben strebsame Flugblätter dieser Art nämlich keinen Wert, sofern sie "friedliche" Aktionen ankündigen. Ausnahmslos lauert hinter allen Erklärungen das Chaos, hier das des Alibis: "Die Veranstalter sollen der Polizei bereits einen Tip gegeben haben, sich zurückzuhalten. Er lautet nach Informationen aus der Hamburger Polizeiführung: 'Wir werden eine polizeiliche

Begleitung des Demonstrationszuges nicht hinnehmen.' Eine klare Kriegserklärung, sagen Polizeibeamte" (HARBURGER..., 17.12.86). Schon die bloße Bekundung also, einen zweiten "Kessel" nicht hinnehmen zu wollen, gerät zur Kriegserklärung und legitimiert alles weitere, eben den zweiten "Kessel", der solchen Bitten um Zurückhaltung in Zukunft nachhaltig vorbeugen wird.

Folgerichtig gab es während der Demonstration dann "schwere Krawalle in Hamburgs City" (WELT AM SONNTAG, 21.12.86); denn "auf dem Weg zum Sievekingplatz, dem Gerichtszentrum der Hansestadt, kam der Zug ins Stocken. Geplant war eine Zwischenkundgebung, die jedoch innerhalb von Minuten zur massiven Konfrontation mit der Polizei eskalierte" (WELT, 22.12.86). Warum, ahnen wir bereits. Bis dahin war nämlich kaum Kriegerisches vorgefallen: Knallkörper waren am Gänsemarkt gezündet worden, wo zusätzlich auch "plötzlich die Scheiben zweier Bankfilialen klirrten" (WELT, 22.12.86). Aber auf die am 17.12. von den HARBURGER ANZEIGEN UND NACHRICHTEN aufgenommene Kriegserklärung war bislang ein rechter Krieg noch nicht gefolgt; und als der Zug dann stockte, wird vielleicht auch der zuständige Polizeiführer gestockt haben, um den bisherigen Verlauf zu resümieren, seine Unzufriedenheit zu konstatieren und den Dingen eine andere Wende zu geben: "Angesichts der vom gewalttätigen Bereich des Aufzugs begangenen Straftaten", resümierte Alfons Pawelczyk, "ordnete die Polizeiführung die einschließende Begleitung des Gewaltpotentials an" (WELT, 22.12.86). Und wen diese Entscheidung immer noch nicht überzeugt haben sollte, für den läßt BILD das Polizeiaufgebot aus strikt semiologischen Motiven eingreifen, die wiederum vom Superzeichen "RAF" organisiert sind: "rund 2000 aus dem 'Revolutionären Block' in Helmen und Kampfstiefeln forderten vor dem Untersuchungsgefängnis Solidarität mit RAF-Terroristen. Als die Polizei versuchte, den harten Block einzukesseln, flogen Steine auf die Beamten von Bundesgrenzschutz und Polizei" (BILD, 21.12.86). Das ABENDBLATT kennt die "Chronik der Gewalt" (Schlagzeile) noch intimer: "12.45 Uhr: Während vor dem Strafjustizgebäude eine Zwischenkundgebung stattfindet - es spricht die Mutter der inhaftierten Terroristin Adelheid Schulz - zieht die Polizei von allen Seiten Kräfte zusammen und versucht, den 'schwarzen Block' einzuschließen. Es kommt zu schweren Auseinandersetzungen. Offenbar war der große Teil der friedlichen

Demonstranten vom Veranstalter nicht darauf hingewiesen worden, daß nun eine Zugbegleitung durch die Polizei folge" (ABENDBLATT, 22.12.86).

Tunnelsysteme

Denn wie auch immer es gewesen sein mag: "Die Demonstranten stoppten gerade vor dem Strafjustizgebäude, (...) als Polizisten links und rechts von den Vermummten aufmarschierten" (BILD, 22.12.86). Auch die einschlägige Presse also verteilt das Verhältnis von Aktion und Reaktion in erfreulicher Übereinstimmung. Weshalb die Polizei a priori den "Kessel" wollte, mag nach allem polizeisemiologisch einleuchten: der schon Tage zuvor annoncierte Krieg mußte um jeden Preis verhindert, also eröffnet werden. "Die Bilanz einer anfangs friedlichen Demonstration: Mehr als 120 Menschen wurden verletzt, einige zum Teil sehr schwer. 93 Polizeibeamte erlitten Verätzungen durch Tränengas, wurden getreten oder mit Steinen und Knüppeln geschlagen. Ein Beamter liegt im Krankenhaus. Auch auf seiten der Demonstranten gibt es Verletzte, die Veranstalter sprechen von 31 Opfern. Ein junger Mann soll einen Schädelbasisbruch erlitten haben." (ABENDBLATT, 22.12.86)

Als diese Presse dann an den folgenden Tagen ihre "blutige Bilanz" (Schlagzeile ABENDBLATT) zog, schien es jedoch, als habe man bisher falsch gelesen. "Solidarität mit der Hafenstraße?" fragte sich Ulla Hockerts, "Es war Solidarität mit der Gewalt" (ABENDBLATT, 22.12.86), so als hätten die Demonstranten versucht, die Polizei einzukesseln, etwa mit ihrem "Miet-LKW als Waffenlager" (BILD, 22.12.86). Und obwohl selbst die MORGENPOST die Plötzlichkeit ausnahmsweise einmal auf seiten der Polizei vermerkte - "Dann, am Karl-Muck-Platz, kommen sie plötzlich: Eine niedersächsische Hundertschaft zieht auf..." (22.12.86) - spricht auch hier wieder, wie könnte es anders sein, die Logik des "Kessels" in Gestalt von Senator "Pawelczyk: Polizei verhinderte Schlimmeres"; erklärt Verfassungsschützer Werner Hackmann im ABENDBLATT vom 23.12.86 detailliert, "warum die Hamburger GAL Gewalt duldet" (Schlagzeile), so als wäre der Innensenator ein Grün-Alternativer.

Nicht nur die Bewohner, sondern auch die GAL und viele andere Bürger, politische Gruppen und weitere Verdächtige sind nämlich von der Hamburger Presse seit Jahren und mehrfach überführt worden, vom Chaos zersetzt und dessen austauschbare Masken zu sein. "Vorneweg" zum Beispiel "mar-

schierte Christian Arndt, ein Pastor von St.Pauli, mit dem Regenschirm unter dem Arm. 100 Meter hinter seinem Rücken kamen die Chaoten..." (BILD, 22.12.86), was zeigt, wie weit das Chaos bereits die theologische Ordnung angesteckt hat oder sich theologisch maskiert. Sonst sind solche unterschwelligen Beziehungen aber weniger klar, nämlich geradezu unterirdisch, und dazu muß in der Chronologie um etwa eineinhalb Jahre zurückgegangen werden.

Die polizeiliche "Blitzlichtaktion" - das war vorhin unberücksichtigt geblieben - hatte im August 1985 nämlich nicht nur einen Blechpolizisten, sondern auch eine hochkarätige Wahrheit ans Tageslicht befördert: "Nach Steinhagel gegen Polizei Flucht durch unterirdisches Tunnelsystem" (ABENDBLATT, 3.8.85). Allein deshalb also konnten die Bewohner der "Fluchtburg" (ABENDBLATT, 13.8.86) , zu der die Häuser im Spiegel der Presse geworden waren, jahrelang eine unheimliche militärische Energie freisetzen, weil ihre Nachschubwege im Innern des Erdreichs unangreifbar blieben und sich als Fluchtwege ins Unabsehbare verloren. "Die jugendlichen Gewalttäter waren - wieder einmal - durch unterirdische Tunnel und über den Dachboden (...) entkommen." (ABENDBLATT, 13.8.86) Keinem Verzeichnis städtischer Abwasserkanäle ließ sich entnehmen, woher die Bewohner kamen und wohin sie entschwanden: das Chaos läßt sich weder ausforschen noch verzeichnen. Es verschluckt seine Agenten im gleichen Moment, in dem die staatliche Ordnung dreinfahren will, und speit sie unvermutet an diesem oder jenem Ort wieder aus, bald theologisch, bald demokratisch, bald anders maskiert. Die Eingeweide der Erde, das verzweigte System der Unterwanderung einer ganzen Stadt, eines ganzen Landes: "Über die Grenzen der Hansestadt hinaus sorgten die Hafenstraße und die Deponie Georgswerder für negative Imagewerbung" (WELT, 13.2.86). Wie jene Giftmülldeponie also, deren Ausflüsse das Grundwasser bedrohen, sickern auch die "Chaoten" durch ihre Tunnelsysteme ins Innere der Erde, um sie heillos zu vergiften: diese Assoziation gehört ohne Zweifel zu den infamsten Chaos-Meldungen der Presse. Tödliche Brunnenvergiftung, der sich die Juden aller Zeiten schuldig machten, maßlose Drohung einer Ansteckung, die die Heimaterde selbst ergreift und alle Versuche einer oberflächlichen Desinfizierung von Tunneleingängen als hilflose Geste erweist: "Das Lokal wurde von den Feuerwehrspritzen 'sauergewaschen', wie ein unbeteiligter Nachbar berichtete" (WELT, 28.2.83). Aber nichts desinfiziert hier nachhaltig genug, denn nichts reicht in jene abgründigen Tiefen, in denen der Pogrom das Gift verortet. Wenn die Kommentatoren immer wieder fordern,

"den 'Sumpf Hafenstraße' trockenzulegen" (ABENDBLATT, 4.2.86), so entzündet sich ihre dumpfe Wut doch nur im gleichen Maß, in dem sie es zugleich ausschließt, die Abgründe dieses Sumpfes ausloten oder die Wege der Ansteckung auch nur ermessen zu können. Biologische Metaphern beschwören hilfsweise wuchernde Zersetzung: "Die Hafenstraße - eine Keimzelle der Gewalt" (WELT AM SONNTAG, 9.2.86); Sprachbilder, die an tektonische Beben gemahnen, in denen die Erde selbst sich rührt, signalisieren äußerste Gefahr für Dach und Fach: "Unruheherd St.Pauli Hafenstraße - Der Senat räumt auf" (ABENDBLATT, 4.2.86), als eine Art Technisches Hilfswerk nach politischen Katastrophen also.

Hier ist jeder verdächtig, vom Chaos ergriffen und verwirrt worden zu sein wie jener Pastor mit dem Regenschirm: Politiker, Parteien, Gruppierungen und Individuen - nie ist genau auszumachen, wo die Tunnelsysteme der "Hafenstraße" auslaufen. "Merkwürdig ist: Bei jede Aktion, die auch nur irgendwie in Gewalttätigkeiten ausarten könnte, ist Michael Herrmann zu finden. Ob in der Hafenstraße, ob auf dem Heiligengeistfeld oder auf dem Spritzenplatz, man trifft ihn überall" (WELT, 29.10.86). Aber auch: "Chaos in der Hafenstraße: Chaos auf der Elbchaussee" (BILD, 21.10.86) - bis in beste Viertel also pflanzt sich das Unheil fort; gestützt auf einen Verkehrslagebeicht überwölbt die Metapher noch die Klassenstrukturen, erweisen sich selbst Bürgerliche nicht mehr als über jeden Zweifel erhaben. Oft stehen auch deren demokratische Einrichtungen mit dem Chaos im Bunde: "Der Fall macht exemplarisch die schlimmen Folgen deutlich, die blanker Opportunismus in der Politik zu haben pflegt" (WELT, 7.1.86), nämlich wo sie auf Wahlen noch Rücksicht nimmt und nicht blind dreinschlagen läßt. Unendlich wie das Chaos ist daher auch das Mißtrauen, das selbst die Protagonisten vermeintlicher Ordnung unter sich zirkulieren lassen. Selbst Innensenator Pawelczyk steht da unter Verdacht: "Der Innensenator ist zu feige" (MORGENPOST, 3.10.85), erklärt Hartmut Perschau (CDU), als ginge es um den Erwerb soldatischer Tapferkeitsmedaillen im Angesicht sengender und brennender Horden. Und wie unvermittelt sich die Tunnelsysteme chaotischer Subversion tatsächlich unter Mitarbeitern des Innensenators öffnen oder ihre Sicherheitsapparate höhlen können, zeigt der Verrat in den eigenen Reihen: "Als die Aktion morgens um acht Uhr begann, waren die Bewohner nicht anwesend. Sie hatten sich, wie aus einem gefundenen Zettel hervorging, gegen fünf Uhr gegenseitig geweckt. Die Staatsschutzabteilung (FD 7)

ermittelt jetzt, wie der geheime Einsatz bekannt werden konnte." (ABENDBLATT, 22.11.86)

Alles folgt nämlich der Logik des Krieges, und der kann demokratisch nicht gewonnen werden. Da werden "Polizisten bombardiert" (BILD, 25.8.86); da erlebt man einen "Geschoßhagel gegen Polizisten" (ABENDBLATT, 21.8.86); da fliegen "Steine und Granaten gegen Polizisten" (ABENDBLATT, 21.8.86); da werden "Schüsse auf Bauarbeiter" (MORGENPOST, 21.8.86) abgegeben oder "Menschen als lebende Zielscheiben" hingestellt (MORGENPOST, 21.8.86); und als hätten sie der Schlacht um Stalingrad beigewohnt, erlebten Berichterstatter der BILD-Zeitung gar eine "Feuerwalze gegen die Polizei" (16.12.86), deren Bewegungsprinzip ein Novum der Kriegstechnik sein dürfte: "Chaoten hatten über 50 Autoreifen auf die Straße geworfen, Benzin drübergeschüttet, brennende Fackeln draufgeworfen - eine Feuerbarrikade, die wie eine Walze langsam nach vorn und hinten wegrollte", so als hätten sich die Reifen wieder ihrer ursprünglichen Bestimmung entsonnen, auf Straßen nach vorn oder hinten wegzurollen, und sich derart mit dem Chaos noch als Dinge verbrüdert.

Ein Szenario der Faszination und Berauschung: derart gerinnt die Bedrohung der "Heimaterde", die sich in Phantasien ihrer Untertunnelung und Vergiftung, der Feigheit und des Verrats verdichtet, zum zähen Nebel kriegerischer Mythen. Das Tunnelsystem endet, wo es begonnen hatte: in den Spalten der Presse. Mobilgemacht wird der Leser nämlich gegen seine eigenen Interessen: "Eine leere Wohnung mitten in Hamburg und zum Nulltarif - das sprach sich schnell herum" (HAMBURGER ABENDBLATT, 30.6.82); mobilgemacht werden die niedersten sozialen Instinkte Erniedrigter gegen Erniedrigte. "Die Damen und Herren Hausbesetzer", kolportierte das HAMBURGER ABENDBLATT in diesem Sinn etwa eine Bemerkung des Unionspolitikers Martin Müller, "wohnen nicht nur umsonst, sondern beziehen auch Strom und Wasser kostenlos" (26.3.83). Begierig griff die Presse immer wieder auf, wenn sich Politiker wie Eugen Wagner, deren Art das sonst nicht ist, um das Steueraufkommen der Bürger sorgten: "Die Gruppen, um die es hier geht, sind nur dann in der Lage, etwas zu leisten, wenn es auf Kosten der Steuerzahler geht" (HAMBURGER ABENDBLATT, 3.11.83). So erhält die dumpfe Wut des Lesers, der Steuern bezahlt und in alltäglicher Ohnmacht erleben muß, wofür sie gemeinhin eingesetzt werden, erst Richtung und politischen Schliff; was den Bewohnern der Häuser dann vorgeworfen wird, ist, daß es ihnen angeblich besser geht: "Keine Hinterhoflage, sondern eine der besten Lagen der Stadt mit freiem Blick auf Elbe und Ha-

fen" (WELT, 15.11.83). Das Chaos ist demnach, was alle wünschen, doch nicht zu erkämpfen wagen, und der Pogrom nur die Umleitung solcher Energien potentiellen Aufbegehrens in die Wut der kollektiven Entsagung: "Elbblick zum Nulltarif! Nach diesem Motto lebten rund 100 junge Leute zwei Jahre illegal und mietfrei in den stadteigenen Häusern an der St.Pauli Hafenstraße." (HAMBURGER ABENDBLATT, 8.6.84). So entzündet die einschlägige Presse über "diesem attraktiven Ort mit Blick auf die Elbe" (HAMBURGER ABENDBLATT, 10.8.85) immer wieder die kollektiven Begehrlichkeiten ihrer Leser, aber nur, um sie, stellvertretend für alle, an den Bewohnern einiger Häuser einem Exorzismus kollektiver Entsagung zu unterziehen. Erst wenn die Armen sich selbst von allen privilegierten Orten auszuschließen bereit sind und noch gegen jene mobilmachen, die sich nicht ausschließen wollen, können solche Orte zum Mythos werden: um Erdreich und Ausblick entbrennt die quasi-soldatische Leidenschaft dann umso heftiger, als man beide nie wird genießen können.

"Sturm auf Chaoten-Festung" (HAMBURGER ABENDBLATT, 21.10.86) - so stellt sich dann Innenpolitik dar; "Wohnungen gestürmt, geräumt, zugemauert" (HAMBURGER ABENDBLATT, 29.10.86) - das wird zum Signé sozialer Demokratie. "Derweil räumten Arbeiter in der Hafenstraße auf. Aus der Kneipe 'Ahoi', einem beliebten Treffpunkt der Hafenstraßen-Leute, rissen sie die gesamte Einrichtung heraus und fuhren das Mobiliar mit Lastern zur Müllverbrennung." (MORGENPOST, 22.11.86). Aufzuräumen wird da Sachbeschädigung, Sachbeschädigung vorbildlich: "Das Ende eines Kühlschranks: Ein Arbeiter mit Helm wirft ihn aus dem Fenster eines Chaoten-Hauses, direkt auf den Müllwagen" (Fotounterschrift in BILD, 29.10.86), und jeder Rechtsbruch gerät diesen Journalisten zum soldatischen Heldenstück: "Prompte Arbeit leisteten dann SAGA-Mitarbeiter: Sie öffneten die Fenster und warfen Matratzen samt Bettzeug, Kühlschränke, Öfen, Tische, Bücher und Briefe direkt in einen vorgefahrenen Müll-Laster. In einigen Fällen wurden Möbelstücke und Musiktruhen zur Sicherstellung in ein Containerfahrzeug geschoben. Nach jeder Räumung wurden die Fensterscheiben mit weißen Kreuzen bemalt, die Türen vermauert. Während der gesamten Aktion hatte die Polizei das Gebiet abgeriegelt" (HAMBURGER ABENDLBATT, 29.10.86). "Prompte Arbeit" in "abgeriegelten Gebieten" - diese Wendung läßt keine Assoziation mehr aus. In "Landser"-Romantik ist denn auch gehalten, wenn polizeiliche Kameradschaft im Angesicht des Feindes und unter dessen mörderischem Beschuß aufblüht: "Ich hab' den Stein nicht kommen sehen. Er schlug das Visier vom Helm hoch, traf mich

am Kopf. Danach weiß ich gar nichts mehr. Nur noch, daß mein Gruppenführer neben mir kniete und sagte: 'Du brauchst keine Angst zu haben. Wir halten unsere Schilde über dich. Sie können dich nicht mehr treffen', sagt Polizei-Hauptwachtmeister Olaf B. (22) aus Bremen, einer von 93 verletzten Polizisten." (BILD, 22.12.86) Und immer wieder steht dieses soldatische Sentiment vor unlösbaren Aufgaben, die es dennoch wird lösen können: zu Lande, zu Wasser und in der Luft: "Bei der Bereitschaftspolizei heißt es dagegen ganz offen: Die Häuser sind inzwischen zu 'uneinnehmbaren Festungen' geworden. 'Die Chaoten können machen, was sie wollen', sagte ein Polizist. 'Wenn wir da hinein wollen, gibt es sofort ein riesiges Feuerwerk. Wir haben keine Chance - außer bei einem Einsatz durch die Luft.'" (ABENDBLATT, 13.10.86)

Die Presse

"Es gäbe indes nicht so tödliche Perversionen und solchen Blutrausch von Söldnern, wenn nicht dem Verruf der 'Kommune' weit ältere Gerüchte von Chaos und Abgrund vorangingen. Alles 'Unten', die Materie, also der 'Materialismus', also die Sündenangst und der Sintflutkomplex der Besitzenden, wie man sie sich als Fressen, Saufen, Huren vorstellt, als Bauchfrage und Eingeweidephilosophie, erscheinen plötzlich dem kleinen Mann schon ihrem *Orte* nach als abgründig böse, verworfen, drachenhaft. Gegen solche Archetypen des Naturbösen, zumal von der Kirche zweitausend Jahre lang gepredigten Höllenangst, auch des allemal chaotisch Weiblichen, des höhlenhaft verschlingenden Prinzips, der Lockung und des Verderbs versumpfter Großstädte, des hygienischen Grauens ihrer cloaca maxima, der Unterwelt von Verbrechen und Notzucht, von Zusammenrottung und Feuerbrand, - gegen so vielfachen und dunklen Verruf ist freilich das Licht derer, die selber schon deutlich droben 'im Lichte' stehen und mit der Sprache der Begeisterung und der Berauschung unaufhörlich versprechen, 'dem deutschen Volk den von Juden und Kommunisten geschmähten Platz an der Sonne zurückzuerobern', die billigste Erleuchtung." (J.Schumacher, Die Angst vor dem Chaos, Frankfurt 1978, S.125) Ohne lange Umwege zu machen, gelingt es dieser Presse stets neu, sämtliche Strukturen des Pogroms zu aktualisieren, die der Marxist Joachim Schumacher 1937 in seiner Faschismuskritik "Die Angst vor dem Chaos" analysiert hatte. Das geringste Anzeichen sozialer Gruppen, sich dem Zwang zur Formierung nicht beugen zu wollen, fordert

auch heute Kampagnen der Medien heraus, die in Ritualmordatmosphäre gipfeln.

Die Berichterstattung der Presse ist gesättigt von falscher Information; doch dies ist nicht einmal das Zentrum der Techniken, die sie zur Mobilmachung gegen das "Chaos" einsetzt. Groteske Falschinformationen wie jene, die Häuser seien mit Fluchtwegen untertunnelt, gewinnen suggestive Kraft erst durch den bald metaphorischen, bald assoziativen Mehrwert, den sie schöpfen: entscheidend ist, was über die bloße Falschinformation hinausgeht und eine Textur des kollektiv Unbewußten aufruft, die oft ins finster Archaische zurückverweist. Die Effekte dieser Schreibweise sind daher durch die bloße "Widerlegung" einer falschen Meldung nicht beseitigt. Sie wirken assoziativ, metaphorisch und mythisch nach und stiften so jenen "irrationalen" Effekt dieser Texte, dem weder in einfacher juristischer noch politischer Rationalität beizukommen ist. Aber gerade deshalb bestimmen diese Irrationalismen, was herrschende Politik gegenüber der Hafenstraße ist: kein Politiker, der sich sein Bild nicht durch die Lektüre der Presse gebildet und sein Handeln auf deren Forderungen abgestimmt hätte.

Aber woher diese Paranoia? Die bestehenden Machtstrukturen sind durch die Bewohner einiger besetzter Häuser nicht gefährdet. Woher also die Wut der Presse, die jede politische Diskussion in Mythen der Gewalt, in Techniken des Pogroms erstickt und ihre Exekution der Polizei überstellt?

Schwindelerregend ist nicht die "reale", sondern die "symbolische" Herausforderung der "Hafenstraße"; Angst löst ein Lebenszusammenhang aus, der sich nicht länger in Begriffen "staatlicher" oder "alternativer" Sozialisation verorten läßt; Herausforderung genug ist, wenn sich auch nur fragile Strukturen einer Autonomie herstellen, die den Staatsapparat als eine von vielen möglichen Mächten, nicht aber mehr als die allgemein verbindliche interpretieren. Tief greift die Idee "autonomen Lebens", wie sie in der Hafenstraße ausgebildet werden soll, in die Phantasien der Leser ein: hat sich nicht auch ihnen längst eine Krise des Staatlichen abgebildet, die sich beispielsweise in gescheiterten Volkszählungen manifestiert?

Eine genaue Lektüre der Presse hilft, potentielle Revolte zu buchstabieren.

Jan Philipp Reemtsma

Das Maul der Stadt

"Glätte und Ordnung, als manifeste Eigenschaft der Zähne, sind in das Wesen der Macht überhaupt eingegangen. Sie sind unzertrennlich von ihr und an jeder Form von Macht das erste, was sich feststellen läßt. (...) Heute hat die Glätte auch die Häuser erobert, ihre Mauern, ihre Wände, die Gegenstände, die man in sie stellt. (...) Aus diesem Beispiel der neuen Architektur wird bereits ersichtlich, wie schwer es wäre, hier Glätte von Ordnung zu trennen. Ihre gemeinsame Geschichte ist alt, so alt wie die Zähne. Die Gleichheit einer ganzen Reihe von Vorderzähnen, die sauberen Abstände, in denen sie eingesetzt sind, waren vorbildlich für viele Anordnungen. Geregelte Gruppen aller Art, die uns heute selbstverständlich sind, mochten ursprünglich daraus abzuleiten sein. (...) Es ist ihre Tätigkeit als Organe des Beißens, was den Menschen so nachdrücklich auf ihre Ordnung verwies. Es ist der Ausfall mehrerer von ihnen und die schmerzlichen Folgen, die ihm die Bedeutung dieser Ordnung zum Bewußtsein brachten. Die Zähne sind die bewaffneten Hüter des Mundes." (Elias Canetti, Masse und Macht)

Bauch der Stadt, so hießen - es gibt sie nicht mehr - die Hallen von Paris; der Hafen ist seit je das Maul der Stadt. Sie frißt mit ihm, macht sich durch ihn satt und groß aus dem, was man in es hineinfährt, was sie sich einverleibt.

Dieser Vorgang der Nahrungsaufnahme in aller Weltöffentlichkeit wird in manchen anderen Städten als unappetitlich empfunden, meist aber dennoch mit einem gewissen neidischen Schauer betrachtet, wer wäre nicht zuweilen ein wenig gargantuesk. Hafenstädte zeigen darum auch oft eine Mischung aus Erhabenheit und Vulgarität (man denke an entsprechende Passagen aus Heines "Wintermärchen"), die sich in den Figuren, die in ihnen herrschen und in denen, die in ihnen beherrscht werden, widerspiegelt. Hamburgisch ist es der Archetyp des Pfeffersacks und jener, den sich die Pfeffersäcke wie Hans Albers vorstellen - ich werde auf ihn noch zurückkommen.

Auch die politische Selbstdefinition erfolgt über Hafengestalten: "Störtebeker-Zentrum" heißt ein Gemeinschaftsraum in den Häusern Hafenstraße, und eine jener Gestalten, die unweit die Brücke zu stützen scheinen, stellt

jenen Simon von Utrecht dar, der mit Störtebeker im Schlepp in den Hafen einsegelte.

Nur mit zwei Schiffen ging es fort,
Mit zwanzig sind wir nun am Port.
Was große Dinge wir getan,
Das sieht man unsrer Ladung an.
Das freie Meer befreit den Geist;
Wer weiß da, was Besinnen heißt!
Da fördert nun ein rascher Griff:
Man fängt den Fisch, man fängt ein Schiff,
Und ist man erst der Herr zu drei,
Dann hakle man das vierte bei;
Da geht es denn dem fünften schlecht,
Man hat Gewalt, so hat man Recht.
Man fragt ums Was und nicht ums Wie!
Ich müßte keine Schiffahrt kennen:
Krieg, Handel und Piraterie,
Dreieinig sind sie, nicht zu trennen.

Handel und Piraterie; im und am Hafen; Grundstücksgeschäfte und Immobilienspekulationen; Hausbesetzung. Und Krieg? Gewiß, da steht ein riesiggrauer wohlbeschwerteter Bismarck und blickt auf Schiffs- und Fischmarkt. Die Frage, ob Hamburg dem norddeutschen Bund beitreten und damit sich unter preußischen Oberbefehl begeben sollte und sich von einer Hanse- in eine deutsche Stadt wandeln, hat die Hamburger Handelsbürger in die notwendigen Konflikte gestürzt. Hamburg wurde deutsche Stadt, großdeutsche dann später, 1937 Groß-Hamburg. Und Groß-Hamburg sollte und wollte "Führerstadt" werden, leistete für das deutsche Reich ein Übersoll an Sani- und Sterilisierung, an Mord- und Zukunftsplanung. 1937 begann auch das großräumige Planen am Hafenrand. Das Maul der Stadt sollte sein Gebiß erhalten. Faule Zähne wurden ausgerissen, neue eingesetzt. Das Material für diese Maulerneuerung wurde im Ziegelwerk des Konzentrationslagers Neuengamme hergestellt.

Da sich die politischen Rahmenbedingungen änderten, kam es nicht zu einer Wurzelbehandlung an jeder Stelle. Und diese wird auch für lange nicht gelingen. Aber am Gebiß wird weitergearbeitet. Es steht noch, weithin sichtbar, ein fauler Zahn. Die Häuser an der Hafenstraße. Sie müssen raus. Denn

so lange man sie sieht, weiß man, daß die Stadt Hamburg aus dem Maule stinkt. Und, wie man so sagt, noch nicht den richtigen Biß hat.

Man verwendet solche Bilder oder Großmetaphern, wenn das Phänomen, das es zu verstehen gilt, einfacher sozialwissenschaftlicher Analyse nur schwer zugänglich ist. Die Reduktion der Vorgänge um die Häuser der 'Hafenstraße' auf zugrundeliegende und in den Handlungen der Akteure wirksam werdende Interessen mißlang stets, wo man sie versuchte. Nicht, daß keine Interessen, keine Absichten im Spiel wären; es könnte an Abriß und Neubau verdient werden. Gewiß drückt reales oder imaginiertes Chaos die Preise. Gewiß auch: "schön" sei die Stadt, wenn ihr Geburtstag soll begangen sein, und es soll nicht mehr der Heilücht auf jeder Hafenrundfahrt sein abschließendes "Und dort, meine Damen und Herren, unsere allseits geliebte Hafenstraße, das Spielzeug des Senats" sagen. Und ebenso gewiß geht das Planen der Sozialsanierer ständig weiter, mal mehr, mal weniger erfolgreich. Sicher müßte dies alles in einer triftigen "Erklärung" vorkommen, aber sie würde dem ganzen Vorgang nicht das eigentümlich Unwirkliche nehmen, das er hat. Sie würde nicht erklären, warum das 'Thema Hafenstraße' zu dem Thema hansestädtischer Politik schlechthin avancierte. Sie würde vor allem nicht erklären, warum die Politik an diesem Thema kollabierte.

Ein Indiz für diesen Kollaps, der sich später zeitweilig als gänzlicher Verlust von Handlungsfähigkeit zeigte, war, daß die politischen Akteure über ihre An- und Absichten nicht mehr fähig waren, Auskunft zu geben - und zwar auch nicht mehr in den bekannten Formen der Lüge und des leeren Geredes.

Es wurde den Bewohnern nachgesagt, sie beabsichtigten, die Passanten auf der Bernhard-Nocht-Straße mit heißem Pech zu übergießen, das Bild von der "Raubritterburg über der Salzstraße" diente zur Beschreibung der Situation und der Rechtfertigung des paramilitärischen Umgangs mit ihr. Das Verrutschen der Metaphorik ist ein stets untrügliches Zeichen dafür, daß die Sprecher den Überblick über ihr Handeln verloren haben; waren die Generäle des Ersten Weltkrieges nach einem Worte von Karl Kraus solche, die im Gaskrieg bis aufs Messer kämpfen ließen, so ließen die Stadtverantwortlichen über der Ritterburg einen Hubschrauber kreisen - eine Real-Metapher, hinter der jedwedes Sprechen zurückbleiben muß, denn niemand kann sich so verdreht ausdrücken.

Ein anderes Beispiel ist jenes "städtebauliche Konzept des Senates", demzufolge die Häuser fallen müßten. Zuweilen war es von ähnlicher Sym-

bol- und Bindungskraft wie das verschlossene Tor im Stadtwappen, zuweilen spielte es fast keine Rolle mehr, oder nur noch die törichte, ein Etwas angeben zu können, mit dem die Fassadengestaltung der Häuser in Einklang zu stehen habe. Es gibt dieses Konzept, dieses Richtlinienkompendium und Feldzeichen in einem, überhaupt nicht. Manchmal hatte es den Anschein, so in einer Pressekonferenz mit dem Bausenator, als gestehe man ein, das "städtebauliche Konzept des Senats" bestehe nur aus dem Wunsche, die Hafenstraßenhäuser nicht mehr sehen zu müssen, ganz gleich, was an ihre Stelle trete.

(Es ist dies, nebenbei, sehr nachdenkenswert: könnte es sein, daß städtebauliche Konzepte erst dann zureichend verstanden werden können, wenn man betrachtet, was sie zerstören und nicht, was sie errichten wollen, und in ersterem die Absicht, im zweiten das Negligeable sieht?) - In der Ausschreibung über die Neugestaltung jenes Baugebietes wurde jedoch mindestens ein Entwurf preisgekrönt, der den Erhalt der Häuser vorsah. Aber dieser Umstand widerspricht dann der Behauptung, es gäbe eine städtebauliches Konzept, das den Abriß vorsehe, selbst wenn es nur in dieser Absicht bestünde.

Was sich nach langem Suchen finden ließ, war ein Text, von der Senatspressestelle veröffentlicht, in dem die städtebauliche Phantasie der Stadt, signiert vom Ersten Bürgermeister, geschildert wird. Die Lektüre dieses Textes ließ ernsten Zweifel aufkommen, ob in der Tat "das Maul" jene Metapher sei, die Wirklichkeit und Phantasmen zu einem zwar einzigartigen aber doch kohärenten Gefüge organisiert.

Love is in the AIrS - Zu Klaus v.Dohnanyis "städtebaulichem Konzept"

"Für die Entwicklung des nördlichen Elbufers im einzelnen und für die für neue Aufgaben zur Verfügung stehenden Hafengebiete werden Erfahrungen der Umstrukturierung und der Organisation anderer Hafenstädte der Welt (z.B. London, New York, Boston, Baltimore, San Francisco) herangezogen." Warum auch nicht. Hamburg wird bald seinen 800sten Geburtstag feiern, da kann man ja noch mal in die Schule gehen und lernen, wie man das so macht mit dem Hafen, wie die anderen das gemacht haben in London, New York, Boston, Baltimore, San Francisco zum Beispiel. Und ein fleißiger Schüler stellt Fragen, und eine der Fragen wird lauten - ja, stellen wir es uns doch mal ganz konkret vor: der Bürgermeister der Freien und Hansestadt Ham-

burg fragt den von New York zum Beispiel: "Sagen Sie, wir haben da ein Problem mit ein paar schmuddeligen Häusern am Hafen, da wohnen Leute drin, die ihre Miete nicht pünktlich bezahlen, und auch kriminelle Handlungen sollen da schon vorgekommen sein. Wir schicken da immer mal wieder ein paar hundert Polizisten hin, und auch Hubschrauber lassen wir kreisen, und manchmal sperren wir ganze Straßenzüge ab und..." - tja, und dann ist der Bürgermeister von New York zum Beispiel weggegangen, und der von Hamburg wird die Erfahrungen der Umstrukturierung allenfalls an den Haaren herbeiziehen können.

Aber es war ja gar nicht so gemeint, sondern als Hinweis für die kosmopolitische Ausrichtung der Weltstadt Hamburg, diesem Tor zur Welt (v.Dohnanyi) bzw. Tor zum Osten (Perschau). Wie also soll's werden - und warum soll's anders werden als es ist? Es muß ja Gründe geben, denn wir wollen doch nicht hoffen, daß sich im Rathaus die Veränderer aus bloßem Prinzip, daß alles, was anders werden kann, auch anders werden muß, und alles, was entsteht, mit Recht zugrundegeht, festgesetzt haben. - "Hamburg ist als Hafenstadt berühmt und wohlhabend geworden. Wenn Reisende Hamburg sehen wollten, dann waren meist der Hafen, St.Pauli, die Reeperbahn die Ziele." Aber was ist denn mit dem Michel, Hagenbeck, dem Osterfeuer? Achja, sie haben wohl recht, wer Hamburg sehen wollte, wollte Schiffe und Huren sehen. "Diese Attraktionspunkte spielten auch wirtschaftlich eine erhebliche Rolle für die Stadt. Sie haben alle an Bedeutung verloren." Wegen Aids, ja. Aber was ist mit den Schiffen? "Wir schlagen zwar im Hamburger Hafen viel *mehr* um als in den großen Zeiten von Hans Albers" - wie bitte? Mir läuft's zwar auch den Rücken runter, wenn ich "Komm auf die Schaukel Luiise" höre, aber daß einem dann gleich "Schauermann" einfällt? Aber die Assoziationswege der Ratsherren sind rätselhaft, und nicht immer vermag man ihnen zu folgen, und mögen tut man's schon gar nicht.

"Die Schiffe sind größer und weniger geworden; der Umschlag geht schneller vonstatten und mit einer für den Zuschauer meist uninteressanten Technik." Wo man früher doch Hans Albers schwitzen sehen konnte, wahrscheinlich. "Weniger Schiffe, weniger Matrosen auf jedem Schiff, kürzere Liegezeiten im Hafen - kein Wunder, daß sich auch St.Pauli und die Reeper-

bahn sehr geändert haben. Und nicht zu ihrem Vorteil." Hans Albers! Jetzt hab' ich's verstanden:

Silbern klingt und springt die Heuer,
heut speel ick dat feine Oos.
Heute ist mir nichts zu teuer,
morgen geht die Reise los.
Langsam bummelnd ganz allein
die Reeperbahn nach der Freiheit rauf.
Treff ich eine recht blonde, recht feine,
die gabel ich mir auf.

Auf der Reeperbahn nachts um halb eins, nicht wahr, und kürzere Liegezeiten bedeuten eben kürzere Liegezeiten, ich will nicht sagen: mit einer für den Zuschauer meist uninteressanten Technik, aber "von St.Paulis Romantik ist kaum noch etwas zu spüren". War's das, was man uns sagen wollte? Der Bordellumsatz und die mit ihm verbundenen Einnahmen sind zurückgegangen, es muß etwas geschehen?

"Die Antwort auf diese Frage muß eine umfassende städtebauliche Konzeption sein. Sie muß: Arbeiten und auch Wohnen / Einkaufen und Bummeln / Ausgehen und sich amüsieren / Kultur und Tourismus am Hafenrand neu miteinander verbinden." Sich amüsieren - nicht beim Ausgehen, Bummeln etc., sondern zusätzlich. Mit denen, die dort wohnen und auch arbeiten, in ihren oder anderen Wohnungen. "...ähnlich der Entwicklung z.B. South Street Port in New York für Einkaufen, Restaurants und Amusement erschlossen..." - und jetzt habe ich auch das verstanden, Amüsemang oder Ämjußment: "Das Vergnügungsviertel St.Pauli ist attraktiver zu gestalten."

Aber - die Sorgen um Hamburgs Wohlhäbigkeit und den Haushalt in allen Ehren - ist das nicht etwas eindimensional geplant, nämlich immer nur auf Eines hin und nur an das Eine gedacht? "Angebote, die breite Bevölkerungsschichten ansprechen" - breite Bevölkerungsschichten? Besoffene? - "(leichte Muse, Operette, Musicals, Musikszene, Galerien, Kunstszene, Jugendtreffs) (...) sowie die Vermeidung des Ausuferns von Vergnügungseinrichtungen in die umgebende Wohnbebauung." Nun hätte in der umgebenden Wohnbebauung sicher niemand was dagegen, wenn sich die in dieser Bebauung lebenden Jugendlichen ebenfalls in derselben treffen könnten, wenn es in der umgebenden Wohnbebauung Galerien, Kunstszene, was immer das sein mag, gäbe, und auch eine vorbeiflatternde leichte Muse würde

man doch allenfalls leicht amüsiert zur Kenntnis nehmen - also war das nicht das Gemeinte, sondern eben doch wieder das Amusement mit leichten Mädchen, wobei das verwünschte "Jugendtreffs" mich doch irritiert, denn da ja die Wohngruppen in der Hafen- und Bernhard-Nocht-Straße nicht gemeint sein werden, bleibt wohl nur Pretty Baby übrig.

Die Misere der Stadt, ihr ewig Weh und Ach soll also tausendfach aus einem Punkte zu kurieren sein, durch die "Kumulation kultureller und anderer publikumswirksamer Einrichtungen auf einem Punkt am Hafenrand", damit also das bordellgebundene Kapital nicht kapituliere, sondern dortselbst akkumuliert werde, muß die Kultur kumuliert werden, und wenn man Kultur kumuliert, also auf einen und übern Haufen schmeißt, dann bleibt übrig das Publikumswirksame: Pub und Puff. Jawoll, meine Herrn, so haben wir's gern, jawoll. Und deshalb muß eine andere Akkumulation weg, die nicht so amüsant ist, weil sie dem Amüsemang nicht dient und nicht so gekachelt aussieht, wie es in Aids-Zeiten angesagt ist. Und so sagt denn auch Hartmut Perschau: "Die in der Hafenstraße wohnenden Jugendlichen stammen meist aus problematischen Familien" - nämlich solchen, aus denen man lieber weggeht und in der Hafenstraße wohnt - "sind stark gefährdet" - nämlich durch den drohenden Abriß der Häuser, in denen sie leben. "Wenn man sie an einer Stelle massiert, kann man sie nicht sozialpädagogisch betreuen." Wie bitte? Wenn man sie *wo* massiert? Es ist wirklich so: den Hafenrandplanern fallen nur noch Bordelle und Massagesalons oder "neue Dienstleistungsunternehmen" ein.

Nun aber gibt es ein Problem: die kumulierten und massierten Arbeitsplätze, die "Anziehungspunkt für Menschen", "Hamburger und ihre Gäste" sein sollen, diese "Addition der Attraktionen" voll "Anziehungskraft für Bürger und Touristen", die ausgezogen sind, jene "Speziellen Gewerbebranchen in Citynähe", striptease-Lokale etwa und peepshows, zu nutzen, müssen ja von der City, wo zuvor eingekauft und gebummelt wurde, auch da hinkommen. "Wenn eine Steigerung der Attraktivität der Hafenregion gelingt, sollte für den Tourismus am Hafen wiederum auch die Verbindung zu den Einkaufsgebieten der City verbessert werden", es wird ein großes Gehen und Kommen sein, konkret: "Die City über Wallringpark, Planten un Blomen und das CCH" - Hamburgs Gäste - "sowie entlang des Alsterfleets auch durch ein besonderes Fußwegnetz mit den" - nein, nicht, was Sie denken, sondern: "Landungsbrücken zu verbinden", denn es soll ja eine Hafenrundfahrt mit der Familie unternommen werden. Man darf das nicht vor keuschen Ohren nennen, was keusche Herzen etc. nicht entbehren können. Das also ist

die Strecke, die der Papa, von jagendem Verkehr ungefährdet, entlangspurten kann, während die Mama noch shopt und bummelt, und die Familie trifft sich dann, weit weg von hier bei der San Diego, um die herum ein künstlicher Hafen-ganz-wie-früher-zu-Hans-Albers-Zeiten gebaut werden soll, zumindest der "letzte erhaltene Stückgut-Speicher vom Lübeck-Kai" soll abgerissen und dort, im Museumshafen im Museum für den Hafen, für dessen Ausbau vor nicht allzu langer Zeit ein ganzes Dorf dem Erdboden gleichgemacht worden ist, wieder aufgebaut werden. Ja, "schroff ist das Riff / und schnell geht ein Schiff zugrunde. / Früh oder spät / schlägt jedem von uns die Stunde". "Die unvermeidliche Distanz zwischen den Schwerpunkten Landungsbrücken" - to a man one word is sufficient - "und den kulturellen Einrichtungen um die San Diego" - die Mama und die Kinder inzwischen angucken - "sollte durch möglichst attraktive Fußwege als Fortsetzung der Hafenpromenade überwunden werden" - Papa kommt später nach.

"Neues Leben am Hafen", titelt BILD, "Milliardenprojekt" die HAMBURGER MORGENPOST; denn 1,5 Milliarden soll's kosten, was da gebaut werden soll. Teuer. Nun, ein bißchen bezahlt die Stadt, ein bißchen der eine Investor hier und der andere Zuhälter da. Es bestehen Chancen, daß die Rechnung aufgeht. Bitte: es gibt schätzungsweise 10.000 Prostituierte in Hamburg. Es wird gerechnet, daß jede pro Nacht, um auf die Kosten zu kommen, drei sogenannte Freier braucht. Ein Beischlaf kostet, nehmen wir nur einfache Dienstleistungen an, DM 50,-. Also müssen 30.000 Männer jeden Abend diese Dienste in Anspruch nehmen und man insgesamt 1,5 Millionen Mark ausgeben. Pro Tag. Das sind im Jahr 547,5 Millionen, also mehr als eine halbe Milliarde. Das heißt, in drei Jahren wird in Hamburg mehr Geld für kommerziellen Beischlaf ausgegeben als "die Vision des Städtebauers" (Professor Egbert Kossak) kostet. Wohlgemerkt: nimmt man in die Rechnung auf, was noch dazukommt, nämlich einmal die attraktiveren, teureren Dienstleistungen, dann das Peepen zu DM 5,-, das 10-Mark-Bier im striptease-Lokal oder, für den Geschäftsfreund, der Schampus zum Coitus auf der Bühne... - ich kann's nicht rechnen, ich kenne mich nicht aus, aber die Stadtplaner werden jedenfalls ihre Steuereinnahmen in etwa überschauen können.

Wenn also die autofreien Zuwege für die täglichen Tausende von Bordellbesuchern - mögen sie sich nicht fürchten, sondern für Hamburg fruchtbar mehren! - geschaffen sind, dann gilt es nur noch, die Gesamtgestaltung richtig in den Griff zu kriegen. Und die ist schwierig und beginnt mit einem ganz unscheinbaren Problem: "die verkehrsreiche Hafenrandstraße muß

leichter überquerbar sein!" - ja, denn jetzt kommt man nur über eine Brücke von exquisiter, nahezu abtörnender Scheußlichkeit rüber, ohne plattgefahren zu werden. Aber diese Hafenrandstraße, diese kleine Rennbahn von der Elbchaussee via Palmaille in die Innenstadt ist selber Teil jenes großen Hafenrandkonzepts. Früher mußte man nämlich, wollte man von der Elbchaussee an die Alster, mitten durch St.Pauli hindurch, am Pinnasberg mit dem gelben Haus vorbei; auch durch verschattete Mercedes-Scheiben war zu erkennen, worum es ging, Hurerei, und auch die Ehefrau, die in die Stadt fuhr, um am Jungfernstieg ihren Schuhbestand aufzustocken, sah ein Stück jener Gegend, in die der Mann mit den Geschäftsfreunden zu gehen pflegte. Und das sollte nicht mehr sein, und deshalb wurde die Hafenrandstraße ausgebaut, Häuser kaputtgeschlagen, gelblich verklinkerte Erstickungsarchitektur errichtet - und jetzt stören nur noch die Hafenstraßenhäuser den Hafenrand und seine Schnellstraße. Nach der einen Seite sind die angeblichen Flutmauern (nur dafür sind sie zu niedrig) und dienen dazu, daß man die stinkende Elbe nicht mehr sieht, und wenn die 6er-Häuser weg sind, dann sieht man auch nach der anderen Seite nicht mehr, daß es stinkt in Hamburg.

Einwand: "Der Beschluß des Senats vom 12.2.1987 zur Hafenstraße über die Möglichkeiten alternativen Wohnens bleibt unverändert bestehen." Aber das ist eben der Beschluß, die Optik zu bereinigen und alternatives Wohnen in Mitten der Belagerung durch diese entsetzliche postfaschistische Klinkerei zuzulassen. Tendenziös, gewiß; denn heißt es nicht auch "Milieuschutzmaßnahmen", "Denkmalschutz-Auflagen", "grünräumliche Zusammenhänge sowie ökologische Erfordernisse"? Ja, das heißt so. Es heißt: grünräumliche Zusammenhänge - das ist nicht nur greulich, sondern grauenhaft, und wer so spricht, räumt auch. Und wird noch weit mehr wegräumen als die 6er-Häuser der Hafenstraße. Und auch die unverschämteste Heuchelei kann das nicht verschleiern: "Die bestehende Struktur der Fischwirtschaft und die übrigen Aktivitäten in diesem Bereich sind soweit wie möglich mit den neuen Entwicklungen sinnvoll zu verbinden." Soweit wie möglich: dabei haben bereits jene Zeiten Nostalgiewert, in denen Hamburger Lokale noch damit warben, *keinen* Elbfisch zu verkaufen. Jetzt gibt es keine Elbfischer mehr. Oder sollte die Vision sein, daß die Neufundland-Trawler ihre Fänge auf der Balduin-Treppe verhökern? "Auch der Fischmarkt mit Tradition sollte an diesem Standort bewahrt werden und kann damit zur Bereicherung der Standortqualität dienen." Auch der Fischmarkt also. Der Fischmarkt, den die Hafenrandstraße fragmentiert und verkrüppelt hat. Es gibt eine Art unverschämt zu sein, die nicht einmal mehr Wut auszulösen im Stande ist. Egal. Mein Vor-

schlag, den ich den Parteien, die den Senat stellen, copyrightverzichtend zur Verfügung stelle: auch den Rest-Fischmarkt abreißen und als Fischmarktmuseum bei der San Diego wieder aufbauen. Dann die Häuser der Hafen- und Bernhard-Nocht-Straße abreißen und durch Präservativautomaten ersetzen. Es wäre dann dieser Stadtteil endgültig in Ekelhaft genommen.

Politik.

"Politische Interventionen" - ein Wort, das voraussetzt, daß es die Einen gibt, die "Politik machen" und andere, die sich "einmischen", ein Wort also, das sich vom republikanischen Verständnis von Politik weit entfernt hat - politische Interventionen also (denn es ist ja so, wie das Wort sagt) wollen entweder jenen, die durch eine Politik zu Schaden gekommen sind oder zu Schaden zu kommen drohen, erläutern, wer auf Grund welcher Absichten ihnen zu schaden gesonnen ist und ihnen zu schaden unternimmt, oder sie wollen jenen, die offiziell Politik betreiben, Entscheidungsspielräume zeigen, die von diesen nicht wahrgenommen werden. Das Erstere geschieht auf Grund einer politischen Theorie, das Zweite auf Grund einer Unterstellung. Diese Unterstellung besagt entweder, daß es in der Verfolgung jener Absichten, die Politiker entweder exekutieren oder selbst im Schilde führen, Realisierungsspielräume gibt, kurz: unterschiedliche Grade an Brutalität der Durchsetzung, oder daß der Spielraum, politische Absichten zu entwickeln und an die Stelle bisher eher unbedacht verfolgter Ziele zu setzen größer ist, als der Politiker gemeinhin denkt. Beide Varianten dieser Unterstellung lassen sich so zusammenführen: politisches Handeln sei nicht ein bewußtloser Vollzug anderweitig vorgegebener Ziele, noch so vergeblich, wie Politiker immer häufiger gerne selbst behaupten, indem sie von Sachzwängen sprechen, denen sie zu folgen hätten. (Unter uns : wer ließe sich gerne von einer Sache zwingen? Wer also dabei bleibt und sich keinen anderen Beruf sucht, tut's gerne, und dann ist es auch kein Zwang mehr, sondern die schlichte Neigung.) - Besagte Unterstellung findet Ausdruck in einem Brief :

12. Mai 1987

Sehr geehrter Herr Bürgermeister -

Lieber Herr von Dohnanyi -

die in der letzten Zeit sich häufenden Gerüchte um die "Hafenstraße" im Zusammenhang mit meiner Person veranlassen mich, Ihnen zu schreiben.

Wie Sie wissen, gehörte ich einer zeitweilig so genannten "Vermittlergruppe" an, die sich zum Ziel gesetzt hat, eine Lösung für einige der mit dem Etikett "Hafenstraße" versehenen Probleme - zumindest für die mit den Häusern verbundenen - zu finden, die sowohl für die derzeitigen Bewohner wie für den Senat akzeptabel sein könnte. Der Grund für ein solches Engagement in dieser Angelegenheit, das ich in dem klaren Bewußtsein eingegangen bin, daß es äußerst schwierig ist, bei einem in bestimmter Weise in der Öffentlichkeit verhandelten, zudem wahlkampfbelasteten Thema irgend erfolgreich vermittelnd tätig zu werden, lag in zwei Überlegungen.

Einmal war und bin ich der Meinung, daß das "Problem Hafenstraße" gelöst werden sollte und nicht die Trümmer eines ungelösten Problems beseitigt. Zum anderen war es mir nicht möglich zu sehen, daß der bisherige Umgang mit dem "Problem Hafenstraße" eine solche Lösung wahrscheinlicher gemacht hätte. Die Tatsache, daß das Problem erneut zu eskalieren droht, zeigt mir, daß die anfängliche Einschätzung zurecht bestand.

Wie Sie wissen, hat die damalige "Vermittlergruppe" ihre Tätigkeit nicht ernsthaft aufnehmen können. Nach meiner Meinung lag das daran, daß der Senat das "Problem Hafenstraße" als ein in erster Linie juristisches mit politischen Auswirkungen sah, nicht, wie ich vorgeschlagen habe, als ein politisches mit juristischen Implikationen. Sie werden dies möglicherweise anders sehen, aber darum geht es nicht. Die Mitglieder der ehemaligen Vermittlergruppe haben nun kürzlich unter meiner Mitwirkung dem Senat die Skizze einer Problemlösung übermittelt, die ich nach wie vor für einen vernünftigen Ansatz halte. Zweifellos hätte diese Skizze vervollständigt, der Ansatz ausgebaut werden müssen. Dies hätte kurzfristig und sicher erfolgreich geschehen können. Die Erklärung des Senats durch Herrn Senator Ehlers und die in einem Rundfunkinterview dieser Erklärung beigefügten Erläuterungen ergaben allerdings ein unklares Bild. Insbesondere legten diese eine Interpretation des Vorschlags nahe, die sich inzwischen als Gerücht verselbständigt hat. Es ist zwar sachlich absurd, dennoch bei der gegenwärtigen Verfaßtheit der öffentlichen Diskussion wohl unvermeidlich, daß, wo in irgend einem Zusammenhang mein Name fällt, dieser Zusammenhang auf meine Person und das finanziell Machbare reduziert wird. Entsprechend

entstand das Gerücht, ich wolle die umstrittenen Grundstücke und Häuser erwerben.

Zu meiner Überraschung produzierte das Gerücht nicht die von mir erwartete Ablehnung einer solchen Idee, sondern es scheint mir der Gedanke, mit einem solchen Schritt könne der Weg zur Lösung des "Problems Hafenstraße" begangen werden, auf erstaunlich breite Akzeptanz zu stoßen. Wiewohl ich mich eigentlich weder berufen noch aufgefordert fühle, privat ein Problem zu lösen, das ein öffentliches ist, bleibt natürlich das Faktum bestehen, daß ein entscheidender Schritt zur Lösung des Problems getan ist, wenn die Konfrontation der Bewohner der Hafenstraße mit dem Staat nicht mehr existiert. Eine Privatisierung im juristischen Sinne würde dies zunächst erreichen.

Der Wegfall dieser Konfrontationslinie würde natürlich auch die Konflikte entlang dieser Linie beenden.

Sollte der Senat der Auffassung sein, ein "privates Modell" sei anderen, die ich nach wie vor favorisiere, vorzuziehen, so nötigt mich die Dringlichkeit des Problems sowie meine Zuversicht, daß auch auf diesem Wege eine Lösung erreichbar ist, die den Erhalt aller Häuser der Hafenstraße und ein selbstbestimmtes Leben der Bewohner möglich macht, ohne im Widerspruch zu städtebaulichen Konzepten des Senates zu stehen, zu einem Gespräch über diese Variante zur Verfügung zu stehen.

Mit freundlichen Grüßen, Ihr

(Unterschrift)

14.Mai 1987

Sehr geehrter Herr Reemtsma,

haben Sie vielen Dank für Ihren Brief vom 12.Mai.

Ich habe mit Interesse gelesen, daß Sie eine neue Lösung für die Hafenstraße vorschlagen, von der Sie sich unter anderem Gewaltlosigkeit versprechen und die für die Bewohner akzeptabel sein könnte.

Die bestehenden Probleme werden sicher nicht kurzerhand gelöst werden können. Und aus der Sicht der Stadt (der Bürger und des Senats) muß es darauf ankommen, daß die Bewohner des Stadtteils die Stadtentwicklung ihrer Region mittragen können und daß von der Hafenstraße keine Gewalt und keine Straftaten mehr ausgehen. Deshalb sollte jeder realistische Weg, der zu diesem Ziel führen kann, beschritten werden.

Ich bin gerne bereit, kurzfristig mit Ihnen Ihre Überlegungen zu erörtern

- und damit gründlichere Beratungen einzuleiten. Als Termin schlage ich Ihnen Freitag, 15.Mai, 9.00 Uhr oder 15.00 Uhr vor.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Klaus von Dohnanyi

Dieser Brief ist natürlich keine Antwort auf das, was in dem vom 12.Mai ausgeführt worden ist, aber das war auch nicht zu erwarten. Der Brief bedeutet für den Adressaten Gesprächsbereitschaft, für die Öffentlichkeit die Erwartung, Resultat der aufzunehmenden Gespräche könne in der Tat die "Lösung der Probleme" sein. Es sind nämlich alle die Problemlage beschreibenden Signalwörter im Brief vorhanden. Aber nicht mehr.

Die Erörterung findet statt. Eine weitere wird für die folgende Woche verabredet. Eine Bürgerschaftswahl findet statt, es ist Sonntag. Am Dienstag mahnt ein weiterer Brief:

"Wir hatten am Freitag, mündlich wie in der gemeinsamen Presseerklärung, Gespräche mit Vertretern der 'zuständigen Behörden' als nächste Stufe zu einem gemeinsamen Konzept in Sachen 'Hafenstraße' bezeichnet und waren der Meinung, diese Gespräche sollten in dieser Woche geführt werden. Ich bin nach wie vor der Meinung, daß dieser Zeitplan richtig ist und eingehalten werden kann, und gehe davon aus, daß auch bei Ihnen sich die Sicht der Dinge nicht geändert hat."

Es findet dann auch, am Freitag wieder, ein zweites Gespräch statt, allerdings nicht mit Behördenvertretern, die so schnell nicht zur Stelle sein können, sondern wieder mit dem Bürgermeister, einem seiner Referenten und diesmal auch mit dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion in der Bürgerschaft, Henning Voscherau. Es geht in diesem Gespräch, noch deutlicher als im ersten, darum, auf welchen unverhandelbaren Kern denn das Angebot ziele, und welcher Art die verhandelbaren Bestandteile seien. Der für jede auch nur rudimentär vernünftige Lösung unabding-, also auch für mich unverhandelbare Kern ist dieser:

- das Angebot erstreckt sich auf alle umstrittenen Häuser; es ist nicht in eine "Teilabrißlösung" umzufälschen; (nicht notwendig in eine Vereinbarung aufzunehmen sind die unbebauten Flächen links und rechts neben den Häu-

sern, vorausgesetzt, eine eventuelle Bebauung gefährdet nicht das Wohnmodell "Hafenstraße".

- wenn die Häuser von einer Privatperson gekauft werden sollen, kann der Kaufpreis nur ein symbolischer sein, denn es kann nicht darum gehen, ein Problem, dessen Entstehung nicht einem Mangel an Geld geschuldet war, über eine Zahlung zu lösen; (eine andere Möglichkeit wäre, einen den Gegebenheiten angemessenen realistischen Kaufpreis zu vereinbaren, vorausgesetzt, die Stadt beteiligt sich an den Instandsetzungskosten über das Maß hinaus, zu dem sie moralisch sowieso verpflichtet wäre);

- die eine oder andere Regelung impliziert auf Seiten des Käufers eine unauflösliche juristische Bindung, die verhindert, daß er oder etwaige Erben die Häuser der Hafenstraße zu einem billig erworbenen Investment machen können;

- Bindungen, die über diese hinausgehen, sind nicht akzeptabel, das heißt: es wird gemeinsam unterstellt, daß das in Form von Gesetzen aufgeschriebene Recht nicht durch zu schließende Verträge umgeschrieben werden soll.

Dem Verfasser dieser Blätter ist es aus eigener Erfahrung sehr wohl bekannt, daß es Verhandlungen gibt, in denen Angebote abgegeben werden, bei denen das take-it-or-leave-it bloße facon de parler ist; der Verfasser ist auch kein weltfremder Moralist und gebärdet sich nicht wie Faust vor dem Teufel ("Ist's nicht genug, daß mein gesprochnes Wort..." usw.), sondern er weiß wohl, daß es in der Ökonomie und in Koalitionsverhandlungen "verhandelbare Masse" gibt. Allerdings hat er sich die Weltfremdheit erlaubt, darum zu bitten, daß man ihm glaube: einen Vertragsentwurf vorzulegen, der obigen Bedingungen Rechnung trage, oder keinen vorzulegen und die diesbezüglichen Gespräche zu beenden. Pressemitteilung vom 5.Juni:

Es hat, nachdem ich meinen Vorschlag, die mit dem Etikett "Hafenstraße" versehenen Probleme durch eine private Initiative einer Lösung näherzubringen, gemacht hatte, folgende Verhandlungsstationen gegeben:

Ein Gespräch mit Herrn Bürgermeister Klaus v. Dohnanyi hat am 15.Mai, ein weiteres mit dem Bürgermeister und Herrn Voscherau eine Woche später stattgefunden. In beiden Gesprächen habe ich meine Problemsicht und meine Absichten erläutert - sowie meine Meinung, daß ich ein weniger individualistisches Modell der Problemlösung durchaus vorziehen würde. In beiden Gesprächen hat der Bürgermeister erklärt, daß er den von mir vorgeschlagenen Lösungsweg befürworte und meine Initiative begrüße. Es wurde dann von seiten des Senats Frau Stadler-Euler für die Aufgabe,

einen Vertragsentwurf zu erarbeiten, bestellt. Dieser Vertragsentwurf hatte kaum etwas gemein mit dem, was in den Gesprächen mit dem Bürgermeister besprochen worden war. Telefonisch habe ich dann erfahren, daß dieser Vertragsentwurf mit dem Bürgermeister weder abgestimmt noch überhaupt besprochen worden war.

Ich werde in den nächsten Tagen auf einer nicht aufschiebbaren Auslandsreise sein. Ich hatte gehofft, noch vor Reisebeginn einen Vertrag über die umstrittenen Häuser Hafenstraße abschließen zu können. Dazu ist es aus den geschilderten Gründen nicht gekommen. Ich werde nun an diesem Wochenende Herrn v.Dohnanyi schreiben und ihn bitten, dafür zu sorgen, daß in vierzehn Tagen ein Vertragsentwurf vorliegt, der dem Geist der gemeinsamen Gespräche entspricht. Dieser Vertrag sollte in der dann folgenden Woche besprochen, gegebenenfalls modifiziert und zur Unterschriftsreife gebracht werden.

Ich werde gleichfalls Herrn Ingo v.Münch, der sich mir gegenüber ebenfalls positiv geäußert hat, schreiben und ihn bitten, an einem in dieser Weise zügigen Verfahren mitzuwirken.

Sollte es nicht möglich sein, so, wie hier skizziert, zu verfahren, muß ich schließen, daß seitens des Senats keine Absicht besteht, so zu verfahren, und also ernsthaft auf meinen Vorschlag einzugehen. In einem solchen Falle kann auch ich selbstverständlich nicht mehr meine Bereitschaft, als Privatperson zur Lösung der "Hafenstraßen"-Probleme zur Verfügung zu stehen, aufrechterhalten.

5.Juni 1987

Jan Philipp Reemtsma

Der angekündigte Brief an den Bürgermeister enthält, was in der Pressemitteilung gesagt worden ist, in allerlei insistierenden Worten; der an Herrn Ingo von Münch Erläuterungen des Angebots und eine Bitte, die Angelegenheit zu unterstützen. - Am 3.Juli kommt es schließlich zu einem Gespräch mit einer aus SPD und FDP gemischten Unterhandlungskommission, die mich vor- oder einlädt, meine Ein- und Vorstellungen zum "Problem Hafenstraße" darzulegen.

Ich erfahre zu Beginn der Sitzung, daß meiner nunmehr stattfinden sollenden Anhörung eine lange Diskussion über meinen Vorschlag voraufgegangen ist, die zu einem Ergebnis geführt hat. Dieses Ergebnis wird mir in Schriftform präsentiert. Es besagt, daß der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg zur Zeit nicht entscheidungsfähig sei, das Problem Hafenstraße

erst nach seiner dann möglicherweise durch Neubildung wiedergewonnenen Handlungsfähigkeit behandeln werde, was voraussichtlich in drei Monaten der Fall sei. In der Zwischenzeit solle mit mir zügig verhandelt werden.

Es ist ein Fehler, ein politischer Fehler und auch einer der Selbstachtung gegenüber, in solchen Situationen nicht sofort den Raum zu verlassen. Die Unhöflichkeit ist zu kraß, der Unverstand zu groß, um tolerierbar zu sein. Allein, ich habe mich, unzivilisierterweise, auf Derlei eingelassen, geredet, erläutert, dargelegt, und konnte dann in einer anschließenden Versammlung nichts weiter mitteilen, als daß ich den "Bescheid zur Sache" bedauerte und notgedrungen hinnähme.

Es folgt, was in die Annalen der Stadt als "Die Pollerkrise" eingehen möge:

6.Juli 1987

Zu der aktuellen Entwicklung im Bereich der Hafenstraße erklärt Bürgermeister Dr.Klaus von Dohnanyi auf der Grundlage der heutigen Koalitionsverhandlungen mit der FDP:

1) Nach vielen vergeblichen Bemühungen des Senats, eine Lösung für den Bereich der Hafenstraße zu finden, die den Interessen der Bewohner entgegenkommt, zugleich aber die Sicherheit in der Stadt gewährleistet und dem städtebaulichen Konzept des Senats Rechnung trägt, hat sich Anfang Mai Herr Jan Philipp Reemtsma mit dem Angebot an mich gewandt, durch Ankauf der Häuser eine Lösung des Problems herbeizuführen.

2) Ich habe zugesagt, rasch in Verhandlungen über dieses Konzept einzutreten. FDP und SPD haben noch am vergangenen Freitag in ihren Koalitionsverhandlungen erneut bekräftigt, daß beide Seiten den Grundstückserwerb an der Hafenstraße durch Jan Philipp Reemtsma grundsätzlich unterstützen und zügige Verhandlungen wünschen, so daß eine Entscheidung durch den Koalitionssenat im September getroffen werden kann.

3) Wir haben in diesem Zusammenhang mehrfach darauf hingewiesen, daß wir im Interesse einer solchen Lösung bereit sind, auf jetzt mögliche rechtliche Maßnahmen in den betroffenen Häusern zu verzichten, um die Verhandlungen nicht zu gefährden. Wir haben aber immer deutlich gemacht, daß wir im Gegenzug ein rechtsstaatliches Verhalten der heutigen Bewohner erwarten.

4) Mit um so größerem Bedauern müssen wir feststellen, daß diese Erwartung nicht erfüllt worden ist. Vielmehr ist es in den letzten Tagen u.a. zu folgenden Aktivitäten gekommen:

- Bernhard-Nocht-Straße 22: Gehweg aufgegraben (ca. 2x3 m große Grube, 1 m tief), ein Doppel-T-Träger im Boden eingelassen;

- Bernhard-Nocht-Straße 16 + 22: Sperrige Gegenstände, Gerümpel und betonierte Poller auf dem Gehweg. Gehweg vollständig versperrt;

- Hafenstraße: Die geschaffenen Gruben wurden mit Holzschalung versehen, aus den Löchern ragen Wasserrohre, Eisenstangen und Drahtgeflecht.

-Bernhard-Nocht-Straße: Gehwegplatten wurden zerkleinert.

5) Die beschriebenen Maßnahmen stellen einen Straftatbestand (305 STGB) dar.

6) Auf Anordnung von Innensenator Pawelczyk hat die Polizei daraufhin am 5.7.87 gegen 18.00 durch Lausprecherdurchsagen aufgefordert, die Arbeiten einzustellen und den ursprünglichen Zustand wieder herzustellen. Letzteres ist nicht geschehen.

7) Der Senat kann im Interesse der öffentlichen Sicherheit den geschaffenen Zustand nicht hinnehmen. Er fordert die Bewohner der Hafenstraßen-Häuser dazu auf, diese Arbeiten unverzüglich einzustellen und den ursprünglichen Zustand des öffentlichen Grunds wieder herzustellen. Der Senat fordert in diesem Zusammenhang auch die Mitglieder des ehemaligen Vermittler-Kreises und Herrn Jan Philipp Reemtsma auf, ihren Einfluß geltend zu machen, daß aus der notwendigen Beseitigung der geleisteten Arbeiten keine neue Konfrontation erwächst, die die Chance auf eine friedliche Lösung des Problems im Sinne der Initiative von Herrn Reemtsma gefährden müßte.

8) Der Senat muß darauf bestehen, daß spätestens am Dienstag, 7.Juli, alle unrechtmäßig durchgeführten Maßnahmen auf öffentlichem Grund wieder beseitigt sind. Andernfalls ist er rechtlich verpflichtet, die entstandenen Gefahren im Wege der Ersatzvornahme - wo nötig unter dem Schutz der Arbeiten durch die Polizei - beseitigen zu lassen.

Daß diese Erklärung des Bürgermeisters zur aktuellen Entwicklung im Bereich der Hafenstraße auf der Grundlage der heutigen Koalitionsverhandlungen mit der FDP auf der Grundlage von Wahnvorstellungen verfaßt worden ist, gehört inzwischen zu den bekannteren Aspekten der Affäre. Denn einmal war von dem, was in ihr aufgelistet worden war, wenig zu finden,

zweitens hatten jene kolportierten und so phantasieanregenden Maginotismen bei den offiziellen Handlungsverantwortlichen zur Folge, einen Hubschrauber zu ordern, der über der Hafenstraße die Botschaft herabmegaphonte, der, wenn ich mich so ausdrücken darf: passive Belagerungszustand sei zu beenden, sonst...

Der Bürgermeister lehnte es ab, sich vor Ort zu informieren, er lehnte es ab, einen Menschen persönlichen Vertrauens über das, was in Wirklichkeit los war, informieren zu lassen. Wer am nächsten Tag sich das Maleur ansah, tat jenen wichtigen Schritt in Richtung Weltverständnis, indem er nicht mehr begriff, was sich im Rathaus tat.

Der Rest sei von mir nur dokumentiert:

Presseerklärung

Die Ereignisse der letzten Tage veranlassen mich zu einer grundsätzlichen Überlegung sowie einer aus dieser abgeleiteten Schlußfolgerung.

Mein Angebot, die umstrittenen Häuser der "Hafenstraße" zu den der Öffentlichkeit mitgeteilten Bedingungen zu erwerben und Teil der Lösung jener Probleme zu sein, die eine verfehlte Politik des Senates in den letzten Jahren dort geschaffen hat, ging von einer Voraussetzung aus, deren Richtigkeit die Vorgänge am Dienstag und Mittwoch bestätigt haben. Die Bewohner der Häuser der "Hafenstraße" zeigen größere politische Um- und Weitsicht als der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg. Während dieser es wegen ein paar Betonklötzen, die angeblich jenen Bürgersteig unpassierbar machten, den aus Angst vor den Bewohnern, wie behauptet, ohnehin niemand begehen mag, riskiert, eine friedliche Lösung aufs Spiel zu setzen, sind jene der Meinung, daß ein paar Betonklötze eine Straßenschlacht nicht lohnen.

Die zuvor an mich ergangene Aufforderung von Seiten des Senates, "auf die Bewohner einzuwirken", also, wie aus einer Bemerkung Herrn Voscherau hervorging, gleichsam ein Examen in Sachen Befriedung vor Ort abzulegen, zeigt ein bedauerliches Maß an Realitätsverkennung. Der Senat hat, obwohl zunächst einvernehmlich mit mir ein unbürokratisches Verfahren in Aussicht gestellt worden war, sich vor September für entscheidungsunfähig oder -willig erklärt. Er beläßt die Bewohner weiter in Ungewißheit, welche Politik er ihnen gegenüber in Zukunft zu treiben gesonnen ist. Er will gleichwohl, daß jene Probleme, die Resultat ebendieser Politik waren und sind, nicht mehr auftreten. Er tut zusätzlich noch das Seine, um die Problemlage zu verschärfen, indem er zB wegen jener Betonklötze Hubschrau-

bereinsätze vor Ort fliegen läßt. Und schließlich erwartet er von mir ein Verhalten, das seinen Ausdruck in der absurden dennoch allen Ernstes mir vorgeschlagenen Idee findet, ich möge, gleichsam als "vertrauensbildende Maßnahme" neben einem Bulldozer herschreitend, den Abriß der Betonklötze observieren. You can't have the pudding and eat it, ist den Verantwortlichen zu bedeuten.

Daß dieser Haltung zu den sozialen und politischen Problemen, die mit dem Etikett "Hafenstraße" versehen sind, keine Verhandlungen mit einem positiven Ende erwachsen können, ist wenigstens mir deutlich geworden. Und selbst wenn es zu einem positiven Ende der Verhandlungen käme, würden jene Kräfte, die zur Zeit alles versuchen, um sie scheitern zu lassen, indem sie den Senat bewußt falsch informieren über das, was an der Hafenstraße vorgeht, auch in Zukunft alles tun, um ein Modell selbstbestimmten Wohnens am Hafen zu beschädigen oder unmöglich zu machen. Mit dieser Aussicht weiterzuverhandeln, ist mir nicht mehr zuzumuten. Ich ziehe hiermit mein Angebot zurück.

8.Juli 1987
Jan Philipp Reemtsma

Der Bürgermeister beantwortete dies mit der Aufforderung, jenen Entschluß änderbar zu machen, der dies genauso wenig war wie der vorherige verhandelbar. Er schrieb von Mißverständnissen, fragte, ob der Staat nicht das Recht habe, Hindernisse auf seinem Territorium zu beseitigen, und forderte mich auf, den Mut nicht zu verlieren.

Sehr geehrter Herr von Dohnanyi -

besten Dank für Ihren Brief zunächst. Daß sie meinen kritischen Bemerkungen nicht ohneweiteres recht geben würden, habe ich erwartet und ich mache realistischerweise auch nicht den Versuch, Sie nun etwa überzeugen zu wollen. Ich will vielmehr verrsuchen, die grundsätzliche Differenz herauszuarbeiten, vor der u.a. deutlich werden könnte, warum meine Entscheidung - die, wie ich Ihnen schrieb, definitiv ist - nichts damit zu tun hat, daß ich etwa (und so lauteten dann die entsprechenden Fragen an mich) ab einem bestimmten Zeitpunkt Ihnen oder Herrn von Münch persönlich nicht mehr geglaubt hätte, "für meine Lösung" zu sein. Hier also liegt das Mißverständnis nicht, von dem Sie sprachen, auch nicht anderswo, sondern es geht

um ein - dies aber in der Tat - unterschiedliches Verständnis der politischen Anforderungen, die eine Situation stellt.

Ihr Argument, meine Absage verlasse eine gemeinsame Grundlage, reicht nicht sehr weit. Gemeinsame Vereinbarungen gelten ja bekanntlich nur so lange, wie die Situation, in der sie getroffen worden sind, sich nicht wesentlich verändert, bürgerlich-deutsch gesprrochen, solange die Geschäftsgrundlage besteht. Wann sich eine Situation so geändert hat, daß sie wesentlich anders ist als zuvor, pflegt in Konfliktfällen umstritten zu sein, so auch hier. Wichtig ist nur, daß sich die Argumentation um den Konflikt verändern muß: nicht mehr kann es darum gehen, daß die eine Seite der anderen vorwirft, die habe eine gemeinsame Grundlage verlassen, sondern das Argument muß nun lauten: Ihre Interpretation der Situation ist falsch.

Und so fahren Sie ja auch fort. Zu den "Mißverständnissen" habe ich mich schon geäußert. Bleibt die rhetorische Frage, ob ich es wirklich nicht legitim fände, wenn der Staat auf Beseitigung von Fallgruben und Hindernissen auf Bürgersteigen dränge. Die Frage läßt sich ohne semantischen Verlust umformulieren. Sie lautet dann: hat der Staat das Recht, seine Rechte durchzusetzen? Das ist ersichtlich keine sinnvolle Frage. Es ist keine sinnvolle Frage für einen Gegner des Staates, für den das Problem nur lautet: wie kann ich den Staat daran hindern, seine Macht auszuüben?, noch für einen, der auf der Seite des Staates steht, denn für den stellt sie sich überhaupt nicht. Es sollte sich aber politischen Menschen (ich sage nicht unbedingt: Politiker) die Frage stellen: in welchen Situationen sollte ein Staat welche seiner Rechte mit welchen Mitteln durchsetzen? Die nur partielle Präsenz dieser Frage seitens der Entscheidungsträger ist der Anlaß meiner Absage. Ich könnte sogar sagen: die totale Absenz dieser Frage, da die bloße Möglichkeit, zu erwägen, die vielzitierten Betonklötze einfach stehen zu lassen, verneint worden ist. Es ist keine Spitzfindigkeit, darauf zu verweisen, daß es zu den Rechten eines Rechtsinhabers auch gehört, auf die Ausübung seiner Rechte verzichten zu können. Anderenfalls wären sie nämlich keine mehr, sondern Pflichten. So hat ein Polizist die Pflicht, "pflichtgemäß" zu handeln, dh nach einem Regelkanon so lange bis ihm "von vorgesetzter Stelle" beschieden wird, er möge nach anderen Regeln handeln. Einen solchen Pflichtzusammenhang gibt es für ein politisches Gremium nicht. Zwar sind auch dessen Entscheidungen eingebunden in Vorgaben (Gesetze etc.). Aber es ist nicht eine bloße Funktion von Gesetzen, es ist nicht die Durchführungseinrichtung für Gesetze. Dies aus einem einfachen Grunde, weil Gesetze nicht dazu da sind (glücklicherweise), die Vorgänge einer Gesell-

schaft vollständig zu normieren. Eine Regierung (das wäre das zutreffende Wort) handelt also im Rahmen von Gesetzen, dh, um ein bereits verwendetes Wort zu gebrauchen, sie sieht sich politischen Problemen mit juristischen Implikationen gegenüber, nicht juristischen Problemen, die politische Auswirkungen haben.

Warum insistiere ich - mit einer gewissen Langatmigkeit, die Sie entweder mir oder der Bedeutung der Frage nachsehen mögen - so auf diesem Problem? Weil es mit der Rolle zu tun hat, die ich als Individuum in einem stadtpolitischen Prozeß spielen kann, bzw bereit bin zu spielen. Diese ist sehr anders als die, die ein Individuum als Mitglied einer Gruppe (Partei, Komitee etc), also als Teil einer Interessenvertretung, spielt. Für politische Gruppen gibt es keine "Geschäftsgrundlage", auf die sie sich untereinander einigen müssen (und sehr genau betrachtet können sie das auch nicht, und es wäre falsch, eine Verfassung etwa oder die Idee eines Gesellschaftsvertrages so zu verstehen. Beide sind, genau besehen, die Sprachspiele, in denen um das Aussehen eines gesellschaftlichen Normalzustandes gestritten wird.) Ein Individuum, wenn es nicht entscheidet, als Desperado zu leben, kann sich als Kontrahent mit politischen Gruppierungen nur dann zur Verfügung stellen, wenn es sich dauernd der Tatsache versichert, daß die "Geschäftsgrundlage", dh die für das angestrebte Kontrahieren wesentliche gemeinsame Problemsicht (das "gemeinsame Politikverständnis"), noch besteht.

Ihre Frage nun nach meinem Urteil über die Betonklötze (denn Fallgruben waren ja keine da) und die Tatsache, daß Sie mich gleichermaßen wie sich selbst zu der Gruppe "aller Beteiligten" rechnen, die ihren Einfluß, "wo immer dies möglich ist", geltend machen sollen, signalisieren mir in Fortsetzung der Ereignisse der letzten Tage, daß sich die Sichtweise der Dinge entscheidend unterscheidet. Ihre Vorhaltung impliziert nämlich, daß das Problem, das zur Lösung anstand, erst entstanden ist, nachdem die Bewohner auf das Senatsultimatum nicht in der gewünschten Weise reagierten. Ich könnte Ihnen nun meinerseits vorhalten, daß Sie damit Ihre Verantwortung für die Vorgänge unzulässig verkleinern - aber darum geht es mir weniger. Wichtig für das Problem, um das es mir geht, ist, daß Sie nicht bereit sind, die vorherigen Vorgänge als politische, dh aus Entscheidungen heraus beeinflußbare, zu sehen. Nicht die Verlängerung der Verhandlungsdauer bis zum September; nicht die Handlungen der Bewohner als Reaktion darauf; nicht den Einsatz eines Hubschraubers; nicht das Ultimatum von Senatsseite selbst. Alldies ist, folgt man der Logik Ihrer Argumentation, bloßes "Geschehen", wohingegen Handlungsbedarf erst anschließend beginnt zu ent-

stehen. In allem, was Sie gleichsam a priori setzen, hätten Sie, hätten alle anderen an den Entscheidungen Beteiligten, Handlungsalternativen gehabt (und auch wer das leugnet, muß sich sagen lassen, daß er jemand ist, der sich dazu entschieden hat, den Sachzwängen zu folgen). Es geht mir, damit Sie mich recht verstehen, erst in zweiter Linie darum, daß er diese als solche selbst nicht wahrnimmt. In der Politik aber, so denke ich, gibt es keine Selbstverständlichkeiten (Routine ist etwas anderes, denn ihr vorgelagert ist wieder eine Entscheidung: einen Vorgang als Objekt einer Routineerledigung anzusehen oder nicht).

Mein Vorschlag zur "Entstaatlichung des Problems" durch eine private Initiative lebte nun von der Bereitschaft der anderen Seite, die Unkonventionalität des Vorschlages als Chance zu begreifen. Im Wege zur Realisierung dieses Vorschlages kann es keine Selbstverständlichkeiten, nicht einmal Routine geben. Nicht weil ich mich auf etwas Besonderes kaprizierte, sondern weil es die Pointe des Vorschlages war, ohne die dieser sofort an Attraktivität verlor. Die Pointe des Vorschlages war, die in Routine und scheinhaften Selbstverständlichkeiten versteckten Handlungsmöglichkeiten und Spielräume für die unterschiedlichsten politischen Entscheidungen sichtbar zu machen. Plan und plakativ: es war das Angebot des "Es geht auch ganz anders". Die Behandlung des Vorschlages aber in das Gerüst der üblichen Politik zu spannen, war - und ich möchte Sie bitten, sich diesen Gesichtspunkt wenigstens einmal versuchsweise zu eigen zu machen - die Widerlegung des Angebotes. Es wurde seines Wesentlichen beraubt und damit abgelehnt.

Mehr als gespürt habe ich dies, als die Verhandlungen sich zu schleppen begannen; ein Alarmsignal war die Verschiebung der endgültigen Entscheidung bis September; der Umstand, daß ich nach und nicht vor einer Diskussion zwischen den Parteivertretern zum Thema gehört worden bin. Und Alarmsignale waren natürlich auch die Versuche, ganz unpraktikable Vertragsklauseln zu ersinnen oder ersinnen zu lassen, die zeigten, daß man einen Schritt gehen wollte und doch auf der Stelle bleiben. So wurde die Situation zum Schluß endgültig paradox. Es wurde mir gesagt, man wolle auf meinen Vorschlag eingehen - nur seien leider noch alle vier essentiellen Punkte umstritten. Man wolle zügig verhandeln - könne aber erst im September entscheiden. Und schließlich: ich solle auf die Bewohner einwirken, obwohl man sich beharrlich scheute, die Basis, auf der ein erhofftes Einwirken nur hätte möglich sein können, zu schaffen. Und schließlich: die Stadt setzt Hubschrauber ein, um eine Nachricht zu überbringen (um Porto zu

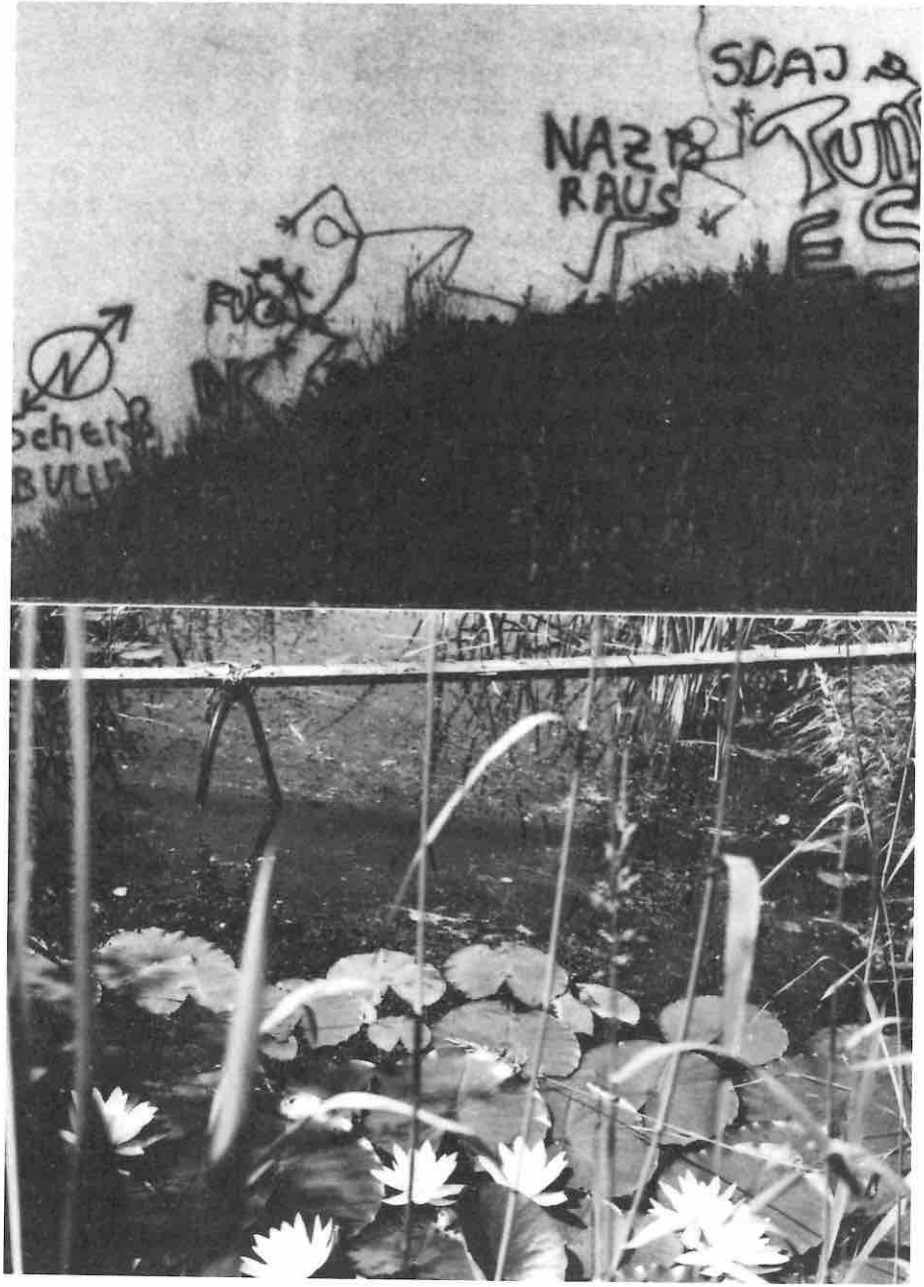
sparen?), und Sie finden die Idee plausibel, der (künftige) "Machtpartner der Stadt" (so sagten Sie) solle ein paar Betonklötze selber wegmeißeln. Derlei auf den ersten Blick nur komische Blüten treiben aus Verhältnissen, die selber paradox angelegt sind, ich will mich nicht wiederholen.

Wenigstens hat meine Initiative eines bewirkt - und ich entnehme dem vorletzten Satz, daß Sie dieses ähnlich sehen -, daß in der Öffentlichkeit, und auch im Rathaus, ein Bewußtsein für die noch offen stehenden Möglichkeiten gewachsen ist. Und daß es ein Zurück zu bestimmten Zügen der vergangenen Politik nicht geben kann. Wenn eine Lösung "mit Reemtsma" möglich ist, müßte auch eine "ohne Reemtsma" denkbar sein - denn politische Lösungen, die nur von einer Person getragen werden können kann es nicht geben, allein der Sterblichkeit der Menschen wegen. Ich sprach in unserem letzten Gespräch das Problem an, daß eine auf mich beschränkte Lösung zwei Lösungen nötig mache. Die eine angestrebte und die andere in meinem Testament vorzusehende. Ohne die zweite wäre die erste sträflicher Leichtsinn gewesen. Denkbar also muß eine Lösung "ohne Reemtsma" auch für die Lösung "mit Reemtsma" sein. Warum nicht diese jetzt gleich verwirklichen?

Ich grüße Sie freundlich

(Unterschrift)

Soweit die Politik, soweit hiermit - und es ist weitgehend - beschrieben. Was unter ihrem Strich bleibt, ist nicht, wie es ein christlich-sozialliberaldemokratisches Mißverständnis durchaus will: die Menschlichkeit. Es ist im Gegenteil die Menschheit. Oder ein Bruch-Stück von ihr. Die in der "Hafenstraße" wohnen oder irgendwo.


SDAJ
NAZI
RAUS
BULLE

ANKER
Telefon
04131 · 31066
MANY

Chronik der Ereignisse

1982

Alle Häuser können erhalten werden

Zusammenfassung: **Die Häuser Hafenstraße/Bernhard-Nocht-Straße werden besetzt. Nach anfänglicher Räumung kommt es zu einer Einigung zwischen Besetzern und Bausenator Lange über die Nutzung der Häuser.**

Das Architektenbüro Gibbins+Partner wird vom Senat beauftragt, ein Gutachten vorzulegen. Es kommt zu dem Ergebnis, daß sämtliche Häuser erhalten und instandgesetzt werden können. Die Kosten liegen weit unter denen von Neubauten.

Dennoch entscheidet sich der Senat im Oktober in Widerspruch zu seinem eigenen Gutachten für einen Abriß, weil die Bausubstanz zu mangelhaft sei.

23.Februar Einige junge Leute besetzen leerstehende Wohnungen in der Hafenstraße und Bernhard-Nocht-Straße, über die es bis dahin einen pauschalen Mietvertrag mit dem Studentenwerk gegeben hatte. Die Polizei räumt, die SAGA stellt Strafantrag. In den kommenden Tagen werden die Wohnungen jedoch erneut besetzt.

2.März In einem offenen Brief an den damaligen Bausenator Lange schreiben einige der Besetzer: "Es wurde viel gearbeitet: Wasserrohrbrüche repariert, Müllberge aus den Häusern geschafft und vieles mehr. Wenn man sieht, wie die Häuser vorher waren und wie sie jetzt sind, kann man sehen, welche Arbeit geleistet wurde. Stellen Sie sicher, daß bis auf weiteres keine Wohnungen mehr geräumt werden und nehmen Sie mit uns Verhandlungen über eine Nutzung und Selbstverwaltung der Häuser auf!" (nach TAGESZEITUNG, 3.3.82)

6. Mai Baubehörde und SAGA nehmen die Besetzung offiziell zur Kenntnis (laut HAMBURGER RUNDSCHAU, 16.6.82)

19.Mai Bausenator Lange sichert auf einem Treffen mit den Bewohnern zu, daß keine weiteren Räumungen stattfinden würden (laut ABENDBLATT, 30.6.).

Das Architektenbüro Gibbins wird in dieser Zeit beauftragt, ein Gutachten über die bauliche Substanz der Häuser vorzulegen.

9.Juli Die TAGESZEITUNG berichtet, daß das Gutachten nunmehr vorliege und eine Instandsetzung wirtschaftlich vertretbar sei.

20. Juli In einem Leserbrief an die TAGESZEITUNG betont das Architektenbüro Gibbins+Partner, daß mit dem Ergebnis ihrer Untersuchung nunmehr "ein sachverständiges Gutachten zum Instandsetzungsbedarf der Gebäude" zur Verfügung stehe.

Das Gutachten kommt zu dem Ergebnis, daß sämtliche Häuser erhalten werden können und die anfallenden Instandsetzungskosten weit unter den Kosten von Neubauten lägen. (Bei einer langfristigen Instandsetzung würden sich die durchschnittlichen Kosten bei den 5er-Häusern auf 632 DM/qm, bei den 6er-Häusern auf 740 DM/qm belaufen; Neubaukosten werden dagegen auf ca. 1800 DM/qm veranschlagt, Abrißkosten nicht eingerechnet.)

Dennoch wird durch die spätere Abrißentscheidung des Senats der Eindruck erweckt, als sei das Gibbins-Gutachten negativ ausgefallen - ein Eindruck, den Gibbins am 18.9.1986 in einer Gegendarstellung an die TAGESZEITUNG korrigiert: "Unwahr ist die Behauptung, drei der acht Häuser in der Hafenstraße seien 1983 in einem umstrittenen Gutachten des Architektenbüros Gibbins für 'nicht erhaltenswürdig' erklärt worden. Dadurch wird der Eindruck erweckt, daß die Häuser aufgrund dieses Gutachtens abgerissen werden sollen. Wahr ist vielmehr, daß das Architektenbüro Gibbins im Jahr 1982 im Auftrag der SAGA bei den fraglichen Häusern nur die Instandsetzungskosten ermittelt hat. Das Architektenbüro Gibbins hat zu keinem der Häuser eine Abrißempfehlung abgegeben. Bei den heute zum Abriß vorgesehenen Häuser lagen die Instandsetzungskosten teilweise niedriger als bei den zum Erhalt vorgesehenen Häuser. gez. Gibbins."

1982

28.Juli Die Staatliche Pressestelle erklärt, daß das Gutachten des Büros Gibbins nunmehr vorliege. Es sei den betroffenen Mietern am 28.Juli zugestellt worden.

5.August Ein Bautrupp der SAGA beginnt, in einem Erdgeschoß in der Bernhard-Nocht-Straße Fenster zuzumauern; begründet wird dies mit angeblicher Einsturzgefahr. Es kommt zu einem Konflikt mit den Bewohnern (laut TAGESZEITUNG, 6.8).

27.September Eine Hundertschaft Polizisten durchsucht, angeblich auf der Suche nach Sprengstoff, mehrere Wohnungen. Gefunden wird laut Polizeipressestelle "wenig Kleinkram" (TAGESZEITUNG, 28.9.82). Zeugen beobachten "den polizeilichen Abtransport eines Feuerlöschers, eines anscheinend leeren Reservekanisters, eines Bolzenschneiders, eines Drahtendes und zweier Kartons Kaffee" (TAGESZEITUNG, 28.9.82). Dies ist für die BILD-Zeitung Anlaß zu melden: "Die Polizei stellte fest: Dort werden Molotow-Cocktails und Zünder gebastelt" (6.10.82), was sich als Behauptung einiger Presseorgane über die nächsten Jahre hinweg hartnäckig hält und potenziert.

28.September Die Besetzer teilen Bürgermeister v.Dohnanyi in einem von der TAGESZEITUNG veröffentlichten Brief mit, sie hätten "als Kompromiß ein Selbsthilfeprojekt vorgeschlagen (Stichwort: Schröderstift)." Sie bitten ihn, "das in Ihrer Macht stehende zu tun, den Weg der Einigung zu ermöglichen und entsprechend Ihre Verwaltung und Herrn Ascher anzuweisen, uns mal bleiben zu lassen, wo wir wollen."

4.Oktober Sitzung der Stadtplanungsausschusses. Er gibt zu den drei sogenannten 6er-Häusern kein Votum ab, beharrt nur darauf, daß Instandsetzungskosten bestimmte Obergrenzen nicht überschreiten dürften. Im Protokoll heißt es dazu: "Das Einwohneramt hat ermittelt, daß bei Zugrundelegung dieser Obergrenzen für die drei letztgenannten Gebäude folgende Instandsetzungskosten entstehen: Bernhard-Nocht-Straße 16 = 173.600 DM (Gutachten = 262.636,64 DM); St.Pauli Hafenstr. 126 = 190.050 DM (Gut-

achten = 214.884,91 DM); St.Pauli Hafenstr. 116 = 115.150 DM (Gutachten = 145.868,53 DM); insgesamt = 478.800 DM)

Diesen Instandsetzungskosten nach Obergrenzen von insgesamt 478.800 DM stehen geschätzte Abbruchkosten von 360.000 DM gegenüber! Zu den vom Gutachter ermittelten Kosten wird bemerkt, daß darin außer der Mehrwertsteuer ein Anteil von 23 % für Nebenkosten und Unvorhergesehenes enthalten ist. Ohne diese Aufschläge lägen die Kosten zum Teil erheblich unter den Obergrenzen. Die Baubehörde gehe jedoch noch einen Schritt weiter und habe die Gutachterkosten einvernehmlich mit SAGA und Liegenschaftsverwaltung für eine Betrachtung 1982 um weitere 12 % für Nebenkosten und Unvorhergesehenes erhöht, obwohl der Bearbeitungszeitraum des Gutachtens in den Monaten Mai - Juni 1982 liege. Damit wären einschl. der Mehrwertsteuer 48 % der ursprünglich ermittelten Kosten durch prozentuale Aufschläge für nicht näher erläuterte Arbeiten errechnet. Es seien Zweifel erlaubt, ob eine derartige 'Preisbildung' gerechtfertigt und der Sache dienlich ist."

19.Oktober Auf seiner Sitzung beschließt der Senat laut Mitteilung der Staatlichen Pressestelle, nur 9 von 12 Häusern zu erhalten.

20.Oktober Auf einer Sitzung des Kerngebietsausschusses Hamburg-Mitte wird der Antrag der Grün-Alternativen Liste (GAL) nicht angenommen, 13.000 DM für die Winterfestmachung der Häuser zu bewilligen (ALTONAER NACHRICHTEN, 21.10.82).

21.Oktober Die Staatliche Pressestelle teilt mit, daß 4 Gebäude mit 16 Wohnungen und einem Hotel für 10 bis 15 Jahre, 5 Gebäude mit 20 Wohnungen für 5 Jahre instandgesetzt und 3 Gebäude mit 18 Wohnungen abgerissen werden sollen. In diesen drei Gebäuden, es handelt sich um die Bernhard-Nocht-Straße 16 sowie die Hafenstraße 116 und 126, sei "die Bausubstanz so mangelhaft, daß auch eine übergangsweise Instandsetzung mit noch vertretbarem Aufwand nicht möglich ist. Sie würde zudem eine bauliche Neugestaltung erheblich erschweren". Zwar beruft sich die Erklärung auf das Gutachten Gibbins', unterschlägt jedoch, daß dieses von der Erhaltbarkeit

aller Häuser gesprochen hatte. In der Erklärung der Pressestelle heißt es außerdem über frühere Pläne: "Ursprünglich sollten dort alle 12 Häuser abgebrochen werden". Nun habe aber "der Senat - im Zusammenhang mit der Standorterklärung Gruner+Jahr - eine Richtungsentscheidung für eine verstärkte Wohnnutzung in diesem Gebiet getroffen".

19.November Die Staatliche Pressestelle erklärt:

"Nachdem sich der Senat am 19.10.1982 auf ein Konzept für die stadteigenen Altbauten an der Bernhard-Nocht-Straße und der St.Pauli Hafenstraße verständigt hatte, das den Erhalt von 9 der insgesamt 12 Gebäude vorsieht, waren vom Präses der Baubehörde, Senator Günter Apel, weitere Gespräche mit den Betroffenen angekündigt worden. Dabei sollte im Rahmen des Gesamtkonzepts versucht werden, dem Gedanken der Instandsetzung auch in Selbsthilfe näherzutreten, wobei eine Selbstverpflichtung der Betroffenen vorausgesetzt wurde.

Inzwischen haben solche Gespräche stattgefunden. Das Ergebnis ist als ein erster Schritt zu einer vernünftigen Lösung zu werten. Eine Vereinbarung mit den Betroffenen sieht vor, daß so zügig wie möglich mit Arbeiten begonnen wird, um a) Gefahrenzustände (Elektrik) zu beseitigen und b) teilweise die Gebäude durch z.B. Dach- und Fassadenreparaturen winterfest zu machen.

Die Arbeiten sollen nicht die Notwendigkeit der Grundinstandsetzung vorwegnehmen, aber möglichst so vorgenommen werden, daß sie bei einer Grundinstandsetzung nicht überflüssig werden. Die Möglichkeit, daß die Nutzer bei bestimmten Arbeiten in Selbsthilfe tätig werden, ist ausdrücklich vorgesehen."

1983

Bausenator Wagner will abreißen

Zusammenfassung: **Im Februar werden die von den Bewohnern beantragten Gelder für Instandhaltungsarbeiten bewilligt.**

Im Juli schreibt die Baubehörde einen Wettbewerb zur Neugestaltung des Hafenrands aus, der am 6.Juni 1984 entschieden ist.

Der Senat verstärkt in der zweiten Jahreshälfte den Druck auf die Bewohner in systematischer Weise, die inzwischen erhebliche Arbeiten zur Instandhaltung der Häuser geleistet haben:

Bausenator Wagner erklärt, keine weiteren Mittel für den Erhalt der Häuser bewilligen zu wollen, und setzt sich damit in Widerspruch selbst zur SAGA, die von der Erhaltbarkeit aller Häuser spricht.

Die CDU fordert Räumung, erklärt jedoch selbst, alle Häuser erhalten zu wollen, um sie §5-Schein-Besitzern übergeben zu können.

Im Oktober erklärt der SAGA-Vorstand die Verhandlungen mit den Bewohnern für gescheitert, weil diese auf einem Generalnutzungsvertrag mit der Sozialpädagogischen Forschungsgeminschaft (SoFoG) bestehen.

Die Bewohner lenken ein. So kommt es im November nach weiteren Gesprächen zu einer Grundsatzvereinbarung über Einzelmietverträge.

27.Februar Die beantragten Gelder zur provisorischen Instandsetzung und Winterfestmachung der Häuser sind bewilligt worden.

Im Verlauf eines Straßenfestes in der Hafenstraße kommt es zu tätlichen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Angeblich ist aus einem der Häuser mit einem Luftgewehr auf Passanten geschossen worden. Die Polizei dringt in die Häuser mit der Begründung ein, nach Molotow-Cocktails zu suchen. 31 Festnahmen. "Die Ermittlungen der Polizei endeten ergebnislos" (ABENDBLATT, 28.2.). Dafür wird seit diesem Tag von der Presse behauptet, es sei schließlich bereits "im September ein ganzes Arsenal von

Utensilien für die Herstellung von Brandsätzen" entdeckt worden (ABENDBLATT).

1.März In einer von der TAGESZEITUNG veröffentlichten Vereinbarung zwischen der SAGA und den Bewohnern der Häuser werden Einzelheiten über bauliche Schritte zur Gefahrenabwehr und Winterfestmachung veröffentlicht.

In einem ebenfalls von der TAGESZEITUNG veröffentlichten Brief erklären "die Besetzer" u.a.: "Was die Häuser betrifft, sollte jetzt endgültig auf eine weitere Verplanung dieser und deren Grundfläche verzichtet werden! Unumgängliche Veränderungen müssen mit uns abgesprochen werden."

26.März Der CDU-Abgeordnete Martin Müller fordert, wie das ABENDBLATT berichtet, die unverzügliche Räumung der Häuser.

28.März Der NORDDEUTSCHE RUNDFUNK berichtet, daß es im Anschluß an eine Pressekonferenz der Mietergemeinschaft St.Pauli-Süd zu einer Auseinandersetzung mit einem Polizeibeamten gekommen sei, der von seiner Waffe Gebrauch macht - angeblich, weil er mit einer Zwille beschossen worden sei. Der Polizist erklärt, einen Warnschuß abgegeben zu haben. Zeugen sagen aus, er sei lediglich angespuckt worden und habe über die Köpfe fliehender Personen geschossen (HAMBURG AKTUELL, 28.3.).

5.Mai Die Bewohner erklären in einem Flugblatt u.a.: "In konkreten Verhandlungen kann es sich nur um alle Häuser (...) drehen. Wir wollen in allen Häusern wohnen! Für uns ist keines der Häuser abbruchreif, während Sie meinen, einige Häuser seien zu teuer für eine Grundinstandsetzung. Ein vorgeschobenes Argument! Ihnen geht es darum, die Lücken zwischen den Häusern zu vergrößern, wobei die Häuser B.N.-Str. 16 sowie Hafenstraße 116 und 126 einer zukünftigen Tiefgaragen-Einkaufszentren-Video-Einzimmerwohnklo-Bebauung im Weg stehen. Auch dieses schöne Viertel soll betonverwüstet werden." (nach TAGESZEITUNG, 6.5.)

Laut ABENDBLATT verlangt der CDU-Abgeordnete Müller zwar weiterhin die Räumung, zugleich aber den Erhalt aller Häuser. Sie sollen §5-Schein-Besitzern überlassen werden.

8.Juli Das ABENDBLATT über die bisherige Entwicklung in den Häusern und die vorherige Planung, den Verlag Gruner+Jahr in diesem Gebiet bauen zu lassen: "Im November 1982 - Gruner+Jahr hatte sich für einen anderen Standort entschieden - vereinbarte der damalige Bausenator Apel mit den Besetzern: Die Wohnungen werden von der Stadt instand gesetzt, danach gibt es Nutzungsverträge und Mietzahlung. Der Senat setzte insgesamt 260.000 Mark ein, die aber noch nicht ganz ausgegeben sind. Für 140.000 Mark gingen Handwerker an die Arbeit. 60.000 Mark kosteten Hilfsarbeiten, die von den Besetzern selbst - unter Anleitung einer Architektengruppe - geleistet wurden. Pro Mann und Stunde gab es netto 7,50 Mark, dazu die Kosten für Versicherung und Krankenkasse. SAGA-Fachleute beurteilten die Arbeit positiv: 'Die Mittel sind gut und sachgerecht verwendet worden.'".

21.Juli Die Baubehörde hat einen Wettbewerb zur Neugestaltung des Hafenrands ausgeschrieben. Baudirektor Kossak in HAMBURG AKTUELL über die Vorgaben: "Ja, es gibt einen alten Bebauungsplan, der ja noch aus den Vorstellungen von vor 1970 stammt, hier eine sehr repräsentative Bürohausbebauung mit sehr großem Volumen entstehen zu lassen. Das waren damals etwa 60.000 qm Geschoßfläche. Heute wollen wir nur noch die Hälfte realisieren und eben kein Bürohochhäusermeer, sondern Wohnungen etwa zu zwei Dritteln, 250 Wohnungen werden das werden, und zu einem Drittel Kleingewerbe, das Hafenbezug haben soll." In derselben Sendung erklärt Bausenator Wagner über die Häuser: "Wir haben keine Auseinandersetzung als Baubehörde mit den Besetzern, sondern hier hat die SAGA den unmittelbaren Kontakt mit den Nutzern dort in der Hafenstraße. Auseinandersetzungen liegen nicht vor." Wagner fordert dazu auf, die vor einem Jahr besprochene Nutzungsvereinbarung zwischen SAGA und Bewohnern vorzulegen.

1983

29.Juli Die WELT berichtet: "Der Senat wird bis Ende des Jahres dafür sorgen, daß zwischen den Besetzern der Häuser in der Hafenstraße und deren Eigentümerin, der Stadt, 'eindeutige Rechtsverhältnisse' (sprich Mietverträge) geschaffen werden. Sollte dies nicht möglich sein, wird bis Silvester geräumt."

13.September Als Vorbedingung für Verhandlungen verlangt die SAGA von den Bewohnern eine vollständige Namensliste und ein Nutzungskonzept; die Bewohner, die eine Weitergabe der Namensliste an die Polizei befürchten, wollen ein solches Konzept nur einer gemeinsamen Kommission aus Baubehörde und SAGA vorlegen. Sie lehnen Einzelmietverträge ab und verlangen einen Generalnutzungsvertrag.

Einen Tag vor Ablauf eines Ultimatums der SAGA, das die Bewohner zu Verhandlungen zwingen sollte, belagern diese für zwei Stunden das Büro des Bausenators Wagner, um ihm ihr Nutzungskonzept zu überbringen. In ihm heißt es u.a.: "Die Verbundenheit zu unserem Lebensraum ist gewachsen auf dem Boden der Heimatlosigkeit und hat ihren Ursprung in dem Bedürfnis, ein Dach über dem Kopf zu haben (...) Im Gegensatz zur Verelendung und Reservation in Trabantenstädten wie Mümmelmannsberg, Steilshoop und Osdorfer Born wird hier ein alter traditionsreicher und von Zerstörung gezeichneter Stadtteil wieder neu belebt und erhalten." Bausenator Wagner lehnt direkte Gespräche mit den Bewohnern kategorisch ab; zuständig sei die SAGA (TAGESZEITUNG, 15.9.).

17.Oktober Bauprüfung durch die SAGA; Mängelfeststellung, die in den kommenden Monaten gegenüber den Bewohnern geltend gemacht werden wird.

21.Oktober Die Polizei nimmt im Verlauf einer spontanen Demonstration 154 Personen fest, die den Forderungen der Bewohner Hafenstraße Nachdruck verleihen wollen. Als Grund der Massenfestnahme gibt die Polizei die

Vermummung einiger Demonstrationsteilnehmer und das Abschießen zweier Feuerwerksraketen an (TAGESZEITUNG, 22.10.).

22.Oktober Das ABENDBLATT berichtet, daß Bausenator Wagner keine weiteren öffentlichen Mittel für den Erhalt der Häuser bewilligen wolle und sich darin in Widerspruch zur SAGA befinde, "die nochmals Geld für die abbruchreifen Häuser ausgeben will". "Nach einer neuerlichen Begehung der für den Abbruch vorgesehenen drei Gebäude durch die zuständige Bauprüfabteilung hatte das städtische Wohnungsunternehmen gemeldet, zwei Bauten, an der St.Pauli Hafenstraße 126 und an der Bernhard-Nocht-Straße 16, könnten erhalten und 'mit vertretbaren Mitteln instand gesetzt' werden." (WELT, 22.10.)

24.Oktober Gespräche zwischen Bewohnern und SAGA finden statt. In der HAMBURGER RUNDSCHAU vom 3.11. schreiben die Bewohner über deren Verlauf u.a.: "Der größte Hammer: SAGA-Vertreter Voßbein erklärte, sie müßten ihre schriftliche Zusage von der letzten Woche, daß kein Haus abgerissen wird und alle in abzuschließende Verträge einzubeziehen sind, zurücknehmen. Die Baubehörde (sprich: Senator und SAGA-Aufsichtsratschef Eugen Wagner) sei nicht bereit, 'weiter städtische Gelder in die Häuser zu stecken'. Sie waren ziemlich geplättet, als sie hörten, daß wir ihre Gelder gar nicht wollen. Denn: Sogar die Bauprüfabteilung der Baubehörde ist mit uns der Meinung, daß die 3 Häuser 'mit vertretbaren Mitteln' weiter instandgesetzt werden können. Unser Vertragsvorschlag basiert auf Selbstverwaltung ausgehend von unseren eigenen Kräften und Mitteln. Das bedeutet, daß wir eine Quasimiete an den Verein bezahlen und davon und von Sach- und Geldspenden das nötige Material für die Instandhaltung/setzung besorgen."

25.Oktober Die Staatliche Pressestelle teilt die Entscheidung des SAGA-Vorstands mit, "daß die Verhandlungen endgültig gescheitert sind". Das weitere Vorgehen werde noch abgestimmt.

26.Oktober Die TAGESZEITUNG faßt den Dissens zwischen SAGA und Bewohnern folgendermaßen zusammen:

"SAGA will die üblichen Einzelmietverträge abschließen. Der Mietpreis soll 1,50 DM pro Quadratmeter betragen, im Mietenspiegel sind zwei bis drei DM vorgesehen. Berücksichtigt wird dabei die von den Besetzern geleistete Arbeit. Hinzu kämen Nebenkosten.

Besetzer(innen) wollen einen Generalnutzungsvertrag. Vertragspartner für die SAGA soll die Sozialpädagogische Forschungsgemeinschaft (SoFoG) werden. An sie wollen die Besetzer auch Miete bezahlen. Das Geld soll dann ausschließlich für Instandhaltung verwendet werden. Die Besetzer wollen keine Einzelmietverträge, weil dies ihrer kollektiven Lebensform widerspräche, die SAGA will Einzelmietverträge, weil das 'normal' ist.

Kosten für Ver- und Entsorgung:

SAGA will von den Besetzern für Wasser, Sielgebühren, Müllabfuhr ab Mai 1982 17.000 DM. Sie will sie kollektiv von den Besetzer(innen).

Besetzer(innen) wollen das nicht zahlen. Sie hätten die Häuser vom ehemaligen Bausenator Volker Lange zur Nutzung erhalten, eingeschlossen sei dabei auch die Nutzung der Anschlüsse gewesen. Auch würde die von ihnen in die Häuser gesteckte Arbeit und das Baumaterial, das über die gezahlten 240.000 DM hinausgeht, die 17.000 DM bei weitem aufrechnen. Außerdem hätten sie kein Geld.

Abriß:

SAGA hält die drei Häuser Hafenstraße 116 und 126 sowie Bernhard-Nocht-Straße 16 (sogenannte 6er-Häuser) zwar begrenzt für erhaltenswert, es müßten aber bestimmte Arbeiten darin erledigt werden. Dafür bekommen sie von ihrem Mehrheitsaktionär kein Geld. Verantwortlich: Die Baubehörde unter Senator Eugen Wagner.

Besetzer(innen) wollen auch gar kein Geld von SAGA oder Senat. Die Erhaltung der Häuser wollen sie mit ihren Mietgeldern und ihrer Eigenarbeit gewährleisten."

1983

2.November Die SAGA fordert die Bewohner ultimativ auf, bis zum 22.November auszuziehen (ABENDBLATT, 3.11.).

19.November Die Bewohner erklären sich zwei Tage vor Ablauf des SAGA-Ultimatums bereit, auch Einzelmietverträge zu akzeptieren. Voraussetzung sei allerdings, daß "in einem Rahmenvertrag über alle von uns bewohnten Häuser unser Verein, die Sozialpädagogische Forschungsgemeinschaft (SoFoG) als Verwalter der Häuser akzeptiert wird und unsere Mietleistungen für die durch uns weiter durchzuführende Instandsetzung an die SoFoG gehen." Senator Wagner gibt den Weg für neue Gespräche mit den Bewohnern frei (ABENDBLATT, 21.11.). Dennoch läßt er im unklaren, ob die für den 22.November angekündigte polizeiliche Räumung stattfinden soll oder nicht.

21.November Karl-Heinz Ehlers (CDU) behauptet in der Fernsehsendung "HAMBURGER JOURNAL", die Bewohner wollten keine Miete bezahlen, und begründet damit seine scharfe Kritik der Hausbesetzung: "Weil ich der Meinung bin, daß es nicht sein kann, daß einige Leute Häuser besetzen und der Meinung sind, sie müßten dafür keine Miete bezahlen. Ich bin der Meinung, dieses ist im Sinne des Wortes ein asoziales Verhalten". In derselben Sendung erklärt eine Bewohnerin: "Es gibt Tausende von obdachlosen Jugendlichen in der Stadt, die keine Arbeit haben und keine Chancen, Zimmer zu kriegen und keinen Schutz. Und keiner mag das sehen, jeder übersieht das, weil das Problem zu schwierig und zu unangenehm ist." In der Sendung wird außerdem mitgeteilt, daß die angekündigte Räumung zunächst ausgesetzt ist.

23.November Der von der SAGA eingeschaltete Rechtsanwalt Michael Günther erläutert im ABENDBLATT seine Absprachen mit Bausenator Wagner. Dazu gehörten "der Abschluß von Einzel-Mietverträgen mit einer Untermieterlaubnis, die Bezahlung von rund 17.000 Mark aufgelaufenen Schulden für die Ver- und Entsorgung der Häuser und ein gewisses Maß an Selbstverwaltung. Außerdem die Einrichtung von Gemeinschaftsräumen und die Zusicherung, daß auch die drei vom Abriß bedrohten Häuser vermietet

und von den Bewohnern - gegen eine entsprechende Reduzierung der Miete - instandgesetzt werden."

25.November Per Boten erreicht den Rechtsanwalt der Bewohner eine neue Verhandlungsposition der SAGA. "Die ursprünglich für den Abriß vorgesehenen Sechser-Häuser sollen auf mindestens drei Jahre für eine Miete von 0,20 DM pro Quadratmeter vermietet werden. Instandsetzungsarbeiten seien dafür von den Besetzern selber durchzuführen und zu bezahlen. Die übrigen fünf Häuser würden gegen 1,50 DM pro Quadratmeter vermietet. Die Verträge sollen über fünf Jahre laufen. Instandsetzungen würden von der SAGA finanziert und durchgeführt. Die Besetzer wollten Instandsetzung in eigener Regie und dafür keine Miete zahlen. Die 17.000 DM für angelaufene Nebenkosten sollen komplett von den Besetzern bezahlt werden. Wenn die Besetzer diese Bedingungen annehmen, würde die Räumungsfrist bis 6.Dezember verlängert, bis dahin könnten die Einzelheiten ausgehandelt werden. Widrigenfalls bleibe die Frist bis zu diesem Montag bestehen. Danach würden rechtliche Schritte - sprich Räumung - eingeleitet werden" (TAGESZEITUNG, 26.11).

30.November Die Staatliche Pressestelle teilt mit, daß es zwischen SAGA und Bewohnern zu einer Grundsatzvereinbarung gekommen sei. Es sollen Einzelmietverträge für die Dauer von 3 Jahren abgeschlossen werden. In der Erklärung heißt es über die ursprünglich zum Abriß bestimmten Häuser u.a.: "Drei der Häuser - Bernhard-Nocht-Straße 16, St.Pauli-Hafenstraße 116, 126 - , die ursprünglich wegen ihres schlechten baulichen Zustandes abgebrochen werden sollten, wollen die Bewohner nach Auflagen der zuständigen Bauprüfabteilung unter fachlicher Leitung auf eigene Kosten so herrichten, daß die Wohnungen mindestens drei Jahre nutzbar sind. Die Stadt wird, das machte Bausenator Eugen Wagner zur Bedingung - 'keine einzige Mark' in diese Häuser stecken. Die Mieter werden eine Miete von ca. DM 1,20 pro Quadratmeter monatlich (einschließlich Betriebskosten) zahlen." Zum Schluß heißt es: "Mit dieser Vereinbarung wird erreicht, daß Wohnungen, die schon abgebrochen werden sollten, und andere Wohnungen, die jetzt mit hohem Mittelaufwand instandgesetzt werden müßten, für die Dauer der Pla-

nung für das Hafenrandgebiet zwischengenutzt werden können. Öffentliche Mittel werden dafür nicht bereitgestellt." Damit sind die Bewohner der Häuser endgültig zu Mietern geworden.

1984

Pläne zum 800.Hafengeburtstag

Zusammenfassung: **Der städtebauliche Wettbewerb der Baubehörde wird im Juni entschieden. Zum 800.Hafengeburtstag soll das Gebiet völlig neu bebaut sein.**

Es kommt im Juni zu einer Mißhandlung und Vergewaltigung in den Häusern. Bewöhner üben Selbstjustiz gegen die Täter.

Im Bezirksamt sucht man seit August nach einer "politischen Lösung", um das Mietverhältnis vorzeitigt beenden zu können. Sozialhilfegelder, die den Bewohnern seit April für Instandhaltungsarbeiten zustehen, werden ab Oktober gestrichen, angeblich weil Belege nicht eingereicht wurden: die sollten jedoch laut amtlicher Mitteilung erst am 15.1. des folgenden Jahres vorliegen. Sozialsenator Ehlers kritisiert das Vorgehen von Behörden und SAGA in internen Schreiben als "untragbar".

Im Dezember dringt Bezirksamtsleiter Jungesblut bei Senator Wagner erneut auf eine "politische Lösung", die zwischen beiden abgesprochen worden war.

9.April Das Bezirksamt Mitte erklärt in einem Schreiben, den Bewohnern 3,- DM/qm als Kosten der Unterkunft (KdU) zu zahlen; 0,20 DM davon sind Mietkosten, 2,80 DM Instandhaltungsgelder. "Die Aufwendungen für den Materialkauf für 1984 sind der Sozialabteilung der Ortsdienststelle St.Pauli durch Vorlage der Originalbelege gesammelt bis spätestens zum 15.1.1985 vorzulegen. Das Bezirksamt Hamburg-Mitte wird nach Vorlage der Kaufbelege über die weitere Höhe der anzuerkennenden Kosten der Unterkunft ab 1.1.1985 entscheiden." Tatsächlich werden die Gelder bereits ab Oktober 1984 nicht mehr gezahlt, wie in Schreiben des Bezirksamts aus dem Zeitraum zwischen dem 8.10. und 1.11. mitgeteilt wird.

6.Juni Die Staatliche Pressestelle teilt mit, daß der "städtebauliche Ideenwettbewerb für die künftige Bebauung des Geländes zwischen Pinnasberg - Bernhard-Nocht-Straße" entschieden sei. Den ersten Preis erhält das Archi-

tekten-Contor Schäfer/Ferdinand, Hamburg. Ihre Arbeit "sieht eine vier- bis fünfgeschossige straßenparallele Bebauung des Geesthangs entlang dem Pinnasberg und der Bernhard-Nocht-Straße vor. Die dort vorhandenen Altbauten werden zu einem großen Teil in das Konzept einbezogen. Insgesamt sollen etwa 270 Wohnungen neu geschaffen werden. Zwischen der Antonistraße und der neuen Fußgängerbrücke über die Hafenrandstraße haben die Architekten einen neuen Platz vorgesehen, der eine gute Aussicht auf das Hafenpanorama gewähren wird. Der Schauermannspark bleibt erhalten und wird durch eine Allee und einen Spielplatz ergänzt. Entlang der Hafenrandstraße ist eine neue Bebauung für gewerbliche Nutzung mit rund 15.000 Quadratmetern Bruttogeschoßfläche vorgesehen. Dabei wird es sich überwiegend um Dienstleistungsbetriebe mit Hafenbezug handeln." Die Erklärung betont: "Zum 800.Hafengeburtstag 1989 soll das Gesamtprojekt realisiert sein."

7.Juni In einer Wohnung der "Hafenstraße" vergewaltigen und mißhandeln zwei Frauen und ein Mann eine Besucherin. Andere Bewohner beschließen, die Täter zu bestrafen, und verüben Selbstjustiz: sie verprügeln sie, scheren ihnen die Köpfe und setzen sie auf dem Land aus. In einem Flugblatt schreiben die Bewohner: "Klar war, daß wir nicht mit Bullen und Justiz zusammenarbeiten und uns so das Problem vom Hals schaffen wollten. Für uns hätte das geheißen, genau zu denen zu gehen, die keine Gelegenheit auslassen, uns zu schikanieren und, wenn sie uns in ihrer Gewalt haben, versuchen, fertig zu machen." (laut TAGESZEITUNG, 15.6.)

Der CDU-Abgeordnete Martin Müller gebraucht in einer Bürgerschaftssitzung erstmals das Wort vom "rechtsfreien Raum" (ABENDLBATT, 8.6.), das in den folgenden Jahren geflügelt wird.

30.Juli Die SAGA teilt der Sozialpädagogischen Forschungsgemeinschaft (SoFoG) mit, "daß zunächst von einer Räumung des Grundstücks zwischen St.Pauli Hafenstraße 116 und 120 abgesehen wird."

1984

28.August Der Bezirksrechtsbeamte Schütze erörtert mit Bezirksamtsleiter Jungesblut (internes Kürzel: "B") die Situation, nachdem der sich bei der SAGA informiert hatte. Die Besprechung hat folgendes Resultat:

"1. Bei den Häusern mit Einzel-Mietverträgen läuft alles ordnungsgemäß, Mängel werden/sind von den Mietern beseitigt, evtl. werden aus Vertragsverletzungen der Mieter von der SAGA zivilrechtliche Konsequenzen gezogen.

2. Bei den Sofog-Häusern läuft dagegen nichts. Fristablauf zur Abstellung der Mängel ist Mitte September, diese Frist wird sicherlich verlängert werden. Es kann aber davon ausgegangen werden, daß in diesen Häusern nichts getan wird. Für diesen Fall muß für die Häuser eine politische Lösung gesucht und gefunden werden, notfalls muß im Senat entschieden werden, was dann geschehen soll.

B hat für die Woche nach dem 9.September 84 ein Gespräch mit dem Präses der Baubehörde angemeldet, um dieses Thema mit ihm zu erörtern."

7.September Die Bewohner der sogenannten 6er-Häuser erhalten das Ultimatum, bis zum 18.Oktober die Quittungen über ausgeführte Renovierungsarbeiten einzureichen, über die erst am 15.1.1985 abgerechnet werden sollte; andernfalls würden die Zahlungen (2,80 DM/qm) eingestellt. Das Sozialamt erhält den Abrechnungstermin vom 15.1.1985 aufrecht. Dessen ungeachtet werden die Zahlungen bereits ab September eingestellt (TAGESZEITUNG, 16.4.1985).

17.September In einem Brief an Mitglieder des Senats betont Bausenator Wagner, daß es Unterschiede in der Entwicklung von 6er-Häusern und den übrigen gebe, was die Entwicklung der Instandsetzungsarbeiten angehe.

11.Oktober Senator Ehlers schreibt unter Bezug auf den Brief von Senator Wagner an Bürgermeister v.Dohnanyi, die unterschiedliche Entwicklung in den Häusern liege "an den voneinander abweichenden Rahmenbedingungen für die beiden Häuser-Komplexe. Während in den Häusern St.Pauli-Hafenstraße 108, 110, 120 und 122 sowie Bernhard-Nocht-Straße 22 die SAGA in

Verbindung mit dem Planerkollektiv - in der Rolle des Bauleiters und Vermittlers - durch Firmen Grundinstandsetzungsmaßnahmen durchführen läßt und diese Kosten selbst finanziert, geschieht das in den '6er-Häusern' nicht. Das hat zur Folge, daß die Bewohner in den '6er-Häusern' für umfangreiche Instandsetzungsarbeiten (...) bisher auf Selbsthilfe und die sehr beschränkten Instandsetzungsmittel aus den individuell bewilligten Sozialhilfeleistungen beschränkt geblieben sind. Es ist - wie ich meine - verständlich, daß mit solchen Mitteln notwendige Grundinstandsetzungsmaßnahmen nicht geleistet werden können und daß andererseits von den Bewohnern tatsächlich geleistete Arbeiten durch die bestehenden Defekte an der Gebäudesubstanz immer wieder zunichte gemacht wird. Nun bin ich mir darüber im klaren, daß der Senat mit Billigung des Vertragswerkes vom Dezember 1983 ausdrücklich seine Absicht bekundet hat, die '6er-Häuser' abzureißen. Dies ist in den entsprechenden Einzelmietverträgen auch so formuliert, weshalb die Mietverhältnisse in den '6er-Häusern' bis 31.12.1986 befristet sind. Ich halte es dennoch für nicht vertretbar, Mietern im Rahmen eines legalen Mietverhältnisses mit der SAGA als Verwalterin von städtischem Grundbesitz Grundinstandsetzungsarbeiten und Maßnahmen zur Gefahrenabwehr abzuverlangen. Für diese Arbeiten muß - auch bei befristeten Mietverträgen - der Vermieter verantwortlich bleiben. Wie zu meiner Kenntnis gelangt ist, mahnt die SAGA aber inzwischen bei einzelnen Mietern der '6er-Häuser' Maßnahmen der Grundinstandsetzung und der Gefahrenabwehr mit kurzfristiger Terminsetzung ab (...) Dabei bezieht sich die SAGA auf Besichtigungen durch die Bauprüfabteilung des Bezirksamtes am 17.10.1983, d.h. *vor* Abschluß der Mietverträge. Das halte ich für untragbar."

Am gleichen Tag schreibt Senator Ehlers auch an Bezirksamtsleiter Jungesblut und bittet ihn, seine "Entscheidung bezüglich der Einstellung des Instandsetzungsanteils an den Sozialhilfeleistungen für die einzelnen Mieter zu überprüfen. Nach Sachlage scheint es mir angemessen, die vertraglich vereinbarte Rechnungslegung über die Zahlungen zum 15.1.1985 abzuwarten."

1984

22.Oktober Im Bezirksamt beschließt man nach dem Schreiben Ehlers' zu klären, "was wir über die 6er-Häuser wissen. Dann wohl Telefonat B (Jungesblut) <-> Bausenator."

12.November In einem Schreiben an das Bezirksamt beschwert sich die Sozialpädagogische Forschungsgemeinschaft (SoFoG): "Eine wohnungsbezogene Mängelbeseitigung führte die SAGA bisher nur in 2 Wohnungen teilweise durch. Mit dieser schleppenden Arbeitsweise sind wir auf keinen Fall einverstanden und sind damit in Wohn- u. Arbeitsbereichen (gewollte Selbsthilfe) erheblich behindert. (...) Als Anlage fügen wir Ihnen eine von den Bewohnern erarbeitete vorläufige Mängelliste von zusätzlich beobachteten Gefahrenquellen bei." Die Liste umfaßt drei engbeschriebene Seiten mit detaillierten Hinweisen. In einem weiteren Schreiben der SoFoG vom selben Tag an das Bezirksamt heißt es: "wir möchten Sie auch darauf hinweisen, daß eine Zustandsverbesserung in den Häusern durch Begehungen, Besichtigungen u. dergl. bisher nicht von uns festgestellt wurde. Wir meinen daher, daß sich eine erneute Begehung zum gegenwärtigen Zeitpunkt erübrigen dürfte."

13.November Beamte der Bauprüfabteilung stellen in den Häusern Mängel fest; der Zutritt zu einigen Wohnungen wird ihnen verweigert. Der Bauprüfbeamte Lührs kommt in einem Bericht zu dem Ergebnis: "Das Schreiben der SoFoG vom 12.11.1984 muß daher bestätigt werden."

Wenig später kommt es zu einem Gespräch zwischen Bezirksamtsleiter Jungesblut und Bausenator Wagner über das weitere Vorgehen.

4.Dezember In einem Schreiben des Bezirksamtsleiters Jungesblut an Bausenator Wagner heißt es: "Wie die Anlagen zu diesem Schreiben erkennen lassen, hat die Bauprüfabteilung für die Beseitigung der Gefahrenzustände in diesen Häusern die Grenzen ihrer Durchsetzungsmöglichkeiten erreicht. (...)

Hier wird vielmehr entsprechend unserer Verabredung jetzt dringend die politische Entscheidung erforderlich."

1985

"Tabula rasa"

Zusammenfassung: Bezirksamt, Bausenator und Polizei wollen seit Januar "die 'große' Lösung, d.h. eine notfalls mit Zwang durchgesetzte Besichtigung mit dem Ziel, aufgrund der dabei gewonnenen Erkenntnisse das Haus Nr.116 kurzfristig abzureißen" (Bezirksamtsleiter Jungesblut intern).

In immer neuen Planspielen wird in den folgenden Monaten versucht, auf dem Weg von Polizeieinsätzen die Unbewohnbarkeit der Häuser festzustellen und sofort zu räumen. Rechtliche Gesichtspunkte haben nur noch die Bedeutung der "Absicherung (...) wg. zu erwartender Prüfung" (Lindau).

Den Bewohnern wird im März ein Gerüst demontiert, um ihnen notwendige Instandhaltungsarbeiten unmöglich zu machen. Im Mai stimmt der Wohnungsausschuß der Unbewohnbarkeitserklärung zu.

Die Polizei provoziert Anfang August schwere Auseinanderstzungen um die Häuser und sagt der Öffentlichkeit über die Hintergründe nachweislich die Unwahrheit. Im September ermutigt Innensenator Lange das Bezirksamt zu weiteren Polizeieinsätzen.

Ebenfalls im September zeichnet sich jedoch auch ab, daß die juristischen Widersprüche gegen die Unbewohnbarkeitserklärungen greifen und ein anderes Vorgehen von Baubehörde, SAGA und Bezirksamt auf dem Weg zum vorzeitigen Abriß notwendig machen. Man einigt sich, den Weg der Zweckentfremdungsgenehmigung zu gehen. Die Preisträger des Städtebaulichen Wettbewerbs müssen daraufhin ihre Pläne ändern.

Im Oktober verlangt die Polizei eine Koordinationsgruppe aller Behörden, die ihre Tätigkeit umgehend aufnimmt. Der Verfassungsschutz erklärt zur gleichen Zeit, RAF-Kader installierten in den Häusern Strukturen organisierter Gewalt. Neuanträge auf Leistungen nach Bundessozialhilfegesetz werden auf Weisung nicht mehr entgegengenommen.

1985

Mehrere Wochen lang wird im November ein Großeinsatz von Polizei und verschiedenen Behörden geplant, der am 5.Dezember stattfinden soll, jedoch im letzten Augenblick per einstweiliger Verfügung als rechtswidrig untersagt werden kann.

29.Januar Wie aus Akten hervorgeht, die der Öffentlichkeit am 20.5.1985 in einer Pressekonferenz der Grün-Alternativen Liste (GAL) und der Bewohner übergeben werden, stimmen Bausenator und Bezirksamt das weitere Vorgehen gegen die Bewohner ab.

"1. B(au)b(e)h(örde). -S- (Senator) hat f(ern)m(ün)dlich mitgeteilt, letztes Schreiben, in dem die Verantwortungen dargelegt wurden, wird beantwortet; B(au)b(e)h(örde) kann die Verantwortung nicht übernehmen. Sie soll insoweit an das Bezirksamt zurückkommen, als damit ein Hinweis verbunden ist, daß dann eben die Sachen ihren Gang nehmen muß.

2. BA3 stellt in der Art eines Netzplanes die Verknüpfungen der versch(iedenen) Tatbestände, der rechtl(ichen) Grundlagen und der Handlungsräume zB. von BA3 oder EA dar. Ziel, März Bau-Li(egenschaft) mit dem Thema zu befassen.

BA3 hat dieses Netzwerk mit RA abzustimmen.

3. -B- (Jungesblut) vertritt die Auffassung der tabula rasa -> Abbruch und übernimmt die Verantwortung (bis zur endgültigen Entscheidung bzw. Abbruch??)"

In einer Besprechung im Bezirksamt am gleichen Tag erklärt Jungesblut: "Die Polizei weigert sich, 'kleine' Lösungen zu unterstützen, deshalb kann wegen der Treppe allein nichts veranlaßt werden. Angestrebt wird die 'große' Lösung, d.h. eine notfalls mit Zwang durchgesetzte Besichtigung mit dem Ziel, aufgrund der dabei gewonnenen Erkenntnisse das Haus Nr.116 kurzfristig abzureißen. Mit Senator Wagner ist telefonisch Kontakt aufgenommen worden, BA30 soll ein Papier erarbeiten, wie die einzelnen Schritte zur Erreichung dieses Ziels aussehen können (SOG? Unbewohnbarkeitserklärung? Unterbringung der Bewohner?) In 14 Tagen/3 Wochen sei eine

Entscheidung des Senats/Senators zu erwarten. Für ein weiteres Abwarten bis zu diesem Zeitpunkt übernehme er -B- die Verantwortung."

Der Leiter des Bezirksrechtsamts, der Leitende Regierungsdirektor Schütze, notiert dazu: "B: Ziel -> tabula rasa"

31.Januar Es kommt zu Zusammenstößen zwischen Bewohnern und Polizeibeamten, in deren Verlauf eine Barrikade gebaut und angezündet wird.

Die CDU erhebt den Vorwurf, daß die Polizei nicht eingegriffen habe, was Innensenator Lange in einer Erklärung der Staatlichen Pressestelle am 6.Februar energisch zurückweist.

1.Februar Die Sozialpädagogische Forschungsgemeinschaft (SoFoG) weist in einem Brief auf dringend notwendige Instandsetzungsarbeiten hin: "Auf die Instandsetzungsgelder von Ihnen sind wir also unbedingt angewiesen. Die schon jetzt z.T. erfolgte Einstellung führen wir auf die falsche Behauptung, dort werde nicht gearbeitet und die fehlende Gemeinnützigkeit der SAGA zurück."

1.Februar Am 1., 7. und 12.Februar kommt es im Bezirksamt zu einer Reihe von Besprechungen darüber, wie das Ziel einer Räumung und eines Abrisses möglichst schnell erreicht werden kann. Über die Sitzungen vom 1. und 7.Januar hält der Leitende Regierungsdirektor Schütze vom Bezirksrechtsamt fest:

"Ziel: Abbruch
1. Gefahren für Leib und Leben begründen die Zustände im Hause nicht.
(Präziser: keine Gef(ahren) dieser Art, die Abriß rechtfertigen)
Zweckentfremdung = entfällt bei (???)
2. Unbewohnbarkeit -> liegt vor
Erhaltungsgebot -> ~~ausnahmsweise nicht~~ kann nicht ergehen (§5 (3)).
Aber: Li(Liegenschaft) Erklärung, V(er)f(ügun)g an Verm(ieter) + Mieter
Räumung verlangt das Gesetz, wir: nur Frist vorgeben

RM (Rechtsmittel) -> AW (Aufschiebende Wirkung?) der sof(ortigen) Vollziehung?

Damit kommen wir nicht durch!"

Auf der dritten Sitzung vom 12.Januar entwickelt Bezirksamtsleiter Jungesblut ("B") folgenden Plan, wie Schütze festhält:

"~~Tabula rasa~~
B: Lawine lostreten
----------Bau/Li (12.2.85)

Besichtigung (SAGA: wir wollen, teile Termin mit, an dem...)
Fakten sortieren, dann erst entscheiden, ob
- Richtung Räumung -Unbewohnb(arkeits)Erkl(ärung)
  -R(äumungs)V(er)f(ügun)g
  -Prozesse
- Verfestigung (???)
  -V(er)f(ügun)g E(inwohner)A(mt) +
  -V(er)f(ügun)g BA3

Abgelehnte Alternativen
1. Besichtigung mit Ziel (z.B. tabula rasa)
2. Vorgehen gegen SAGA zur Durchsetzung der alten (*unleserlich*)

Wir wollen -> Abbruch
Dazu kommen wir nur über -> Räumung
V(er)f(ügun)g kann begründet werden mit
- Gef(ahr) für Leib & Leben oder -> Unbewohnbarkeit

setzt also voraus, daß Gefahr für Leib + Leben oder Unbewohnbarkeit vorliegt."

5.Februar Regierungsdirektor Lindau, Schützes Stellvertreter, notiert:
"Nr.116(1)- Abbruchantrag liegt vor.
3 W(o)h(nun)g(en) (od(er) 4?)
z.T. unbewohnbar?
(2) E(einwohner)A(mt) muß Unbew(ohnbarkeit) erklären
(3) E(einwohner)A(mt) -> SAGA Räumung
-> Duldungsverfügung Bewohner
Alternative (4) V(er)f(ügun)g BA3 'Gefahr' <->
Problem zu (3) sof(ortige) Vollz(iehbarkeit)
BA3 -> EAL/BauLi(egenschaft)
W(ieder)v(orlage) 2 Wochen"

7.Februar Bezirksamtsleiter Jungesblut schreibt an Bausenator Wagner und erbittet eine Freizeichnung von gesetzlichen Plichten. Am selben Tag antwortet ihm Senator Wagner u.a.: "Bezüglich Ihrer vom Senat erbetenen Freizeichnung von den Pflichten, die sich aus den gesetzlichen Bestimmungen für die öffentliche Sicherheit und Ordnung ergeben, habe ich erhebliche Zweifel. Ich glaube nicht - ohne allerdings die Rechtsfrage geprüft zu haben - daß eine solche Freizeichnung überhaupt möglich ist. Abgesehen davon müßte ich jedoch für mich alle Bestrebungen ablehnen, die auf eine Beugung des Rechts hinausliefen. Unter diesen Umständen kann ich Ihnen nur dringend raten, die Ihrem Amt zur Abwehr von Gefahren für Leib und Leben der Bürger gesetzlich auferlegten Pflichten ungesäumt zu erfüllen."

26.Februar Bau- und Liegenschaftsbesprechung mit folgenden Punkten:

"1. nur 6er-H(äu)s(er) - i(n) ü(brigen) kein Problem, da hier SAGA sich verantwortlich fühlt
2. problematisch, daß die Mieter größere Arbeiten machen müssen.

3. Entscheid(un)g: im März hinein: (B(ehörde)f(ür)I(nneres), SAGA, B(au)b(ehörde))
T: Mittwoch Bespr(echung) (Bez(irks)A(mt) = Federführg)
4. alle W(o)h(nun)g(en) sollen besichtigt werden + f(ür) unbewohnbar erklärt werden (was ist schon u(n)b(ewohnbar)?
5. a. -> SAGA -> Bewohner -> Eskalation(??)
b. prakt.: Mauer weg usw.
c. Absicherung recht(lich) wg. zu erwartender Prüfung"

Der Leitende Reigerungsdirektor Schütze vom Bezirksrechtsamt notiert über dieselbe Sitzung :

"Nur: 6er Häuser, in anderen fühlt sich SAGA verpflichtet
(...)
Dr.Lange + SAGA Vorst(*unleserlich*) + B:
Ein(i)g(ung): im März hinein, Fed(erführend) B(ezirks)A(mt) Mitte
Mi Gespräch: mit Polizei (Krappen), BA30, EA, RA
SAGA wird anschreiben (1)
-> fordern Mauer weg (2)"

Darüber hinaus notiert Schütze zur rechtlichen Situation, falls die Mieter eine Besichtigung der Häuser ablehnen sollten:

"Falls Ablehnung, vorher Verfügung
Unbewohnbarkeit ohne Besichtigung g(e)s(etzlich) nicht möglich.

1. Laut ... berechtigt
2. Termin wird festgelegt auf.. 'Es ist beabsichtigt...'
3. BA gibt auf, ... zu dulden
4. AO (???) sof(ortige) Vollziehung...
5. RM (Rechtsmittel) Duldung..

SAGA einstw(eilige) V(er)f(ügun)g?
Da müßte SAGA wissen, daß Mieter ablehnen."

27.Februar In einer erneuten Notiz zur Einsatzplanung hält Regierungsdirektor Lindau fest:

"6. Auf Wunsch d. Polizei sollen entscheidungsbefugte Vertreter d(es) Bez(irks)A(mts) an Ort und Stelle sein.
7. Bei Weigerung od(er) anderw(eitigen) Hindernissen: Ersatzvornahme
8. Konsequenz: Unbewohnbarkeitsattest

-R- z(ur) K(enntnis) folgender Hinweis
Es ist bislang völlig unerörtert geblieben, ob wir von einer Anhörung gem. §28 VerVfg absehen dürfen. Wir könnten uns auf §28 Abs.2 Nr.4 od. auf Abs. 3 berufen".

8.März Das Bezirksamt Hamburg-Mitte lehnt es in einem Schreiben an die Bewohner ab, künftig "pauschal geltend gemachte Instandsetzungskosten

mit den Kosten der Unterkunft zu zahlen, sondern wird künftig im Einzelfall auf Antrag die Berechtigung prüfen".

Regierungsdirektor Lindau notiert während einer Besprechung im Bezirksamt folgenden neuen Ablauf des Einsatzes, nachdem zur juristischen Absicherung der Polizeiaktion noch eine formelle Anhörung der Bewohner stattfinden muß:

"1. Anhörung ca. 19.3.
2. V(er)f(ügun)g 25.3.
3. Aktion 28.3. (einen Tag später)
Zustell(un)g G(erichts)V(oll)Z(ieher) + BA31
Treppe ->
Presse vorformuliert auf Anfrage"

21.März Zwei Vertreter der Sozialpädagogischen Forschungsgemeinschaft (SoFoG) erscheinen im Bezirksamt zur Anhörung bei BA30; "Gründe der Verwaltung für die Erfordernis der Besichtigung wurden erläutert und eingehend diskutiert. Insbesondere wurden die Rechtsmittel sehr ausführlich dargestellt und vorgeführt."

Bezirksamtsleiter Jungesblut bittet in einem Schreiben, das die Polizeidirektion Mitte am 15.3. angefordert hatte, offiziell um Polizeischutz: "Dem Bezirksamt ist bekannt, daß in den oben genannten Gebäuden erhebliche Mängel vorhanden sind, es muß darüber hinaus Gefahrenzustände für Leib und Leben der Bewohner befürchten. Aus diesem Grunde ist eine Besichtigung des Gebäudes und seiner Wohnungen unbedingt erforderlich. (...) Da die Vollstreckungsbeamten des Bezirksamtes bei der Ausführung ihres Auftrages möglicherweise auf den Widerstand der Bewohner stoßen werden, bittet das Bezirksamt die Polizeidirektion Mitte um Amtshilfe."

25.März Das Bezirksamt plant den Einsatz vom 28.März und behandelt folgende Fragen:

"A. Abklärung d.Standpunkte
1. Lagebericht BA30
2. Plan 116 -> 126 -> 16
3. P(olizei)D(irektion): keine Eskalation erwartet
4. Gerüst wird nur beseitigt, wenn sowieso Eskalation (120/122)
5. 'Treppe' wird beseitigt, Tür entfernt u. Fenster eingebaut (126)
6. 'Teich' wird beseitigt. -BA6- (vor 126?)
Hinweis P(olizei)D(irektion): das kann Eskal(ation) bringen
-> Meinung -B- soll erkundet werden.
7. Stadtreinigung räumt bei 'Bedarf' Müll
8. HEW kann Häuser v. außen nicht abschalten
Interesse Zähler usw. zu kontrollieren
-> Eintritt
9. HWW hat kein eig(enes) Int(eresse), ist abrufbar, um bei Eskalation pro Haus abzustellen.
B. Besichtigg - Ablauf
* durch BA3, EA, SAGA, HEW, SchF GVZ möglichst wenig
* Lange Str. 18/19 SAGA-Büro 7.45 Uhr Einsatzzentrale"

Gegen Empfangsbestätigung geht die Ankündigung an die Bewohner heraus, am 28.März eine Besichtigung vornehmen zu wollen. "Dem Bezirksamt ist bekannt, daß im oben genannten Gebäude erhebliche Mängel vorhanden sind, es muß darüber hinaus Gefahrenzustände für Leib und Leben der Bewohner und Besucher befürchten. Aus diesem Grunde ist eine Besichtigung des Gebäudes und seiner Wohnungen unbedingt erforderlich."

28.März Fachleute der Bauprüfabteilung und ein Gerichtsvollzieher dringen wie geplant unter Polizeischutz in die Häuser ein, um festzustellen: "Der Zustand der 1982 zum Abbruch vorgesehenen Häuser ist in der Zwischenzeit nicht besser geworden" (ABENDBLATT, 29.3.). Ein Baugerüst, das die Bewohner montiert hatten, um diesen Zustand zu verbessern, wird unterdes

von Arbeitern unter massivem Polizeischutz abgebaut. "Unter der 'Amtshilfe' eines riesigen Polizeiaufgebots wurden gestern in der Hafen- und Bernhard-Nocht-Straße drei Häuser von der Bauprüfungsabteilung besichtigt, das Gerüst um einen Teil des Gebäudes abgebaut, zwölf Stromzähler entfernt und eine Wohnung geräumt. Zurück blieben zahlreiche Bewohner, Zerstörungen in den Wohnungen und die Frage, ob der Einsatz Auftakt für eine Teil-Räumung sein soll." (TAGESZEITUNG, 29.3.)

1.April Laut Regierungsdirektor Lindau vom Bezirksrechtsamt gibt es "keine akuten Gefahren in den Häusern". Er sieht ein Schreiben an die SAGA gemäß Wohnpflegegesetz, zur Unbewohnbarkeit, zur Abbruchgenehmigung, zu den Schornsteinen und zur Statik vor.

Ergebnis einer Besprechung im Bezirksamt vom gleichen Tag ist: "U(n)B(ewohnbarkeit) fraglich wegen 'Vergammelnlassen' - soll dennoch erteilt werden."

2.April Günter Trommer, Mitglied des von der SAGA mit Instandhaltungsarbeiten beauftragten "Planerkollektivs", schreibt unter dem Eindruck der Ereignisse in einem Leserbrief an die TAGESZEITUNG: "Wir vom Planerkollektiv stellen die Architektenbetreuung für die Bauarbeiten in der Hafenstraße sofort ein." Er berichtet über den Zustand der Fassade und Gefahren für Passanten und fährt fort: "Bei der SAGA wurde offensichtlich die Entscheidung getroffen, diesen Gefahrenzustand nicht zu beseitigen, sondern den Abbau der Gerüste zu beauftragen. Hierdurch wurden von der SAGA Vereinbarungen mit den Bewohnern und mit uns als Architekten nicht eingehalten, die zu Beginn der Bauarbeiten abgesprochen waren. Es sollten nämlich mit den Bauarbeiten sowohl Auflagen der Bauprüfabteilung erfüllt werden, als auch erforderliche fachgerechte Instandsetzungsarbeiten durchgeführt werden. (...) Allem Anschein nach geht es der SAGA hier nicht mehr um die Instandsetzung, sondern um eine Vorbereitung des Abrisses dieser Gebäude durch die Vernachlässigung von notwendigen Instandsetzungsarbeiten. Hieran wollen wir uns als Architekten nicht beteiligen."

Die HEW teilen der SAGA mit, daß sie keinen Strom mehr in die Häuser liefern würden .

3.April Die Bewohner übersenden dem Bezirksamt eine detaillierte Liste der Schäden, die der Polizeieinsatz vom 28.März hinterlassen hatte; sie verlangen sofortige Reparatur:

"Bernhard-Nochtstr.22: 1 Briefkasten vor der Eingangstür wurde demoliert (läßt sich nicht mehr schließen) 1 Briefkasten wurde abgerissen und entfernt.

Die neueingebaute Haustür ist instabil, wurde nicht vermauert und läßt Zugluft ins Treppenhaus. Die zweite Haustür (sogn. Windfang) wurde aus ihren Schanieren und aus ihrem Riegel gerissen, eine Scheibe eingeschlagen.

1. Stock li.: Die Wohnungstür wurde aufgetreten wobei das Türschloß herausbrach und entfernt wurde. An einer Zimmertür wurde das Fenster zerschlagen.

2. Stock re.: Die Wohnungstür wurde aufgetreten, wobei die Türzarge zerstört und der mittlere Türkasten eingeschlagen wurde. 2 Congas wurden innerhalb der Wohnung umgestoßen, wobei eine Conga in 2 Hälften zersplitterte. 2 Bilder wurden entwendet und 1 Taschenmesser "Opinel" wurde dem Bewohner abgenommen und auch nach Aufforderung nicht wieder zurückgegeben.

3. Stock re.: 1 Zimmerscheibe von den Gerüstarbeitern zerschlagen.

3. Stock li.: Wohnungstür eingetreten, wobei das Schloß herausbrach. 1 Zimmertür eingetreten und demoliert.

Bernhard-Nochtstr.22:

Treppenhaus: Das Treppengeländer vom gesamten Treppenhaus ist instabil da mehrere Geländerstreben herausgebrochen wurden. Treppengeländer zum Dachboden ebenfalls durch mutwillige Zerstörung instabil, da das Geländer aus der oberen Verankerung herausgebrochen und mehrere Geländerstreben herausgerissen wurden. Feuerschutztür zum Dachboden zerstört. Feuerschutztürverkleidung neben der Feuerschutztür teilweise weggerissen.

Dachboden: Fenster zum Lichtschacht herausgerissen und zerstört. Werkzeug vom Dachboden entwendet (1 Handkreissäge, 1 Hammer, 1

Bohrmaschine, 1 Schraubenschlüssel, 1 Rohrzange).

Bernhard-Nochtstr. 22 u. St.Pauli-Hafenstr. 122:

Dachboden: Treppe vom Dachboden der Häuser Bernhard-Nochtstr. 22 u. St.Pauli-Hafenstr. 122 weggerissen.

Bernhard-Nochtstr. 16:

Treppenhaus: Treppengeländer instabil da mehrere Geländerstreben herausgebrochen wurden.

Bernhard-Nochtstr. 126:

Treppenhaus: Treppengeländer instabil da mehrere Geländerstreben herausgebrochen wurden."

10.April Wie aus den Akten, die der Presse am 20.5. übergeben werden, hervorgeht, hat die Bauprüfung vom 28.März nicht die Ergebnisse gebracht, die die gewünschte Unbewohnbarkeitserklärung rechtfertigen würden: "6.Weiteres Verfahren. - Wenn auch insgesamt die Mängel nicht zu einer akuten Gefahr und damit Räumungsanordnung führen können (Voraussetzung für einen Erfolg in Rechtsmittelverfahren einschl. des Widerspruches durch die Betroffenen d.E. nicht gegeben), so kann BA3 öffentl.rechtl. die Verantwortung nicht tragen, da entsprechende Anordnungen aus Erfahrung nicht durchgesetzt werden können. Hieraus resultiert der Anspruch, wenn vorausgesetzt werden soll, daß SAGA nicht über Räumung zum Abbruch in Bälde kommt, daß öffentl.rechtl. die Räumung durchgesetzt werden sollte. - Hier Ansatz: Wohnungspflegegesetz. * Unbewohnbarkeit * Räumungsverfügung * Sofortige Vollziehung."

In baumartigen Diagrammen oder "Netzplänen", die alle im Resultat "Abbruch", nur einmal in "Festsetzungsbescheid an SAGA" enden, werden Planspiele für verschiedene Behörden entworfen.

12.April Im Bezirksamt entwirft man auf einer Sitzung unter Leitung des Bezirksamtsleiters Jungesblut folgenden Plan zur Räumung der Häuser:

"1. Schritt: Schr(eiben) E(inwohner)A(mt) -> SAGA Mängelbeseitigen (einschl. BA3) Kosten 400000.-

INFORMATIONS- UND STADTTEIL BÜRO ST.PAULI
HARTE MUSIK
TANZEN
NICHT

2. Schritt: SAGA -> Bez(irks)A(mt) Unverhältnismäßigkeit Vereinb(arung) nicht eingehalten
3. Schritt: B (Jungesblut) -> Sen(ator) Planverfahren?
4. Schritt: Antwort Sen(ator): kein Erhalt
5. Schritt: U(n)B(ewohnbarkeit) mit Räumfrist 2 Mo(nate)
6. Schritt: Wid(erspruch)
7. Schritt: Sof(ortiger) Voll(zug)
* Erg(ebnis) Besichtigung
* Mängel/Gefahren
*"

15.April Bezirksamt Hamburg-Mitte: Etwa 30 Bewohner besetzen vormittags das Büro des Sozialamtsleiters Bobke, um dagegen zu protestieren, daß die Zahlung von Renovierungsgeldern (2,80 DM/qm) seit September 1984 eingestellt worden war. Das Bezirksamt hatte diese Entscheidung damit begründet, das Geld sei bisher nicht für die Renovierung verwendet worden. Jugend- und Sozialdezernent Söntgen referiert die Meinung des Rechtsamts, "daß wir mit unserer Maßnahme nicht so ganz gerade liegen" (TAGESZEITUNG, 16.4.).

16.April Bezirksversammlung Hamburg-Mitte: Bezirksamtsleiter Jungesblut berichtet über das Vorgehen gegenüber den Häusern. Er begründet u.a. die Einstellung der Zahlungen der Instandhaltungsgelder von 2,80 DM/qm: "Eine belegmäßige Abrechnung sollte am 15.1.1985 erfolgen. Nachdem bis zum Spätsommer letzten Jahres die Instandsetzungsarbeiten gar nicht oder nur vereinzelt begonnen wurden, wurde die pauschalierte Zahlung zum 30.9.1984 eingestellt. Bis zu diesem Zeitpunkt sind für alle Häuser insgesamt 23.800.-- DM gezahlt worden. Dort, wo der Nachweis über verauslagte Kosten erbracht und abgerechnet wurde, ist auch nach dem 1.10.1984 weiter gezahlt worden."

Es gibt eine Diskussion über die Aufforderung des Bezirksamts an die SAGA, die gefährlichen Wohnbedingungen in den Häusern bis zum 15.Mai zu beseitigen. In der NDR-Sendung HAMBURG AKTUELL vom 17.4. bezweifelt der Bezirksamtsleiter Jungesblut allerdings, daß die SAGA dieser

Aufforderung nachkommen werde: "Sie wird vielleicht in den Widerspruch gehen. Sie wird vielleicht die Sachen machen, was ich allerdings nicht glaube. Der Aufwand, der hier getrieben werden müßte, steht, so meine ich, in keinem Verhältnis zu dem, was die Häuser überhaupt wert sind." Und er fügt hinzu: "Es gäbe auch die Möglichkeit, die Wohnungen für unbewohnbar zu erklären."

Die SAGA argumentiert gegenüber dem Bezirksamt in einem Brief vom gleichen Tag zur Aufforderung, die baulichen Mängel zu beheben: "Nach § 5 Absatz 1 Wohnungspflegegesetz ist ein Instandsetzungsbegehren aber unzulässig, sofern für ein Gebäude eine Abbruchgenehmigung vorliegt. Da das Begehren der SAGA auf Erteilung einer Abbruchgenehmigung nicht rechtskräftig abgewiesen worden ist, darf das Bezirksamt nicht eine entgegengesetzte Instandsetzungsanordnung erlassen. Bereits aus diesem verfahrensrechtlichen Hinderungsgrund heraus kann deshalb die angekündigte Instandsetzungsanordnung nicht ergehen." Außerdem behauptet die SAGA: "Soweit Mietverträge gelten, sind die Mieter zwar zur Mitwirkung verpflichtet, werden diese aber erfahrungsgemäß verweigern. Angesichts der in Ihrem Entwurf vorgesehenen Frist müßten wir deshalb auf Duldung der Instandsetzungsarbeiten gerichtete einstweilige Verfügung erwirken", was der Leitende Regierungsdirektor Schütze vom Bezirksrechtsamt allerdings mit der schriftlichen Bemerkung kommentiert: "Unsinn: die Mieter wären froh, wenn die SAGA renovieren würde!". In dem Schreiben der SAGA heißt es weiter hinten: "Aufgrund § 3 Nr.5 der mit den Mietern abgeschlossenen Zeitmietverträge werden Instandsetzungs- und Instandhaltungsarbeiten von den Mietern unter Anleitung eines von ihnen bestimmten und honorierten Baufachmanns auf eigene Kosten und eigenes Risiko übernommen. Nach diesen Bestimmungen sind die Mieter auch verpflichtet, etwaige Forderungen der Wohnungspflege zu erfüllen und die SAGA davon freizustellen."

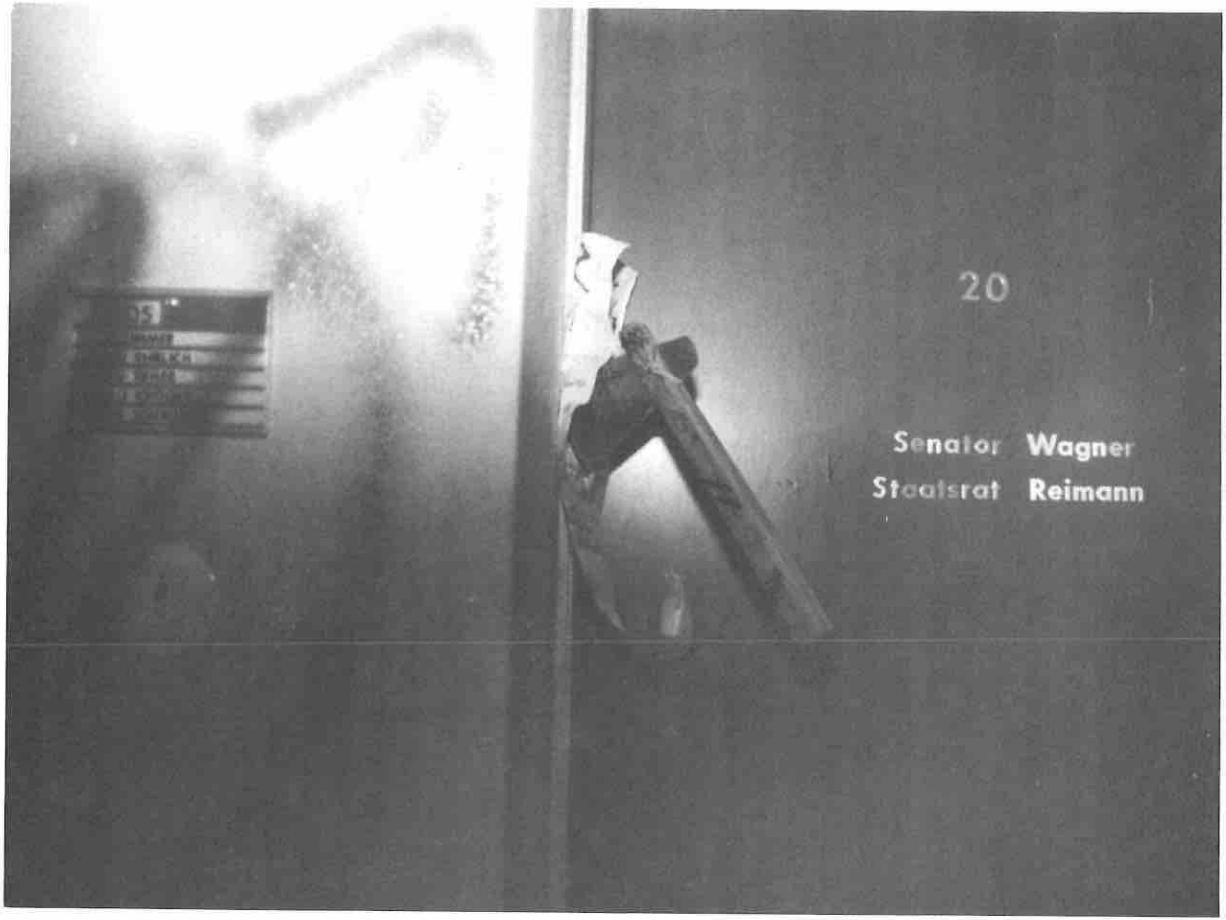
18.April Sozialamtsleiter Bobke, Jugenddezernent Söntgen und Abteilungsleiter Beeken (Sozialamt St.Pauli) sagen zu, daß die Bewohner rückwirkend vom Oktober 1984 die ihnen zustehenden Instandhaltungsgelder gezahlt be-

kommen. Die Bewohner hatten Quittungen und Fotodokumente über ausgeführte Arbeiten vorgelegt (TAGESZEITUNG, 19.4.).

22.April Laut Mitteilung der Staatlichen Pressestelle dringen etwa 20 Demonstranten in die Baubehörde ein und sprühen an die Wände Parolen wie "SAGA und Senat sind ein Gangster-Syndikat", "Wir kämpfen weiter", "Instandsetzung jetzt", "Kohle her". Außerdem seien zwei Beile in Türen und Türfüllungen geschlagen worden. Bausenator Wagner erklärt: "Ich habe nicht das geringste Verständnis für solche Handlungen und werde Strafantrag stellen. Der Senat läßt sich von Chaoten nicht unter Druck setzen".

Die Aktionisten erklären in einem Flugblatt: "Seit über drei Jahren verhindert die Stadt erfolgreich die Instandsetzung der betreffenden Häuser durch Bulleneinsätze, Geldersperrung, unakzeptable Bedingungen, die sie an die Initiativen stellt. Sie fordert eine Instandsetzung nach Richtlinien des sozialen Wohnungsbaus, d.h. Wohnungszuschnitte, Einrichtungsstandards, die unseren Vorstellungen von gemeinsamem Wohnen widersprechen und große Geldsummen erfordern würden. Die von den Initiativen und ihren Architekten erstellten Nutzungs- und Instandsetzungskonzepte werden z.T. kommentarlos abgelehnt. Sie verlangt, daß die Projektgruppen 15 Prozent der Gesamtbausumme in Form unbezahlter Arbeit leisten. (...) In der St.Pauli Hafenstraße betreibt die Stadt kalt lächelnd den Abriß der Häuser. Sie stellt erst schwerwiegende Schäden an den Häusern fest, stellt lächerliche Summen für die Instandsetzung zur Verfügung, sperrt dann noch einen großen Teil dieser Gelder (seit Oktober '84), schafft sich dann durch Bullenterror Zutritt, um festzustellen, daß schwere Schäden nicht beseitigt seien, um schließlich eine Baufälligkeit und Unbewohnbarkeit zu erklären, womit die Räumung und der Abriß noch vor Vertragsende gerechtfertigt werden sollen." (TAGESZEITUNG, 23.4.)

23.April Die HEW sperren im Haus Bernhard-Nocht-Straße 16 den Strom, weil die Bewohner die Rechnungen nicht bezahlt hätten (laut MORGENPOST, 24.4.).


20
Senator Wagner
Staatsrat Reimann

1985

29.April Die Bewohner beantragen bei der Grün-Alternativen Liste (GAL) Geld für Instandsetzungsarbeiten und ein Gegengutachten über den Zustand der Häuser (TAGESZEITUNG, 30.4.). Am 2.Mai werden von der GAL 10.000 DM bewilligt. Martin Willich (CDU) erklärt, damit würden Steuermittel zweckentfremdet (WELT, 10.5.).

8.Mai Auf einer Sitzung des Bezirksamts wird folgendes Verfahren besprochen, wenn die SAGA im Zusammenhang der Unbewohnbarkeitserklärung bis zum 1.Juni Ersatzwohnraum zugesagt hat; weitere Schritte:

"2. Mitt(eilung) (Räumungsfrist) -> Bewohner
3. Räumungsv(er)f(ügun)g m(it) sof(ortigem) Vollz(ug) ca. 1.6. zum 30.6.
(...)
Es wurde -B- (Jungesblut) klar gesagt, daß das Verf(ahren) vor dem Gericht Risiken hat. Chance: Gefahren, Ausgleich der Mieterinteressen durch Ersatz zu geringen Kosten."

9.Mai Der Wohnungsausschuß stimmt der Erteilung der Unbewohnbarkeitserklärungen zu, nachdem sein Mitglied Wielgroß erklärt hat, es habe sich "erst in den letzten Tagen eine Sachlage ergeben, die kurzfristig eine Beteiligung des Wohnungsausschusses erfordert", und u.a. zur Begründung sagt, "daß die SAGA zu der Mängelauflistung mit geschätzten Kosten von rd. 400.000.-- DM jetzt Stellung genommen und unter Hinweis auf §5 Abs.3 des Gesetzes zur Erhaltung und Pflege von Wohnraum die Unbewohnbarkeitserklärung für alle 3 Gebäude gefordert hat."

Die Bezirksversammlung Hamburg-Mitte beschließt, zu räumen und abzureißen (MORGENPOST, 11.5.).

Die Bewohner legen in den kommenden Tagen Widerspruch ein.

15.Mai Die HAMBURGER RUNDSCHAU berichtet über einen behördlichen "Geheimplan für die Häuser Hafenstraße. Bezirksamt plädiert für 'Ta-

bula rasa'. Der Kampf um die Häuser an der Hafenstraße ist nur noch ein Scheingefecht. (...) Räumung und Abriß sind beschlossene Sache."

17.Mai Michael Herrmann (GAL-Fraktionsvorsitzender) richtet eine Schriftliche Anfrage an den Senat. In ihr heißt es u.a.: "5. Welche polizeistrategischen und -taktischen Überlegungen bestehen seitens des Senats für den Fall einer zwangsweisen Räumung der benannten Häuser (...)?" In der Antwort des Senats vom 28.Mai heißt es dazu: "Es sind Mietverträge abgeschlossen, die bis zum 31.Dezember 1986 gelten. Wenn die Bedingungen der Mietverträge eingehalten werden, besteht kein Anlaß zu Zwangsmaßnahmen." Schütze vom Bezirksrechtsamt notiert dazu: "Ist damit das Thema einer evtl. Räumung der Häuser - z.B. auf Grund der Mängel und der Unbewohnbarkeitserklärungen - schon endgültig vom Tisch?"

21.Mai Verschiedene Mitglieder der Sozialdemokratie rufen Bezirksamtsleiter Jungesblut ("B") an und äußern die "priv. Auffassung, daß Unbewohnbarkeitserkl(ärungen) aufgehoben werden müssen, wenn Mangel beseitigt. B reserviert." (249) Schütze vom Bezirksrechtsamt notiert weiter: "1. 19 Widersprüche bei E(inwohner)A(mt) eingegangen / 2. BA30: wir werden demnächst besichtigen wegen 'unserer' Mängel (Standfestigkeit). / 3. Bei B -> Schreiben Bgeh (??) an B zusenden 'Mit Ihnen M (?) einig, daß die Häuser tunlichst renoviert werden sollten, nicht abgerissen. Das wird Bewohner beruhigen...' / 4. B erklärt Grosse (BILD) Situation (Kein RM (Rechtsmittel) gegen U(n)B(ewohnbarkeits)Erk(lärung)"

22.Mai Unter dem Schutz von Polizeikräften holen Bauarbeiter Bohlen ab, die gestohlen sein sollen (laut MORGENPOST, 23.5.).

23.Mai Beamte der Bauprüfabteilung Hamburg-Mitte überzeugen sich davon, daß die schwersten Mängel der Häuser bereits in Eigenarbeit der Bewohner beseitigt worden sind (TAGESZEITUNG, 24.5.).

10.Juni Etwa 50 Polizeibeamte durchsuchen eine Wohnung in der Bernhard-Nocht-Straße 22, um Beweismaterial über eine angebliche Beteiligung von

Bewohnern an einem Brandanschlag sicherzustellen. "Die Beamten der Staatsschutzkripo beschlagnahmten einen Stapel Papiere" (MORGENPOST, 11.6.).

13.Juni Auf der Sitzung des Wohnungsausschusses erkundigt sich dessen Mitglied Ziemer (GAL) über den Stand des Verfahrens. Das Protokoll vermerkt: "Der Vorsitzende verweist auf den in der letzten Sitzung für vertraulich erklärten Tagesordnungspunkt und darauf, daß am nächsten Tag im Einwohneramt einige Bürger erschienen waren, die sich über die Beratung der Angelegenheit im Wohnungsausschuß gut informiert zeigten. Er regt daher an, z.Z. zur Sache keine Angaben zu machen, da ihre Verbreitung eine Beeinträchtigung schutzwürdiger Belange der Betroffenen darstellen würde. Die Angelegenheit wird nicht weiter behandelt."

20.Juni Die Sozialpädagogische Forschungsgemeinschaft (SoFoG) bittet Senator Ehlers um ein Gespräch, zu dem auch Vertreter anderer Stellen eingeladen werden.

1.August Verschiedene Gruppen aus der Bundesrepublik rufen zu "Hamburger Chaos-Tagen" auf. Die Bewohner der "Hafenstraße" teilen den "Dumm-Punks" (DUPUS) von der "Anti-Frauenliga" in einem Flugblatt mit: "Wir haben aus Hannover gelernt. Wir werden uns von einem Haufen besoffener Abziehbilder nichts kaputtmachen lassen. Wer von den auswärtigen DUPUs trotzdem nach Hamburg kommen will, sei nochmals ausdrücklich gewarnt: (...) Im Hafen kein Konzert, keine Pennplätze, kein Fressi, kein Alk und kein Schutz vor Bullenpogo und Skins" (TAGESZEITUNG, 1.8.).

1.August Die Polizei nimmt innerhalb von drei Tagen 106 Teilnehmer der "Chaos-Tage" fest. Protokolle und Beschlüsse sind zuvor bereits in hoher Auflage fotokopiert worden.

In der Hafenstraße kommt es bis in den frühen Morgen zu schwersten Auseinandersetzungen mit der Polizei, nachdem diese über mehrere Stunden hinweg versucht, in die Häuser einzudringen. Vorwand ist die Feststellung von Personalien eines Bewohners, der angeblich Autofahrer auf der Hafen-

straße mit einem Fotoblitzgerät geblendet hat, und die Behauptung der Polizei, die eingesetzten Kommissare seien am Verlassen der Häuser gehindert worden.(In der Aussage von Kommissar Eckardt heißt es, Bewohner hätten ihnen gesagt, "daß wir durch eine andere Tür, die wir nicht sehen konnten und auch nicht kannten, das Haus wieder verlassen könnten. Dieses wurde von uns abgelehnt.") Die Personalien des Hausbewohners sind gegen 23.00 Uhr notiert. Dennoch greifen die Polizisten bis gegen 2.00 Uhr nachts an. Laut TAGESZEITUNG gibt es selbst aus der Polizeiführung massive Proteste gegen das eigene Vorgehen (3.8.). Innensenator Lange dagegen erklärt: "Der Senat dankt den Polizeibeamten für ihren konsequenten und besonnenen Einsatz, bei dem 16 Beamte verletzt worden waren. (...) Die bei der Verfolgung von Straftätern durch falsche Solidarität mit Straftätern hervorgerufene Eskalation hat nicht die Polizei zu vertreten. Die Polizei ihrerseits tut nachweislich alles, um bei notwendigem Einschreiten eine Verschärfung der Situation zu vermeiden." (Staatliche Pressestelle, 6.8.)

Am 12. Dezember 1985 stellt die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen gegen jenen Bewohner ein, dessen Blitzlicht zum Vorwand der Polizeiaktion geworden war. Aber sie hat weitreichende Folgen: sie bewirkte "einen Monat später den Stop des alternativen Sanierungsprogramms, das, so Michael Herrmann, 'aus sicherheitspolitischen Erwägungen auf Eis gelegt wurde'. Die Baubehörde stellte die Verhandlungen mit Hamburger Wohnprojekten ein. Aus dem Vier-Millionen-Topf wurde seit der Zeit kein Pfennig mehr an alternative Baubetreuer ausgezahlt." (TAGESZEITUNG, 25.7.86)

22.August Überlegungen im Bezirksamt, ob eine Unbewohnbarkeitserklärung mit fehlenden Stromanschlüssen begründet werden kann. Schütze stellt fest: "Fehlen des Stromanschlusses zwar ein Mangel, aber keiner, der zu gesundheitlichen Gefahren führt: damit kann die Unbewohnbarkeits-Erkl(ärung) nicht begründet werden."

24.August Die TAGESZEITUNG teilt mit, ihr sei ein internes Telex der FDP ("dringend", "persönlich vertraulich" überschrieben) zugespielt worden, in dem Robert Vogel, stellvertretender FDP-Landesvorsitzender und Bau- und Wirtschaftsfachmann seiner Partei, fordert, "durch geeignete präventive

Maßnahmen dafür zu sorgen, daß sich die chaotischen Zustände nicht wiederholen können". Er fordert eine Zwangsräumung. Die FDP verweigert dazu jeden Kommentar.

16.September Das Bezirksamt Mitte erklärt auf einer Anhörung, die Bebauungspläne böten "'keine rechtliche Grundlage für den Abriß eines der ehemals besetzten Häuser.' Uwe Klein (SPD), Vorsitzender des Stadtplanungsausschusses Mitte, (...) zur MoPo: 'Der Plan erschwert einen Abriß'." (MORGENPOST, 4.2.86) (Die prämierten Pläne von Ferdinand/Schäfer hatten den Erhalt der 6er-Häuser vorgesehen.)

17.September Entwurf eines Berichts zum laufenden Verfahren der Unbewohnbarkeitserklärung durch den Bauprüfer Schott; der Bericht soll nach einem handschriftlichen Vermerk von Wagner -B- an Innensenator Lange gehen, ist also offenbar von diesem angefordert worden. Schott stellt fest, daß die Widersprüche von SAGA und Bewohnern noch entschieden werden müssen: "Der Widerspruchsausschuß wird in allernächster Zeit über die Widersprüche entscheiden, die formal zurückgewiesen werden müssen (z.B. Widersprüche der o.a. 3 Einzelpersonen)."

Der CDU-Politiker Martin Müller wird nach einer Veranstaltung tätlich angegriffen und leicht verletzt.

24.September Besuch Innensenator Langes im Bezirksamt. Er macht deutlich, "daß er einen 'rechtsfreien Raum' nicht dulden wolle. Die Bewohner sollten behandelt werden wie jeder andere Bürger auch. Wenn z.B. BA3 für Besichtigungen Polizeischutz benötige, werde dieser nach vorheriger Absprache jederzeit und erforderlichenfalls auch häufiger zur Verfügung gestellt. Gleiches gelte z.B. für die neuerlich aufgetretene Okkupation der LI-Fläche. Dies entspricht der Auffassung von -B-", also Bezirksamtsleiter Jungesblut.

26.September Im Bezirksrechtsamt kommt man zu dem Ergebnis, daß die Widerspruchsverfahren gegen die Unbewohnbarkeitserklärung ungeklärte Punkte dieser Strategie offenbart hätten "und Entscheidungszeitpunkt sowie

M.MOLCK
M.MOLCK

Bier
Coca Cola
Weinbrand
Div.Liköre
Wodka
Kaffee

das Ergebnis derzeit nicht absehbar sind. Unter der Voraussetzung, daß die politische Entscheidung für den Abbruch getroffen wird, ist deshalb folgender Weg angedacht worden: Der SAGA sind Zweckentfremdungsgenehmigung und Abbruchgenehmigung zu erteilen. Nach der Rechtsprechung haben die Bewohner hiergegen keine Abwehrrechte (in der Literatur bestritten). Die Räumung wickelt sich also zivilrechtlich ab. Zu beachten sind allerdings die Voraussetzungen für eine Zweckentfremdungsgenehmigung: Hier muß vertraglich gesichert werden, daß in absehbarer Zeit an gleicher Stelle Ersatzwohnraum geschaffen wird. Die Fachliche Weisung sollte genauestens beachtet werden."

Diese neue Strategie allerdings wirft als Problem auf, daß der prämierte Entwurf von Ferdinand/Schäfer den Erhalt der 6er-Häuser vorgesehen hatte. Er muß daher in den nächsten Monaten geändert werden; neue Pläne der Architekten ohne die Sechser-Häuser legt der Bausenator dann am 3.Februar 1986 der Öffentlichkeit vor.

4.Oktober Die MORGENPOST erklärt: "Nach Erkenntnissen der Sicherheitskräfte sollen sich auch zwei der RAF nahestehende Frauen in die Hafenstraßen-Szene eingenistet haben." In den folgenden Tagen wird gegen eine junge Frau und drei junge Männer ein Prozeß wegen "Bildung einer kriminellen Vereinigung" eröffnet. Die vier waren am 12.Oktober 1984 von einer Polizeistreife festgenommen worden. Die Hamburger Presse schreibt sie der "Hausbesetzer-Szene" zu.

9.Oktober Im Bezirksamt entschließt man sich, bei den HEW die Frage der Stromanschlüsse zu klären. Außerdem sollen nach dem erwarteten Schreiben der SAGA im Widerspruchsverfahren "die Risiken des Unbewohnbarkeitsverfahrens erörtert und über das weitere Vorgehen entschieden werden." Bezirksamtsleiter Jungesblut "wurde in Kenntnis gesetzt, daß für die Sechser-Häuser bei Einhaltung der Fachlichen Weisung (Neubauverpflichtung) im kommenden Jahr eine Zweckentfremdungsgenehmigung erteilt werden könne." Man einigt sich darauf, die Freiflächen der Grundstücke, vor allem das LI-Grundstück, zu räumen, aber auch das SAGA-Grundstück, auf dem

sich Wohnwagen befinden. Die Rechtslage soll zuvor geklärt werden. Über die übrigen fünf Häuser wird aus Zeitgründen nicht mehr gesprochen.

14.Oktober Der Senat leitet das formelle Bebauungsplanverfahren St.Pauli 35 ein. Es wird in ungewöhnlich kurzer Frist abgeschlossen sein: bereits am 16.12. des kommenden Jahres werden SPD und CDU es in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte verabschieden.

Innensenator Lange erkundigt sich beim Bezirksamt nach dem Stand des Verfahrens über die 6er-Häuser und zeigt sich sehr interessiert an den die SAGA betreffenden Punkten.

16.Oktober Im Bezirksamt werden die Möglichkeiten geprüft, gegen Bauwagen und eine Autoreparatur vorzugehen; öffentlich-rechtlich entweder über das Wohnwagengesetz und SOG oder aber über die fehlende Baugenehmigung. Als kritisch wird festgehalten: "Lohnt es, Krieg wegen dieser Wagen? Nie. Sofortige Vollz. sind etwas - und kriegen wir die?"

Ein hoher Beamter der Innenbehörde, Rürup, ruft im Bezirksamt an und berichtet von einer Sitzung, an der der Bürgermeister, der Bausenator, der Justizsenator, der Innensenator und er teilgenommen hätten; ihr Tenor: "So geht es nicht mehr weiter. Es muß koordiniert werden." Man hat sich deshalb dazu entschlossen, eine Koordinationsgruppe einzusetzen, die aus SAGA, Justizbehörde, Bezirksamt, Baubehörde, Behörde für Inneres bzw. Polizei bestehen solle. Für den 23.10. ist ein erster Termin anberaumt worden." "Auslöser: Schreiben BfI, daß es zu Toten kommen könnte."

In einem Gespräch mit der TAGESZEITUNG erklärt der Leiter des Hamburger Verfassungsschutzes Christian Lochte, zwei "RAF-Frauen" hätten ihren Wohnsitz in die Hafenstraße verlegt: "Was da stattgefunden hat, war aus meiner Sicht Kleinstkriminalität (...) Jetzt kommt überhaupt erstmals eine Struktur von Gewalt".

17.Oktober Der Leiter des Baurechtsamts Alexejew bittet das Bezirksamt, "die laufenden Widerspruchsverfahren gegen die Unbewohnbarkeitserklärungen die sog. 6-er Häuser betreffend ohne Verfahrensverzögerung zum Abschluß zu bringen." Die Baubehörde gehe "davon aus, daß alle erforderli-

chen Schritte eingeleitet worden sind bzw. eingeleitet werden, um zu vermeiden, daß rechtsfreie Räume entstehen oder Ungleichbehandlungen herbeigeführt werden. D.E. kann in diesem Zusammenhang eine erneute aktuelle Mängelbestandsaufnahme der Gebäude durchaus erforderlich sein. Die Baubehörde bittet über alle weiteren Schritte des Bezirksamtes unterrichtet zu werden."

18.Oktober Das ABENDBLATT berichtet, daß Fachleute der SAGA die rechtlichen Möglichkeiten einer vorzeitigen Kündigung der Mietverträge prüften.

21.Oktober Im Bezirksamt wird beschlossen:
"U(n(B)ewohnbarkeitsverfahren soll beschleunigt werden (vgl. Sch(reiben) Alexejew) -> Zeitplan aufstellen: Besichtig(un)g, Wid(erspruchs)-Termin." Schütze notiert: "Gespräch mit Beeken: Vor Bewilligung der KdU (Kosten der Unterkunft) an neue Bewohner der 8 Häuser Kontakt mit mir aufnehmen!"

22.Oktober Die SAGA weist das Bezirksamt auf bauliche Veränderungen in den Häusern hin; u.a. "soll es laut Presseveröffentlichungen (u.a. Hamburger Abendblatt vom 03.08.1985) ein unterirdisches Tunnelsystem in dem Komplex geben." Sie erklärt, keine Besichtigungen machen zu können: "Allein das Bezirksamt Hamburg-Mitte kann mit dem ihm als Baupolizei zur Verfügung stehenden verwaltungsverfahrensrechtlichen Instrumentarium eine kurzfristige Möglichkeit zur Besichtigung der Gebäude schaffen."

23.Oktober Auf Grundlage der Besprechung zwischen Bürgermeister v.Dohnanyi, Bausenator Wagner, Justizsenator Curilla und Innensenator Lange (BfI) kommt es zum Koordinierungsgespräch zwischen Beamten der verschiedenen Dienststellen. Festgestellt wird:

"2. Die SAGA handelt jetzt. Mitt(eilung) -> BfI üb. 2 Räum.klagen und 5 Vollstreckungen

BfI soll Personalien unberechtigter Nutzer feststellen

BfI will, daß die SAGA mitgeht

Zumindest bei längerfristigen Nutzern soll nicht ohne Titel geräumt werden

3. Pol(izei) wünscht Koordination d(er) Einsätze und konzertierte Aktion bei der die Maßn(ahmen) mehrerer Behörden 'abgearbeitet' werden. Information + Erörterung üb(er) A4.

4. Pressearbeit bezügl(ich) Verträge: Baubeh(örde).

5. D2 erläutert Mitw(irkungs)Pflicht d(er) SAGA im UB-(Unbewohnbarkeits-)Verfahren."

Der Bezirksrechtsbeamte Schütze merkt zum Wunsch der Polizei nach konzertierter Aktion an: "Das hat Herr R. (Rürup) mir bei einem Telefonat heute noch einmal ausdrücklich bestätigt."

25.Oktober Sozialamtsleiter Beeken gibt, wie am 21.Oktober mit Schütze besprochen, folgende Verfügung für die "Häuser St.Pauli Hafenstr. 108, 110, 116, 120, 122, 126 - Bernhard-Nocht-Str.16 und 22 heraus:

"In Anbetracht des erheblichen öffentlichen Interesses, das für o.a. Objekte besteht, sind ab sofort Neuanträge auf Leistungen nach dem BSHG - insbesondere KdU - nicht mehr entgegenzunehmen. In Zweifelsfällen ist der Unterzeichner zu verständigen."

(BSHG ist das Bundessozialhilfegesetz, KdU sind Kosten der Unterkunft.)

31.Oktober Sozialsenator Ehlers drückt in einem Interview mit der HAMBURGER RUNDSCHAU seine Überzeugung aus, "daß die Rechtsposition der Hafenstraßenbewohner so sicher ist, wie sie kaum sicherer sein kann. Also für irgendwelche Nacht- und Nebelaktionen ist da kein Raum. Der Schutz der Wohnung ist durch das Grundgesetz garantiert. Das wird von den Gerichten sehr ernst genommen." Auf Nachfrage, ob das der Innensenator

genauso sehe: "Also, der wird die Polizei nicht für etwas nutzen, was nicht legal wäre."

11.November Im Bezirksamt kommt man zu dem Ergebnis: "Die Baumaßnahmen Bernhard-Nocht-Str. 16 II Stock und Nr. 22 I.Stock sind nach Aktenlage bei -BA3- bisher nicht bekannt. -BA3- muß diesen Hinweisen nachgehen. Es sollte deshalb eine Besichtigung veranlaßt werden. Die Einzelheiten sind mit -RA- telefonisch abzustimmen. 4. Die Hinweise auf ein etwaiges Tunnelsystem sind m.E. viel zu vage, daß diesen nachgegangen werden sollte. (...) Lindau)"

21.November Im Haus der SAGA findet ein Gespräch zwischen Vertretern des Bezirksamts, der HEW, der Landespolizeidirektion, der Polizeidirektion Mitte, der Fachdirektion 7, der Innenbehörde, einem Gerichtsvollzieher und den Anwälten der SAGA statt. Herr Krappen von der Polizeidirektion Mitte gibt als neuen Termin für die Aktion den 5.Dezember bekannt. Weiter vermerkt das Protokoll: "Herr Völker von den HEW teilte mit, daß erwogen werde, weitere Häuser von der Stromversorgung zu kappen. Es wurde vereinbart, daß zuvor mit GL 47 eine Abstimmung erfolgt, damit nicht 'normale' Mieter hiervon betroffen werden. Herr Schütze vom Rechtsamt des Bezirksamtes wies darauf hin, daß die geplanten Maßnahmen möglichst bald in die Tat umgesetzt werden sollten, da die Tatsache der fehlenden Stromversorgung Einfluß auf die Bescheidung der Widersprüche wegen der Unbewohnbarkeitserklärungen haben könnte. A13 unterstrich, daß dies auch für die mögliche Beendigung von Mietverhältnissen gelten könnte."

Der TAGESZEITUNG, den Bewohnern und der Grün-Alternativen Liste (GAL) werden außerdem Verabredungen von einem Teilnehmer der Sitzung schriftlich zur Kenntnis gebracht, die im offiziellen Protokoll nicht aufgeführt werden; u.a.:

"Es ist geplant, daß bei Beginn der Aktion am 5.12.1985 um 8.00 Uhr drei Hundertschaften der Polizei am St.-Pauli-Fischmarkt (in der Nähe des neuen Speichers) in Rufbereitschaft gehalten werden. Die Vertreter der SAGA werden von einem Polizeibeamten in Zivil begleitet, der sich nicht

als solcher zu erkennen gibt und der bei Bedarf jederzeit den Einsatz veranlassen kann.

7.) Alle Beteiligten rechnen damit, daß insbesondere die Inbesitznahme der Wohnungen, für die kein Mietvertrag mehr besteht, die Zwangsräumungen der drei genannten Wohnungen und die Entfernung der Bauwagen auf den Widerstand der Hausbewohner stoßen wird, der sodann zum Anlaß für den Beginn des massiven Polizeieinsatzes genommen werden soll, wenn sich zuvor kein anderer Anlaß bietet."

In einem Schreiben an den GAL-Abgeordneten Herrmann, der ihn auf diese Beschlüsse hingewiesen hatte, teilt Bürgermeister v.Dohnanyi am 4.12. mit: "Ich beziehe mich auf Ihr Schreiben vom 3.Dezember 1985 in Sachen Hafenstraße. Bei dem mir als Protokoll einer Sitzung bei der SAGA übersandten Papier handelt es sich nicht um das tatsächliche Sitzungsprotokoll, auch wenn es in Teilen mit ihm übereinstimmt. Ich nehme daher zu diesem Papier keine Stellung. Im übrigen handelt es sich bei dem angesprochenen Vorgang um die Durchsetzung zivilrechtlicher Ansprüche der SAGA. Ich habe daher den Vorgang dem Aufsichtsratsvorsitzenden der SAGA übergeben."

2.Dezember Die HEW teilen dem Bezirksamt mit, daß sie zum Kappen der Stromversorgung am 5.12. bereit seien; "Vorgang liegt zur Entscheidung bei Kuhbier. B (Bezirksamtsleiter Jungesblut) verständigt."

3.Dezember Die SAGA hat erklärt, drei Wohnungen räumen zu wollen. "Grund: Mietrückstand über mehr als zwei Monate, was mietrechtlich 'grobe Vertragsverletzung' ist." (MORGENPOST, 3.12.) Am gleichen Tag, heißt es weiter, sollen "SAGA-Mitarbeiter den Zustand einiger anderer Wohnungen begutachten, nachdem Bauprüfer im Frühjahr Instandsetzungs-Auflagen erteilt hatten. Weiter will die SAGA sehen, was aus Wohnungen geworden ist, die für unbewohnbar erklärt worden waren, in denen aber offenbar trotzdem Leute leben."

Der Justitiar der HEW teilt dem Leitenden Regierungsdirektor Schütze an diesem Tag mit, daß die HEW sich doch nur als Beobachter an der Aktion beteiligen wollten. Senator Kuhbier wolle keinen politischen Einfluß auf die

HEW nehmen, sie weder bremsen noch animieren. Bezirksamtsleiter Jungesblut ruft Innensenator Lange an; der sagt, "er verstehe das nicht: Kuhbier habe ihm gesagt, er habe 'grünes Licht' gegeben." Jungesblut beauftragt Schütze, zunächst bei den HEW die Gründe für ihre Entscheidung einzuholen, dann Rürup anzurufen; Schütze notiert: "Vieregge: ungute Gefühle, wir machen Haus unbewohnbar, poliz(eiliche) Zwecke erreicht mit unseren Mitteln..." und schreibt über sein Gespräch mit Vieregge folgenden Aktenvermerk:

"1. Die Wohnungen in den obigen Häusern könnten zwar mit Kohleöfen beheizt werden. Der sehr hohe Stromverbrauch lasse aber einen sicheren Schluß darauf zu, daß tatsächlich mit Strom geheizt werde. Das bedeutet durch die Kappung des Stroms würden die Häuser praktisch unbewohnbar. Einer entsprechenden Maßnahme der HEW komme also eine außerordentlich große Bedeutung zu. Die HEW - ohnehin gegenüber der Öffentlichkeit häufig in einer exponierten Situation - befürchte Repressalien, wenn sie durch ihre Maßnahmen die Unbewohnbarkeit der Häuser herbeiführe (Anschläge gegen Stromverteilerkästen usw.).

(...)

4. Das Kappen der Hausanschlüsse habe die SAGA zwar hinnehmen wollen, eine einvernehmliche Vertragsaufhebung für die Hausanschlüsse habe sich aber mit der SAGA nicht erreichen lassen."

Der Leitende Regierungsdirektor Schütze faßt seinen Eindruck von diesem Gespräch zusammen:

"(Mit anderen Worten - so verstehe ich es -: die HEW solle sich exponieren, während die SAGA vorsichtig taktiert).

Die Haltung der HEW scheint mir nach diesem Gespräch wesentlich durch das Gefühl bestimmt zu sein, sie solle für andere 'die Kastanien aus dem Feuer holen' - und das sieht sie nicht ein.

Bemerkenswert erscheint mir in diesem Zusammenhang übrigens, daß

von rechtlichen Bedenken gegen das Kappen der Hausanschlüsse während des Gesprächs mit Herrn Vieregge nicht die Rede war."

4.Dezember Zu den angekündigten Zwangsräumungen sagt der SPD-Bürgerschaftsabgeordnete und vormalige baupolitische Sprecher der SPD Michael Sachs: "Die rechte Sozialdemokratie probt ein Jahr vor den Wahlen den Eklat, weil man ihn nicht zu den Bürgerschaftswahlen im Dezember 1986, wenn die Mietverträge auslaufen, haben will." (TAGESZEITUNG, 4.12.)

Der Rechtsanwalt der Bewohner Blohm beantragt eine einstweilige Verfügung gegen die geplante Räumung, der "jegliche Rechtsgrundlage" fehle.

Die Staatliche Pressestelle gibt eine Erklärung des Innensenators Rolf Lange heraus, in der es u.a. heißt: "Der Eigentümer hat Rechte, die Mieter haben Pflichten und umgekehrt. Die SAGA wird morgen ihre gerichtlich bestätigten Rechte wahrnehmen. Das hat sie den Mietern ordnungsgemäß und rechtzeitig angekündigt. Das ist ein ganz normaler Vorgang. (...) Auf jeden Fall bleibt es dabei: Der Eigentümer wird bei der Wahrnehmung seiner Rechte nötigenfalls - und das mit aller Entschiedenheit - von der Polizei geschützt werden. Der Senat wird die Entstehung rechtsfreier Räume nicht hinnehmen."

Rechtsanwalt Blohm erscheint nachmittags auf dieser Senatspressekonferenz, die den geplanten Räumungen gewidmet ist, mit zwei einstweiligen Verfügungen, in denen das Amtsgericht Hamburg diese Räumungen untersagt: der SAGA wird bei Vermeidung eines Ordnungsgeldes von 100.000 DM verboten, die St.Pauli Hafenstraße "oder die ihr gehörenden Sachen aus der Wohnung St.Pauli-Hafenstr.126, III.Etage links 2000 Hamburg 4 zu räumen, oder räumen zu lassen, solange kein Titel gegen die Antragstellerin auf Räumung vorliegt"; ebenso wird ihr bei Vermeidung eines Ordnungsgeldes von 500.000 DM untersagt, "die in den Häusern St.Pauli Hafenstraße Nr.108, 110, 120, 122, 126 und Bernhard-Nocht-Straße 16 und 22 befindlichen Gemeinschaftsräume gem. Anlage 1 gegen den Willen der Antragstellerin zu betreten oder betreten zu lassen, solange kein entsprechender Titel zu Gunsten der Antragsgegnerin vorliegt."

1985

Innensenator Rolf Lange erklärt gegenüber der MORGENPOST: "Ich will keine Eskalation. Ich will keinen Polizeieinsatz. Die Polizei hat zu keiner Zeit irgendeine Strategie vorbereitet, um in der Hafenstraße einen Zusammenstoß zwischen Bewohnern und Ordnungskräften zu provozieren." (5.12.)

Am Abend des 4.Dezember appelliert der SPD-Fraktionsvorsitzende Voscherau an die Bewohner, "die rechtsstaatlichen eng begrenzten Maßnahmen der SAGA geschehen zu lassen; sich nicht durch Gerüchte zu Gewalttaten provozieren zu lassen; den Auskünften der Senatoren zu vertrauen: Die Gesamträumung wäre rechtswidrig und findet nicht statt" (laut ABENDBLATT, 5.12.).

5.Dezember Kurz nach 6.00 Uhr ziehen 200 Polizisten auf dem Fischmarkt auf, rücken aber bald darauf wieder ab; die SAGA hat von einer "Bauprüfung" Abstand genommen. Sie akzeptiert stattdessen ein Gesprächsangebot des Rechtsanwalts Blohm (ABENDBLATT, 6.12.), erklärt jedoch zugleich, gegen den Bescheid des Amtsgerichts Widerspruch einzureichen: "Die SAGA wird gegen alle Verfügungen Rechtsmittel einlegen, so daß alle Vorhaben zu einem späteren Zeitpunkt durchgeführt werden können."

10.Dezember Regierungsdirektor Lindau wird über die Ergebnisse eines Gesprächs mit Rechtsanwalt Blohm informiert:

"1. Besichtigung aller W(o)h(nun)g(en) + Gem(einschafts)Räume durch SAGA ohne Polizei BA3 + HEW z.Zt. noch unerwünscht. (Anmerkung von Schütze zum Wort 'Gem.Räume': 'wohl zu erreichen')

2. Zwangsvollstr. unproblematisch (Anmerkung Schütze: 'gut')

3. Inbesitznahme nicht einigungsfähig. (Anmerkung Schütze: 'aber durch Gewaltaktion ohnehin nicht erreichbar. Keine Besitznahme, aber klagen')

4. Bauwagen nicht mehr angesprochen (Anmerkung Schütze: 'aber Klage möglich, da Adressat benannt werden wird')

Schütze fügt als Resumé hinzu: "Fazit: Für SAGA also wohl keine Notwendigkeit mehr 'Gewaltaktion' mit poliz(eilicher) Hilfe (bei der wir uns anschließen könnten) durchzuführen.

'Gewaltaktion' müßen wir also allein machen. Ist sie notwendig?"

16.Dezember SPD und CDU verabschieden nach nur etwas mehr als einjähriger Behandlung den Bebauungsplan St.Pauli 35.

1986

Räumung auf polizeirechtlichem Weg?

Zusammenfassung: Im Februar erläutert Bausenator Wagner die Ziele des Bebauungsplanungsverfahrens. Auf dem Weg einer Vorweggenehmigung soll ein Abrißplan für drei Häuser verwirklicht werden: der prämierte Entwurf von Ferdinand/Schäfer hatte zwar deren Erhalt vorgesehen, doch legen die jetzt einen neuen Plan vor.

Gleichzeitig denkt man im Bezirksamt weiter über eine "gewaltsame Verfügung" (Lindau) nach.

Im Juni wird die Bewohnbarkeit der Häuser festgestellt. Das Bezirksamt hält an seinen Räumungs- und Abrißplänen fest und verhindert im August erneut Fassadenarbeiten auf dem Gerüst; auch diesmal wird die Öffentlichkeit gezielt falsch informiert.

Im Juli gewinnen die HEW einen Musterprozeß gegen die Bewohner.

Im August erhält ein Bewohner vor dem Amtsgericht gegen die SAGA Recht, der die Mietzahlung eingestellt hatte, weil die SAGA ihren Pflichten nicht nachgekommen war.

Ebenfalls im August wird den Bewohnern erneut untersagt, ein Baugerüst für Instandhaltungsarbeiten zu errichten. In einer ganzen Reihe massiver Polizeieinsätze werden schwere Verwüstungen angerichtet, ein Baugerüst entfernt, das die Bewohner installiert hatten.

Dennoch im September Gerüstaufbau, Veputzung und Bemalung der Fassade

Im Oktober und November erneut schwere Verwüstungen durch die Polizei. Innensenator Pawelczyk prüft die Möglichkeit einer Räumung auf polizeirechtlichem Weg. Obwohl die Justizbehörde dazu rät, alle mietrechtlichen Einzelverfahren abzuwarten und in *einer* Aktion zu räumen, setzt sich die Innenbehörde durch; Wahlkampfüberlegungen spielen eine Rolle. Der Pächter einer Gaststätte, die in den Häusern betrieben wurde, wird nach Planung im Bezirksamt unter Druck gesetzt und zur Kündigung genötigt.

Nach der Novemberwahl gibt es bis in den Januar des nächsten Jahres hinein Vermittlungsbemühungen kirchlicher Kreise. Ein internes Papier des SPD-Fraktionsvorsitzenden Voscherau schließt einen Erhalt der 6er-Häuser nicht völlig aus.

Im Dezember demonstrieren 10.000 Menschen zur Unterstützung der Bewohner und für den Erhalt der Häuser.

1.Januar Über die Festtage findet in den Häusern ein "Widerstandskongreß" statt, an dem mehrere hundert Menschen teilnehmen.

3.Februar Bausenator Wagner erläutert laut Mitteilung der Staatlichen Pressestelle auf einer Pressekonferenz das Ziel des Bebauungsplanverfahrens, "hier Wohnungen zu bauen und auch zu erhalten sowie den Bau von Gewerbebauten zu sichern. Der Bausenator erinnerte daran, daß die Baubehörde seit längerem konsequent an neuen Ideen für die Gestaltung des nördlichen Elbufers arbeitet. (...) 'Hamburg hat an dieser Stelle eine hervorragende Chance, dem Stadtteil St.Pauli zur Elbe hin ein neues und schönes Gesicht zu geben. Der Entwurf zeigt, daß hier ein neuer Erlebnisraum an der Elbe entstehen wird - mit Ausblick- und Ruheplätzen zum Beispiel im neuen Schauermanns Park'."

Wagner kündigt den Abriß dreier Häuser für Anfang 1987 an.

Ein erster Plan der Architekten Ferdinand/Schäfer hatte noch vorgesehen, die 200 Neubauwohnungen um sämtliche alten Häuser zu gruppieren. "Die Baubehörde holte gestern andere Pläne von Ferdinand/Schäfer hervor - ohne Sechser-Häuser. Tassilo Braune, Leiter des Landesplanungsamtes, sprach von einer 'Vorweggenehmigung aus dem Bebauungsplanverfahren'." (MORGENPOST, 4.2.) Eine solche Vorgenehmigung kann jedoch nur mit den Stimmen der GAL beschlossen werden. Ihren juristischen Hintergrund erläutert die TAGESZEITUNG: "Eine juristisch abgesicherte Räumung der Hafenstraße ist nur möglich, wenn die Häuser anschließend abgerissen werden. Andernfalls würde das ehemals von der SPD eingeführte Mietrecht die derzeitigen Bewohner vor dem SPD-Senat schützen. Bausenator Wagner will eine Baugenehmigung vorab erteilen lassen. Da mit der Aufstellung ei-

nes rechtskräftigen Bebauungsplans erst im Oktober letzten Jahres begonnen wurde, ist mit seiner Fertigstellung vermutlich erst in zwei bis drei Jahren zu rechnen. Es muß also getrickst werden. Fälschlich wurde auf der Pressekonferenz des Bausenator der Eindruck erweckt, daß der neue Plan einen Abriß der Sechser-Häuser nahelegt. Dies ist jedoch nicht richtig: Eine Schließung der Baulücken, aber keinesfalls einen Abbruch sehen diese Entwürfe vor. Die Vorweggenehmigung, die den Senat aus dem Rechtsschlick reißen soll, ist zudem an einige Bedingungen geknüpft: Vor allem muß ein Bauantrag getellt werden. Dies ist jedoch bisher nicht der Fall. Auch ist noch kein Bauherr in Sicht."

4.Februar Gespräch zwischen Regierungsdirektor Lindau und Rechtsanwalt Zorn, der erklärt, daß keine Besichtigung vor seinem Urlaub mehr möglich sein werde, "zumal auch die SAGA Räumung gefordert hat." Lindau notiert dazu, "daß wir vorauss. nicht auf die SAGA warten wollen, sondern selbst tätig werden müssen, d.h. zunächst: besichtigen. Vereinbarung Absprache 1.Märzhälfte / für Besichtigg 2.Hälfte März / wenn das nichts wird müssen wir über eine 'gewaltsame' V(er)f(ügun)g nachdenken."

12.Februar Der SPD-Fraktionsvorsitzende Voscherau in einem Artikel, den er in BILD veröffentlicht: "Die Häuser müssen abgerissen werden, sobald ein vollstreckbares Räumungsurteil gegen den letzten Nutzer, der sich gegen rechtsstaatliche Lösungen wehrt, vorliegt. Der Bausenator hat jetzt sein Konzept vorgestellt. Der Elbhang am Hafen bekommt eine ansehnliche neue Wohnbebauung als Visitenkarte unserer Stadt. (...) Solange die Mietverträge gelten, werden sie erfüllt. Danach müssen den Bewohnern weniger zusammengeballte Wohnungen angeboten werden. Hamburgs SPD-Senat zieht klare Konsequenzen: Für Gewalt und rechtsfreie Räume ist in Hamburg kein Platz."

In einer Aktuellen Stunde fordert die CDU eine Räumung vor Ablauf der Mietverträge.

ATLAS

1986

19.Februar Der Leitende Regierungsdirektor Schütze führt ein Gespräch mit SAGA-Anwalt Kloos u.a. über folgende Punkte:

"1. Gespr(äch) mit RA Blohm ergebnislos er wollte sorgfältige Auflistung der Mängel auch in den 6er Häusern

2. Seitens der SAGA keine Gewaltaktion mehr (meint er), alles an ziv(ile) Gerichte"

23.März Im Verlauf eines Polizeieinsatzes an der Hafenstraße wird der Reifen eines Polizeiwagens angeblich von einem Bewohner zerstochen, der sich seiner Festnahme entzieht (laut ABENDBLATT, 24.3.).

4.April Laut BILD-Zeitung werden im Bezirksamt Mitte Akten entwendet, die Schriftverkehr über die Häuser enthalten.

6. April Skin-Heads greifen Bewohner der Häuser an; es kommt zu tätlichen Auseinandersetzungen.

10.April Laut ABENDBLATT entzieht sich ein mutmaßlicher Drogenhändler in der Hafenstraße der Festnahme durch die Polizei.

16.April Laut ABENDBLATT wird ein VW-Bus der Bundeswehr, der in der Nähe der Häuser abgestellt war, stark beschädigt.

18.April Das ABENDBLATT berichtet über Zusammenstöße mit der Polizei.

2.Juni Etwa 10 Vertreter des Bezirksamts und der SAGA besuchen drei Häuser und stellen ihre Bewohnbarkeit fest. "Der Kommissionsbericht soll in etwa zehn Tagen vorgelegt werden. Das Ergebnis ist vorhersehbar, und offenbar möchte sich Bezirksamtsleiter Jungesblut schon im Vorwege absichern: 'Für den Abriß der Häuser hat das alles keine Bedeutung'." (TAGESZEITUNG, 3.6.) Im gleichen Artikel heißt es: "CDU-Chef Perschau und

SPD-Bezirksamtsleiter Jungesblut tönten inzwischen unisono, die 'Hafenstraße' sei ein 'rechtsfreier Raum' und müsse deswegen geräumt werden."

8.Juli In einem der Häuser wird nachts Feuer gelegt (laut ABENDBLATT, 9.7.86)

16.Juli Das Hamburger Amtsgericht bestätigt in einem Musterprozeß die Entscheidung der HEW, wegen Zahlungsrückständen an zwei Bewohnerinnen keinen Strom mehr zu liefern. Laut WELT (17.7.) belaufen sich die Stromdiebstähle auf ca. 80.000 bis 100.000 DM pro Jahr. Einen Beweis für diese Behauptung treten die HEW nicht an.

18.Juli Die HEW legen die Energieversorgung der Häuser lahm. Das ABENDBLATT berichtet, daß es in den Häusern nun keinen legalen Stromanschluß mehr gebe. Kommentar eines Bewohners: "Nachdem uns die Atomkraftwerke jetzt nicht einmal mehr den Strom aus der Steckdose bringen, gibt es eigentlich keinen Grund mehr, sie zu dulden" (TAGESZEITUNG, 24.7.).

Nächtliche Auseinandersetzung zwischen Polizei und Bewohnern, in deren Verlauf es zwei verletzte Polizeibeamte gibt (laut ABENDBLATT, 19.7.).

31.Juli Die Bewohner haben sich bereiterklärt, die Bedingungen zu akzeptieren, an die die HEW eine erneute Stromlieferung gebunden hatte (laut TAGESZEITUNG, 31.7.).

1.August Der Senat erklärt auf eine große Anfrage der GAL u.a.: "Die mit den Bewohnern der sogenannten 6er-Häuser abgeschlossenen Zeitmietverträge laufen am 31. Dezember 1986 automatisch aus, ohne daß es einer Kündigung bedarf. (...) Im übrigen stellt die Bewohnbarkeit zweier Wohnungen kein Rechtshindernis dar, die in Rede stehenden drei Gebäude durch Neubauten zu ersetzen." (laut TAGESZEITUNG, 5.8.86)

1986

29.Juli Die Bewohner beantragen und erhalten vom Bezirksamt die Erlaubnis, ein Gerüst für Fassaden- und Dacharbeiten aufzustellen.

31.Juli Die SAGA schreibt an die Bewohner: "Wir weisen darauf hin, daß wir weder mit der Aufstellung des Gerüstes noch mit den beabsichtigten Dach- und Fassadenarbeiten einverstanden sind. Im Rahmen der städtebaulichen Neuordnung des Hafenrandgebietes sieht der Senat es als notwendig an, die Häuser St.Pauli Hafenstraße 16, 126 und an der Bernhard-Nocht-Straße 116 zu beseitigen. Dabei war nicht nur die schlechte Bausubstanz von Bedeutung, sondern ebenso die Gestaltung des Gesamtprojektes (...) Aus den genannten Gründen fordern wir hiermit (...) ausdrücklich auf, die Aufstellung des Gerüstes und die Durchführung der beabsichtigten Arbeiten zu unterlassen."

In einem Flugblatt der Bewohner heißt es später dazu: "Als wir vor 2 1/2 Jahren von der SAGA sittenwidrige Einzelmietverträge aufgezwungen bekommen haben, mußte wir u.a. eine Klausel unterschreiben, daß wir verpflichtet sind sämtliche Schäden bzw. anfallende Arbeiten selbst zu finanzieren und durchzuführen. Jetzt waren Dach & Fassade des Hauses 116 dran. Deshalb das Gerüst! Wir hatten schon eine feste Zusage einer Gerüstbaufirma und sämtliche Genehmigungen die benötigt werden, als das Bezirksamt Mitte eine Verfügung gegen den Antragsteller erließ. Die Firma zog ihre Konsequenzen und auch wir sollten zur Aufgabe gezwungen werden. Doch ein Gerüst mußte her. Und so haben uns Freunde ihr z.Z. unbenutztes Gerüst geliehen."

12.August Angeblich, um "Straftäter, die Steine geworfen haben", dingfest zu machen, dringen zwei Hundertschaften in ein Gebäude ein. Ein Bautrupp der SAGA vernagelt die Fenster und mauert die Eingangstür zu (MORGENPOST, 13.8.). "Unter dem Schutz der Polizei begannen kurz nach 16 Uhr Handwerker mit dringend notwendigen Arbeiten zur baulichen Sicherung des Gebäudes, das nicht abgerissen (...) werden soll" (WELT, 13.8.).

Das ABENDBLATT berichtet am 13.8. erneut über "unterirdische Tunnel", durch die die Bewohner entkommen konnten.

20.August Im Rahmen eines massiven Polizeieinsatzes wird das Baugerüst, das die Bewohner für Ausbesserungsarbeiten geliehen und aufgebaut hatten, von Handwerkern demontiert. Begründet wird dies mit einer Strafanzeige wegen Diebstahls des Gerüsts, die die Eignerfirma gestellt habe. "Gegenüber dem GALier Michael Herrmann dementierte der Geschäftsführer des Unternehmens: Er wisse nichts von einer Anzeige, sei über die Auskünfte der Polizei sehr verwundert." (TAGESZEITUNG, 21.8.).

Die Polizei nimmt fünf Personen fest. Bauarbeiter mauern Türen und Fenster zu; Polizeibeamte besetzen das Dach.

24.August Laut ABENDBLATT wird ein Polizeiauto von Bewohnern demoliert.

Jürgen Echternach spricht von den Häusern als einer "Brutstätte für Kriminalität und Terror" (TAGESZEITUNG, 25.8.).

26.August Die CDU eröffnet den Wahlkampf mit der Behauptung, "daß die SPD im Fall Hafenstraße auf ein linksextremes Wählerpotential schielt und der Senat deshalb nicht handelt" (FRANKFURTER ALLGEMEINE, 27.8.).

27.August 150 Polizisten werden eingesetzt, angeblich "weil sich fünf Hausbesetzer (vier Männer, eine Frau) in 'Schmaals Hotel' eingemauert hatten" (BILD, 28.8.).

Das ABENDBLATT berichtet, die Polizei habe "Handwerkern Schutz bieten müssen, die an der Bernhard-Nocht-Straße 22-24 (St.Pauli) in 'Schmaals Hotel' die Renovierungsarbeiten fortsetzen wollen".

31.August Das Hamburger Amtsgericht stellt fest, daß die SAGA sich nicht an die Mietverträge gehalten und ein Bewohner deshalb zu Recht die Mietzahlungen zurückgehalten habe. "Die SAGA zog vor Gericht, um eine Zwangsräumung durchzusetzen. Doch das Amtsgericht entschied im Sinne des Beklagten. Maßnahmen mit 'längerfristig investivem Charakter' seien

von der SAGA auszuführen, andernfalls habe der Mieter das Recht, Leistungen zu verweigern. Auch der Gemeinschaftsklausel in den Mietverträgen ist die SAGA nach Meinung des Gerichts nicht genügend nachgekommen. (...) Von den unzähligen Prozessen, die die SAGA gegen ihre Mieter/innen am Hafen führt, wurde bisher nur einer für das Wohnungsunternehmen entschieden." (TAGESZEITUNG, 1.9.)

25.September Wasser dringt in die Fassade ein. Die Bewohner kündigen "Gerüstaktionstage" Hafenstraße an. Vom 26. bis 30. soll die Fassade neu verputzt und angemalt, außerdem ein schadhaftes Dach gedeckt werden. Die Bauprüfabteilung hat die Aufstellung des Gerüstes jedoch untersagt (laut TAGESZEIUNG, 25.9.).

Die Kosten der Instandsetzungsarbeiten, für Gerüst und Dach, können mit einer Spende Jan Philipp Reemtsmas bestritten werden. Die BILD-Zeitung schreibt: "Woher haben die Chaoten (...) das Geld fürs Baumaterial? Ein junger Mann, der in der Hafenstraße einen Würstchenstand betrieb, behauptet: 'In den Chaos-Häusern wird mit Rauschgift gehandelt.'" (29.9.)

8.Oktober Sitzung eines "Arbeitsstabes" in der Baubehörde mit Vertretern verschiedener Behörden und einem Anwalt der SAGA, Herrn Uthmann, der einen ausführlichen Aktenvermerk anlegt. In der Sitzung kommt folgendes zur Sprache:

Der Bebauungsplan 35 liege inzwischen aus, nun gehe es um die weitere städtebauliche Gestaltung.

Die Besichtigungs- und Zahlungstitel sollen am 23.Oktober 1986 über Gerichtsvollzieher vollstreckt werden. Der Justizbehörde schwebe wohl vor abzuwarten, bis sämtliche Räumungstitel vorlägen, und dann in einer einmaligen Aktion zu räumen. Eine diesbezügliche Weisung der Justizbehörde werde von Scholz erwartet. Dagegen werde Elste der Justizbehörde über die Innenbehörde klarzumachen suchen, daß eine solche einmalige Aktion eine Illusion sei - Räumungstitel lägen frühestens im Sommer 1987 vor, so daß es *vor* der Wahl zur Bürgerschaft wohl keine Räumung geben werde.

Am 25.9.86 sei Widerspruch gegen die Abbruch- und Zweckentfremdungsgenehmigung eingelegt worden. Zu dem Problem. ob am 31.12. öf-

fentlich-rechtliche oder nur rechtmäßige Genehmigungen vorliegen müßten, habe die Meinungsbildung keine Fortschritte gemacht. Sollten die Mietrichter sofortige Vollziehbarkeit fordern, müsse sofortige Vollziehung erlangt werden. Darüber werde Dirksen gelegentlich mit dem Leitenden Regierungsdirektor Schütze ohne Verbindlichkeit sprechen.

Der Pächter der Gaststätte Hilden habe eine einstweilige Verfügung gegen die HEW beantragt, weil die die Hausanschlüsse St.Pauli Hafenstraße 120 und 122 gekündigt habe; eine Verhandlung darüber werde es erst im November geben. Um dieses Hindernis auszuräumen, werde vielleicht eine Kündigung der Gaststättenräume mit dreimonatiger Frist durch die SAGA erfolgen.

Außerdem wurde über die einstweilige Verfügung wegen des Gerüstes gesprochen.

(Der Gaststättenpächter Hilden wird in den kommenden Wochen nach eigenen Aussagen von der SAGA unter Druck gesetzt, um ihn zur Kündigung zu bewegen, und sein Lokal am 21.November polizeilich geräumt.)

20.Oktober Vier, nach Berichten des ABENDBLATTS fünf Hundertschaften der Polizei und Gruppen des Mobilen Einsatzkommandos dringen in die Häuser ein. "Ohne Ankündigung wurde unter dem Schutz von vier Hundertschaften der Bereitschaftspolizei gestern früh damit begonnen, in der St.Pauli Hafenstraße aufzuräumen" (WELT, 21.10.). Eine Parole an einer Häuserwand, die an den Tod der RAF-Gefangenen in Stammheim vor zehn Jahren erinnert, wird übermalt. Zehn Bewohner werden festgenommen, erheblicher Sachschaden angerichtet, wie eine von den Bewohnern vorgelegte lange und detaillierte Liste zeigt; außerdem sollen 200 DM gestohlen worden sein. Der GAL-Bürgerschaftsabgeordnete Michael Herrmann wendet sich an die Öffentlichkeit; die Polizei sagt eine Prüfung zu.

Innensenator Pawelczyk erklärt am Nachmittag: "Es muß geprüft werden, ob der zivilrechtliche Weg, die Häuser zu räumen, ausreicht, um die Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu beseitigen" (laut BILD, 21.10., MORGENPOST, 21.10.). "Innensenator Alfons Pawelczyk zeigte sich befriedigt über die gelungene Aktion. Er plant offenbar noch vor dem Wahltermin am

9.November die Räumung der Häuser an der St.Pauli Hafenstraße." (ABENDBLATT, 21.10.)

22.Oktober In einer Mitteilung der Staatlichen Pressestelle erklärt Innensenator Pawelczyk: "Herr Herrmann, der GAL-Sprecher für Innere Sicherheit, ist eine Gefahr für die Sicherheit der Stadt. Wer Polizeibeamte, die korrekt ihren Dienst ausüben, als Diebe bezeichnet und gleichzeitig potentielle Straftäter in Schutz nimmt, ist für Verantwortung im Parlament nicht qualifiziert."

Während einer Demonstration am Nachmittag kommt es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei.

In der kommenden Nacht werden aus dem Büro des SPD-Haushaltsexperten Weiland Akten entwendet, in denen es um den Konflikt in der Hafenstraße geht; dessen Mitarbeiter Kloos bearbeitet den Rechtsstreit für die SAGA.

24.Oktober Ein starkes Polizeiaufgebot entfernt Transparente, die an den Häusern entfaltet worden waren.

28.Oktober "7.45 Uhr: Kipplaster und ein Speditionslaster fahren vor. Sofas, Musikboxen, Kleidungsstücke, aber auch eine Kloschüssel und zwei Bongo-Trommeln werden verladen, Sperrmüll fliegt in hohem Bogen aus den Fenstern der geräumten Wohnungen." (MORGENPOST, 29.10.)

Die Staatliche Pressestelle teilt mit, daß der Gerichtsvollzieher am Morgen im Rahmen eines Polizeieinsatzes von 450 Beamten begonnen hat, 13 Räumungstitel zu vollstrecken. "Dem GAL-Abgeordneten Herrmann wurde durch die Polizei der Zugang zu den Häusern verwehrt. Bürgermeister Pawelczyk: 'Wer wie Herr Herrmann öffentlich die Meinung kundtut, es gäbe in Hamburg zu wenig besetzte Häuser, und überall dort auftaucht, wo solche Straftaten stattfinden, unterstützt Gewalt und fördert Straftaten. Die Entscheidung, Herrn Herrmann den Zugang zu verwehren, ist korrekt.'"

Im letzten Moment können vier Wohnungen durch einen Gerichtsbeschluß vor einer Räumung bewahrt werden (ABENDBLATT, 29.10.); die

Anwälte werden von der Polizei zunächst nicht durchgelassen (TAGESZEITUNG, 29.10.).

Jungsozialisten protestieren in der Innenbehörde gegen die Aktion (laut MORGENPOST, 29.10) und fordern den Rücktritt Senator Pawelczyks (TAGESZEITUNG, 29.10.): "Wir empfinden es als beschämend, daß sozialdemokratischer Wahlkampf in Hamburg so weit geht, mit polizeistaatlichen Methoden im Wählerkreis der CDU auf Stimmenfang zu gehen." (in HAMBURG AKTUELL, 28.10.).

Abends gibt es eine spontane Demonstration mit mehreren tausend Teilnehmern.

29.Oktober Die Villa des SPD-Haushaltsexperten und SAGA-Anwalts Weiland wird überfallen und beschädigt; Scheiben werden eingeschlagen, Buttersäure verspritzt. In das Altonaer Rathaus wird ein Brandsatz geworfen (laut BILD, 30.10.).

Die GAL kündigt an, gerichtlich die Unrechtmäßigkeit der Polizeiaktion vom 28.Oktober feststellen zu lassen (laut MORGENPOST, 30.10.).

Der Leiter des Verfassungsschutzes Christian Lochte erklärt der BILD-Zeitung: "Die politischen Profis der Roten Armee Fraktion und die militanten autonomen Gruppen haben die Hafenstraße inzwischen international zu einem Symbol hochstilisiert." (30.10.)

30.Oktober Die CDU behauptet, es gebe Pläne, die Bewohner der "Hafenstraße" nach Harburg umzusiedeln. "Der CDU-Kreisvorsitzende Günther Boyer ging noch weiter: 'Harburg wird wieder einmal zum Opferlamm für alle anderen Hamburger Bezirke. Dabei haben wir hier schon Probleme genug, die wir für ganz Hamburg auf uns genommen haben - zum Beispiel den Harburger Beitrag zur Lösung des Ausländerproblems.' Die zuständige Sozialbehörde in Hamburg (Chef: Senator Jan Ehlers) weiß angeblich von nichts." (HARBURGER ANZEIGEN UND NACHRICHTEN, 31.10.)

Die SPD dementiert einen Tag später.

31.Oktober In verschiedenen Hamburger Stadtteilen werden Schaufensterscheiben eingeschlagen; in ein SAGA-Büro in Hummelsbüttel wird ein Brandsatz geworfen (laut BILD, 1.11.).

1.November Auf einer Demonstration solidarisieren sich über 2.000 Teilnehmer mit den Bewohnern der Häuser.

3.November Das Hamburger Verwaltungsgericht hat die polizeiliche Einkesselung von etwa 800 Demonstranten als rechtswidrig bezeichnet. Innensenator Pawelczyk in einer Sendung von HAMBURG AKTUELL: "Ich werde auch in Zukunft anweisen Einschließen von Gewalttätern, wenn sie erkannt sind. (...) Wir haben bisher nur eine mündliche Begründung des Urteils. Aus dieser mündlichen Begründung ergibt sich nicht, daß diese Vorgehensweise in Zukunft verboten werden soll." Außerdem fordert der Senator, gegebenenfalls die Gesetze zu ändern (HARBURGER..., 3.11.).

3.November Nach einem Beschluß des SPD-Vorstands sagen die Jusos eine Pressekonferenz ab und ziehen eine Dokumentation zurück, mit der sie den Nachweis der Unrechtmäßigkeit der Räumungen führen wollten. SPD-Vorsitzender Runde erklärt, gegenwärtig seien "innerparteiliche Auseinandersetzungen wenig hilfreich" (ABENDBLATT, 4.11.).

3.November Die Kirchengemeinde St.Pauli Süd ruft zur Gründung einer Kommission für den Erhalt des Wohnmodells auf; in einer Erklärung heißt es u.a.: "Wir lehnen die unverhältnismäßigen und menschenverachtenden Methoden ab, mit denen gegen Bewohner unseres Gemeindebezirks vorgegangen wird. Wir verwahren uns gegen die Unsachlichkeit der Medien und das unsensible Vorgehen von Politikern, SAGA und Behörden. Wir sehen das Modell Hafenstraße als eine Reaktion auf gesellschaftliche Normen, die für Viele fragwürdig geworden sind. (...) Wir schlagen vor, eine Kommission zu bilden, die sich zusammensetzt aus Vertretern von Baubehörde, In-

nenbehörde, Saga, Hafenstraße und Kirchengemeinde, um zu ergründen, ob es Möglichkeiten gibt, das Modell Hafenstraße für die Zukunft zu erhalten."

9.November Bürgerschaftswahl.

Nach einer Meldung des ABENDBLATTS öffnen Unbekannte in der Hafenstraße mehrfach den Hydranten. Es kommt zu tätlichen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Zwei Polizisten werden "leicht verletzt" (MORGENPOST, 10.11.).

16.November Nach Berichten der BILD-Zeitung wird das Lokal "Ahoi" in den Häusern nachts überfallen und demoliert.

20.November Die HAMBURGER RUNDSCHAU berichtet von Versuchen des Pastors Christian Arndt, kirchliche Gremien als Vermittler in dem Konflikt mit den Bewohnern einzuschalten.

21.November Es kommt erneut zu einem massiven Polizeieinsatz und schweren Verwüstungen in den Häusern, über die eine detaillierte Aufstellung der Bewohner Auskunft gibt, die die Häuser zuvor verlassen hatten.

"116 waren sie nicht drin

120 Erdgesch. Feuertür geklaut + umliegendes Mauerwerk rausgerissen / eine Treppenstufe rausgetreten

1.Stock Küchenwand (Holz) rausgerissen / Pfeffer ins Bett gestreut / Lautsprecherbox zertreten / Angel zerbrochen / Teller, Tassen, Anrichte zerdroschen / Murmeln ins Klo (Verstopfungsgefahr) / Pyros in Ofen (Explosionsgefahr)

2.Stock Wasserleitungen rausgerissen / Türschloß weggetreten / Scheiben beschmiert / alle Zimmertüren geklaut

Dachboden Bodenfeuertür geklaut / Holzwand rausgetreten

122 Keller Fahrradventile geklaut

Erdgesch. durchsucht / Wohnungstürfüllungen weggedroschen (Holz, Glas) / Vietnamsticker geklaut / Ledersachen zerrissen / Türspion weggetre-

ten / Motorradunterlagen geklaut

1.Stock li. CS-Gas in Baccardi / Mandarinen schwarz besprüht

3.Stock re. CS-Gas in 2 Betten gesprüht (Harald: Hautausschlag) / Kompaktanlage zerschlagen / Radiokassettenrecorder zerdroschen / CS-Gas in Tabak gesprüht / kleine Bäume rausgerissen

3.Stock li. Türglasfüllung zerstört

Dachboden Ofenglasscheibe zertrümmert / Pfeffer ins Bett / Anlage zerhauen / Katzenklo im Zimmer verstreut / Aschenbecher ins Bett

22 Erdgesch. Feuerschutztür rausgerissen / Stromkastenabdeckung zerstört

1.Stock re. Gläser vollgepisst / Klo zerschlagen / Lampe und überhaupt alle persönlichen Sachen zerstört / CS-Gas in Wodka gesprüht

1.Stock li. Wasser-, E-, Gasleitungen rausgerissen / Wohnungsdurchbruch m. Platten zugenagelt / Öfen gestohlen / Scheiben eingedroschen / alles geklaut / Klo zerstört / Zimmertüren geklaut

3.Stock li. Pflanze rausgerupft

3.Stock re. Vorhang runtergerissen

Dachboden einer Katze den Unterkiefer zertreten und die oberen Zähne rausgehauen / Stuhl zertrümmert / Pflanzen rausgerupft und zertreten

16 Erdgesch. Feuerschutztür samt umliegender Wand rausgerissen

1.Stock re. sämtliches provis. Mobiliar mitgenommen / Ringe vom Küchenofen mitgenommen (unbrauchbar)

3.Stock li. alles mitgenommen / Wasserleitungen zerstört

3.Stock re alles rausgeräumt

Dachboden Trennwand weggerissen / Reservedachziegel zerstört / Bett geklaut /fast sämtliche dort lagernden beim ersten Überfall beschlagnahmten Sachen wurden wieder gestohlen / Rotkreuzkasten + Medikamente entwendet / Feuerlöscher geklaut

126 Erdgesch. Feuerschutztür samt umliegender Wand rausgerissen / Stromkastenabdeckung zerstört

1.Stock re. Wohnungstürschloß zerstört

3.Stock li. 2 Öfen geklaut / Wasser-, Stromleitungen herausgerissen / Fenster zerdroschen / sämtliche Sachen weg / Klo zerschlagen / Zähler ge-

klaut

Dachboden Klofenster zerstört

Trecker Scheibenwischerkabel rausgerissen

16 Ingo Als er in seine Wohnung wollte, Personalien festgestellt + Anzeige wegen Körperverletzung, weil sein Hund sauer wurde

vielen Dank, erlauchte Gesetzeshüter!"

Die Staatliche Pressestelle schreibt in ihrer Erklärung über eine geräumte Wohnung u.a.: "Heute nachmittag, nachdem die Wohnung durch den Gerichtsvollzieher bereits geräumt war, legte ein Anwalt der Bewohner eine Anordnung des Landgerichts vor, nach der die Zwangsräumung bis zum 31.12.1986 verschoben wird. Daraufhin unterblieb eine zweite Räumung, die vorgesehen war."

Michael Herrmann wird erneut daran gehindert, Polizeisperren zu passieren.

Auch das Ecklokal "Ahoi" wird geräumt, wobei die Polizei schwere Verwüstungen hinterläßt; der Pächter habe gekündigt, teilt die SAGA mit. "Gegenüber der taz bestritt der Kneipier die SAGA-Version. Vielmehr habe ihn der Wohnungsbaukonzern unter Druck gesetzt, unter anderem mit der Drohung, die Stromzufuhr zu kappen. Da habe er schließlich nachgegeben. 'Ich bin mit den Leuten immer gut ausgekommen', sagte der Wirt." (TAGESZEITUNG, 22.11.)

Eine BILD-Schlagzeile am 22.11.: "Hafenstraße: Chaoten zertrümmerten 'Ahoi'".

23.November Auf das Ortsamt Blankenese wird ein Brandanschlag verübt, den die WELT mit den Ereignissen in der Hafenstraße in Verbindung bringt (24.11.).

27.November Die Innen- und die Justizbehörde haben die Rechtslage klären lassen und sind zu dem Ergebnis gelangt, daß eine Räumung vor Beendigung

der laufenden zivilrechtlichen Verfahren nicht erfolgen kann (laut TAGESZEITUNG, 27.11.).

2.Dezember Einige SPD-Politiker sind zusammengekommen und haben darüber beraten, welche Kompromisse den Bewohnern angeboten werden können. "Der Vorsitzende der SPD Altona, Walter Zuckerer, der auch dem Landesvorstand angehört, rechnet in den nächsten Wochen mit Vermittlungsgesprächen zum Komplex Hafenstraße. 'Man kann nicht miteinander sprechen und gleichzeitig räumen', fügte er hinzu." (ABENDBLATT, 3.12.)

Die Senatoren Pawelczyk, Curilla, Wagner und Ehlers bestätigen in einer Sitzung des SPD-Landesvorstands, daß eine Räumung nicht vor Abschluß der laufenden zivilrechtlichen Verfahren erfolgen könne; die aber würden noch sechs bis neun Monate dauern (laut MORGENPOST, 3.12.). Der SPD-Vorsitzende Runde kündigt eine innerbehördliche Kommission an, "um über die zukünftige Situation der Hafenstraßen-Bewohner zu beraten" (WELT, 3.12.).

Am Abend desselben Tages verbrennen Bewohner an der Hafenstraße Sperrmüll, was den Durchgangsverkehr angeblich für einige Stunden blockiert. Die Feuerwehr löscht schließlich im Rahmen eines Polizeieinsatzes mit rund 100 Beamten, darunter auch Kräften des Mobilen Einsatzkommandos (laut ABENDBLATT, 3.12.).

3.Dezember Bürgermeister v.Dohnanyi erklärt vor Polizeiführern, "es sei ein Fehler gewesen, den Bewohnern der ehemals besetzten städtischen Häuser an der St.-Pauli-Hafenstraße Mietverträge für alternative Wohnmodelle zu geben..." (nach WELT, 4.12.).

4.Dezember Die HAMBURGER RUNDSCHAU berichtet, daß sich eine Nachbarschaftshilfe für die Bewohner der Hafen- und Bernhard-Nocht-Straße gebildet habe. Sie will zunächst vor dem Verwaltungsgericht gegen die dauernden Polizeieinsätze vorgehen. "Wegen drei Leuten stehen die da mit gezogenem Maschinengewehr. Ja, das macht einen doch einfach wahnsinnig." "Zum ersten Treffen kamen 15 Menschen, beim zweiten waren es schon dreißig, und als die Initiative am vergangenen Sonntag ins Hafen-

straßen-Café einlud, versammelten sich fast 100 St.Pauli-Anwohner." (TAGESZEITUNG, 5.12.)

Eine Reihe prominenter Bürger setzt sich in Erklärungen für den Erhalt des Wohnzusammenhangs ein.

5.Dezember Ein Gespräch zwischen Pastoren und Vertretern der SPD über eine friedliche Lösung des Konflikts scheitert an der unnachgiebigen Haltung der SPD (laut TAGESZEITUNG, 6.12.).

In diesen Wochen kursiert ein internes Papier des SPD-Fraktionsvorsitzenden Voscherau in kirchlichen Kreisen, in dem er die kirchlichen Bemühungen begrüßt: "Denn die Durchsetzung der Räumung der sogenannten 5-er und 6-er Häuser sowie des Abbruchs der 6-er Häuser im Wege gerichtlicher Verfahren wird juristisch voraussichtlich noch Jahre dauern und durch regelmäßige gewaltsame Auseinandersetzungen um Nachschau und Räumung überschattet werden." Voscherau stellt an anderer Stelle in Aussicht: "(8) Nachmalige Überprüfung des Erhaltenswerts jedes der 6-er Häuser im Hinblick auf Bausubstanz und Vereinbarkeit mit dem städtebaulichen Konzept (9) Endgültige - transparente - Entscheidung über jedes der 6-er Häuser und gewaltfreie Akzeptanz des Ergebnisses".

7.Dezember Nach Berichten der BILD-Zeitung und des ABENDBLATTS wird ein Streifenwagen an der Hafenstraße beschädigt (8.12.).

10.Dezember Die GAL schlägt in der Bürgerschaft vor, eine Kommission aus Abgeordneten der drei in ihr vertretenen Parteien, unabhängigen Fachleuten und Bewohnern zu bilden, um Perspektiven einer Lösung zu erarbeiten. Die SPD zeigt sich in der Debatte verhandlungsbereit, versteht unter einer "konstruktiven Lösung" jedoch die "Verpflanzung der Bewohner mit Sozialbegleitung" (laut TAGESZEITUNG, 12.12.).

15.Dezember Der "Initiativkreis für den Erhalt der Hafenstraße, zu dem sich unterschiedliche politische Parteien und Gruppierungen zusammengeschlos-

sen haben, ruft zu einer Demonstration für die Bewohner am 20.Dezember auf.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Voscherau erläutert in einer Kurzinformation an die Presse die offizielle Haltung seiner Partei: "Die Räumung wird durch angebotene Wohnalternativen vorbereitet. Diese Seite muß verstärkt berücksichtigt werden, damit unmittelbar nach Vorliegen der rechtskräftigen und vollstreckbaren gerichtlichen Räumungstitel auch geräumt werden kann."

Erneut haben SAGA-Vertreter im Rahmen eines massiven Polizeieinsatzes die Häuser betreten, um festzustellen, ob bereits geräumte Wohnungen wieder belegt worden sind. Es kommt zu Auseinandersetzungen, in deren Verlauf die Feuerwehr brennende Barrikaden löscht.

Die CDU verlangt erneut sofortige Räumung.

16.Dezember Hunderte von Unterzeichnern fordern in einer Presseanzeige eine unbefristete Verlängerung der Mietverträge (u.a.MORGENPOST). Sie rufen zur Demonstration am 20.Dezember auf.

17.Dezember Innensenator Pawelczyk kündigt an, die Demonstration am 20.Dezember "einschließend begleiten" lassen zu wollen (laut ABENDBLATT, 18.12.). Die zunächst geplante Route durch die Mönckebergstraße wird verboten, ebenso eine Abschlußkundgebung an den Häusern.

18.Dezember Prominente Hamburger verlangen in von der HAMBURGER RUNDSCHAU veröffentlichten Erklärungen eine Beendigung der bisherigen staatlichen Politik gegenüber den Bewohnern.

20.Dezember Demonstration ca. 10.000 Menschen durch die Innenstadt. Es kommt zu schweren Auseinandersetzungen und vielen Verletzten, als die Polizei versucht, Teile der Demonstration "einschließend zu begleiten".

Der NORDDEUTSCHE RUNDFUNK konstatiert am 22.12. "eine Schlagstock-Attacke der Polizei mit Mobilem Einsatzkommando und Reizgas zu einem Zeitpunkt, als auch der potentiell militante Teil der Demon-

stration friedlich war. Das wurde von allen Teilnehmern als Bruch der Absprachen empfunden." (HAMBURG AKTUELL)

21.Dezember In verschiedenen Hamburger Kaufhäusern zünden Unbekannte auch in den kommenden Tagen Brandsätze.

22.Dezember Eine Kommission der SAGA schlägt den Senatoren Wagner und Ehlers vor, die Bewohner auf mehrere kleine Wohngruppen zu verteilen. Deren Anwalt Blohm: "Die Bewohner der Hafenstraße möchten in den Häusern bleiben. Sie legen Wert darauf, daß die SAGA die Verträge einhält und endlich gemeinsam mit den Mietern die Renovierung in Angriff nimmt." (MORGENPOST, 23.12.)

Bis in den Januar hinein intensive Bemühungen kirchlicher Kreise, vermittelnd einzugreifen.

30.Dezember Die Staatliche Pressestelle erklärt unter der Überschrift "Der Senat hält an dem städtebaulichen Konzept fest" seine weiteren Pläne: "Den Bewohnern der Häuser werden andere Wohnmöglichkeiten im innerstädtischen Bereich angeboten werden. Soweit es gelingt, im Sanierungsbereich für Häuser, die erhalten bleiben sollen, mit gewaltlosen und den Rechtsstaat respektierenden Gruppen alternative Wohnmodelle verbindlich zu vereinbaren, bleibt diese Möglichkeit bestehen. Ist dies jedoch nicht möglich, wird der Senat auch für diese Häuser den Weg der Sanierung ohne alternative Wohnmodelle gehen."

1987

Hinhalten bis zur Räumung

Zusammenfassung: Im Februar bietet sich eine "Vermittlergruppe" an, zu einer einvernehmlichen Lösung beizutragen. Da der Senat jedoch nicht bereit ist, für die Dauer von Gesprächen von Polizeieinsätzen und Begehungen abzusehen und die Bewohnbarkeit der Häuser sicherzustellen (Energieversorgung) demissioniert die Gruppe bereits Anfang März und kritisiert die Haltung des Senats.

Die Polizeieinsätze halten an.

Im April veranstalten verschiedene Gruppen einen "Tag X" für die Hafenstraße, an dem an verschiedenen Orten Hamburgs teils demonstrative, teils Aktionen gegen Sachen ausgeführt werden. Medien und Politiker schaffen daraufhin eine äußerst gereizte innenpolitische Atmosphäre. Die CDU fordert sofortige Räumung, Justiz- und Innensenator prüfen deren Möglichkeiten erneut.

Noch im April schlagen die Mitglieder der ehemaligen "Vermittlergruppe" vor, die Häuser in das Eigentum einer gemeinnützigen Interessengemeinschaft Hamburger Bürger zu überführen und den Bewohnern auf diesem Weg ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Der Vorschlag wird vom Senat mit dem Hinweis abgelehnt, er sei utopisch; außerdem sei keiner der Bewohner "Kapitalist".

Im Mai bietet sich Jan Philipp Reemtsma an, die Häuser zu kaufen und in eine gemeinnützige Gesellschaft zu überführen. Der Senat hatte vor der Wahl am 17.Mai eine unverzügliche Klärung zugesagt; nach der Wahl werden die Verhandlungen erst verschleppt, dann ein Ergebnis bis September vertagt. Der Senat rückt von der vormaligen Perspektive ab, alle Häuser müßten Kaufgegenstand werden.

Im Juli gewinnen die Bewohner den Eindruck, die Verhandlungen seien nur eine Form, sie bis zum Abschluß aller laufenden Gerichtsverfahren hinzuhalten. Sie errichten in den Häusern Schutzmaßnahmen gegen eine befürchtete Räumung. Der Senat stellt ein Ultimatum und droht mit Polizeieinsatz; einer seiner Vertreter schlägt vor, Jan Philipp Reemtsma selbst möge sich am Abbau von Zementklötzen beteiligen.

Der zieht daraufhin seinen ganzen Vorschlag zurück.

Unmittelbar darauf legt die ehemalige "Vermittlergruppe", die sich jetzt Komitee zur Verteidigung der Hafenstraße nennt, unter Mitwirkung Jan Philipp Reemtsmas den Vorschlag vor, die Häuser in eine Stiftung zu überführen. Der Vorschlag wird vom Senat abgelehnt und ein Konzept für August in Aussicht gestellt.

Am 19.Juli besetzen die Bewohner bereits geräumte Wohnungen neu und beginnen zu renovieren. Prominente Bürger der Stadt fliegen mit dem Hubschrauber nach Sylt, um Bürgermeister v.Dohnanyi von einem angedrohten Polizeieinsatz abzubringen. Tatsächlich hält sich die Polizei zurück.

Der August und der September sind von wechselseitigen Polemiken der Parteien bestimmt: Bürgermeister v.Dohnanyi übermittelt den Bewohnern der "Hafenstraße" zunächst einen kurzen Vorvertragsentwurf, der von diesen gebilligt, dann einen 24seitigen Vertragsentwurf, der von diesen nicht überprüft und kommentiert werden kann. Er sieht einen Abbau der "Befestigungen" an den Häusern nach Unterzeichnung vor.

Nach langen Auseinandersetzungen stimmt der Senat dem Entwurf unter der Bedingung zu, daß ein Abbau der "Befestigungen" *vor* einer Paraphierung und Beratung in der Bürgerschaft notwendig sei. Er verbindet das mit einem Ultimatum an die Bewohner.

20.Januar Jungsozialisten spenden den Bewohnern 20 Tonnen Kohlen.

9.Februar Der Pastor Christian Arndt, der Rechtsanwalt Michael Günther, der Politiker Michael Herrmann, der Richter Joachim Katz, der Hochschullehrer Hans-Joachim Lenger, der Philologe Jan Philipp Reemtsma und der Architekt Joachim Reinig bieten sich in einem Schreiben an den Senat an, "zwischen beiden Fronten vermittelnde Gespräche zu führen". Dieses Angebot ist von den Bewohnern der "Hafenstraße" autorisiert; die Gruppe besitzt also von dieser Seite ein Mandat. Sinnvoll, so heißt es in dieser Erklärung, seien vermittelnde Gespräche jedoch nur, wenn während ihrer Dauer von

Polizeieinsätzen, Räumungen und Begehungen abgesehen und die Bewohnbarkeit der Häuser erhalten bleibe, also ein Moratorium in Kraft trete, um den Status Quo zu erhalten und ein Gesprächsklima überhaupt erst zu schaffen. Der Senat möge, heißt es in einem Begleitbrief, innerhalb einer Woche entscheiden, ob er diese Voraussetzungen zu schaffen bereit ist.

10.Februar Die Staatliche Pressestelle gibt eine Erklärung des Senats heraus: "Die Probleme der Hafenstraße sollen gelöst werden". In dem Text heißt es u.a.:

"3. Nach dem Städtebaukonzept bleiben die sogenannten Fünfer-Häuser bestehen. Unter Sicherung des jetzt erreichten rechtlichen Status soll der Versuch gemacht werden, den Bewohnern auf der Grundlage des Konzeptes 'Stadterneuerung und soziale Arbeit' das zukünftige Wohnen in den Häusern zu ermöglichen. Voraussetzung dafür ist die Anerkennung der rechtsstaatlichen Bindung von Mietvereinbarungen und nachbarschaftlichen Verpflichtungen durch die Bewohner.

4. Der Präses der Baubehörde ernennt eine(n) Mitarbeiter(in) zum/zur Beauftragte(n) für die Lösung der Probleme im Zusammenhang mit der Hafenstraße und stattet ihn/sie mit der Vollmacht aus, die möglichen und erforderlichen Verhandlungen zu führen und Vereinbarungen zu schließen.

Der Senat begrüßt in diesem Zusammenhang ausdrücklich, daß sich einige Persönlichkeiten zu einer Gruppe zusammengefunden haben, die in vermittelnde Gespräche eintreten will.

Der Senat geht davon aus, daß insbesondere die Ernennung der(s) Beauftragten zu einer zügigen Aufnahme der Gespräche und alsbaldigen, ersten Ergebnissen beitragen wird."

Zu den Voraussetzungen von Gesprächen, wie sie von der Gruppe formuliert worden waren, steht in der Erklärung allerdings nichts.

13.Februar Ohne bisher auf das Angebot der Gruppe offiziell geantwortet zu haben, läßt der Senat erneut geräumte Wohnungen begehen; es kommt ein weiteres Mal zu einem Polizeieinsatz gegen die Bewohner der Häuser, der

von ihnen bereits als Antwort auf das Gesprächsangebot der Gruppe gedeutet wird.

16.Februar In einer Pressekonferenz fordert die Gruppe den Senat trotzdem auf, auf ihr Angebot offiziell zu antworten, obwohl "der Polizeieinsatz vom vergangenen Freitag die Möglichkeiten einer vermittelnden Tätigkeit noch weiter verringert" habe. In einer Erklärung schreibt sie: "Es liegt auf der Hand, daß eine Gruppe von Vermittlern erst in dem Augenblick besteht, in dem sie von *beiden* Seiten zu eindeutigen Bedingungen anerkannt ist. Solange nur von den Bewohnern der Hafenstraße, nicht aber vom Senat eine positive Antwort zu unserer Erklärung vorliegt, kann daher vom Bestehen einer solchen Gruppe nicht gesprochen werden. Wir bitten daher, den in der Öffentlichkeit erweckten Eindruck zu korrigieren, eine Vermittlergruppe bestünde bereits."

Trotz wiederholter mündlicher Anfragen ist der Senat jedoch auch in den kommenden Tagen nicht bereit, einem "Moratorium" für die Dauer vermittelnder Gespräche zuzustimmen und der Gruppe auch von seiten des Senats ein Mandat zu erteilen. Bewohner der Hafenstraße werfen der Gruppe mittlerweile vor, verlängerter Arm einer staatlichen Hinhaltepolitik zu werden.

20.Februar Bürgermeister v.Dohnanyi schreibt in einem Brief an die Gruppe u.a.: "Leider antworte ich erst heute, weil ich aus der Art der Übersendung nicht schließen konnte, daß eine Antwort durch mich erwartet wurde. Der Senat würde es selbstverständlich begrüßen, wenn die Gruppe weiterhin dazu beitragen könnte, die Probleme in der Hafenstraße lösbar zu machen. Soweit Sie bestimmte Voraussetzungen für weitere Bemühungen beschrieben haben, bitte ich Sie um Verständnis dafür, daß zur eventuellen Realisierbarkeit derartiger Voraussetzungen schon aus rechtlichen Gründen Gespräche mit den zuständigen Stellen geführt werden müssen. Sie kennen die Position, die der Senat bezogen hat. Die Veröffentlichung über den Senatsbeschluß vom 10.Februar 1987 füge ich als Anlage bei."

24.Februar Mitglieder der Gruppe treffen mit Eberhard Pohlandt zusammen, der vom Senat als Verhandlungsführer benannt worden ist. Die Gruppe

erläutert ihm erneut eingehend, weshalb eine Erhaltung des Status Quo für die Dauer möglicher Gespräche deren Voraussetzung ist. Sie weist darauf hin, daß die Zeit drängt. Das Gesprächsangebot lasse sich nicht über längere Zeit hinweg aufrechterhalten; dies umso weniger, als neue Begehungen durch SAGA und Polizei angesetzt sind, die eskalierend wirken.

Trotz vieler Telefonate auch mit Politikern wie Henning Voscherau bleibt eine Antwort des Senats auch in den kommenden Tagen aus.

1.März Auf einer Veranstaltung in der "Fabrik" erklärt die Gruppe deshalb das Scheitern ihres Vermittlungsangebots, nachdem sie in vielen Telefongesprächen mit führenden Politikern versucht hat, die schriftliche Zusage zu einem Moratorium zu erhalten; u.a.: "Wir betrachten unseren Versuch einer Vermittlung zwischen Senat und 'Hafenstraße' als gescheitert. Die alleinige Verantwortung für dieses Scheitern trägt der Senat, der keine verbindlichen Aussagen über die Rahmenbedingungen solcher Vermittlungsgespräche treffen konnte oder wollte. Diese Rahmenbedingungen hätten darin bestehen müssen, den gegenwärtigen Status Quo für die Dauer der Gespräche fortzuschreiben; insbesondere: - von weiteren Polizeieinsätzen abzusehen; - keine weiteren Räumungen oder Begehungen anzusetzen; - die Bewohnbarkeit der Häuser zu erhalten, insbesondere ihre Versorgung mit Energie zu garantieren. Obwohl von Senatsvertretern immer wieder in Assicht gestellt, erreichte uns zu diesen Minimalforderungen keine verbindliche Erklärung des Senats. Um unsere Glaubwürdigkeit allen Seiten gegenüber zu wahren, erklären wir daher, daß unsere Vermittlungsbemühungen gescheitert sind. (...) Ob aber nun aus Kalkül oder Handlungsunfähigkeit: dem Senat ist bekannt, daß die Alternative zu Gesprächen in Formen eskalierender Gewalt besteht. Da er die Chance zu solchen Gesprächen ungenutzt ließ, können wir unterstellen, daß er entweder bewußt auf eine gewaltsame Konfrontation setzt oder aber diese Konfrontation durch Handlungsunfähigkeit entstehen läßt. In beiden Fällen liegt die Verantwortung beim Senat. Wer nicht reden will, setzt auf Gewalt."

Die Bewohner der Häuser rufen auf der Veranstaltung zu einem "Tag X" auf, an dem sich verschiedene Gruppen zu Aktionen zusammenfinden sol-

len, um den Forderungen der "Hafenstraße" öffentlich Nachdruck zu verleihen.

2.März Ein Brief des Senatsbeauftragten Pohlandt, datiert vom 27.2., trifft ein; auch in ihm werden die nötigen Voraussetzungen vermittelnder Gespräche nicht geschaffen, die die Gruppe benannt hatte.

4.März Auf einer Pressekonferenz begründet die Gruppe ihre Demission mit der Haltung des Senats.

Eine Stunde zuvor hat die ehemalige Vermittlergruppe jedoch mit Senator Jan Ehlers auf dessen Wunsch ein Gespräch geführt, in dessen Verlauf er die Gruppe eindringlich bittet, ihre Bemühungen nicht einzustellen. Er modifiziert im Namen des Senats dessen bisherige Position und signalisiert die Bereitschaft, der Forderung nach einem "Moratorium" für die Dauer der Gespräche zu entsprechen. Strittig bleibt dennoch die Forderung, auch die Begehungen geräumter Wohnungen einzustellen. Die Gruppe weist darauf hin, daß sie über ein Mandat der "Hafenstraße" mittlerweile nicht mehr verfüge. Dennoch bittet sie mehrfach und dringlich um eine rasche schriftliche Erklärung des Senats, um Gespräche eventuell doch noch möglich zu machen.

Eine solche Erklärung des Senats trifft jedoch trotz wiederholter Rückfragen nie ein.

5.März Laut BILD-Zeitung vom gleichen Tag erklärt Senatspressesprecher Thomas Mirow: "Wir machen das Leben für die Bewohner etwas leichter, ohne das Ziel der Räumung aus den Augen zu verlieren, streben eine gewaltfreie Lösung an".

13.März Mitglieder der "Konservativen Jugendlichen Hamburg" protestieren im Rathaus "gegen Randale, Krawalle und terroristische Aktionen der Hafenstraße" (TAGESZEITUNG, 14.3.).

11.März Erneuter massiver Polizeieinsatz in der Hafenstraße, um eine Begehung von Wohnungen abzusichern, die bereits geräumt sind, und gewaltsame Auseinandersetzungen mit den Bewohnern. Bausenator Wagner kon-

statiert: "Eine friedliche Lösung ist in weite Ferne gerückt" (laut MORGENPOST, 12.3.). Im NORDDEUTSCHEN RUNDFUNK begründet Wagner, warum die Begehungen trotz Vermittlungsbemühungen stattfinden: "Falls die Bemühungen vielleicht in 14 Tagen, drei Wochen, vier Wochen oder sechs Wochen oder in zwei Monaten endgültig scheitern würden, wir dann mit den juristischen Maßnahmen, d.h. die Wohnungen müßten ja dann wieder geräumt werden, wieder bei Adam und Eva anfangen. Und das bedeutet Zeitverlust. Und da wir ja auch unter einem Zeitdruck stehen, was wir uns selbst vorgenommen haben, dort zu erreichen, wie Neubau und städtebauliche Absichten, würde das natürlich das alles in Frage stellen." (HAMBURG AKTUELL, 11.3.)

Auf der Pressekonferenz dieses Tages kommt es zu folgendem Dialog mit Senator Wagner über das "städtebauliche Konzept" und die 6er-Häuser:

"Wagner: Sie wissen, daß wir einen Bebauungsplan in Arbeit haben, der eine gewisse Reife erreicht hat, und das ist zum Beispiel eine städtebauliche Grundlage.

Frage: Ist darin festgehalten, daß die 6er-Häuser abgerissen werden müssen?

Wagner: Lassen Sie mal... Wir haben der Vermittlergruppe gesagt, schriftlich, glaube ich, haben wir's mitgeteilt, daß wir ihr gegenüber dieses städtebauliche Konzept gern noch mal erläutern wollen.

Frage: Haben Sie das getan?

Wagner: Nein, dazu ist es... wie denn?

Pohlandt: Das Erläutern nicht, aber das Schreiben ja.

Wagner: Wir haben das angeboten, wir haben das angeboten, und das können wir also jederzeit geben, wenn sie... die zweite Frage war, die erste Frage war, was passiert...

Frage: Entschuldigung, ist in diesem Konzept festgelegt, daß die 6er-Häuser abgerissen werden müssen?

Wagner: In diesem Konzept ist festgelegt, daß die 6er-Häuser abgerissen werden.

(...)

Frage: Können Sie das vorlegen, ich meine...

Wagner: Entschuldigen Sie, also, das ist eine Pressekonferenz, ein Pressegespräch, um die, sagen wir mal, die Fragen, die jetzt vielleicht noch offen sind, zu beantworten...

Frage: Ja, ich berichte für den Westdeutschen Rundfunk.

Wagner: ...und diese Fragen zu beantworten. Und dazu gibt es eine Presseerklärung von - was weiß ich - halbem Jahr oder anderthalb Jahren oder dreiviertel Jahr, ich hab' es nicht genau im Kopf, und da haben wir das also schriftlich niedergelegt, wenn Sie so wollen, ich hab' es jetzt nicht mit.

(Ein Beamter): Es gibt mehrfache Senatsbeschlüsse, daß das so geschehen soll.

Frage: Ja, meine Frage bezog sich drauf, ob es in dem sogenannten städtebaulichen Konzept niedergelegt ist. Daß es in Senatsbeschlüssen steht, weiß ich. Aber ob es in dem städtebaulichen Konzept...

Pohlandt: Was verstehen Sie unter einem städtebaulichen Konzept?

Frage: Das frag' ich Sie ja. Wo ist das nachzulesen?

Wagner: Entschuldigen Sie bitte, das städtebauliche Konzept besagt, daß diese drei Häuser abgängig sind. So, das nehmen Sie bitte mal so mit."

17.März Eberhardt Pohlandt schreibt an die ehemalige Vermittlergruppe: "Sehr geehrte Herren, leider ist es uns nicht gelungen, die notwendig gewordene Begehung in der Hafenstraße in der vergangenen Woche ohne Polizeieinsatz stattfinden zu lassen. Wir haben das sehr bedauert. Sie haben selbst in dieser angespannten Situation zu erkennen gegeben, daß Sie an der Fortführung der Gespräche interessiert sind, was wir sehr begrüßen. Ziel es Senats ist es nach wie vor, eine gewaltfreie Lösung der Probleme in diesem Bereich herbeizuführen. Ich stehe daher auch weiterhin zur Verfügung und bitte Sie um einen Terminvorschlag."

Der CDU-Abgeordnete Müller erkundigt sich beim Senat nach den bisherigen Kosten der Polizeieinsätze (laut BILD, 18.3.). Der Senat teilt mit, es

seien 138 Polizeibeamte in den letzten drei Jahren verletzt worden (laut BILD, 24.3.).

19.März Im Namen der Gruppe bittet Jan Philipp Reemtsma den Senatsbeauftragten Eberhard Pohlandt in einem Schreiben, die für die Entscheidungen der Baubehörde und des Senats relevanten Unterlagen zur Verfügung zu stellen, um der Gruppe die städtebaulichen Absichten des Senats überhaupt einsichtig werden zu lassen. Insbesondere bittet er um das "städtebauliche Konzept" des Senats. Zugleich weist Reemtsma jedoch erneut darauf hin, daß die Gruppe demissioniert habe und es für unwahrscheinlich halte, ein erneutes Mandat der "Hafenstraße" zu bekommen. "Sollten wir ein Mandat erhalten (dies ist nicht wahrscheinlicher geworden) stehen wir selbstverständlich weiterhin zur Verfügung; darüber hinaus werden wir für den Fall, daß wir um diese gefragt würden, auch Ratschläge gern erteilen."

30.März Eberhard Pohlandt zeigt sich in einem Schreiben an die Gruppe erschreckt darüber, "daß Sie es gegenwärtig für wenig wahrscheinlich halten, ein Mandat der Hafenstraße zu erhalten und daher auch lediglich im Angebot Ihrer vermittelnden Tätigkeit verharren". Er sichert zu, Unterlagen zur Verfügung zu stellen, "soweit sie allgemein zur Verfügung stehen und nicht Urheber- oder Datenschutzgründe einer Herausgabe entgegenstehen". Um welche Dokumente es sich dabei handeln könnte, erwähnt er nicht. Als einige Tage später Materialien zugestellt werden, fehlen Begründungen für den staatlichen Abrißentscheid. Auch ein "städtebauliches Konzept" kann Pohlandt schriftlich nicht vorlegen.

10.April Bürgermeister v.Dohnanyi und Bausenator Wagner stellen Entwürfe für die Bebauung des Hafenrands vor. "Damit Nicht-Architekten sich unter den Ideen etwas vorstellen können, hat der Oberbaudirektor Egbert Kossak die Zukunftsmusik in farbenfrohe Zeichnungen umgesetzt - Fischerhäuschen, Speicher, eine Halle, ein Museumshafen und die Rickmer Rickmers am Kai. Das Geld für die attraktive Visitenkarte will sich die Stadt von Investoren spendieren lassen. Zehn feste Interessenten, versichert Bausenator Eugen Wagner, hätten bereits vorgesprochen und warteten auf gültige

Bebauungspläne, um sich auf den Grundstücken mit Elbblick niederzulassen. 'Wir könnten praktisch morgen anfangen.'" (WELT, 11.4.)

18.April Die TAGESZEITUNG berichtet: "Für sämtliche Wohnungen der ehemals besetzten Häuser in der Hafenstraße sind Räumungsklagen anhängig: 32 Mietstreitigkeiten für 20 Wohnungen durchlaufen zur Zeit die erste gerichtliche Instanz, sieben Fälle haben bereits die zweite Instanz erreicht."

23.April "Tag X für die Hafenstraße". In einem Flugblatt erklären die Bewohner: "Wenn der Hamburger Senat an einer wirklichen Kurskorrektur Interesse hat, muß er das durch Taten signalisieren: Keine weiteren 'Begehungen' der zwangsgeräumten Wohnungen, kein weiterer Vollzug von Räumungstiteln, Wiederanschluß an die öffentliche Versorgung, Verzicht auf jegliche Polizeipräsenz. Dies sind die unabdingbaren Voraussetzungen für die Aufnahme von Gesprächen bzw. Verhandlungen zwischen Senat und Bewohner/innen."

Am Abend trägt Innensenator Pawelczyk ein polizeiliches Resumé der Ereignisse vor, das sechzehn Punkte enthält. Am schwersten wiegen für ihn die Ereignisse im Wohnhaus des Bürgerschaftspräsidenten Willich: "Etwa 8 unbekannte Personen betreten das Grundstück, gehen um das Haus und schlagen mit einem Vorschlaghammer diverse Scheiben ein. An der Fassade des Hauses werden Farbschmierereien begangen. Täter entkommen unerkannt" (Polizeibericht). Pawelczyk legt der Presse gleichzeitig eine Liste der "Brand- und Sprengstoffanschläge in der Bundesrepublik Deutschland seit dem 01.04.1987" vor, um, wie er erklärt, den systematischen Zusammenhang des "Tag X" deutlich werden zu lassen. Offenbar soll ein Zusammenhang zu bewaffneten Untergrundgruppen konstruiert werden, den die Ereignisse selbst nicht hergeben.

24.April Die Staatliche Pressestelle gibt eine Erklärung Bürgermeister v.Dohnanyis heraus, in der es u.a. heißt: "Unmittelbar nach Bekanntwerden der Vorfälle habe ich Justizbehörde, Innenbehörde und Senatskanzlei beauftragt zu prüfen, ob durch die qualitativ neue, organisierte Form des Vorgehens der Gewalttäter eine Lage entstanden ist, die eine Räumung der Hafen-

straßen-Häuser auf der Grundlage des SOG nunmehr erforderlich oder möglich macht. Ein langes, bis in die Nacht gehendes Gespräch mit den verantwortlichen Kollegen des Senats hat zu dem eindeutigen Ergebnis geführt, daß dies nicht der Fall ist. Wenn der Vorsitzende der CDU-Bürgerschaftsfraktion eine bedingungslose, nicht mietrechtlich begründete Räumung der Häuser fordert, plädiert er mithin für einen klaren vorsätzlichen Rechtsbruch."

28.April Die Staatliche Pressestelle teilt die Auffassung des Justizsenators Curilla mit, eine sofortige Räumung der Häuser sei "zum jetzigen Zeitpunkt rechtswidrig, weil es an den entsprechenden Rechtsgrundlagen fehlt. Ein Aufruf zur sofortigen Räumung ist rechtlich nicht haltbar. Die Tatsache, daß die Hamburger Behörden die Häuser nicht zum jetzigen Zeitpunkt gänzlich räumen können, ist nicht mit Nachsicht oder falscher Rücksichtnahme zu verwechseln."

Auf einer Pressekonferenz stellt die "ehemalige Vermittlergruppe" fest, die Entwicklung der Auseinandersetzung habe "den Glauben an die Möglichkeit einer vom Staat bestimmten Lösung restlos schwinden lassen; daher plädieren wir für eine konsequente 'Entstaatlichung' des Problems". Sie schlägt die Bildung einer Interessengemeinschaft Hamburger Bürger vor, die die Häuser übernehmen, instandsetzen, bewirtschaften und weiter bebauen solle: "a. Ziel der Interessengemeinschaft. Die sog. 5er- und 6er-Häuser, Schmaals Hotel wie die dazwischen liegenden Freiflächen werden übernommen mit dem Ziel, den Bewohnern ein selbstbestimmtes Wohnen zu ermöglichen; die in Abstimmung mit den Bewohnern erforderlichen Arbeiten zur Erhaltung, Instandsetzung, Bewirtschaftung und weiteren Bebauung vorzunehmen; bauliche Sicherheitsauflagen zu erfüllen; mit den Bewohnern neue Vorschläge und Ansätze zur ökologischen und künstlerischen Gestaltung auszuarbeiten und zu verwirklichen; längerfristig Möglichkeiten der Selbstverwaltung durch die Bewohner zu prüfen." Außerdem sollen Werkstätten zur Aus- und Weiterbildung, Wohnprojekte und soziale Einrichtungen geschaffen werden. Wissenschaftler und Künstler sollen um Mitarbeit gebeten werden, wozu ein Symposion zum Thema "Aneignung der Stadt" dienen solle. Eine Planskizze des Architekten Joachim Reinig illustriert

mögliche Perspektiven einer weiteren Bebauung. Die Gruppe erklärt sich bereit, umgehend die Bildung einer solchen Interessengemeinschaft voranzutreiben.

30.April In einer Presseerklärung des Senats weist Jan Ehlers die Vorschläge der Gruppe schroff zurück; der Kreis, so Ehlers, entwerfe "das Bild eines alternativen Sonnenstaates am attraktiven Elbufer" und hebe "traumtänzerisch von jeder vorstellbaren Wirklichkeit ab". Ehlers setzt hinzu: "Wer sich als 'Vermittler' zu dem Vorschlag versteigt, im Herbst ein Symposion mit dem Thema 'Aneignung der Stadt' zu veranstalten, der sollte sich bewußt machen, wer denn wohl aus dem Verborgenen heraus die Fäden zieht".

7.Mai In einer Sendung des NORDDEUTSCHEN RUNDFUNKS erklärt Senator Ehlers zum Vorschlag der Gruppe, die Gebäude zu "entstaatlichen": "Diese Interessengemeinschaft also ist ja gar nicht real, also wenn die sich nun wirklich da gegründet hätten und hätten eine Einlage gemacht und hätten diese Aufgabe genommen, also dann könnte man darüber reden." Auf Nachfrage erklärt er: "Nur die Bewohner der Hafenstraße sind ja nun keine Kapitalisten, die können ja solche Häuser nicht kaufen."

Hans-Joachim Lenger erklärt für die Gruppe in derselben Sendung, sofort die Gründung einer GmbH mit entsprechenden Einlagen betreiben zu wollen, und setzt hinzu: "Wir freuen uns sehr, daß der Senat jetzt auf diesen Vorschlag eingeht und den Weg zu einer positiven Lösung mit uns gemeinsam beschreitet." Dennoch gibt es in den nächsten Wochen keine Gesprächsbereitschaft des Senats über den Vorschlag.

Daraufhin bereitet die Gruppe einen neuen Vorschlag vor, von dem sie annimmt, er sei von Senator Ehlers' Aussagen herausgefordert worden, und den Jan Philipp Reemtsma in seinem eigenen Namen vorträgt.

7.Mai Die Polizei schreibt eine öffentliche Fahndung nach einem Mann aus, der sich angeblich an der Aktion gegen das Haus Martin Willichs am "Tag X" beteiligt hatte.

12.Mai Jan Philipp Reemtsma schreibt in einem Brief an Bürgermeister v.Dohnanyi u.a.:

"Die Mitglieder der ehemaligen Vermittlergruppe haben nun kürzlich unter meiner Mitwirkung dem Senat die Skizze einer Problemlösung übermittelt, die ich nach wie vor für einen vernünftigen Ansatz halte. Zweifellos hätte diese Skizze vervollständigt, der Ansatz ausgebaut werden müssen. Dies hätte kurzfristig und sicher erfolgreich geschehen können. Die Erklärung des Senats durch Herrn Senator Ehlers und die einem Rundfunkinterview dieser Erklärung beigefügten Erläuterungen (...) legten (...) eine Interpretation des Vorschlages nahe, die sich inzwischen als Gerücht verselbständigt hat. Es ist zwar sachlich absurd, dennoch bei der gegenwärtigen Verfaßtheit der öffentlichen Diskussion wohl unvermeidlich, daß, wo in irgendeinem Zusammenhang mein Name fällt, dieser Zusammenhang auf meine Person und das finanziell Machbare reduziert wird. Entsprechend entstand das Gerücht, ich wolle die umstrittenen Grundstücke und Häuser erwerben.

Zu meiner Überraschung produzierte das Gerücht nicht die von mir erwartete Ablehnung einer solchen Idee, sondern es scheint mir der Gedanke, mit einem solchen Schritt könne der Weg zur Lösung des 'Problems Hafenstraße' begonnen werden, auf erstaunlich breite Akzeptanz zu stoßen. (...)

Sollte der Senat der Auffassung sein, ein 'privates Modell' sei anderen, die ich nach wie vor favorisiere, vorzuziehen, so nötigt mich die Dringlichkeit des Problems sowie meine Zuversicht, daß auch auf diesem Wege eine Lösung erreichbar ist, die den Erhalt aller Häuser der Hafenstraße und ein selbstbestimmtes Leben der Bewohner möglich macht, ohne im Widerspruch zu städtebaulichen Konzepten des Senates zu stehen, zu einem Gespräch über diese Variante zur Verfügung zu stehen."

14.Mai Bürgermeister v.Dohnanyi schreibt an Reemtsma u.a.:

"Ich bin gerne bereit, kurzfristig mit Ihnen Ihre Überlegungen zu erörtern - und damit gründlichere Beratungen einzuleiten."

15.Mai Ein erstes Gespräch zwischen Jan Philipp Reemtsma und Bürgermeister v.Dohnanyi findet statt. Die Staatliche Pressestelle teilt mit: "In dem heutigen Gespräch zwischen Bürgermeister Klaus v.Dohnanyi und Herrn Jan

Philipp Reemtsma über einen Verkauf der umstrittenen Grundstücke und Häuser der Hafenstraße, erläuterte Herr Jan Philipp Reemtsma seine Absicht, diese einer GmbH zu überschreiben, die unter seiner Mitwirkung gegründet werden soll. Er verlieh seiner Überzeugung Ausdruck, daß damit neuen gewaltsamen Auseinandersetzungen um die Hafenstraße der Boden entzogen werden würde. Bürgermeister v.Dohnanyi erläuterte die Notwendigkeit, mit einer solchen Lösung die Rechtssicherheit im Raum Hafenstraße und die städtebauliche Entwicklung am nördlichen Elbufer sicherzustellen. Er erklärte, daß unter diesen Voraussetzungen konkrete Gespräche über eine Veräußerung der Häuser an Herrn Reemtsma in der kommenden Woche unter Beteiligung der Fachleute der betroffenen Behörden eingeleitet werden sollten."

16.Mai Mehrere tausend Hamburger nehmen an einem Fest vor den Häusern teil.

17.Mai Bürgerschaftswahl.

19.Mai Jan Philipp Reemtsma schreibt an Bürgermeister v.Dohnanyi: "Wir hatten am Freitag, mündlich wie in der gemeinsamen Presseerklärung, Gespräche mit Vertretern der 'zuständigen Behörden' als nächste Stufe zu einem gemeinsamen Konzept in Sachen 'Hafenstraße' bezeichnet und waren der Meinung, diese Gespräche sollten in dieser Woche geführt werden. Ich bin nach wie vor der Meinung, daß dieser Zeitplan richtig ist und eingehalten werden kann und gehe davon aus, daß auch bei Ihnen sich die Sicht der Dinge nicht geändert hat."

22.Mai Zweites Gespräch Jan Philipp Reemtsmas mit Bürgermeister v.Dohnanyi, an dem auch der SPD-Fraktionsvorsitzende Henning Voscherau teilnimmt; Fachleute der verschiedenen Behörden jedoch sind nicht erschienen.

Reemtsma erläutert seine unverhandelbaren Vorstellungen: - es kann nur um alle Häuser gehen; - es kann sich nur um einen symbolischen Kaufpreis handeln; - die rechtliche Konstruktion muß gewährleisten, daß die Grund-

stücke und Häuser in Zukunft kein Spekulationsobjekt werden können; - keine über allgemein geltendes Recht hinausgehenden Auflagen.

29.Mai Jan Philipp Reemtsma schreibt an Bürgermeister v.Dohnanyi u.a.:

"Wir kamen überein, daß Sie einen rechtskundigen Vertretern benennen wollten, der zusammen mit Herrn Rechtsanwalt Rainer Blohm in dieser Woche einen verabschiedungsfähigen juristischen Rahmen für den Erwerb der umstrittenen Hafenstraßenhäuser erarbeiten sollte. Dieser sollte bis spätestens Montag benannt sein. Da erst am Mittwoch feststand, daß Sie Frau Stadler-Euler benennen würden, ist es in dieser Woche zu Gesprächen nicht mehr gekommen. Ich habe mehrfach darauf hingewiesen, daß ich nicht bereit bin, Teil eines bürokratischen Verfahrens zu sein. Einmal, weil ich für derlei grundsätzlich nicht zur Verfügung stehe, und zweitens, weil der Sinn meines Vorschlages eben der war, die mit dem Etikett 'Hafenstraße' versehenen Probleme auf anderen Wegen zu lösen als auf denen, die die Politik konventionellerweise geht. Da ich unterstelle, daß weiterhin Interesse an meinem Vorschlag besteht, erwarte ich, daß sich dieses Interesse auch in der Form der Verhandlungsführung zeigt."

Rechtsanwältin Stadler-Euler stellt Vertragsentwürfe zu.

5.Juni Auf einer Pressekonferenz, an der neben Jan Philipp Reemtsma auch andere Mitglieder der Gruppe teilnehmen, erläutert dieser eine Erklärung, in der es u.a. heißt, der Bürgermeister habe in zwei Gesprächen erklärt, "daß er den von mir vorgeschlagenen Lösungsweg befürworte und meine Initiative begrüße. Es wurde dann von seiten des Senats Frau Stadler-Euler für die Aufgabe, einen Vertragsentwurf zu erarbeiten, bestellt. Dieser Vertragsentwurf hatte kaum etwas gemein mit dem, was in den Gesprächen mit dem Bürgermeister besprochen worden war. Telefonisch habe ich dann erfahren, daß dieser Vertragsentwurf mit dem Bürgermeister weder abgestimmt noch überhaupt besprochen worden war.

Ich werde in den nächsten Tagen auf einer nicht aufschiebbaren Auslandsreise sein. Ich hatte gehofft, noch vor Reisebeginn einen Vertrag über die umstrittenen Häuser der Hafenstraße abschließen zu können. Dazu ist es aus den geschilderten Gründen nicht gekommen. Ich werde nun an diesem

Wochenende Herrn v.Dohnanyi schreiben und ihn bitten, dafür zu sorgen, daß in vierzehn Tagen ein Vertragsentwurf vorliegt, der dem Geist der gemeinsamen Gespräche entspricht. (...)

Sollte es nicht möglich sein, so, wie hier skizziert, zu verfahren, muß ich schließen, daß seitens des Senats keine Absicht besteht, so zu verfahren, und also ernsthaft auf meinen Vorschlag einzugehen. In einem solchen Falle kann auch ich selbstverständlich nicht mehr meine Bereitschaft, als Privatperson zur Lösung der 'Hafenstraßen'-Probleme zur Verfügung zu stehen, aufrechterhalten."

Auch in den nächsten vier Wochen bleibt jedoch eine Reaktion des Senats auf das Schreiben Reemtsmas aus.

12.Juni Laut BILD erklärt ein Sprecher der Finanzbehörde über die Bedingungen, zu denen die Häuser an Jan Philipp Reemtsma gegeben werden könnten: "Es wird beim Verkauf keine Bevorzugung geben. Er bekommt einen normalen Vertrag, wie ihn auch andere Bürger bekommen, die Häuser oder Grundstücke der städtischen Liegenschaft erwerben."

19.Juni Die WELT teilt mit, daß sich der stellvertretende FDP-Landesvorsitzende Robert Vogel um Grundbesitz in der Gegend bewerbe.

23.Juni Auf einer Sitzung kristallisiert der Senat laut MORGENPOST vom folgenden Tag drei strittige Punkte heraus: "Thema 'Probezeit': Der Senat wollte zunächst ein Rückkaufsrecht nach einem Jahr für den Fall, daß durch den Verkauf keine 'Beruhigung' in der Hafenstraße eintritt. Dazu Reemtsma: 'Unannehmbar.' Jetzt wird der Senat darauf verzichten. Der Kaufpreis: Reemtsma sprach stets von einem 'politischen Preis'. Einigung scheint möglich, der Forderung wurde bisher nicht widersprochen. Größtes Problem: Reemtsma will alle vier Gebäude haben('da gibt's keine Kompromisse'), die Stadt war immer (und ist?) der Meinung, zwei Häuser seien nicht zu erhalten, müßten abgerissen werden."

Rechtsanwältin Stadler-Euler arbeitet einen neuen Vertragsentwurf aus.

26.Juni In einer Erklärung Jan Philipp Reemtsmas heißt es: "Ich habe zu Beginn der Woche einen revidierten Vertragsentwurf von Frau Stadler-Euler erhalten und gestern einen aufgrund der Ergebnisse der Senatssitzung vom Dienstag dieser Woche erneut überarbeiteten. Dieser Entwurf zeichnet sich durch allerlei Klauseln aus, die für mich nach wie vor nicht akzeptabel sind und Gegenstand weiterer Verhandlungen sein müßten. Gegenstand des Vertragsentwurfes allerdings sind nicht alle umstrittenen Häuser 'der Hafenstraße', sondern nur ein Teil. Ausgenommen sind die Häuser Hafenstraße Nr.126 und Bernhard-Nocht-Straße 16. - Ich habe in früheren Gesprächen Herrn Bürgermeister Klaus von Dohnanyi gesagt, daß ich für eine Teil-Abriß-Lösung nicht zur Verfügung stehe. " Reemtsma kündigt an, gegebenenfalls einen eigenen Vertragsentwurf vorzulegen, "sollte sich abzeichnen, daß ein solcher letzter Schritt noch sinnvoll ist."

Senatssprecher Thomas Mirow erklärt: "Ob der Senat auf weitere Forderungen von Herrn Reemtsma eingehen wird, kann nur der Senat selbst entscheiden" (ABENDBLATT, 27.6.)

30.Juni In einem Gespräch mit der TAGESZEITUNG erklärt Ingo v.Münch auf die Frage, ob er einen Verkauf aller Häuser an Reemtsma unterstützt, u.a.: "Voll und ganz. Für mich ist die private Lösung immer besser als die staatliche. (...) Natürlich bin ich für ein Moratorium. Voraussetzung ist natürlich, daß beide Seiten auf Gewalt verzichten. Konkret bedeutet das: Kein Abriß, alle Häuser, die Reemtsma haben will, an ihn, keine staatlichen Interventionen, sofern Reemtsma nicht um Rat bittet. Gleichzeitig muß Reemtsma und den Bewohnern signalisiert werden, daß Unterstützung, wo notwendig, gewährleistet wird. Denn eines ist sicher: Mit dem Verkauf der Häuser würde dann endlich ein friedliches Signal gesetzt, die eigentliche Arbeit fängt dann erst an."

3.Juli Drittes Gespräch Jan Philipp Reemtsmas im Rathaus, diesmal mit einer aus Vertretern der SPD und FDP gemischten Unterhandlungskomission, zu der auch Bürgermeister v.Dohnanyi und Ingo v.Münch gehören. Reemtsma wird schriftlich das Ergebnis einer zwischen SPD und FDP geführten Diskussion überreicht. Sie besagt, daß der Senat der Freien und Han-

sestadt gegenwärtig nicht entscheidungsfähig sei und voraussichtlich erst in drei Monaten zu einem Beschluß kommen könne, wenn er sich neu gebildet habe. In der Zwischenzeit aber solle zügig verhandelt werden.

Die SPD- und FDP-Vertreter fordern Reemtsma dessen ungeachtet in einer Befragung auf, seine Vorstellungen detailliert darzulegen.

Abends findet in den Räumen der Hochschule für bildende Künste eine Veranstaltung des Komitees zur Verteidigung der Hafenstraße, das sich aus den Mitgliedern der ehemaligen Vermittlergruppe gebildet hat, statt. Reemtsma berichtet über das Gespräch vom Nachmittag, das seine Skepsis vertieft habe, erhält sein Angebot jedoch noch aufrecht.

Die Bewohner vertreten die Auffassung, daß die erneute Verzögerungspolitik des Senats darauf deute, daß er immer noch mit der Räumungsoption spiele. Sie beabsichtigen, sich auf diese befürchtete Räumung durch eine Wehrhaftmachung ihrer Häuser vorbereiten zu wollen.

5.Juli Die "*Hamburger Pollerkrise*". Bewohner haben begonnen, Zementblöcke vor die Häuser zu stellen sowie Türen und Fenster zu sichern, um sich vor einer eventuellen Räumung schützen zu können.

Die Polizei setzt auf Befehl Innensenator Pawelczyks über den Häusern einen Hubschrauber ein und fordert die Bewohner aus der Luft und mit Lautsprecher auf, diese Arbeiten unverzüglich einzustellen.

6.Juli Bürgermeister v.Dohnanyi reagiert auf die Bautätigkeit mit einem Ultimatum: "Der Senat muß darauf bestehen, daß spätestens am Dienstag, 7.Juli, alle unrechtmäßig durchgeführten Maßnahmen auf öffentlichem Grund wieder beseitigt sind. Andernfalls ist er rechtlich verpflichtet, die entstandenen Gefahren im Wege der Ersatzvornahme - wo nötig unter dem Schutz der Arbeiten durch die Polizei - beseitigen zu lassen."

Zum Stand der Verhandlungen mit Reemtsma heißt es in derselben Erklärung u.a.: "2) Ich habe zugesagt, rasch in Verhandlungen über dieses Konzept einzutreten. FDP und SPD haben noch am vergangenen Freitag in ihren Koalitionsverhandlungen erneut bekräftigt, daß beide Seiten den Grundstückserwerb an der Hafenstraße durch Jan Philipp Reemtsma grundsätzlich unterstützen und zügige Verhandlungen wünschen, so daß eine Entscheidung

POLIZEI

POLIZEI

durch den Koalitionssenat im September getroffen werden kann. 3) Wir haben in diesem Zusammenhang mehrfach darauf hingewiesen, daß wir im Interesse einer solchen Lösung bereit sind, auf jetzt mögliche rechtliche Maßnahmen in den betroffenen Häusern zu verzichten, um die Verhandlungen nicht zu gefährden. Wir haben aber immer deutlich gemacht, daß wir im Gegenzug ein rechtsstaatliches Verhalten der heutigen Bewohner erwarten."

Der Bauingenieur Wilhelm Hollnagel meldet Interesse an einem Kauf der Häuser an (laut ABENDBLATT, 7.7.). Laut BILD hält die FDP einen Kaufpreis von 3,5 bis 4 Millionen Mark für angemessen.

6.Juli Von Senatsvertretern wird telefonisch der Vorschlag gemacht, Mitglieder des Komitees sollten eigenhändig die Zementblöcke beseitigen. Auch könne erwogen werden, daß Jan Philipp Reemtsma persönlich einen Räumungsbagger begleitet, um so einer direkten Konfrontation zwischen Polizei und Bewohnern vorzubeugen.

Der Vorschlag von seiten des Komitees, eine Vertrauensperson des Bürgermeisters an die Häuser begleiten zu wollen, damit die sich davon überzeugen könne, daß die Erklärung des Bürgermeisters von nicht stichhaltigen Tatsachenbehauptungen ausgeht, wird abgelehnt.

7.Juli Die Bewohner haben, um eine Konfrontation zu vermeiden, eine Reihe von baulichen Vorbereitungen zur Verteidigung von Häusern rückgängig gemacht.

Das Komitee zur Verteidigung der Hafenstraße veranstaltet in den Häusern eine Pressekonferenz und zeigt den Journalisten vor Ort die Situation. Es fordert erneut eindringlich dazu auf, von Polizeieinsätzen abzusehen.

8.Juli Bauarbeiter brechen einige verbliebene Zementklötze vor den Häusern unter Duldung und technischer Unterstützung der Bewohner ab.

In einer Erklärung an Bürgermeister v.Dohnanyi, die wenig später auch der Presse zugeht, erklärt Jan Philipp Reemtsma, von seinem Angebot zurückzutreten.

In der Erklärung heißt es u.a.: "Die Bewohner der Häuser der 'Hafenstraße' zeigen größere politische Um- und Weitsicht als der Senat der Freien

und Hansestadt Hamburg. Während dieser es wegen ein paar Betonklötzen, die angeblich jenen Bürgersteig unpassierbar machten, den aus Angst vor den Bewohnern, wie behauptet, ohnehin niemand begehen mag, riskiert, eine friedliche Lösung aufs Spiel zu setzen, sind jene der Meinung, daß ein paar Betonklötze eine Straßenschlacht nicht lohnen. (...)

Der Senat hat, obwohl zunächst einvernehmlich mit mir ein unbürokratisches Verfahren in Aussicht gestellt worden war, sich vor September für entscheidungsunfähig oder -willig erklärt. Er beläßt die Bewohner weiter in Ungewißheit, welche Politik er ihnen gegenüber in Zukunft zu treiben gesonnen ist. Er will gleichwohl, daß jene Probleme, die Resultat ebendieser Politik waren und sind, nicht mehr auftreten. Er tut zusätzlich noch das Seine, um die Problemlage zu verschärfen, indem er zB wegen jener Betonklötze Hubschraubereinsätze vor Ort fliegen läßt. Und schließlich erwartet er von mir ein Verhalten, das seinen Ausdruck in der absurden dennoch allen Ernstes mir vorgeschlagenen Idee findet, ich möge, gleichsam als 'vertrauensbildende Maßnahme' neben ein Bulldozer einherschreitend, den Abriß der Betonklötze observieren. You can't have the pudding and eat it, ist den Verantwortlichen zu bedeuten."

Der Sprecher des Senats, Thomas Mirow, erklärt noch am selben Abend: "Der Senat bedauert den Schritt von Herrn Reemtsma, zumal nach dem Ablauf des heutigen Tages, der die Möglichkeiten einer friedlichen Lösung des Problems so deutlich unterstrichen hat. Er weist zugleich die Kritik an seinem bisherigen Verhalten zurück.

Bürgermeister Dr.Klaus von Dohnanyi wird sich mit Herrn Reemtsma so rasch wie möglich in Verbindung setzen, um zu prüfen, ob es bei seiner definitiven Absage bleibt.

In jedem Fall wird sich der Senat in seinem Bemühen nicht entmutigen lassen, eine friedliche Lösung des Problems Hafenstraße herbeizuführen, die alternatives Wohnen in diesem Bereich unter den mehrfach genannten Bedingungen sichert."

Senatssprecher Mirow sagt abends im Fernsehen u.a.: "Also Sie werden verstehen, daß gut zwei Stunden, nachdem wir diesen ja für uns überraschenden Brief bekommen haben, wir nicht mit einem fachlichen neuen Konzept hier aufwarten können. Aber ich kann sagen, es wird keine Räu-

mungen geben. Und im übrigen sollte es keine Denkpause geben bis zum September, sondern wir hatten gesagt, wir wollen zügig miteinander verhandeln."

9.Juli Im NORDDEUTSCHEN RUNDFUNK sagt Bürgermeister v.Dohnanyi u.a.: "Ich finde es sehr bedauerlich, daß Herr Reemtsma hier die Geduld verloren hat, denn wir haben wirklich mit großem Nachdruck verhandelt. Und ich glaube nicht, daß auch nur ein Körnchen Schuld beim Senat oder bei der SPD liegt, sondern in erster Linie bei denjenigen, die die Geduld in einer solchen Sache verlieren."

Brief Bürgermeisters v.Dohnanyi an Reemtsma mit der Bitte, seine Entscheidung zu überdenken: "Es war wichtig, daß Sie sich eingeschaltet haben. Und es wäre jetzt wichtig, daß Sie nicht den Mut verlieren."

Reemtsma antwortet darauf mit einem mehrseitigen Brief, in dem es u.a. heißt: "Mein Vorschlag zur 'Entstaatlichung des Problems' durch eine private Initiative lebte nun von der Bereitschaft der anderen Seite, die Unkonventionalität des Vorschlags als Chance zu begreifen. Im Wege zur Realisierung dieses Vorschlages kann es keine Selbstverständlichkeiten, nicht einmal Routine geben. Nicht weil ich mich auf etwas Besonderes kaprizierte, sondern weil es die Pointe des Vorschlages war, ohne die dieser sofort an Attraktivität verlor. Die Pointe des Vorschlages war, die in Routine und scheinhaften Selbstverständlichkeiten versteckten Handlungsmöglichkeiten und Spielräume für die unterschiedlichsten politischen Entscheidungen sichtbar zu machen. Plan und plakativ: es war das Angebot des 'Es geht auch ganz anders'." Und zum Schluß: "Wenn eine Lösung 'mit Reemtsma' möglich ist, müßte auch eine 'ohne Reemtsma' denkbar sein - denn politische Lösungen, die nur von *einer* Person getragen werden können, kann es nicht geben (...). Denkbar also muß eine Lösung 'ohne Reemtsma' auch für die Lösung 'mit Reemtsma' sein. Warum nicht diese jetzt gleich verwirklichen?"

10.Juli Unter Mitwirkung Jan Philipp Reemtsmas legen die Mitglieder des Komitees zur Verteidigung der Hafentraße einen Vorvertragsentwurf vor, der die Zustimmung der Bewohner hat und vorsieht, die Grundstücke und

Die
ist ein
MTAlfo

Häuser in eine Stiftung zu überführen: "Die Stiftung wird als Stiftungszweck haben: - die unter 1 dieses Vorvertrages benannten Gebäude und Grundstücke zu erwerben, instandzusetzen und ordnungsgemäß zu verwalten; - den Bewohnerinnen und Bewohnern ein selbstbestimmtes Wohnen zu ermöglichen; - die in Abstimmung mit ihnen erforderlichen Arbeiten zur Erhaltung, Instandsetzung, Bewirtschaftung und weiteren Bebauung vorzunehmen; - bauliche Sicherheitsauflagen zu erfüllen; - mit den Bewohnerinnen und Bewohnern neue Vorschläge und Ansätze zur ökologischen und künstlerischen Gestaltung auszuarbeiten und zu verwirklichen; - längerfristig Möglichkeiten der Selbstverwaltung durch die Bewohnerinnen und Bewohner zu erarbeiten; - ein Museum für Stadtentwicklung aufzubauen und mit wissenschaftlicher Arbeit zu begleiten, die den Strukturwandel des Urbanen zum Gegenstand hat." Die unterzeichnenden Mitglieder erklären außerdem, "daß sie unmittelbar nach Unterzeichnung dieses Vorvertrages durch den Senat die Stiftung gründen und dem Senat unverzüglich den Entwurf einer Stiftungssatzung zur gesetzlich vorgeschriebenen Genehmigung vorlegen werden."

Auf einer Pressekonferenz erklärt Bürgermeister v.Dohnanyi zu neuen Lösungen und insbesondere diesem Vorschlag, ohne seine ablehnende Haltung jedoch näher zu begründen: "Eine Stiftung wäre ein solcher Weg. Einzelheiten können aber nach Auffassung des Senats nicht so aussehen, wie die heute veröffentlichten Vorschläge der ehemaligen 'Vermittlergruppe'. Der Senat wird deshalb, unter Berücksichtigung dieser Vorschläge, ein eigenes, konkretes Konzept entwickeln, das er Anfang August vorlegen wird."

Der FDP-Vorsitzende Ingo v.Münch in einem Gespräch mit der TAGESZEITUNG: "Eine gemeinnützige Stiftung ist ein vernünftiger Lösungsansatz. (...) Die Idee eines Vorvertrags ist zu begrüßen - vorausgesetzt, man ist sich über die zu regelnden Punkte einig. Damit kommt vor allem der Senat um eine politische Entscheidung 'Ja' oder 'Nein' nicht herum." (10.7.)

Bürgermeister v.Dohnanyi erklärt nach einer Besprechung mit den Senatoren Ehlers, Wagner und Pawelczyk, bis August ein eigenes Konzept vorzulegen (MORGENPOST, 11.7.)

15.Juli Der Initiativkreis für den Erhalt der Hafenstraße veröffentlicht folgende Zeitungsanzeige: "Wir unterstützen die Wiederbesetzung der Hafen-

straße. - Die Verhandlungen zwischen Senat und Reemtsma sind gescheitert. Die Hamburger Regierung hat erneut deutlich gemacht, daß sie an einem Erhalt der Hafenstraßen-Häuser im Sinne der Bewohner nicht interessiert ist. Der Senat hält die Bewohner weiter hin - bis zu Räumung und Abriß. Die Bewohner der Hafenstraße wollen nicht länger zusehen, wie über ihre Köpfe hinweg taktiert und letztlich gegen sie entschieden wird. Sie bereiten deshalb eine Wiederbesetzung der geräumten Wohnungen vor. Zur Zeit werden diese Wohnungen renoviert, ihre Wiederbesetzung steht bevor. Eine breite Unterstützung aus ganz Hamburg für diese Aktion ist nötig. Wir fordern alle Unterstützerinnen und Unterstützer auf, Telefonketten zu bilden: Bei einem Räumungseinsatz der Polizei sollten soviel Menschen wie möglich zur Hafenstraße kommen. Überlegt euch Aktionen in der Nähe, wenn der Belagerungsring schon geschlossen ist. Helft der Hafenstraße schon jetzt beim Verteilen von Flugblättern. Unterstützt sie beim Renovieren der Wohnungen: Arbeitet dort mit oder spendet (Bau-)Material. Beteiligt euch an der Nachtwache: Tragt euch für bestimmte Schichten ein (Liste in der Volksküche)."

In einer Presseerklärung der Staatlichen Pressestelle erklärt Bürgermeister v.Dohnanyi: "Mit Besorgnis nehme ich zur Kenntnis, daß es offenbar Bestrebungen gibt, durch unrechtmäßige Aktionen die Lage in der Hafenstraße erneut zu verschärfen und damit den Weg zu einer friedlichen Lösung der Probleme zu versperren. Ich wiederhole deshalb: Der Senat will eine friedliche Lösung, die alternatives Wohnen in diesem Bereich ermöglicht. Ein entsprechendes Konzept wird Anfang August vorgelegt. Der Senat wird in diesen Wochen seinerseits alles unterlassen, was die Lösung der Probleme erschweren könnte. Wer also eine friedliche Lösung will, muß sich jetzt entsprechend verantwortlich verhalten. Der Weg der Eskalation darf nicht gegangen werden. Er wäre zerstörerisch."

16.Juli In den Räumen der Patriotischen Gesellschaft findet eine Pressekonferenz statt, zu der verschiedene Hamburger Bürger eingeladen haben. Sie fordern den Senat auf, von einem Polizeieinsatz gegen die Bewohner der Ha-

fenstraße abzusehen, weil der im Augenblick durch nichts gerechtfertigt werden könne.

Am Nachmittag des selben Tages fliegen Erich Braun (Geschäftsführer der Patriotischen Gesellschaft), Ernst Harms (Buchhändler), Michael Herrmann (Komitee zur Verteidigung der Hafenstraße) und Laszlo Huber (Vizepräsident der Fachhochschule Hamburg) mit einem Hubschrauber nach Sylt, um Bürgermeister v.Dohnanyi die Erklärung zu überbringen und zu erläutern.

17.Juli Das Komitee zur Verteidigung der Hafenstraße gibt folgende Erklärung an die Öffentlichkeit:

"In den nächsten Tagen werden die Bewohnerinnen und Bewohner der 'Hafenstraße' erklären, ungenutzte und noch unbewohnbare Wohnungen ihrer Häuser wieder besetzt zu haben. Sie unterstreichen damit ihren Willen, weiterhin in den Häusern zu leben; sie beginnen zugleich mit den umfangreichen Arbeiten, die Häuser noch vor Einbruch des Winters instandzusetzen und bewohnbar zu machen; damit kommen sie der Absicht des Senats praktisch entgegen, die Häuser auch in Zukunft für alternatives und selbstbestimmtes Wohnen zu bewahren.

Der Senat hat erklärt, die Bemühungen um eine vernünftige Lösung des Konflikts nicht durch Polizeieinsätze zu belasten. Dies sollte gerade in der gegenwärtigen Situation gelten, in der die Bewohner praktische Schritte zur Bewohnbarmachung aller Häuser unternehmen. Mißtrauisch gegenüber Erklärungen des Senats, haben die Bewohner allerdings Vorkehrungen zu ihrem eigenen Schutz ergriffen. Da diese Vorkehrungen aber in erster Linie sie selbst belasten und ihre Lebenssituation einschneidend beeinträchtigen, haben sie selbst ein vorrangiges Interesse an deren Abbau. Wenn der Senat in den nächsten Wochen unmißverständlich und durch praktische Zurückhaltung zu erkennen gibt, daß er die Instandsetzung aller Häuser zuläßt oder gar unterstützt, wird er bestehendes Mißtrauen abbauen helfen und eine Situation eröffnen, die den Abbau der Schutzvorkehrungen möglich macht.

delial bräunt ideal

Wir rufen die Hamburger Bürgerinnen und Bürger und die Verantwortlichen in den Medien dazu auf, den erfreulichen Prozeß, der sich hier abzeichnet, in jeder nur denkbaren Weise zu unterstützen.

Die vielen Vorschläge, die von verschiedenen Seiten zur Gründung einer 'Stiftung Hafenstraße' in der letzten Zeit laut geworden sind, sind positive Signale. Unser Komitee sammelt sie und wird sie in naher Zukunft zu einem Satzungsentwurf verdichten, der dem Senat und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden wird. Für Anfang September bereiten wir eine Veranstaltung vor, die die öffentliche Meinungsbildung in diesem Sinn fördern soll.

An den Ersten Bürgemeister, Herrn Klaus v.Dohnanyi, haben wir heute einen Brief geschrieben, der folgenden Wortlaut hat:

'Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

sehr geehrter Herr v.Dohnanyi,

wir ersuchen Sie, die Instandsetzung der bisher geräumten Wohnungen 'Hafenstraße' durch die Bewohner hinzunehmen. Der gegenwärtige Zustand der Wohnungen verlangt diese Arbeiten.

Wenn die Bewohner von 'Besetzung' sprechen, ist das rechtlich ohne Belang. Da der Senat künftig alternatives Wohnen in den Häusern ermöglichen will, gibt es für einen Polizeieinsatz keinen vertretbaren Anlaß.'"

In einer Erklärung der Staatlichen Pressestelle erklärt Bürgermeister v.Dohnanyi dazu:

"1. Ich bedaure es, daß es dem 'Komitee zur Verteidigung der Hafenstraße' offenbar nicht gelungen ist, meiner Bitte zu entsprechen und die Bewohner der Hafenstraße zu bewegen, auf rechtswidrige Aktionen zu verzichten. Denn dadurch würde eine dauerhafte, friedliche Lösung erneut erschwert.

2. Ich wäre bereit, die Möglichkeiten für notwendige und unaufschiebbare Instandsetzungsarbeiten durch die Bewohner zu schaffen. Aber dies darf nicht durch rechtswidrige Aktionen erfolgen.

3. Sollte es dennoch jetzt zu den angekündigten rechtswidrigen Aktionen kommen, behält sich der Senat die Wahrnehmung seiner rechtlichen Möglichkeiten als Eigentümer vor. Wenn er trotzdem weiterhin den Weg der friedlichen Lösung mit der für Anfang August angekündigten Vorlage seines

Lösungskonzepts verfolgt, so tut er dies in Abwägung zugunsten von Frieden und Sicherheit in der Stadt."

19.Juli Die bereits geräumten Wohnungen werden wieder besetzt; die Polizei greift nicht ein.

Die Bewohner veröffentlichen folgende Erklärung:

"Warum die öffentliche Wiederbesetzung? Dazu müssen wir etwas weiter ausholen. Unser Kampf um Selbtbestimmung hier in der Hafenstraße ist dem Senat schon immer ein Dorn im Auge. Im Juli 86, vor einem Jahr, begann der Senat seinen dritten oder vierten, diesmal sehr langfristig angelegten Vernichtungsfeldzug gegen uns. Wir haben es aber geschafft, ihnen ein weiteres Jahr Leben in der Hafenstraße abzutrotzen, wohl unser bisher längstes und auch härtestes Jahr. Am 23.Juli hackten HEW-Arbeiter in einer Überraschungsaktion die Gehsteige auf und klauten den Strom der 6er-Häuser. Ab da ging's Schlag auf Schlag. Im August dann die ersten Wohnungsräumungen. Die Strategie der harten Einsätze ging erst richtig los. Pawelczyk versuchte uns mit Hilfe seiner Soldateska zur Aufgabe unseres Lebensanspruches in der Hafenstraße zu zwingen. Die Einsätze, bis Januar etwa 25 bis 30, liefen jeweils nach demselben Schema ab:

Übermacht von 500 bis 800 Bullen, sie klauten alles Baumaterial, klauten ständig unsere Haustüren, um die Häuser immer offen zu halten, scheinbar sinnlose Zerstörungsorgien in allen unseren Wohnungen, mit faschistischer Heimtücke zerstörten sie alles, was Leben ausdrückt, wie Topfpflanzen, persönliche Bilder, Musikinstrumente etc., sie zertraten einen Wurf junger Katzen, einer anderen Katze zertraten sie Ober- und Unterkiefer, an die Fenster der jeweils geräumten/begangenen Wohnungen schmierten sie weiße Kreuze (dieselben weißen Kreuze, die die faschistischen SS-Besatzungstruppen an die Fenster ermordeter Widerstandskämpfer malten), sie sprühten CS-Gas in Betten und Lebensmittel.

Es sind keine Einzelfälle oder Ausrutscher einzelner Bullen, sondern bewußtes und geplantes Vorgehen des Hamburger Senats. Dies blieb auf uns nicht ohne Wirkung. Endzeitstimmung, Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit machten sich breit. Konkreter Ausdruck war der stark angestiegene Drogenkonsum bis hin zum Heroin. Harald starb am 17.2.87. Heroin wurde neben

den Bulleneinsätzen zum Thema in der Hafenstraße. In der Diskussion wurde klar, daß nur die Perspektive des Erhalts der Hafenstraße, unsere Lebensgrundlage, der Ausweg aus unseren Problemen sein kann. Daß wir uns diese Perspektive aber erst erkämpfen müssen, gegen Bullen, gegen Drogen.

Ein entscheidendes Datum in dieser Phase war die Demonstration vom 20.12. Die Demo hat uns gezeigt, daß viele Leute auf unserer Seite sind. Wir haben insbesondere am Verlauf dieser Demo gemerkt, daß viele Leute bereit sind, uns in dem Kampf gegen Bullen und Senat zu unterstützen. Es war die sehr starke Erfahrung, das Werk jedes Einzelnen auf der Demo, was uns den Mut und die Perspektive weiterzumachen zurückgegeben hat.

Nach der Demo - die 'Begehungen' der Bullen alle zwei Wochen gingen weiter - diskutierten wir die Wiederbesetzung. Eine symbolische Wiederbesetzung, ein Tag drin - den nächsten draußen, kam für uns nicht in Frage. Sie würde nichts verändern. Wir suchten nach Möglichkeiten, die politische Situation, das Kräfteverhältnis so zu verändern, daß bei einer Wiederbesetzung die Möglichkeit besteht, drin zu bleiben. Mit Schülergruppen, Nachbarn, dem Initiativkreis, BIs, autonomen und anti-imperialistischen Gruppen, Stadtteil-Inis organisierten wir als Schritt zur Wiederbesetzung den Tag X.

Mit dem Tag X und dem Verhandlungsangebot von Reemtsma hörten die Begehungen auf. Seit dem Tag wohnen wir in den einst geräumten Wohnungen, ohne nach drei Wochen wieder rauszufliegen. Die Wiederbesetzung konnte konkret und praktisch vorbereitet werden. Diese Vorbereitungen sind jetzt abgeschlossen. Einen Räumungsversuch werden wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern suchen.

Mit der Wiederbesetzung und der sich darauf beziehenden Solidarität wollen wir den Senat dazu zwingen, endlich - öffentlich und verbindlich - seine Räumungs- und Abrißlinie, den Terror des letzten Jahres aufzugeben.

Unsere Forderungen sind: Rücknahme aller vorhandenen Räumungstitel, Rücknahme der Abrißdrohung gegen die 6er-Häuser. Vertragsgegenstand sind alle Häuser: Hafenstraße 108-126, Bernhard-Nocht-Str. 16-24. Stromanschluß für alle Häuser.

Erst mit der Erfüllung dieser Forderungen sind Verhandlungen über eine Vertragslösung vorstellbar. Alles andere sind Scheinverhandlungen, bestenfalls ein Diktat des Senats mit der Räumungs- und Abrißpistole an unserem

Kopf. Will auch der Senat eine Verhandlungslösung, so kann er diese Forderungen problemlos erfüllen."

21.Juli Die Staatliche Pressestelle verbreitet eine Erklärung, in der es u.a. heißt: "2. Die Besetzung geräumter Wohnungen ist rechtswidrig und strafbar. Der Senat sieht in der Besetzung geräumter Wohnungen und Räume zugleich eine Beschädigung der Möglichkeiten einer friedlichen Lösung. Deswegen fordert der Senat die Bewohner im Interesse der Verhandlungen auf, die Wohnungen und Räume wieder zu verlassen. 3. Der Senat wird den Weg der Verhandlungen über eine friedliche Lösung im Interesse der Stadt weitergehen. Allerdings können diese nur zu einem Erfolg geführt werden, wenn endlich die Bewohner der Hafenstrasse für diese Verhandlungen einen Beauftragten benennen. Dies war während der letzten Monate trotz wiederholter Aufforderungen nicht der Fall. Dieser Beauftragte muss für die Bewohner verbindlich und mit einem dauerhaften Ergebnis über eine Lösung verhandeln können, die als einzige Voraussetzung gewaltloses und rechtsstaatliches Verhalten der Bewohner zur Grundlage hat. Der Senat fordert deswegen die Bewohner auf, unverzüglich eine solche Person oder solche Personen zu benennen. 4. Der Senat geht davon aus, dass dann die Eckpunkte einer Vereinbarung bis Anfang August festgestellt werden können. Sollte eine Verhandlungslösung sich dann nicht als möglich erweisen, wird es eine solche nicht mehr geben können."

Jan Philipp Reemtsma kritisiert im Namen des Komitees zur Verteidigung der Hafenstraße das Ultimatum: es sei weder der Form noch der Sache angemessen, habe sich der Senat doch ihm gegenüber bis September entscheidungsunfähig erklärt.

22.Juli Vier Vertreter der Hafenstraße erscheinen im Rathaus, um unverzüglich Verhandlungen mit Bürgermeister v.Dohnanyi aufzunehmen. Der ist jedoch in seinen Urlaubsort Sylt zurückgefahren, kurz nachdem er das Ultimatum gestellt hatte (ABENDLBATT, 23.7.).

1987

Die deutsche Polizeigewerkschaft fordert vom Senat unverzügliche Räumung der Häuser (TAGESZEITUNG, 23.7.)

23.Juli Laut BILD pfändet die SAGA ein Spendenkonto für die Hafenstraßen-Bewohner.

27.Juli Laut ABENDBLATT und WELT wird aus den Häusern ein Stahlcontainer mit Stahlkugeln beschossen.

29.Juli Hartmut Perschau erklärt im ABENDBLATT: "In Hamburg regiert der Terror".

30.Juli Presseerklärung der Bewohner: "Gestern, den 29-7-87 hat ein Treffen mit Klaus v.Dohnanyi stattgefunden, wo wir zum wiederholten Mal unsere Bedingungen für den Einstieg in Verhandlungen klargestellt haben.

1. Rücknahme aller Räumungstitel
2. Wiederanschluss an die Versorgungsleitungen
3. Erhalt aller Häuser mit allen Bewohnern

Die Erfüllung dieser Punkte ist existenziell.

Wir können nicht mit der Räumungspistole am Kopf und Pawelczyks Horden im Nacken die Modalitäten eines Vertrages aushandeln.

In dieser Hinsicht hat dieses Treffen keine Garantien für uns gebracht. Die Räumungsdrohung ist weiter da. Keiner kann abschätzen, ob die Demo nicht wie am 20.12.86 überfallen wird, ob die Häuser nicht unter irgendeinem Vorwand angegriffen werden.

Für uns heißt das, daß wir weiterhin auf unsere eigene Stärke vertrauen, unsere Verteidigungsbereitschaft aufrechterhalten und weiter ausbauen und die Mobilisierung für die Demo verstärken.

Auf der anderen Seite nehmen wir die Erklärung Dohnanyis sich bei der kommenden Senatssitzung für die Erfüllung der oben genannten Bedingungen einzusetzen zur Kenntnis.

Wir halten es allerdings für notwendig, daß es am Dienstag nicht zu weiteren bloßen Absichtserklärungen kommt, sondern endlich greifbare Garantien gegeben werden, damit Verhandlungen möglich sind."

Senatssprecher Mirow erklärt im NORDDEUTSCHEN RUNDFUNK auf die Frage, ob von einem Abriß von Häusern abgesehen werde: "Nein, hier ist es so, daß zunächstmal der Senat weiterhin eine Beschlußlage hat, und die sieht so aus, wie Sie sie zitiert haben. Aber der Bürgermeister hat für sich eine persönliche Erklärung abgegeben, daß er sich einsetzen werde dafür, daß in Verträge, die die von mir auch nochmal genannten Bedingungen, also Gewaltlosigkeit und Rechtsstaatlichkeit erfüllen, daß in solche Verträge der gesamte Bereich eingeschlossen wird. Das ist dann noch nicht politische Realität, aber das ist ein erhebliches Engagement. Und es rührt daher, daß wir der festen Überzeugung sind, es gibt dort nur entweder eine Lösung im ganzen, eine friedliche Lösung im ganzen oder gar nicht."

1.August Mehrere tausend Teilnehmer auf einer Demonstration für die Bewohner der Hafenstraße.

4.August BILD meldet über die Gespräche zwischen v.Dohnanyi und Vertretern der Hafenstraße: "Dohnanyi verhandelte mit RAF-Frau". Das ABENDBLATT: "Bürgermeister Klaus von Dohnanyi hat über die Zukunft der Hafenstraße mit einer Frau verhandelt, die zum 'legalen Arm' der Rote Armee Fraktion (RAF) gerechnet wird.

5.August ABENDBLATT: "Erkenntnis des Verfassungsschutzes: Die Hafenstraße ist ein Schlupfloch für die RAF". Die MORGENPOST: "Trotz RAF-Frau: Dohnanyi macht weiter mit der Hafenstraße".

Laut BILD protestieren 500 Polizisten, alle SPD-Mitglieder, gegen v.Dohnanyis Vorhaben, die acht Häuser den Bewohnern zu überlassen.

6.August In einem Interview des ABENDBLATTS sagt Bürgermeister v.Dohnanyi auf die Frage, ob er sich mit Reihe von Tagen, um zu einer friedlichen Lösung zu kommen. (...) Die Stadt wird dann jedenfalls wissen,

was der Senat will. Ich hoffe, daß auch die andere Seite in der Lage ist, eine entsprechende Vereinbarung zu schließen."

Hartmut Perschau (CDU) veröffentlicht in der gleichen Ausgabe einen Offenen Brief an den Bürgermeister, in dem es u.a. heißt: "Ich fordere Sie daher dringend auf, keine weiteren Verhandlungen zu führen, bei denen auf der Seite Ihrer Verhandlungspartner Leute aus dem Umfeld der RAF sitzen."

Der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) im ABENDBLATT: "Die Hamburger Polizeibeamten haben die Grenzen ihrer Loyalität erreicht."

BILD: "Stürzt Dohnanyi über die Hafenstraße?"

7.August BILD: "Hafenstraße Jetzt 3500 Polizisten gegen Dohnanyi"

8.August "Bislang ist nach Darstellung der Senatspressestelle kein weiteres Gespräch mit den Beauftragten der Hafenstraße, zu denen auch die RAF-Sympathisantin N.N. (im Original ausgeschrieben) gehört, vereinbart worden." (WELT)

10.August Zwischen Bürgermeister v.Dohnanyi und dem Rechtsanwalt Rainer Blohm ist ein drei Seiten langer Vorvertrag ausgehandelt worden, der den Erhalt aller Häuser vorsieht und die Gründung eines Hafenstraßen e.V. vorsieht, an den die Häuser für zunächst fünf Jahre verpachtet werden sollen. Der kurze Vorvertrag findet die Billigung der Bewohner (TAGESZEITUNG, 10.8.).

Am späten Abend erreicht den Anwalt Blohm jedoch ein anderer, ausführlicher Vertragsentwurf, zu dem die Bewohner bis zum nächsten Tag keine Stellungnahme mehr abgeben können.

11.August Die Staatliche Pressestelle erklärt: "Bürgermeister v.Dohnanyi hat heute nach Beratung mit Vertretern der sozialdemokratischen Führungsgremien die vorbereiteten Drucksachen zur gewaltfreien Lösung des Problems Hafenstrasse einschließlich des beabsichtigten Pachtvertrages in den Senat eingebracht.

Der Senat hat in Kenntnis des Inhalts des Vertrages den Bürgermeister gebeten, die Unterlagen jetzt der F.D.P. mit der Bitte um Beratung zu übergeben. Nach Auffassung des Senats sollte nach einer entsprechenden Koalitionsvereinbarung auf dieser Linie der zu wählende Koalitionssenat die Lösung finden."

12.August Senatssprecher Rohde erklärt im NORDDEUTSCHEN RUNDFUNK: "Der Bürgermeister hat vom Senat am 21.7. den Auftrag bekommen zu verhandeln, und er hat seine Verhandlungen begonnen mit einem Gespräch am 29.7.. Er hat daraufhin gemeinsam mit dem Rechtsanwalt Blohm und anderen einen Vertragsentwurf, einen Pachtvertragsentwurf, entwickelt. Den hat er heute dem Senat vorgelegt. Der Senat hat ihn zur Kenntnis genommen. Der Bürgermeister wird diesen Vertragsentwurf der F.D.P.-Koalitionsrunde zur Verfügung stellen bzw. hat das schon gemacht heute vormittag. Und nun wird man abwarten, wie sich die Koalitionsverhandlungen mit diesem Thema befassen werden und was dabei herauskommt." (HAMBURG AKTUELL)

Bürgermeister v.Dohnanyi erklärt im NORDDEUTSCHEN RUNDFUNK: "Es ist völlig richtig, es gibt in der SPD Meinungsverschiedenheiten darüber, nicht, ob man eine friedliche Lösung suchen soll, sondern ob es richtig ist, alle Häuser den Hafenstraßenbewohnern, die sie heute innehaben, auch für dieses Projekt zu geben."

13.August Bewohner der Häuser erklären: "Wenn sie unseren Lebensraum durch Hinhaltemanöver blockieren, werden wir sie eben auch in ihren Lebensbereichen blockieren." "Nachdem der Senat den ausgehandelten Vertrag abgelehnt hat, stehen als weitere Verhandlungsbasis wieder unsere Grundsatzforderungen im Raum." "Ich hatte gehofft, heute die Verschläge abbauen zu können. Nun müssen wir noch einen weiteren Monat hinter Brettern leben. Ich werde noch ganz ramdösig."(TAGESZEITUNG, 13.8.)

14.August Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Barschel erklärt, "wenn das Tauziehen um die Hafenstraße nicht schnell und mit einem 'rechtsstaatlichen sauberen Ergebnis' beendet werde, sei es nur eine Frage

der Zeit, 'wann sich in Hamburg Gewalt explosionsartig Bahn verschafft'; und bei einem kommunalen Ausländerwahlrecht würden Wahlkämpfe mit rivalisierenden Ausländergruppen 'das innenpolitische Klima schlagartig verändern.'" (ABENDBLATT, 14.8.)

Die FDP stimmt v.Dohnanyis Vertragsentwurf zu (ABENDLBATT, 14.8.)

15.August Hartmut Perschau erklärt, die CDU lehne den Vertragsentwurf ab, und kündigt an, gegebenenfalls einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß zu verlangen.

Die Bewohner der Häuser kündigen an, ihre Positionen über einen eigenen Rundfunksender verbreiten zu wollen (MORGENPOST).

18.August Die Staatliche Pressestelle erklärt: "Bürgermeister von Dohnanyi hat heute den Senat davon unterrichtet, daß die F.D.P. in den Koalitionsverhandlungen grundsätzlich zugestimmt habe, auf der Grundlage der auch dem Senat am 11.August vorliegenden Unterlagen und Vertragsentwürfe im zukünftigen Koalitionssenat eine Lösung zu finden. Der Senat unterstrich die Überzeugung, daß nun auf seiten der Bewohner der Hafenstraße eine klare Stellungnahme zu den Vorlagen erforderlich sei. Es läge damit in den Händen der Bewohnerinnen und Bewohner selbst, ob eine vertragliche und friedliche Lösung möglich werde. Der Senat erwarte daher auch von den Bewohnerinnen und Bewohnern angesichts der Entscheidungslage auf seiner Seite deutliche Schritte zur Normalisierung in der Hafenstraße. Zuvor hatte der Senat auch Mitglieder des Landesamtes für Verfassungsschutz zu deren Beurteilung der Lage gehört."

An anderer Stelle heißt es dazu: "Lochte und Uhrlau könnten dem Senat auch berichtet haben, daß sich an den Diskussionen im Plenum der Hafenstraße mutmaßlich bis zu 30 Personen beteiligen, die dem RAF-Umfeld zugerechnet werden. Die Innenbehörde bestätigt diese Zahl nicht, dementiert sie aber auch nicht." (ABENDBLATT, 19.8.)

27.August In einem Interview erklärt Ingo v.Münch: "Ich habe mehrfach gesagt, daß dieses Hafenstraßen-Problem von Anfang an verkorkst worden ist.

Nicht durch die FDP, sondern durch andere politische Kräfte. Wir sind für diese Versäumnisse nicht verantwortlich zu machen. Wir haben jetzt allerdings, nach gewissem Zögern, zugestimmt, daß auf der Linie des Senatsbeschlusses in Richtung auf eine privatrechtliche Vereinslösung weiterverhandelt werden soll. Wir sehen im Augenblick keine Alternative. Ich muß aber sagen, ich hätte es besser gefunden, wenn bei den Verhandlungen mit den Hafenstraßen-Bewohnern nicht der Erste Bürgermeister am Tisch gesessen hätte, sondern ein Vermittler. Der Erste Bürgermeister dieser Stadt hat viele andere Probleme zu lösen und sollte sich da nicht verschleißen." (ABENDBLATT)

28.August Die WELT berichtet: "Die Bemühungen um eine städtebauliche Kur für das Quartier rund um die Reeperbahn tragen erste Früchte. Gestern zog Peter Illies (Bezirk Mitte) Bilanz der laufenden Planungen: Das gesamte Quartier zwischen Landungsbrücken und Messe soll bis zum Hafengeburtstag poliert werden. Auditorium war der 'Förderkreis St.Pauli'. Der Verein von Prominenten und Politikern - darunter Henning Voscherau, Claus Hagenbeck, Heidi Kabel, Willi Millowitsch, Eugen Block und als Vorsitzender der CDU-Abgeordnete Joachim Christian Becker - will das Image des historischen Viertels bessern. Ende Oktober wird ein Gestaltungswettbewerb für den Bereich Landungsbrücken entschieden. Hier wollen die Stadtplaner die Budenwirtschaft beseitigen. Statt dessen soll ein Touristenzentrum mit ansehnlichen Pavillons und Veranstaltungsplätzen, eventuell einem kleinen Museumshafen entstehen. Von den Landungsbrücken aus soll die grüne Wegeverbindung durch die Wallanlagen zur Messe und zu Planten un Blomen betont werden (Behördenjargon: Dohnanyi-Achse). Im Detail gibt es Überlegungen für eine überdachte Wegeverbindung zwischen CCH und Messe."

2.September Das ABENDBLATT berichtet über "Schüsse auf Libelle 1": "Die beiden Hamburger Polizeihubschrauber sind beim Überfliegen der umstrittenen Häuser an der Hafenstraße beschossen worden. 'Libelle 1' war für eine Personenfahndung im Raum St.Pauli eingesetzt, als ein Zivilfahnder beobachtete, wie eine Leuchtkugel auf den Helikopter abgefeuert wurde,

aber bereits in der Luft verglühte. Als 'Libelle 2' einen Aufklärungsflug machte, wurde sie von einer Leuchtkugel nur knapp verfehlt."

5.September MORGENPOST: "'Abwartende Ratlosigkeit' bestimmt gegenwärtig die Diskussion um die Hafenstraße: Niemand weiß, woran er ist. Senatssprecher Reimer Rohde: 'Der Senat hat den Bewohnern einen Vertragsentwurf übergeben. Die müssen sich äußern.' Dagegen meinen die Bewohner: 'Uns liegt ein Vertragsentwurf vor, aber wir wissen nicht, ob der wirklich gilt.' Immerhin hatte der alte Senat - wie berichtet - dem vorliegenden Vertrag nicht zugestimmt. Jetzt fürchten die Bewohner: 'Erst sagen wir ja, und später wollen die weitere Bedingungen durchsetzen.'"

6.September Hanns-Eberhard Schleyer, Sohn Hanns-Martin Schleyers, in der WELT AM SONNTAG in einem Text " Vom Tod meines Vaters und der Hamburger Hafenstraße": "Unser Land wollte sich nicht von Terroristen erpressen lassen und hat dafür Menschenleben geopfert. Muß jedoch nicht die auch für die Identifikation des einzelnen notwendige Autorität des Staates Schaden nehmen, wenn man sich etwa die unsäglich entwürdigenden Verhandlungen des Hamburger Senats mit den Hausbesetzern der Hafenstraße betrachtet? Wie anders sind Verträge zu beurteilen, die nur unter Androhung der Fortführung von Gewalt zustandekämen? Dies alles spielt sich vor Häusern ab, die mit den verzerrten Darstellungen der Opfer des Jahres 1977 versehen sind."

7.September Laut ABENDBLATT ist ein Streifenwagen in der Bernhard-Nocht-Straße von einer Stahlkugel getroffen worden.

In der WELT erklärt der neue Innensenator Lange: "Der allerletzte Versuch wird zur Zeit unternommen, das trage ich mit. Es muß so schnell wie möglich eine Senatsentscheidung darüber herbeigeführt werden, ob dieser Versuch gelungen ist. Es gibt Hinweise darauf, daß die Hafenstraße die ausgearbeiteten Verträge nicht unterschreiben wird".

9.September Laut ABENDBLATT sind Polizeibeamte in der Hafenstraße mit Stahlschrauben beschossen worden.

11.September ABENDBLATT: "Der Zentralausschuß Hamburgischer Bürgervereine hat den Senat aufgefordert, 'dafür zu sorgen, daß in der Hafenstraße und in anderen besetzten Wohnanlagen ab sofort wieder rechtmäßige Bedingungen hergestellt werden, damit weiterer Schaden von unserer Stadt abgewendet werden kann.'"

14.September Das ABENDBLATT berichtet über eine öffentliche Veranstaltung zur "Hafenstraße" u.a.: "Dann sprach ein Mitarbeiter des Vereins 'Mieter helfen Mietern'. Er hatte den 24-Seiten-Vertrag, den die Stadt den Hafenstraßen-Bewohnern vorgelegt hatte, kritisch unter die Lupe genommen. Und ließ kein gutes Haar daran: Er biete den Bewohnern der Häuser schlechtere Konditionen als jeden normalen Mieter in der Stadt. Mieterschutzbestimmungen würden völlig ausgeschaltet. Der Vertrag bürde sämtliche Instandsetzungs- und Betriebskosten den Bewohnern auf. 'Von vornherein wird eine wirtschaftliche Überlebensfähigkeit der Bewohner unmöglich gemacht.' Vom selbstbestimmten, alternativen und sozialen Leben könne nach einer Unterzeichnung dieses Vertrages keine Rede mehr sein. Das Zusammenleben der Bewohner werde dann nämlich von der Stadt geregelt. Die verfüge über ein außerordentliches Kündigungsrecht, was zu einer Disziplinierung der Bewohner führe. 'Wesentliche Teile dieses Vertrages, der allen sozial- und rechtsstaatlichen Grundsätzen widerspricht, müssen völlig neu gestaltet werden', sagte der Mietrechts-Experte. '*Dieser* Vertrag zielt ganz eindeutig auf die Knebelung der Hafenstraßen-Bewohner'."

15.September MORGENPOST: "65 Anwälte kritisieren Senats-Papier. Die angestrebte 'friedliche Lösung' für die Hafenstraße wird offenbar noch schwieriger als erwartet. 65 Hamburger Rechtsanwälte haben Dohnanyis 24-Seiten-Papier als 'Knebelungs-Verträge' abgelehnt."

Auf einer Senatspressekonferenz erklärt Bürgermeister v.Dohnanyi laut ABENDBLATT: "Jetzt liege die Verantwortung voll bei der Hafenstraße (...). Die Mehrheit der Bewohner sei friedlich, aber es gebe auch einige

'Scharfmacher', die eine vertragliche Lösung ablehnten. 'Wenn die die Rechtsstaatlichkeit nicht anerkennen, kann es keine Lösung geben', sagte Dohnanyi. Und das formulierte er, ohne das Wort 'Räumung' zu benutzen."

17.September BILD berichtet über ein 13 Seiten langes Papier, das Bausenator Wagner im Senat vorgelegt habe. "Wagner warnt: 'Es besteht die Gefahr, daß die Gerichte den Eindruck gewinnen, daß ihre Tätigkeit und Funktion als Wahrer des Rechtsfriedens nicht anerkannt wird. Erst wird mit Nachdruck die Durchsetzung des Räumungsanspruchs an sie herangetragen, gerade dann aber, wenn die Räumung durchsetzbar ist, wird hierauf verzichtet...' Wagner hält es für einen Fehler, daß der Senat die Räumungstitel aus der Hand geben will, weil die Stadt nach Abschluß des Vertrages überhaupt erst 1988 die Räumung der Gebäude verlangen könne: 'Da nicht ersichtlich ist, daß die Bewohner dann freiwillig räumen würden, würde sich wieder eine Folge von Räumungsprozessen anschließen, die bis über das Jahr 2000 dauern würden.' (...) Schwere Bedenken hat der Senator auch dagegen, daß die Stadt die Kosten für die Grundinstandsetzung der Häuser übernehmen will: 'Das ist, wenn überhaupt, nur vertretbar, wenn vorher der Instandsetzungsaufwand und die Instandsetzungsfähigkeit festgestellt worden sind.'"

18.September "Der Senat wird seinen endgültigen Vertragsentwurf für die umstrittenen Häuser an der Hafenstraße am Dienstag verabschieden. Das wurde dem Abendblatt inoffiziell bestätigt. Die Bewohner sollen dann drei Wochen Zeit haben, sich dazu zu äußern." (ABENDBLATT)

21.September "Privatleute und der Bausenator polieren das Vergnügungsviertel auf. Der neue Trend ist St.Pauli" (WELT AM SONNTAG)

22.September Auf einer Senatssitzung sprechen sich sieben Senatoren für den vorliegenden Vertragsentwurf, drei gegen ihn aus; zwei Senatoren sind abwesend (MORGENPOST, 23.9.).

"Während es im ursprünglichen Vertragsentwurf hieß, daß innerhalb von sechs Wochen nach Vertragsabschluß Poller, Nato-Draht, Falltüren, Stahl-

platten und Zugbrücken zu beseitigen sind, wird dies jetzt *vor* der endgültigen Vertragsunterzeichnung verlangt. Vorher soll das Papier nur paraphiert werden, um zu zeigen, daß es der Senat mit dem Vertrag ernst meint." (ABENDBLATT, 23.9.)

24.September Heinz Uthmann, ehemaliger Anwalt der SAGA in Räumungsprozessen gegen die Bewohner, über den vorgelegten Vertragsentwurf: "In alter Manier droht der Senat wieder mit der Räumungskeule, falls dem Entwurf nicht bis Oktober zugestimmt wird. Als ob es vor der letzten Wahl nicht die erfolgversprechenden, dann torpedierten Verhandlungen mit Reemtsma gegeben hätte, als ob nicht schon 1986 die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen kritisiert hätte, 'daß der sicherheitspolitisch geprägte Umgang mit alternativen Wohnprojekten den sozialpolitischen Problemen nicht gerecht wird'. Nun macht der Senat, allen voran die Falken wie Bausenator Eugen Wagner, dem selbst der Entwurf zu weit geht, in Eile, setzt Fristen. 'Die Bewohner müssen begreifen, daß dies ihre letzte Chance ist', so ein unbekannter Senator laut Abendblatt. Wozu die Eile, die neue Muskelspielerei? Jahrelang schließlich sind die Probleme verdrängt, sinnvolle Lösungen vermauschelt worden. Wichtiger als Eile ist jetzt Umsicht. Nicht die Bewohner müssen begreifen, daß Verhandlungen Unterwerfungsrituale von Rathaus' Gnaden sind, nein: der Senat muß begreifen, daß Ideenlosigkeit = Räumungseuphorie kein Programm ist, ganz zu schweigen von der Beinahe-Bürgerkriegsstimmung der Boulevardpresse. Lange genug schon ist die Hafenstraße Objekt einer neurotischen veröffentlichten Meinung und irrationaler Gewaltphantasien." (HAMBURGER RUNDSCHAU)

Die CDU kündigt an, eine "Kampagne gegen permanenten Rechtsbruch zu eröffnen und "alle Kräfte in der Stadt" zu mobilisieren (MORGENPOST, 24.9.)

25.September Der FDP-Wirtschaftssenator Wilhelm Rahlfs erklärt, "daß für ihn die Senatsvorlage zur Lösung der Hafenstraße 'nicht annehmbar' sei.

'Sie ist städtepolitisch, wirtschaftspolitisch und sicherheitspolitisch falsch', sagte der Senator. (ABENDBLATT)

28.September Hartmut Perschau (CDU) erklärt im NORDDEUTSCHEN RUNDFUNK, er gehe davon aus, daß es einen Untersuchungsausschuß geben werde, "wenn sich verdichten sollte, daß der Senat tatsächlich den Boden der Rechtsstaatlichkeit verlassen will und eine vertragliche Lösung mit der Hafenstraße realisieren will." (HAMBURG AKTUELL)

In BILD erklärt der neugewählte FDP-Vorsitzende Vogel unter der Überschrift "FDP stoppt Vertrag mit Hafenstraße": "Der Vertrag mit der Hafenstraße ist Sache des Parlaments. Wir erwarten, daß die SPD-Fraktion unser Signal aufnimmt."

Hartmut Perschau (CDU) fordert in der Bürgerschaft die sofortige Räumung und den Abriß der Häuser.

29.September Laut ABENDBLATT stellt die SPD-Fraktion vier Bedingungen: daß "die Befestigungen vor Abschluß der Verträge abgebaut werden müssen, die Straftaten sofort aufhören müssen, in der Hafenstraße sofort rechtsstaatliche Normalität einkehren muß, die aufgelaufenen Miet- und Stromkosten nicht erlassen werden dürfen."

Auf einer Pressekonferenz der Grün-Alternativen Liste (GAL) wird die Politik des Senats scharf angegriffen.

30.September ABENDBLATT: "Bürgermeister Klaus von Dohnanyi steckt in einer politischen Krise. Im Gegensatz zu allen bisherigen Ankündigungen ist es ihm nicht gelungen, noch im September sein Konzept für eine friedliche Lösung des Problems Hafenstraße auf den Weg zu bringen. Der Senat vertagte die für gestern angekündigte Entscheidung überraschend auf eine Sondersitzung am Freitag."

Sozialsenator Jan Ehlers im gleichen Blatt: "Es ist in höchstem Maße unmoralisch, daß der Senat nun wieder eine Verhandlungslinie führen soll, die im Februar von den Bewohnern der Hafenstraße abgelehnt worden ist. (...) Ich muß doch an der Ernsthaftigkeit des neuen Vertragsangebotes zweifeln, wenn von vornherein feststeht, daß einer der Vertragspartner wieder Bedin-

gungen vorlegt, die als abgelehnt gelten müssen. Man kann so etwas nicht wiederholen, ohne an Glaubwürdigkeit zu verlieren. Ich habe den Eindruck, es soll damit ein Alibi für das Räumen und den Abriß geschaffen werden."

Rechtsanwalt Rainer Blohm in der MORGENPOST über den Plan des Senats, die Räumungstitel auch nach Vertragsabschluß zu behalten: "Das macht nur Sinn bei mißbräuchlicher Verwendung wie im letzten Jahr. Die, gegen die die Titel erwirkt sind, wohnen längst nicht mehr da, sondern nur ihre - legalen - Untermieter. Völlig unakzeptabel."

1.Oktober ABENDBLATT: "Bürgermeister Klaus von Dohnanyi hat in der politischen Auseinandersetzung um die Hafenstraße Rückendeckung erhalten. In einem vierstündigen Koalitionsgespräch verständigten sich SPD und FDP gestern auf die bisher von Dohnanyi vertretene große Lösung: Die Pachtverträge sollten für alle acht umstrittenen Häuser am Hafenrand gelten."

Die CDU-Fraktion beschließt, einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuß zu beantragen.

2.Oktober Die Staatliche Pressestelle verbreitet eine Erklärung Bürgermeister Klaus v.Dohnanyis, in der es u.a. heißt:

"- Die beiden Gebäude westlich der Baulduintreppe werden in den Vertrag einbezogen. Um die bestehenden Mietverträge der SAGA mit ihren Altmietern in ihrem rechtlichen Bestand zu schützen, werden die drei entsprechenden Gebäude im östlichen Bereich des Pachtgebietes nicht einbezogen. Gleichwohl soll auch in diesen Häusern alternatives Wohnen ermöglicht werden.

- Um sicherzustellen, daß die Stadt im Falle eines Scheiterns der Verträge über die Räumungstitel solange verfügen kann, wie dies rechtlich überhaupt möglich ist, wird von einer Übergabe dieser Titel an den Pächter abgesehen. Der Senat erklärt aber den Bewohnern der Hafenstraßenhäuser mit aller Verbindlichkeit, daß er nicht beabsichtigt, aus diesen Titeln zu vollstrecken, wenn sich die Bewohner so verhalten, wie im Vertrag festgelegt ist.

- Der Senat wird nach Beschlußfassung und Paraphierung (durch den Chef der Senatskanzlei) den Vertrag der Bürgerschaft zur Beschlußfassung

zuleiten. Der Abschluß des Pachtvertrages soll erfolgen, sobald die Zustimmung der Bürgerschaft vorliegt und die in 19 genannten Bedingungen erfüllt sind.

- Die Verwaltung des Pachtobjektes erfolgt durch die Lawaetz-Stiftung, und zwar zunächst im Auftrag der SAGA, nach Beschlußfassung der Bürgerschaft über den Haushaltsplan-Entwurf 1987 durch Übertragung in deren Treuhandvermögen."

6.Oktober Innensenator Lange verbreitet über die Staatliche Pressestelle eine Erklärung, in der es u.a. heißt: "Voraussetzungen für den Vertragsabschluß sind

- Abbau der Befestigungseinrichtungen vor und in den Gebäuden bis zum 31.10.1987 und
- die Möglichkeit des problemlosen Betretens der Häuser von Vertretern staatlicher Organe und öffentlicher Unternehmen zu jeder Zeit.

Das bedeutet für die Polizei: Sie muß im Bereich der Hafenstraße und in den Häusern selbst zur Gefahrenabwehr und Strafverfolgung unter normalen Bedingungen, wie auch woanders in Hamburg, tätig werden können, ohne zu polizeilichen Großeinsätzen gezwungen zu sein."

Hans-Joachim Kruse, Staatsrat in der Hamburger Senatskanzlei, paraphiert den Vertragsentwurf (MORGENPOST, 7.10.)

In einem Brief an Rechtsanwalt Blohm schreibt Kruse: "Der Senat hat sich in einer schwierigen politischen Situation große Mühe gegeben, um rechtsstaatliche Bedingungen im Raum Hafenstraße zu sichern und zugleich der Stadt eine gewaltsame Auseinandersetzung zu ersparen. Ich möchte Sie dringlich bitten, den Bewohnern (...) klarzumachen, daß (...) der Senat mit der selben Entschlossenheit, mit der er jetzt gegen publizistische und politische Widerstände den Weg zur Vertragslösung geht, notfalls auch den Weg der Räumung beschreiten würde." (WELT, 7.10.)

10.Oktober Die BERGEDORFER ZEITUNG berichtet über Kontakte zwischen Rechtsanwalt Blohm und Bürgermeister v.Dohnanyi. "Eine Einigung zwischen den beiden Seiten scheine aber nach den Worten von Mirow wei-

terhin 'schwierig' zu sein. Der Vertrag werde von Bewohner-Seite immer noch als hart empfunden, hieß es."

16.Oktober Dr.Heinrich Senfft, Rechtsanwalt der Autoren des vorliegenden Buches, schreibt an Bürgermeister v.Dohnanyi:

"Sehr verehrter Herr Bürgermeister,

aus Veröffentlichungen ist Ihnen vermutlich bekannt, daß die Herren Michael Herrmann, Hans-Joachim Lenger und Jan Philipp Reemtsma zum Hafenstraßen-Problem eine Dokumentation vorbereiten. Sie haben uns gebeten, Ihnen zu schreiben.

Dem öffentlichen Bekanntwerden des Vorhabens ist es offenbar zuzuschreiben, daß unseren Mandanten anonym Fotokopien von Unterlagen zugespielt worden sind, die mindestens zum Teil aus der Akte stammen, die, so hat es jedenfalls die BILD-Zeitung am 4.April des vergangenen Jahres berichtet, im Bezirksamt Mitte abhanden gekommen ist. Unter den Unterlagen befinden sich aber auch Dokumente, die möglicherweise dem Präses der Baubehörde zuzuordnen sind.

Nicht nur wegen des teilweise sensationellen Inhalts dieser Unterlagen, sondern vor allem, um ihrer Sorgfaltspflicht zu genügen, möchten unsere Mandanten dem Senat Gelegenheit geben, die meinen Mandanten zugespielten Unterlagen zu prüfen und hierzu Stellung zu nehmen.

Unsere Mandanten bitten Sie deshalb, Herrn Lenger und mir Gelegenheit zu einem kurzen Gespräch zu geben, in dem wir Ihnen einen kompletten Fotokopiesatz der Unterlagen übergeben möchten.

Naturgemäß ist die Angelegenheit ebenso dringend wie eilig, und zwar sowohl, was den Besuchstermin bei Ihnen oder einer von Ihnen bestimmten Person anbelangt als auch die Prüfung der Unterlagen selbst. Ich wäre Ihnen deshalb sehr dankbar, wenn wir uns über ein Treffen in den allernächsten Tagen verständigen könnten. Deshalb bringt Ihnen auch ein Bote diesen Brief."

20.Oktober Gespräch zwischen Rechtsanwalt Dr.Senfft, Hans-Joachim Lenger, Staatsrat Hackmann und Senatsdirektor Dr.Weinert von der Justiz-

behörde. Eine Kopie der Akten wird übergeben; die Behördenvertreter sagen rasche Prüfung bis zum 23.10. zu.
In der MORGENPOST erklärt Hanns-Eberhard Schleyer, Sohn Hanns-Martin Schleyers, unter der Überschrift: "Schleyer-Mord und Hafenstraße" u.a.: "Viel hat sich nicht geändert. Gewalt ist nach wie vor für einige ein legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung... Der Staat ist auch erpreßbar geworden... Denken Sie an die Besetzer der Hamburger Hafenstraße. Hier wird verhandelt mit einer Landesregierung unter Androhung der Fortführung der Gewalt, und hier werden Verträge geschlossen... Von daher war (der Tod des Vaters, d.Red.) sicherlich umsonst."

In einem Flugblatt ruft ein Aktionsbündnis zu einer Demonstration für die Bewohner der Hafenstraße auf, die am 31.Oktober stattfinden soll. In dem Text heißt es u.a.: "Vertragsbedingungen und verlangte Vorleistungen sprechen dem Ziel einer autonomen Gestaltung kollektiven Zusammenlebens Hohn - der Räumungsdruck wird aufrechterhalten, um diesen Knebelvertrag durchsetzen oder um bei geschaffenen Vorwänden räumen zu können. Doch selbst nach einem erzwungenen Vertragsschluß will der Senat die Räumungstitel nicht zurückgeben, sondern als Faustpfand behalten. Wir wollen am 31.10. vom Gerhart-Hauptmann-Platz durch die Innenstadt zur Hafenstraße demonstrieren, um mit möglichst vielen Menschen unseren Protest und Widerstandswillen gegen das ultimative Senats-Diktat, gegen Räumungsdrohung und Unterdrückung der BewohnerInneninteressen zum Ausdruck bringen. Wir lassen uns dabei die Innenstadt nicht verbieten und auch nicht wie ein Gefangenentransport von der Polizei 'begleiten'. Wir fordern: keine einseitigen Vorleistungen - wie Abbau der Befestigungen - vor Vertragsschluß, Vertragsgegenstand müssen alle Häuser sein (die Interessen der 'Altmieter' werden berücksichtigt), Rückgabe der Räumungstitel subito, Verhandlungen um einen akzeptablen Vertrag ohne Räumungsdruck und Ultimaten."

23.Oktober Die Rechtsanwälte Dr.Weiland und Partner, juristische Vertreter der SAGA, fordern die Autoren vorliegenden Buches unter Strafandrohung auf, einen Aktenvermerk weder in Ablichtungen noch Abschriften, ganz oder teilweise zu verbreiten oder seinen Inhalt wiederzugeben, den der

damals für sie tätige Heinz Uthmann von einem Gespräch am 8.Oktober 1986 gemacht habe. Der Vermerk sei nicht für Dritte bestimmt gewesen, sei alleiniges Eigentum der Rechtsanwälte Dr.Weiland und Partner und am 22.Oktober 1986 bei einem Einbruch in die Kanzlei gestohlen worden. Eine Veröffentlichung würde die Urheberrechte verletzen. Bis zum 26.Oktober um 12.00 Uhr soll eine entsprechende Unterlassungserklärung vorgelegt werden.

26. Oktober Bei Rechtsanwalt Dr. Senfft geht folgender Brief des Staatsrates Hackmann (Justizbehörde) ein:
"Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt,
ich beziehe mich auf unser Gespräch am 21.10.1987 bei mir mit Herrn Lenger und Herrn Dr.Weinert.
Die mir mit Ihrem Schreiben vom 21.10.1987 zugesandte Auswahl von Fotokopien aus dem Gesamtkonvolut der mir bei unserem Gespräch übergebenden Fotokopien, die nach Ihren und Herrn Lengers Erklärungen in der beabsichtigten Dokumentation zur Hafenstraße verwertet werden sollen, habe ich dem Bezirksamt Hamburg-Mitte zugeleitet.
Das Bezirksamt Hamburg-Mitte hat mitgeteilt, daß es sich mit einer Ausnahme um Fotokopien handelt, die auf der Grundlage von Akten des Bezirksamts Hamburg-Mitte gefertigt worden sind, welche z.T. im Jahre 1985 aus dem Bezirksamt Hamburg-Mitte gestohlen, z.T. bei einem Einbruch in der Nacht zum 03.04.1986 aus dem Bezirksamt Hamburg-Mitte entwendet worden sind. Das Bezirksamt kann allerdings nicht ausschließen, daß die Unterlagen nicht frei von Fälschungen sind, daß also die Fotokopien mit dem Inhalt der entwendeten Originalakten nicht inhaltsgleich sind. Auf die Herkunft der - verändert oder unverändert - bei der Herstellung der Fotokopien verwendeten Akten durch strafbare handlungen hat Herr Dr. Weinert Sie telefonisch am 23.10.1987 hingewiesen.
Die oben erwähnte Ausnahme betrifft einen Aktenvermerk vom 08.10.1986, unterzeichnet von Herrn Uthmann. Hierzu ist festgestellt worden, daß dieser Vermerk - geändert oder unverändert - nicht aus den entwendeten Akten des Bezirksamtes Hamburg-Mitte stammt.
Der Senat bewertet - unbeschadet der strafrechtlichen und zivilrechtlichen

Beurteilung der Angelegenheit - es als einen unglaublichen, rechtsstaatliche Prinzipien gröblich mißachtenden und für die Bemühungen um eine friedliche Lösung des Problems Hafenstraße wenig hilfreichen Vorgang, daß - geändert oder unverändert - Inhalte von durch strafbare Handlung erlangten Akten veröffentlicht werden. Ich kann mir auch nicht vorstellen, daß Ihre Mandanten zu einer anderen Bewertung kämen, wenn diesen durch strafbare handlungen Aufzeichnungen oder Unterlagen entwendet und durch Privatpersonen oder Behörden veröffentlicht würden."

31.Oktober Das Buch "'Hafenstraße'. Chronik und Analysen eines Konflikts" erscheint.

Fotonachweis:

Sämtliche Fotos bis Seite 127: Jochen Hiltmann
Fotos von Marily Stroux: Seiten 139, 165, 189, 195, 201, 208, 231
Fotos von Pan-Foto/Günter Zint: Seiten 128, 152, 235
Fotos von Pan-Foto/Wichmann: Seiten 145, 175, 227,
Fotos von Pan-Foto/Schultze: Seiten 175, 189,

Die Autorinnen und Autoren der Fotos und der Texte wie auch der Verlag haben auf Honorare und Gewinne verzichtet. Sämtliche Überschüsse dieses Buches werden von Michael Herrmann, Hans-Joachim Lenger und Jan Philipp Reemtsma zur Unterstützung und Verteidigung derer verwendet, die Opfer der in diesem Buch beschriebenen Politik geworden sind oder werden.

Galgenberg

HAMBURGER Rundschau

16 DM